



Plenarprotokoll

57. Sitzung

Mittwoch, 14. Mai 2014

Aktuelle Stunde

Rückkehrrecht der Bildungsministerin an die Universität Flensburg . 4589

Antrag der Fraktion der CDU

Johannes Callsen [CDU]..... 4589
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 4591, 4599
Eka von Kalben [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 4592, 4607
Wolfgang Kubicki [FDP]..... 4593, 4605
Torge Schmidt [PIRATEN]..... 4595, 4607
Lars Harms [SSW]..... 4596, 4600,
4608
Daniel Günther [CDU]..... 4597

Christopher Vogt [FDP]..... 4599
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 4601
Heike Franzen [CDU]..... 4601
Torsten Albig, Ministerpräsident... 4602

Gemeinsame Beratung

a) **Kein nutzerfinanzierter Sonderfonds „Reparatur Deutschland“!** 4608

Antrag der Fraktionen von FDP
und CDU
Drucksache 18/1832 (neu)

Verkehrsinfrastruktur solide finanzieren	4608		
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1898			
b) Sonderfonds „Reparatur Deutschland“ ablehnen	4608		
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1863			
Christopher Vogt [FDP].....	4609		
Johannes Callsen [CDU].....	4610		
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	4611		
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4612		
Torge Schmidt [PIRATEN].....	4613, 4619		
Flemming Meyer [SSW].....	4614		
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4615		
Torsten Albig, Ministerpräsident...	4616		
Tobias Koch [CDU].....	4618		
Beschluss: 1. Antrag Drucksache 18/1863 durch die Mit Antragstellung zum Antrag Drucksache 18/1832 (neu) erledigt 2. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/1832 (neu) 3. Annahme des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/1898.	4620		
Gemeinsame Beratung			
a) Weiterbau der A 20 westlich der A 7	4620		
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1726			
A 20 sorgfältig planen	4620		
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1793			
Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 18/1848			
		b) Realisierung der westlichen Elbquerung der A 20 durch eine staatliche Infrastrukturprojektgesellschaft	4620
		Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1809	
		Christopher Vogt [FDP], Bericht-erstatte.....	4620
		Christopher Vogt [FDP].....	4621, 4630
		Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	4622, 4630
		Hans-Jörn Arp [CDU].....	4623
		Kai Vogel [SPD].....	4625
		Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4626
		Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	4627
		Flemming Meyer [SSW].....	4629
		Christopher Vogt [FDP], zur Geschäftsordnung.....	4631
		Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/1726 2. Annahme des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/1793 3. Überweisung des Berichts Drucksache 18/1809 an den Wirtschaftsausschuss.....	4631
		Gemeinsame Beratung	
		a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Umsetzung der Breitbandstrategie des Landes Schleswig-Holstein ..	4631
		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/1861	
		b) Schleswig-Holsteins Dächer frei für drahtlosen Internetzugang (WLAN)	4631
		Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1747	
		Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	4631

Uli König [PIRATEN].....	4632	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	4655, 4656
Beschluss: Überweisung des Gesetz- entwurfs Drucksache 18/1861 und des Antrags Drucksache 18/1747 an den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss.....	4633	Beschluss: Annahme.....	4658
Nachruf auf den ehemaligen Abge- ordneten Gert Börnsen.....	4633	Gemeinsame Beratung	
Novellierung des Landesnatur- schutzgesetzes	4634	a) Den schleswig-holsteinischen Mittelstand fit machen für den europäischen und den weltwei- ten Wettbewerb	4658
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1870		Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1865	
Änderungsantrag der Fraktion der PI- RATEN Drucksache 18/1899		b) Europäische Initiative zum so- zialen Unternehmertum in Schleswig-Holstein umsetzen	4658
Sandra Redmann [SPD].....	4634, 4642	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1872	
Heiner Rickers [CDU].....	4635	Hartmut Hamerich [CDU].....	4658
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	4637, 4643	Regina Poersch [SPD].....	4659, 4666
Oliver Kumbartzky [FDP].....	4638	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4660
Angelika Beer [PIRATEN].....	4640	Christopher Vogt [FDP].....	4662
Flemming Meyer [SSW].....	4641	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	4663
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	4643	Flemming Meyer [SSW].....	4665
Beschluss: 1. Antrag Drucksache 18/1899 von den Antragstellern zurückgezogen 2. Annahme des Antrags Drucksache 18/1870.....	4645	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	4666
Privatsphäre von Autofahrern schützen, Zwangsausstattung von Fahrzeugen mit elektronischem Ortungssystem eCall stoppen	4645	Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 18/1865 und 18/1872 an den Wirtschaftsaus- schuss und den Europaausschuss...	4668
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1857		Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Lan- desjagdgesetzes	4668
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	4645	Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/752	
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	4647	Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses Drucksache 18/1033 (neu)	
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	4648, 4653	Hauke Götsch [CDU], Berichter- statter.....	4668
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4649		
Oliver Kumbartzky [FDP].....	4651		
Lars Harms [SSW].....	4651		

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	4668, 4675
Hauke Göttisch [CDU].....	4669
Sandra Redmann [SPD].....	4670, 4675
Oliver Kumbartzky [FDP].....	4672
Angelika Beer [PIRATEN].....	4673
Flemming Meyer [SSW].....	4674
Hans-Jörn Arp [CDU].....	4675
Heiner Rickers [CDU].....	4676
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	4676

Beschluss: Verabschiedung des Ge- setzentwurfs Drucksache 18/752 in der Fassung der Drucksache 18/1033 (neu) in namentlicher Abstimmung.....	4678
--	------

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung ei- nes Sondervermögens zur Um- setzung der Breitbandstrategie des Landes Schleswig-Holstein ..	4679
--	------

Gesetzentwurf der Landesregie-
rung
Drucksache 18/1861

b) Schleswig-Holsteins Dächer frei für drahtlosen Internetzugang (WLAN)	4679
--	------

Antrag der Fraktion der PIRA-
TEN
Drucksache 18/1747

Volker Dornquast [CDU].....	4679
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4680
Oliver Kumbartzky [FDP].....	4681
Flemming Meyer [SSW].....	4681

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des
Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung
und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-
beit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-
heit, Familie und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:06 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 21. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg hat nach § 45 Abs. 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er an der Teilnahme an der heutigen Vormittagssitzung des Landtags verhindert ist.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich ganz herzlich Landrätinnen und Landräte aus der Woiwodschaft Ermland-Masuren. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir hatten eben bereits Gelegenheit, uns auszutauschen. Die Situation in Europa unterstreicht die Herzlichkeit ganz besonders. Ich glaube, alle freiheitsliebenden Kräfte in Europa sind mit ihren Gedanken jetzt auch in Osteuropa. - Seien Sie ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 3, 4, 5, 6, 8, 16, 18, 29, 45, 46 und 51 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 7, 11, 12, 27, 35, 42, 47, 48, 50, 52 und 54.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die folgenden Tagesordnungspunkte: 9, 24, 30 und 33, Entwurf für ein Lehrerbildungsgesetz und Anträge zur Lehrer- und Sekundarstufenausbildung; 10 und 14, Gesetzentwurf für ein Sondervermögen zur Umsetzung der Breitbandstrategie und der Antrag „Dächer frei für drahtlosen Internetzugang“; 15, 20 und 41, Anträge zum NDR-Staatsvertrag und zu Rundfunkgebühren; 17, 36 und 43, Anträge zum Länderfinanzausgleich und zum Altschuldentilgungsplan; 19 und 31, Anträge zum nutzerfinanzierten Sonderfonds „Reparatur Deutschland“; 23 und 55, Antrag zur Europawahl 2014 und Europabericht der Landesregierung; 32 und 39, Anträge zur Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands und einer europäischen Initiative zum sozialen Unternehmertum, und 49 und 53, Weiterbau der A 20 und Bericht zur westlichen Elbquerung.

Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor. Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 21. Tagung. Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch, wir werden so verfahren.

Ganz herzlich darf ich in unserem Kreis Frau Dr. Silke Schneider als neue Staatssekretärin im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume begrüßen. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Weiterhin begrüße ich auf der Besuchertribüne Auszubildende der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung aus Eutin. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde Rückkehrrecht der Bildungsministerin an die Universität Flensburg

Antrag der Fraktion der CDU

Das Wort hat der Abgeordnete Johannes Callsen, der Oppositionsführer und Vorsitzende der CDU-Fraktion.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das **Lehrerbildungsgesetz** ist ein echtes Trauerspiel dieser Landesregierung: ein völlig vermurkstes Verfahren, Missachtung des Parlaments, eine unseriöse Kostenberechnung und am Ende ein von der Landesregierung selbst geschürter Streit zwischen den Universitäten Flensburg und Kiel. Und als ob das noch nicht genug wäre, liegt über diesem Gesetzentwurf auch der Verdacht von Interessenverquickung, Befangenheit und Selbstbedienung.

(Beifall CDU und FDP)

Ich sage bewusst: Es geht nicht darum, **Rückkehrrechte** aus der Politik in andere Bereiche außerhalb der Politik grundsätzlich zu kritisieren. Aber der Fall liegt hier anders: Frau Wende hat als Präsidentin der Universität Flensburg einen Beschluss für

(Johannes Callsen)

ihr Rückkehrrecht zu einem Zeitpunkt mit herbeigeführt, als klar war, dass sie Wissenschaftsministerin dieses Landes und damit Dienstherrin dieser Universität wird. Ihr wurde eine Stelle in Aussicht gestellt, die es heute noch gar nicht gibt. Statt einer zeitlich befristeten Stelle als Präsidentin soll es eine dauerhafte Professorenstelle werden. Das ist sogar eine Besserstellung.

(Beifall CDU und FDP - Wolfgang Kubicki
[FDP]: Erwischt!)

Dann schafft sie mit dem Ausbau der Universität Flensburg genau die Voraussetzungen zur Einlösung dieses Rückkehrrechts. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das findet die Koalition von SPD, Grünen und SSW offenbar völlig normal; ich finde es unglaublich.

(Beifall CDU und FDP)

Frau Wende erscheint als Lobbyistin in eigener Sache, und zwar nicht nur für die Universität Flensburg, sondern ganz persönlich. Jeder ehrenamtliche Gemeindevertreter in Schleswig-Holstein und jeder ehrenamtliche Vereinsvorsitzende in diesem Land hätte bei dieser Form der Interessenverquickung ein schlechtes Gewissen gehabt und seine Befangenheit erklärt. Dass Sie, Frau Wende, sich dazu offenbar keine Gedanken gemacht haben, finde ich unverständlich und stillos. Dass Frau von Kalben, die Fraktionsvorsitzende der Grünen, den ganzen Vorgang politisch nicht bewerten will, spricht wirklich Bände, Frau Kollegin.

(Beifall CDU und FDP)

Das Problem wird auch nicht dadurch geheilt, dass Sie inzwischen auf ihr Rückkehrrecht verzichtet haben und dass die Universität den Beschluss aufgehoben hat. Beides ist ausschließlich auf den Druck der Öffentlichkeit und den Druck der Opposition zurückzuführen.

(Beifall CDU und FDP)

Die Landesregierung und Sie persönlich haben lediglich versucht, in Salamitaktik Gesichtswahrung zu betreiben.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende gibt für Frau Wende eine Ehrenerklärung ab und lobt sie dafür - mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich -:

„dass sie von sich aus schon vor einiger Zeit, also lange bevor das Thema die Öffentlichkeit erreicht hat, auf ihr Rückkehrrecht an die Universität Flensburg verzichtet hat.“

Herr Dr. Stegner, das ist wirklich eine glatte Lüge. Deswegen lassen wir Ihnen diese Legendenbildung nicht durchgehen.

(Beifall CDU und FDP)

Die Fakten sind doch so: Frau Wende hat am 17. April 2014 auf ihr Rückkehrrecht verzichtet. Aber bereits am 9. April 2014 stand der ganze Vorgang auf der Titelseite der „Kieler Nachrichten“ und hatte damit die Öffentlichkeit erreicht. Darüber ist breit berichtet worden. Wenn Sie, Herr Dr. Stegner, uns in diesem Zusammenhang Stilllosigkeit vorwerfen, dann fällt das auf Sie zurück. Ich weise Ihren Vorwurf in aller Deutlichkeit zurück.

(Beifall CDU und FDP)

Denn die Wahrheit ist doch: Nach der Lex Weichert und nach Ihrem Eingriff in die Neubesetzung der Landeszentrale für politische Bildung hat die parteipolitische Gutsherrenart dieser Koalition in Personalfragen mit diesem Vorgang um Frau Wende noch einmal eine neue Qualität erhalten.

(Lachen SPD)

Bei all dem stellt sich nun die spannende Frage: Wann und was wusste der Ministerpräsident eigentlich davon?

Diese Landesregierung hält doch so viel vom Dialog. Deswegen darf ich schon davon ausgehen, dass die Wissenschaftsministerin den Ministerpräsidenten über ihre Interessenkollision informiert hat, und zwar frühzeitig. Ich hätte das übrigens schon zu Beginn ihres Dienstes als Ministerin erwartet. Alles andere wäre keine vertrauensvolle Zusammenarbeit in dieser Regierung.

(Beifall CDU und FDP)

Ich hätte auch erwartet, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag als Gesetzgeber hierüber vorher und offiziell informiert worden wäre. Er soll schließlich ein Gesetz beschließen, das eine möglicherweise befangene Ministerin vorbereitet hat.

Der Ministerpräsident will erst am 17. April 2014 vom Rückkehrrecht seiner Ministerin erfahren haben. Es gab eine summarische Prüfung. Eine summarische Prüfung dauert ja einige Tage. Mir ist völlig unklar, wieso nicht zumindest die Information, dass eine solche summarische Prüfung stattfindet, den Ministerpräsidenten erreicht. Dass der Ministerpräsident die Seite eins seiner Heimatzeitung am 9. April 2014 nicht zumindest überfliegt, ist ebenso unglaubwürdig.

(Beifall CDU und FDP)

(Johannes Callsen)

Vielleicht haben Sie am 9. April 2014 die Landtagsdebatte aufmerksam verfolgt und sind deswegen nicht zum Lesen gekommen. Aber in der Tat, Herr Kollege Kubicki, dass ein Ministerpräsident von seinen Mitarbeitern in der Staatskanzlei über ein Problem an dem Tag, an dem er im Parlament redet, nicht informiert wird, ist völlig abwegig.

(Beifall CDU und FDP)

Und ich gehe noch weiter.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, denken Sie bitte an die Redezeit.

Johannes Callsen [CDU]:

Wenn eine Ministerin ihren Ministerpräsidenten, der den ganzen Tag vor ihr im Plenum sitzt, ans Rednerpult gehen lässt, ohne ihn darüber zu informieren, dann lässt sie ihn ins offene Messer laufen.

Deswegen fordern wir Sie auf: Herr Albig, erklären Sie hier und heute im Parlament, was Sie zum Zeitpunkt Ihrer Rede am 9. April 2014 wussten. Diese Bildungsministerin ist für Schleswig-Holstein und als Vorbild für die Schulen in Schleswig-Holstein nicht mehr tragbar. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP und Uli König [PIRATEN] - Zuruf SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer die Schlagzeilen der letzten Wochen betrachtet hat, der hat Daniel und die Detektive gesehen, den furchtlosen Schwertkämpfer Christopher und ein paar Piraten, die einen riesigen Skandal aufgedeckt haben: Die frühere Flensburger Rektorin Wara Wende und der frühere Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig haben sich in Schleswig-Holstein in der Regierung gemeinsam verschworen, die **Kieler Universität** zu ruinieren und die **Flensburger Universität** aufzubauen, quasi als Trojanisches Pferd. - So weit die Räuberpistole, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Worüber reden wir wirklich? - Ich will Ihnen das in fünf Punkten darlegen.

Erstens. Im Mittelpunkt der Skandalisierung steht ein komplett belangloser Vorgang. Demokratie ist Macht auf Zeit. Sie können das übrigens im Ministergesetz nachlesen, das eher strikter ist als andere. **Rückkehrrechte von Politikern** sind meiner Meinung nach normal. Die ganzen Sonntagsreden zum Zugang zum Parlament für Menschen, die nicht aus der Politik kommen, können Sie sich nämlich sparen, wenn Sie so etwas skandalisieren.

Bei Ihnen kommt hinzu, dass persönliche Diskreditierung, Diffamierung und Details aus persönlichen Verhältnissen ans Licht gezerrt werden, was nicht einmal mit Artikel 23 Abs. 3 der Landesverfassung vereinbar ist und was vor allem ein mieser Stil ist, den wir hier eindeutig zurückweisen möchten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf FDP: Was?)

Zweitens. Wer soll eigentlich politische Ämter übernehmen? Nur Lebenszeitbeamte? Nur Prominanzanwälte, für die Landtagsdiäten sozusagen ein Taschengeld sind?

(Heiterkeit FDP)

Oder wollen wir, dass Menschen ins Parlament und in die Regierung kommen, die aus allen Teilen der Gesellschaft stammen?

Wir akzeptieren Kritik an Amtsführung und an politischen Entscheidungen. Aber Verdächtigungen und böswertige Unterstellungen sind ein mieser parlamentarischer Stil. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ihr Versuch, die Reputation der Ministerin zu beschädigen, wird nicht gelingen.

(Anita Klahn [FDP]: Das hat sie schon längst allein getan!)

Ich könnte eine lange Liste von Politikern vortragen, die zurückgewechselt sind. Das haben wir bei Herrn Carstensen in der Regierung nicht kritisiert, bei anderen auch nicht. Das werden wir auch nicht tun. Diese Kritik ist unangemessen und hat hier überhaupt nichts zu suchen. Das ist mieser parlamentarischer Stil.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Drittens. Wie sieht es mit der **Selbstbegünstigung** aus? Frau Wende war Lebenszeitprofessorin in den Niederlanden, bevor sie auf das Rektorat der Universität Flensburg berufen worden ist. Sie ist weder Physikerin noch Chemikerin; sie ist Germanistin. Das Fach gibt es in Flensburg, gab es in Flensburg und wird es in Flensburg immer wieder geben. Sie hat auf ihr Rückkehrrecht verzichtet. Das ist sehr

(Dr. Ralf Stegner)

honorig und verdient unseren Respekt und nicht Ihre miesen Anwürfe, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was den Lobbyismus angeht: Jawohl, Wara Wende ist Lobbyistin. Sie ist Lobbyistin für gute Schulen und Hochschulen,

(Lachen CDU und FDP)

mit Leidenschaft und Mut, mit Dialogbereitschaft und Kompetenz, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist sie.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie von der Opposition setzen auf anderen Formen von Lobbyismus. Keine Sorge, ich komme nicht mit den Daddelhallen und den einarmigen Banditen, nein. Lobbyisten für Hochschulen sind Sie jedenfalls nicht.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie zünden die Universität Lübeck an und brauchen eine Feuerwehrfrau, die hinterher noch einen Ehrendoktor bekommt. Das ist das, was Ihr Verhältnis zu den Hochschulen auszeichnet. Lobbyisten für Hochschulen sind Sie nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Was bleibt? Dem Kollegen Günther, der sich besonders hervorgetan hat, der ja in den eigenen Reihen den Ruf hat, beim Abgang von Herrn von Boetticher sein Gesellenstück abgeliefert zu haben, fehlt jetzt noch ein roter Skalp am Gürtel, damit er Oppositionsführer werden kann. Deswegen führt er sich so auf.

Ich sage Ihnen, eins stimmt: Wara Wende ist kein Profi im parteipolitischen Intrigenspiel. Aber wenn Sie glauben, dass Sie mit Ihrem persönlich fertigmachenden Stil es erreichen, sie fertigzumachen, dann werden Sie auf den Widerstand der Regierungskoalition stoßen. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist armselig, was Sie hier vorführen. Wir fürchten weder Aktuelle Stunden noch Akteneinsicht noch sonst irgendetwas. Ich kann Sie nur auffordern: Verzichten Sie auf diesen miesen Stil. Kehren Sie sich davon ab, und bieten Sie einmal politische

Alternativen zu dem, was die Regierung tut, an. Darauf warten wir schon, seitdem wir hier regieren. Keine politischen Alternativen von Ihnen!

(Johannes Callsen [CDU]: Liegen doch längst vor!)

Ich will Ihnen ehrlich eines sagen: Es gilt für uns der schöne Satz von Edmund Burke. Er sagt:

„Wer mit uns ringt, stärkt unsere Nerven und macht uns tüchtiger. Unsere Gegner sind unsere Helfer.“

Danke für Ihre Hilfe und vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben.

(Johannes Callsen [CDU]: Die wollte doch gar nicht sprechen!)

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Halten wir doch bitte einmal für einen Moment inne und stellen drei Fakten fest.

Erstens. Wara Wende, unsere Ministerin, wurde vom Ministerpräsidenten als Expertin für Bildungs- und Hochschulpolitik in die Regierung berufen. Er hat damit dafür gesorgt, dass auf diese Position eine Bildungsexpertin berufen wird - unabhängig vom Parteibuch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich will dazu sagen: Ich habe wirklich großen Respekt vor Menschen, die gerade in Schleswig-Holstein, wo manchmal die Legislaturperioden kürzer sind, den Schritt aus dem Beruf in die Regierung machen. Der Job als Bildungsministerin - das erleben wir im Moment leider auch sehr schmerzlich - führt dazu, dass man politisch, fachlich und leider auch persönlich geschädigt werden kann. Deshalb gebührt jedem, der diesen Schritt macht, unser aller Respekt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

(Eka von Kalben)

Zweiter Fakt aus unserer Sicht: Unsere Ministerin Wara Wende vertritt als Wissenschaftsministerin die Interessen aller Hochschulen in diesem Land.

(Heike Franzen [CDU]: Schön wär's!)

Sie macht keine Lobbypolitik - oder wenn, dann vielleicht im besten Sinne, wie Ralf Stegner es sagte -, sondern sie setzt unseren Koalitionsvertrag um. Das ist etwas, was wir begrüßen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wara Wende, unsere Ministerin, hat angekündigt, nicht an die Universität Flensburg zurückzukehren. Sie will damit verhindern, dass ihr politisches Handeln vor dem Hintergrund vermeintlicher Interessenkonflikte - ich betone: vermeintlicher - interpretiert wird. Wir begrüßen diesen vorsorglichen Schritt.

Meine Damen und Herren, der Vorwurf, dass Frau Wende Flensburg quasi im Eigeninteresse ausbaue, ist aus unserer Sicht absurd.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die **Reformpolitik**, die Reform der Lehrerausbildung und das Bekenntnis zu einer Lehrerausbildung an zwei Standorten, in Flensburg und in Kiel, wird von dieser Koalition insgesamt und von allen Fraktionen getragen. Wir sprechen mit einer Stimme.

Auf der gestrigen Pressekonferenz haben wir den Rahmen für das laufende parlamentarische Verfahren konkretisiert. Wir stehen zu dieser Reform, und sie steht auch so in unserem Koalitionsvertrag. Es ist überhaupt nichts Neues, dass wir in Flensburg auch zukünftig eine gute Lehrerausbildung brauchen und wollen. Insofern ist es völlig konsequent, wenn Frau Wende diese Politik betreibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dass es gestern auch noch zu einer **Einigung zwischen den Hochschulen** gekommen ist, begrüßen wir besonders. Vielen Dank, Frau Ministerin und Herr Staatssekretär, für diese Arbeit. Das ist wirklich eine großartige Leistung nach dem, was wir vorher in der Presse mitbekommen haben. Insofern herzlichen Dank für diese Leistung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Lachen CDU und FDP)

Liebe Opposition, wir laden Sie herzlich ein, sich weiter an der Ausgestaltung der Reform zu beteiligen. An der Reform halten wir fest. Sie gehört zu

unserer Vorstellung von einem modernen Schulsystem. Dazu gehört auch diese Lehrerausbildung.

Sie versuchen hier, eine Kampagne zu fahren und Personelles, Personalpolitik mit Fachpolitik zu vermengen. Wir halten das für eine höchst fragwürdige Strategie.

(Anita Klahn [FDP]: Wir auch!)

Kehren Sie zurück zu den Inhalten! Kehren Sie mit uns zurück zur Debatte um die Lehrerbildung! Seien Sie sich sicher: Ihre Versuche, einen Keil in die Reihen dieser Koalition zu treiben, scheitern und werden weiter scheitern. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der FDP hat der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Geburtstagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist doch immer wieder erstaunlich, Redebeiträge von dem Kollegen Dr. Stegner zu hören, der keine Gelegenheit auslässt - nicht einmal jetzt bei dieser Rede -, um mit jedem Satz diejenigen, die nicht seiner Meinung sind, zu beleidigen, zu denunzieren oder ins unrechte Licht zu rücken.

(Beifall FDP und CDU)

Das geht damit los, dass ein Promianwalt benannt wird. Statt sich zu freuen, dass ich zur Wertschöpfung in Schleswig-Holstein - -

(Zuruf Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Er hat Sie gemeint? Sehr gut, Herr Kollege Peters, sehr gut! Also sind für Sie die Diäten auch nur Taschengeld nebenbei, weil Ihre Kanzlei so viel Umsatz macht. Wunderbar! - Aber statt sich zu freuen, dass man Wertschöpfung in Schleswig-Holstein generiert, wird das denunziert. Da wird vom Lobbyismus der Glücksspielanbieter geredet. Damit können ja nur der Kollege Arp und ich in der Vergangenheit gemeint sein. Das ist alles selbstverständlich, und dann erwarten sie noch, Herr Dr. Stegner, dass man mit Ihnen pfleglich umgeht.

Ich kann Ihnen einmal seitenweise Erklärungen zeigen - ich habe sie auf dem Tisch liegen -, was Steuerhinterziehungen von Frau Schwarzer und Herrn Hoeneß angeht, wie Sie sich da aufgeblasen haben. Wenn es Ihre eigenen Leute betrifft, einen Staatsse-

(Wolfgang Kubicki)

kretär bei Herrn Wowerit oder Herrn Annen oder ein paar Grüne, dann ist das vernachlässigbar.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Frau Wende!)

- Ich komme gleich dazu. - Dann ist das vernachlässigbar, dann ist das entschuldbar. Man kann ja so etwas schon einmal vergessen. Sozialdemokraten und Grüne können vergessen, die anderen eben nicht.

Jetzt kommen wir einmal zu Frau Ministerin Wende, ganz nüchtern und klar. Frau Ministerin Wende hat unmittelbar vor ihrer Berufung ins Kabinett an einem rechtswidrigen **Beschluss des Präsidiums der Universität Flensburg** mitgewirkt. Rechtswidrig! Ein Rückkehrrecht, wenn es das überhaupt geben kann, kann es nur auf ihre alte Position geben, und da sollte sie nicht hin. Es sollte eine neue Position geschaffen werden, ein Lehrstuhl, auf den sie bisher nicht berufen war.

(Beifall FDP und CDU)

Nun kann man sagen: Man kann Verdächtigungen ausstoßen oder auch nicht. Wäre die Universität Flensburg eine private Hochschule, Frau Ministerin, dann müssten Sie sich möglicherweise mit Korruptionsvorwürfen auseinandersetzen. Denn nichts anderes ist es. Der Verdacht, hier eine Hochschule aus Ihrem Amt heraus unter der Maßgabe begünstigt zu haben, dass ein Rückkehrrecht auf eine Professur gewährt wird, die es gar nicht gibt, ist begründet. An einer privaten Hochschule wäre das ein Problem. Hier ist es kein Problem.

Frau Ministerin Wende, die Tatsache, dass Sie dafür kein Gespür haben, und die Tatsache, dass die Koalitionsfraktionen glauben, das sei alles selbstverständlich, macht mich ziemlich betroffen.

Herr Kollege Dr. Stegner, wir hatten in diesem Land schon einmal eine Zeit, in der politische Entscheidungsträger glaubten, sie seien der Staat.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Hören Sie doch auf!)

- Ich höre damit nicht auf. Sie benehmen sich doch genau so, als sei der politische Wille bereits Gesetz. Und das ist er eben nicht.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Sie müssen akzeptieren, dass Ihr politischer Wille nicht unmittelbar staatliches Handeln auslösen kann.

Die Tatsache, dass Frau Ministerin Wende so lange brauchte, um den **Interessenkonflikt**, der ja mit Händen zu fassen ist, aufzudecken, das heißt, den

Ministerpräsidenten zu unterrichten und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, macht mich auch betroffen. Denn die Diskussion über die Frage, was mit Flensburg passiert, ist ja schon vor dem 9. April 2014 massiv geführt worden. Die Tatsache, dass erst die Veröffentlichung der „Kieler Nachrichten“ den Anlass gegeben hat, darüber nachzudenken und daraus die Konsequenzen zu ziehen, macht mich ebenfalls betroffen. Das zeigt, es herrscht keine Sensibilität dafür, was man stilvollerweise macht oder auch nicht macht.

(Beifall FDP und CDU)

Wir werden die Debatte über die **Lehrerausbildung** in Schleswig-Holstein ja fortführen. Bisher weiß keiner ganz genau, worüber wir diskutieren. Wir haben die ersten Stellungnahmen von Anzuhörenden, die sagen: Wir können dazu gar nichts sagen, weil sich jeden Tag die Grundlagen, die Bedingungen ändern.

Herr Kollege Dr. Stegner, wenn Sie das für eine solide, vernünftige Regierungspolitik halten, dann offenbaren Sie genau das, was ich immer gesagt habe: Solide sieht anders aus als das, was Sie hier gerade tun. Auch mit Ihrer Denunzierung der Vergangenheit kommen Sie im Zweifel nicht weiter.

Herr Ministerpräsident, Sie müssen ernsthaft darüber nachdenken, ob diese Form der Politikgestaltung übrigens auch in diesem Haus - da werden Regierungsfaktionen bei der Informationsbeschaffung bevorzugt, da wird die Hochschulabteilung in Marsch gesetzt, um für sie Berechnungen durchzuführen - das ist, was Sie mit einem **modernen Schleswig-Holstein** als Zukunftsland verbinden wollen. Ich glaube, dass es der falsche Weg ist. Wenn Sie nicht zu einer vernünftigen Arbeit im Parlament zurückkehren, wenn Sie nicht die notwendige Sensibilität entwickeln, um dieses Land wirklich zu führen, ist Ihr Anspruch, Schleswig-Holstein solle sich zu einem modernen Land entwickeln, vertan. Dann bewegen wir uns rückwärts.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt PIRATEN)

Ich habe in der Debatte in der letzten Plenartagung bereits gesagt: Anstand kann man nicht lernen, man kann ihn im Zweifel nur dokumentieren. Frau Ministerin Wende, Sie müssen sich selbst überlegen, ob Sie glauben, in diesem Amt noch tragfähig zu sein. Wir sind die Letzten, die Ihre Demission aus diesem Grund fordern. Aber Sie sind - glaube ich - für Hochschulen sowohl in Flensburg als auch in Kiel nicht mehr die geeignete Ansprechpartnerin. Ich

(Wolfgang Kubicki)

glaube, unser Land hat mehr verdient als diese Positionierung. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Zu allererst möchte ich eines klarstellen: Die PIRATEN hätten diese Aktuelle Stunde nicht beantragt. Wir hätten das aus verschiedenen Gründen nicht getan. Zum Ersten möchten wir uns in diesen Zeiten mehr um Inhalte als um Personen kümmern.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zum Zweiten gibt es andere Möglichkeiten, Vetterwirtschaft nachzuspüren, aufzudecken und zu kritisieren. Zum Dritten haben wir kein Interesse daran, der Bildungsministerin eine Opferrolle zuzugestehen als diejenige, auf der nun alle herumhacken. Denn sie kommt ohnehin nicht aus den Schlagzeilen. Sie ist die Bildungsministerin, die ziemlich alles falsch gemacht zu haben scheint, was man in ihrem Job falsch machen kann.

(Heike Franzen [CDU]: Das stimmt!)

Jetzt geht es um ihr **Rückkehrrecht** an die **Universität in Flensburg**, von dem sie seit dem 17. April 2014 ja nie Gebrauch machen wird, für das sie aber als Präsidentin, nicht als ordentliche Professorin, vor ihrem Job als Bildungsministerin gesorgt hat - ein Blankoscheck allererster Güte!

(Beifall PIRATEN und Volker Dornquast [CDU])

Es zeugt schon von recht wenig Vertrauen in die Leistungsfähigkeit einer Universitätspräsidentin, wenn man das Scheitern als Ministerin von vornherein einplant.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was ist das für ein Unsinn!)

Allerdings bestätigt dies natürlich auch eine besonders enge Verbundenheit der heutigen Ministerin mit dieser Universität, wenn man ihre berufliche Zukunft so einfach einmal über eine zu schaffende

Professorenstelle absichert, und das im Angesicht der personellen Enge aller Hochschulen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Nun kann man es der Ministerin kaum verübeln, dass sie die Tür, die man hier vonseiten des Präsidiums geöffnet hat, nicht ohne Not zuschlägt. Wer würde das schon tun? Wir haben gehört: Der SPD-Fraktionsvorsitzende hat damit keine Sorgen. Mehr Sorgen hatte offenbar der Ministerpräsident, der erst kürzlich erfahren haben will, dass diese Rückfahrkarte ausgestellt wurde. Wäre das Ganze so unbedenklich, wie die Herren Stegner und Habersaat es darstellen, hätte man sich still verhalten und abwarten können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Nicht so der Ministerpräsident. Der holt sich die Ministerin an den Tisch und lässt sie im April schriftlich eine Absage formulieren. Warum - frage ich mich - hat er das gemacht und den Fokus damit genau auf das Kernproblem gelenkt? Ich glaube, die Antwort liegt auf der Hand: Weil er etwas besitzt, was der Ministerin fremd ist - ein Rudiment an politischem Fingerspitzengefühl

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

und den Wunsch, diese Legislaturperiode politisch zu überleben.

Die Bindung der Universität an Frau Professor Wende scheint so eng, dass die Sachlichkeit in Fachfragen in Gefahr gerät. Das hat auch der Ministerpräsident erkannt und auch, dass sein Einsatz für die Ministerin unter solchen Bedingungen mehr als gefährlich ist. Gerät seine Ministerin in Verdacht der Vetterwirtschaft, schlittert er vielleicht hinterher. Diesen Eindruck wollte er um jeden Preis vermeiden. Blöd nur, dass irgendwer mal wieder den Mund nicht halten konnte, dass das nun doch alles hochkocht und ein gewisses Geschmäcke hinterlässt. Wir stellen fest: Freiwillig, von sich aus, hätte Frau Wende nicht auf das Rückkehrrecht verzichtet.

Ich bin ganz ehrlich: Mich stört dieser Vorgang weniger als der Murks mit dem Lehrerbildungsgesetz. Mich stört es weniger, wenn sich jemand um seine persönliche Zukunft kümmert, als wenn er Bildungspolitik mit regionaler Strukturpolitik verwechselt. Was mich besonders nervt, ist die Leidenschaft dieser Ministerin. Frau Wende, Schmerz ist unvermeidlich, wenn man im politischen Raum solch schwerwiegende Fehler macht wie Sie. Dafür wird man angegriffen, dafür wird man kritisiert, und das tut weh. Leiden hingegen ist

(Torge Schmidt)

freiwillig. Sie leiden darunter, dass man Ihre Arbeit öffentlich kritisiert. Sie leiden darunter, dass man Ihnen Unredlichkeit unterstellt. Sie leiden darunter, dass man Ihnen jetzt auch Instinktllosigkeit und persönliches Agieren nachgewiesen hat.

Ob alles gut wird, was die persönliche Zukunft der Bildungsministerin angeht, wenn sie - wann auch immer - dieses Amt aufgeben muss, wird sich zeigen. Dafür muss sie persönlich die Verantwortung übernehmen - für das, was sie mit der Universität in Flensburg vereinbart hat und wie das mit Moral und Ethik zu vereinbaren ist.

Darum noch einmal: Schmerz ist unvermeidlich, Leiden ist freiwillig. Was wir PIRATEN nicht zulassen, ist, dass Sie, Frau Wende, sich in eine Opferrolle drängen lassen, die Verständnis einfordert. Ihre Rolle definieren Sie selbst. Darum wird es von uns auch kein Bedauern geben, sondern eine rechtliche Prüfung. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Darauf verzichten wir!)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind hier an einem ganz zentralen Punkt der Politik. Kann ein Abgeordneter, der beispielsweise Steuerfachanwalt ist und Menschen in Steuersachen vertritt, gleichzeitig an politischer Stelle Steuergesetze mitgestalten?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wenn er etwas davon versteht!)

Lieber Kollege Kubicki, kann ein Gastronom hier an leitender Stelle im Bereich Tourismus mitentscheiden?

(Zurufe CDU und FDP)

Kann jemand, der bei der IHK beschäftigt gewesen ist, Wirtschaft mitgestalten, sowohl in der Fraktion als auch als Minister?

(Serpil Midyatli [SPD]: Mit Rückkehrrecht!)

Kann ein Landwirt Landwirtschaftsminister werden, obwohl dieser maßgeblich Förderprogramme mitentscheidet? Können diese Menschen ihren Beruf weiter ausüben beziehungsweise ein Rückkehrrecht in diesen Beruf haben?

(Unruhe)

Ich sage Ihnen ganz klar: Ja, das können sie alle.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hat es schon immer gegeben. Jede Partei möge in ihrer Vergangenheit gucken, was die Leute vorher beruflich getan haben und ob sie mit dieser fachlichen Expertise hier hineingekommen sind und Politik mitgestaltet haben. Dieses Recht steht auch einer Bildungsministerin zu.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir als Landtagsabgeordnete und die Minister haben ein Amt oder Mandat auf Zeit, maximal für die Wahlperiode, und müssen für die Zeit danach eine berufliche Perspektive haben. Dass man sich, bevor man ein Mandat oder Amt annimmt, darum kümmert, ist für mich das Natürlichste von der Welt und eigentlich nicht zu kritisieren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer das kritisiert, der verhängt quasi ein Berufsverbot für diejenigen Leute. Ich glaube nicht, dass ein solches Berufsverbot richtig ist.

(Unruhe)

Lieber Kollege von den PIRATEN, wenn man sich einmal die **gesetzlichen Grundlagen** anguckt, sieht man: Wir haben schon jetzt sehr viele **Rückkehrrechte**: In § 3 Ministergesetz ist das Rückkehrrecht für Beamte in den Landesdienst beziehungsweise direkt in die Pensionierung geregelt. In § 36 Abgeordnetengesetz ist das Rückkehrrecht für Beamte aus dem Mandat geregelt. In § 2 Abs. 3 Abgeordnetengesetz ist ein Kündigungsschutz für ein Jahr für Angestellte geregelt. Das heißt, all die Gruppen können jetzt schon zurückkehren, und das ist gesetzlich geregelt. Lieber Kollege Koch, das ist von uns allen politisch gewollt.

(Johannes Callsen [CDU]: Das hat niemand kritisiert, darum geht es doch gar nicht! - Weitere Zurufe)

Es gibt nur eine Gesetzeslücke. Die besteht in der Tat für Minister, die sich vorher in einem Angestelltenverhältnis befunden haben. Dass diese Menschen sich um ihren Job kümmern und sich darum kümmern, was nach fünf Jahren geschieht, ist für mich das Natürlichste von der Welt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Lars Harms)

Wenn ich dann höre, die Ministerin hätte in irgendeiner Art und Weise zugunsten Flensburgs **Lobbyismus** betrieben, dann erwidere ich, dass der Kollege Stegner recht hat: Lobbyismus ist erst einmal nichts Schlimmes, sondern Lobbyismus für die Sache, für die Hochschulstandorte, ist erst einmal etwas Gutes. So habe ich die Politik der Ministerin auch immer wahrgenommen, dass sie genau das für das Land und die Hochschulen macht, dass sie für sie Lobbyistin ist. Das finde ich auch gut so.

(Volker Dornquast [CDU]: Das hat die Kieler Uni aber anders gesehen!)

Aber es ist ein politischer Beschluss, die **Lehrerbildung** zu ändern. Es ist ein politischer Beschluss, dass wir gesagt haben, wir wollen das Lehrerbildungsgesetz so ändern, dass Sek I und Sek II mit einem Lehrerstudiengang abgedeckt werden. Dann gibt es in der Tat die Schlussfolgerung, dass dieses konsequent umgesetzt werden muss. Das heißt, dass an einer Universität genügend Fächerkombinationsmöglichkeiten vorhanden sein müssen; das heißt, dass Studiengänge attraktiv gemacht werden müssen; und das heißt auch, dass unsere beiden Unis, die damit beschäftigt sind, auch entsprechend zusammenarbeiten sollen. Genau diese politische Vorgabe der rot-grün-blauen Koalition setzt die Ministerin um - nicht zu ihrem eigenen Vorteil, sondern zum Vorteil für das Land Schleswig-Holstein.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sind Rücktrittsforderungen oder Ähnliches völliger blanker Unsinn. Das macht überhaupt keinen Sinn. Wir als Koalition messen unsere Ministerin daran, ob sie die Politik, für die wir stehen, umsetzt. Das tut sie. Deshalb ist es auch in Ordnung, dass sie da sitzt. Da wird sie auch weiter sitzen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein letzter Punkt: Es ist in der Tat sicherlich honorig, dass die Ministerin nun auf ihr Rückkehrrecht verzichtet hat. Ich sage als selbstbewusster Politiker aber auch ganz deutlich: Das wäre nicht notwendig gewesen. Wie gesagt: Uns selbst steht auch ein Rückkehrrecht zu. Die, die jetzt am lautesten schreien und schön durch ein Rückkehrrecht abgesichert sind, sollten sich vielleicht etwas mehr zurückhalten.

(Zuruf CDU: Das ist ja wohl das Letzte!)

Ich finde es in Ordnung, dass sich eine Ministerin darum kümmert, was danach geschieht, weil die Ministerin damit deutlich macht, dass sie dieses Mandat, das ihr mittelbar vom Volk gegeben worden ist, eben auch nur als ein Mandat auf Zeit ansieht und nicht als irgendeinen Beruf, den man ewig ausübt, mit dem man ewig beschäftigt ist und in dem man ewig einfach sitzt und abwartet, bis man irgendwann die Pension erreicht. Genau diese innere Einstellung hat die Ministerin nicht, deswegen ist sie eine gute Ministerin. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, der Kollege Harms hat gerade eben eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass er überhaupt gar nicht begreift, worin das Problem in dieser Sache besteht.

(Beifall CDU, FDP und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Obwohl Sie zumindest zum Schluss gesagt haben, Sie wüssten gar nicht, warum sie verzichtet hat, frage ich trotz alledem: Wenn Sie alle außer Herrn Harms das so normal finden, warum verzichtet sie dann auf dieses Rückkehrrecht? Seien Sie doch ehrlich miteinander: Sie alle hat doch auch in den letzten Monaten ein komisches Gefühl beschlichen.

Was hier behauptet wird, ist schlicht unwahr: In Ihrem **Koalitionsvertrag** steht nichts von dem, was jetzt in diesem Gesetzentwurf steht.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Der Koalitionsvertrag lässt sogar ausdrücklich offen, ob zukünftig in Flensburg weiterhin nur Sek I unterrichtet wird. Das steht in Ihrem Koalitionsvertrag. Dann haben wir im April 2013 plötzlich die erste Einigung mit den **Universitäten Kiel und Flensburg**, in der von wenigen Fächern auf Sek-II-Niveau gesprochen wird. Dann haben wir im September 2013 den nächsten Kompromiss, der verhandelt wird - sieben Fächer auf Sek-II-Niveau, die nach Flensburg gehen. Dann haben wir Ende März 2014 zur Überraschung aller Universitäten - da wurde gar kein Kompromiss mehr ausgehandelt - plötzlich 13 Fächer auf Sek-II-Niveau. Selbst die

(Daniel Günther)

Naturwissenschaften, bei denen Sie selbst früher alle gesagt haben, das sei nicht finanzierbar - so haben wir es heute auch schriftlich dokumentiert bekommen -, sollten alle nach Flensburg gelegt werden.

Im Gesetzentwurf - das ist das Tüpfelchen auf dem i - kommt dann noch oben drauf, dass alle Fächer plötzlich auf Sek-II-Niveau angeboten werden sollten. Dass einen da ein komisches Gefühl beschleicht, wenn ausgerechnet die ehemalige Präsidentin der Universität Flensburg solche Vorschläge macht, ist doch kein Wunder.

Dann lesen wir plötzlich in den „Kieler Nachrichten“ am 9. April 2014, dass Frau Wende sich selbst ein **Rückkehrrecht** genehmigt habe. Herr Harms, wenn Sie das so normal finden, dann versetzen Sie sich einmal in das Präsidium Ende Mai 2012. Das müssen Sie sich einmal vorstellen: Da sitzt die designierte Ministerin. Alle Präsidiumsmitglieder, die dort zusammengesessen haben, wussten, dass diese Frau in Kürze Ministerin des Landes Schleswig-Holstein wird und darüber entscheidet, wie viel Geld zukünftig an die Universität Flensburg geht. Dann sagt die Ministerin einmal so nebenbei: Im Übrigen möchte ich Sie bitten, dass Sie mir garantieren, dass Sie mir einen Lehrstuhl frei machen, wenn ich als Ministerin scheitere.

(Zurufe Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Was ist denn das für ein Umgang? Es geht doch nicht um irgendein Rückkehrrecht, das man sich erwirkt hat, sondern es geht darum, dass sie das Präsidium dazu gedrängt hat, sie zurückzunehmen, wenn sie als Ministerin scheitert. Natürlich war sie in allen Entscheidungen befangen, die sie weiter getroffen hat.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Zwei Jahre lang ist das alles geheim gehalten worden. Nicht nur wir haben das alle nicht gewusst. Geben Sie es doch zu: Sie haben das doch auch alle nicht gewusst und es in der Zeitung gelesen. Der Ministerpräsident behauptet, dass er es am 9. April 2014 nicht gelesen, sondern erst am 17. April 2014 erfahren habe. Aber was wird denn der Ministerpräsident zu Frau Wende gesagt haben, als er das gelesen hat? Glauben Sie, er hat zu ihr gesagt: Mensch, Wara, ich nehme dich in den Arm, schön, dass du an deine Zukunft denkst, schön, dass du dich sozial ein bisschen abgesichert hast? - Er hat gesagt: Um Gottes willen, was hast du da angerichtet? Wie kriegen wir die Kuh vom Eis? Das müssen wir alles

geheim halten! Erklär schnell deinen Rücktritt von diesem Recht, und ich als Ministerpräsident übernehme die gesamte Verantwortung dafür, damit dieser Lobbyismusvorwurf aus der Welt geschafft wird. - Das ist doch die Wahrheit, die hinter diesem Gespräch steht.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe)

- Ich habe auch alle zu Ende reden lassen und mir das angehört, jetzt müssen Sie mich auch bis zum Schluss ertragen.

Herrn Habersaat sieht man zumindest sein schlechtes Gewissen noch an, wenn er solche Presseerklärungen ausschickt.

(Lachen SPD - Zuruf Olaf Schulze [SPD])

Aber ausgerechnet Herr Stegner, der jeden, der einmal eine Zeitlang sein Geld nicht mit Diäten oder mit Pensionen aus schlechter Regierungstätigkeit finanziert hat, als Lobbyisten bezeichnet, sagt zu diesem Lobbyismusvorwurf bei Frau Wende, es sei ein „Mindestmaß an sozialer Absicherung“, was sie sich selbst zubillige.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Ich frage Sie an der Stelle bei einer solchen hohnhaften Presseerklärung: Was denken eigentlich die befristet eingestellten Lehrkräfte an unseren Schulen, die die Ministerin jetzt im Sommer in die Arbeitslosigkeit schicken wird, wenn sie solche hämischen Bemerkungen über eine soziale Mindestabsicherung lesen, Herr Stegner?

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Frau von Kalben, ein letzter Satz zu Ihnen: Ich fand sympathisch, was Sie gestern im „Schleswig-Holstein-Magazin“ gesagt haben, menschlich hätten Sie Verständnis und politisch wollten Sie das nicht bewerten. Ich würde Ihnen empfehlen, dass Sie einmal anfangen, die Arbeit von Frau Wende und dieser Landesregierung zu bewerten. Damit sollten Sie wirklich anfangen. Sie mögen sich mit dem dritten Kompromiss, den Sie jetzt ausgehandelt haben, noch einen Moment über die Zeit retten, aber Sie haben einen solchen Schaden in unserer gesamten Bildungslandschaft - verursacht durch diese Ministerin - erzeugt, dass Sie sich wirklich fragen sollten, ob Sie jetzt nicht den letzten Ausweg aus diesem Dilemma nutzen sollten.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den Scherbenhaufen, den ihr vorgelegt habt!)

(Daniel Günther)

Die Chance haben wir Ihnen mit dieser Aktuellen Stunde gegeben. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute einige wirklich bemerkenswerte Beiträge gehört. Herr Kollege Harms hat es sogar geschafft, völlig neben der Debatte zu liegen. Er hat über Sachen gesprochen, um die es hier heute gar nicht geht. Herr Dr. Stegner hat mit der Aussage, dass sei ja wohl das Mindestmaß an sozialer Absicherung, in den letzten Tagen seine Form vollendet.

Sie haben es auch heute noch einmal wiederholt: Es könne ja nicht jeder eine herausgehobene Stellung haben. Da haben Sie vollkommen Recht. Herr Dr. Stegner, es gibt aber sowohl für Abgeordnete als auch für Regierungsmitglieder entsprechende Regelungen. Sind die nicht mehr ausreichend? Wollen Sie die ändern? Dazu habe ich nichts gehört. Herr Dr. Stegner, wenn wir für jeden, der aus seinem Beruf herausgeht und in die Landesregierung oder den Landtag hineingeht, einen neuen Lehrstuhl oder Vergleichbares schaffen, wird es für dieses Land verdammt teuer. Das können wir uns gar nicht leisten.

Ich bitte Sie, einmal in das **Hochschulgesetz** des Landes Schleswig-Holstein zu gucken. Dort gibt es ganz klare Regelungen zur Besetzung von Professorenstellen. Das, von dem wir wissen, dass es hier gelaufen ist, ist rechtswidrig. Dieser geheime Beschluss ist schlichtweg rechtswidrig.

Frau Wende, wir fordern Sie noch einmal auf: Veröffentlichen Sie diesen Beschluss. Wenn das alles so harmlos ist, wie wir von den Kollegen gehört haben, kann es nicht so schlimm sein, also veröffentlichen Sie es. Wir werden das heute noch vom Wissenschaftlichen Dienst prüfen lassen. Egal, ob wir feststellen, dass es rechtswidrig oder mit dem Hochschulgesetz vereinbar war - wir glauben es nicht -, der Schaden in der Hochschullandschaft ist da.

Frau Ministerin Wende, hier im Raum steht, dass Sie nicht unabhängig sind, nicht frei im politischen Handeln. Da können wir noch so viel Getöse von den Koalitionsfraktionen hören, wir möchten es

gern heute noch prüfen. Im Zweifel können wir uns dann ja entschuldigen.

(Lachen SPD)

Wir glauben allerdings, dass wir völlig richtig liegen und die Kollegen völlig neben der Spur. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner hat das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn sich der Kollege Günther hier hinstellt und fragt, warum verzichtet Frau Wende auf ihr Rückkehrrecht, kann ich nur sagen, wenn man hier so scheinheilig auftritt und sozusagen mit Schmutz wirft und hofft, da bleibe etwas hängen, und solche Reden hält, dann ist das doch Unglaubwürdigkeit pur. Herr Kollege Günther, sparen Sie sich solche Reden und solchen Zynismus, wie Sie ihn hier an den Tag gelegt haben.

Nehmen Sie bitte eines zur Kenntnis: Das, was wir bei der **Lehrerausbildung** machen, darüber diskutieren wir morgen und nicht heute. Das ist der Wille der rot-grün-blauen Regierungskoalition. Das wird von der Ministerin umgesetzt - Punkt.

(Anita Klahn [FDP]: Basta!)

Es wird nicht die eigene Politik von Frau Wende, die sich gegen irgendjemanden wendet, umgesetzt. Insofern brauchen Sie sich auch nicht an die Kollegin von Kalben wenden. Das ist gemeinsame Politik, die wir hier gemeinsam durchsetzen. Da können Sie noch so zetern, wir werden es tun.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege Günther, ich dachte, Sie seien lang genug Parlamentarier, um zu wissen, dass der Landtag über **Haushalte** entscheidet. Falls Sie das nicht wissen, möchte ich es Ihnen gern von dieser Stelle aus noch einmal sagen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Den Haushaltsentwurf stellt die Regierung auf!)

Herr Kollege Günther, damit Sie es verstehen: Der Landtag ist der Haushaltsgesetzgeber. Das nennt man Königsrecht des Parlaments. Sie sind lang genug dabei. Sie stimmen da sogar mit. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, dass eine einzelne Minis-

(Dr. Ralf Stegner)

terin nicht Parteimitglied ist, wie es ja gegenteilig behauptet wird. Wenn Sie aber einmal die Schmutzkanone aufrichten, wird eben nicht mehr differenziert. Der Landtag beschließt das als Haushaltsgesetzgeber, und das wird auch so bleiben.

Lassen Sie mich zu dem Thema mit der **sozialen Absicherung** einen Satz sagen. Ich habe das überhaupt nicht mit der Situation, die andere haben, verglichen. Ich will nur sagen, dass jemand, der ein solches Amt annimmt, sich selbstverständlich, wenn er nicht Millionär ist oder andere Dinge hat, auch darum kümmert, was danach passiert. Was ist daran denn bitte kritisierenswert? Das ist normal. Wir wollen keine Heiligen haben, nach dem Motto: Es ist egal, wovon die nachher leben. Nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, dass Frau Wende Lebenszeitprofessorin in den Niederlanden gewesen ist. Sie ist als Professorin auf die Universitätsstelle in Flensburg berufen worden. Sie war Lebenszeitprofessorin. Reden Sie hier also keinen Unsinn wider besseres Wissen.

Was den **Lobbyismus** angeht, sage ich: Das ist schon ein starkes Stück. Lobbyismus, der sich darauf richtet, für bestimmte einzelne Branchen Besonderheiten zu erreichen - mir fällt da zum Beispiel die Glücksspielbranche ein -, ist etwas komplett anderes, als sich für Schulen und Hochschulen in diesem Land einzusetzen. Das ist die Pflicht der Ministerin, und die führt sie vorzüglich aus, wie ich finde.

Herr Kollege Kubicki, dass ausgerechnet Sie sich hier hinstellen und uns vorhalten, die Verhältnisse seien wie vor 1988 -

(Rainer Wiegard [CDU]: Welche persönlichen Vorteile sind damit verbunden?)

das haben Sie hier ja im Wesentlichen ausgesagt -, wundert mich. Sie sind doch klüger, als dass Sie hier solche unsinnigen Bemerkungen anstellen sollten. Ich weise das ganz deutlich zurück. Sie wissen, dass der Stil, was Transparenz und anderes angeht, hier ein ganz anderer ist als zu der damaligen Zeit. Sie sind alt genug, dass Sie es miterlebt haben. Deshalb weise ich es zurück. Das ist unverschämt.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Sie wissen das, aber man kann es ja einmal machen, weil es gut ankommt.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Im Übrigen muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Sie können lärmern und tun, wie Sie wollen, ich kann

Ihnen da keine Ratschläge geben, Sie müssen wissen was Sie tun.

Wir sollten über die Inhalte reden. Da bleiben Sie die Alternativen immer schuldig.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Stimmt doch gar nicht. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt!)

- Wenn Sie Inhalte haben, sind die von Vorgestern. Einen Zukunftsentwurf haben Sie noch nicht ein einziges Mal eingebracht. Das ist Ihr Problem. Deswegen greifen Sie auf das alte Mittel zurück, was wir kennen: Mit Schmutz werfen, es wird ja was hängen bleiben.

Ihnen wird es nicht gelingen, die Ministerin fertigzumachen. Es ist unsere Ministerin, es bleibt unsere Ministerin, und sie wird von unserer Regierungskoalition getragen. - Vielen herzlichen Dank.

Präsident Klaus Schlie:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass der Kollege Günther mit seinem Statement das gesamte Parlaments- und Politikverständnis infrage stellt, sei einmal dahingestellt. Das ist dann eben so. Damit muss er dann selber leben. Dass der Kollege Vogt dann aber eben die Katze aus dem Sack lässt und hier auch noch öffentlich sagt, wir werden das jetzt einmal prüfen und wenn wir nicht recht haben, werden wir uns entschuldigen, zeigt eben genau das, was Sie vorhaben, lieber Kollege Vogt. Sie schmeißen irgendwo mit Dreck - mal gucken, ob was an der Ministerin kleben bleibt und danach entschuldigen Sie sich. Dann ist das Ganze aus der Welt, aber es wird schon etwas hängenbleiben.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Das ist doch Unsinn!)

- Es wird schon etwas hängenbleiben. Das ist, was Sie betreiben. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das ist eine Schweinerei. So geht man nicht miteinander um. Ich bin da jedenfalls anders erzogen worden. Wir können uns gern politisch auseinandersetzen, aber nicht auf einer solchen Ebene. Das ist diesem Parlament nicht würdig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Dann

(Lars Harms)

veröffentlichen Sie das doch! - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, die Geschäftsordnungslage bei Aktuellen Stunden sieht keine Zwischenfragen vor. Wir können innerhalb der Aktuellen Stunde Fünfminutenbeiträge leisten, aber keine Zwischenfragen stellen. - Herr Abgeordneter Dr. Breyer hat jetzt das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Lars Harms hat sehr allgemeine Ausführungen zum Thema **Lobbyismus** gemacht und gesagt, dass das doch alles nicht so schlimm sei. Dazu möchte ich gern noch einmal etwas sagen. Lobbyismus bedeutet Vertretung von Einzelinteressen. Es ist nicht normal, dass hier im Parlament oder auch in einem Ministeramt Einzelinteressen vertreten werden. Denn wir alle und auch alle Minister und der Ministerpräsident haben einen Eid darauf geschworen, dem Wohl des Volkes zu dienen, das heißt allen Bürgerinnen und Bürgern. Deswegen ist das, was wir machen, kein Lobbyismus und darf auch kein Lobbyismus sein.

(Beifall PIRATEN - Zuruf Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Es geht darum, das Vertrauen der Menschen, für die wir handeln und die sich an unsere Entscheidungen halten müssen, auch zu bewahren. Deswegen spielt es schon eine Rolle, ob allein der Anschein besteht, man könnte vielleicht nicht im öffentlichen Interesse, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, sondern im eigenen Interesse handeln. Deswegen ist es ein Problem, wenn zum Beispiel ein Wirtschaftsminister gleichzeitig Präsident eines Tourismusverbands ist, weil dieser Einzelinteressen vertritt.

(Serpil Midyatli [SPD]: Jetzt geht das schon wieder los!)

Es ist ein Problem, wenn Abgeordnete Nebeneinkünfte von einzelnen Wirtschaftsunternehmen beziehen. Es ist ein Problem, wenn an Gesetzentwürfen Lobbyisten mitgeschrieben haben.

Deswegen haben wir auch vorgeschlagen und immer wieder mit verschiedenen Initiativen darauf gedrängt, dass solche möglichen Interessenkonflikte offengelegt werden. Wir haben beantragt, dass Nebeneinkünfte **offengelegt** werden. Wir haben beantragt, dass die Mitwirkung von Lobbyisten an Ge-

setzentwürfen offengelegt wird. Und wenn es gar so weit geht, wie in einigen anderen Parlamenten, dass aktive Lobbyisten gleichzeitig Abgeordnete sind, ist das ein ganz massives Problem.

Deswegen war es auch im Fall der Bildungsministerin erforderlich, dass sie dieses **Rückkehrrecht** offengelegt hat. Es hätte schon früher passieren müssen, damit sich jeder selbst ein Bild hätten machen können und die Entscheidung zutreffend hätte einordnen können. Jeder muss für sich selbst bewerten, ob und in welchen Fällen ein solches Rückkehrrecht problematisch ist.

Bei uns, Herr Kollege Harms, ist es transparent, weil unser Beruf veröffentlicht wird. Da kann jeder sehen, ob ein solches Rückkehrrecht besteht oder nicht. Ich finde, es sollte auch bei Ministern bekannt sein, wenn solche Interessenverflechtungen bestehen. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat die Abgeordnete Heike Franzen.

(Unruhe - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Zur Geschäftsfrage, Herr Abgeordneter Dr. Stegner. Es gibt nach der Geschäftsordnung nicht zwei Redebeiträge pro Fraktion, sondern zwei Redebeiträge pro Redner. Lesen Sie das noch einmal nach! Ansonsten schöpfen wir die 60 Minuten aus, und die sind noch nicht um. So weit, glaube ich, habe ich die Geschäftsordnung verinnerlicht. - Bitte schön.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Stegner, von Ihnen etwas über Schmutzkampagnen zu hören, finde ich schon ausgesprochen schwierig. Ich möchte einmal daran erinnern, mit welchen Beleidigungen von Ihnen Kollegen hier im Landtag leben mussten, als es um das Glücksspielgesetz ging. Da wurde den Kollegen Arp und Kubicki vorgeworfen, sie leisteten hier im Parlament Geldwäsche Vorschub. Also, wer im Glashaus sitzt, sollte an dieser Stelle nicht mit Steinen werfen, sondern einmal rekapitulieren, wie er selber im Parlament auftritt.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die soziale Absicherung hier so als selbstverständlich und menschlich darzustellen, finde ich schon ein dolles Ding. Anfang des Jahres haben wir hier intensivst darüber diskutiert,

(Heike Franzen)

ob Minister nicht „Stehzeiten“ haben müssen, bevor sie in die Wirtschaft oder andere Ämter zurückkehren.

(Beifall Uli König [PIRATEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Insbesondere die Grünen haben sich dafür stark gemacht und haben, als es um Herrn Pofalla ging, eine dreijährige Stehzeit gefordert. Das scheint nur für CDU-Mitglieder zu gelten, für andere Regierungsmitglieder scheint das nicht zu gelten. Für die Bildungsministerin ist das völlig normal, aber bei anderen Ministern werden Stehzeiten eingefordert.

Herr Stegner, Sie sind ja immer gut, um auch noch einmal zitiert zu werden. Sie haben in diesem Zusammenhang laut gesagt:

„Die ... Koalition sollte noch in diesem Jahr ein Gesetz auf den Weg bringen, das den Wechsel von Politikern in die Wirtschaft regelt.“

Sie haben auch gesagt:

„Grenzgänge zwischen Wirtschaft und Politik sind durchaus wünschenswert, allerdings sind allzu flotte Transfers à la Bundesliga nicht unproblematisch.“

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Ja, meine Damen und Herren, das gilt dann aber nicht nur für Mitglieder der Bundesregierung, das muss dann nach Ihrem eigenen Anspruch auch für Mitglieder Ihrer eigenen Regierung gelten.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Man muss nicht nur zitieren können, sondern man muss es auch verstehen!)

- Das liegt ja vielleicht manchmal an Ihren Zitaten, Herr Dr. Stegner. Ich glaube, ich habe das sehr wohl verstanden. Sie wollten deutlich machen, dass ein schneller Wechsel zwischen Regierungsamt und Wirtschaft nicht wünschenswert ist. Ich sage an der Stelle auch, es geht um eine Rückkehr in ein Amt, das noch nicht geschaffen worden ist, das ist nämlich hier der Fall, in ein Hochschulamt. Das würde übrigens nicht aus wirtschaftlichen Mitteln eines Unternehmens finanziert, sondern eine solche Professur würde aus Steuergeldern finanziert. Das hat noch einen ganz anderen Geschmack als eine Rückkehr in ein wirtschaftliches Unternehmen.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, es geht hier auch nicht darum, irgendetwas mit Schmutz zu bewerfen,

(Zurufe SPD: Nein, nein!)

sondern es geht darum, dass die Öffentlichkeit ein berechtigtes Interesse daran hat zu erfahren, welche persönlichen Interessen die Ministerin mit dem Ausbau der Universität Flensburg verbindet.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Es geht nur um die Sache!)

Alle hier in diesem Hause haben darauf ein Recht, das zu erfahren. Ich finde in der Tat, dass das, was der Kollege Schmidt gerade gefordert hat, dass die Ministerin offenlegt, wie die Vereinbarung mit der Universität Flensburg ausgesehen hat, ein berechtigtes Ansinnen ist.

(Vereinzelter Beifall CDU - Rasmus Andersen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Vergangenheitsbewältigung!)

- Das hat mit Vergangenheitsbewältigung überhaupt nichts zu tun, sondern mit der aktuellen Politik dieser Ministerin.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!
- Weitere Zurufe)

Wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass erst auf Druck der Opposition und der Öffentlichkeit überhaupt davon Abstand genommen wurde, von einem solchen Rückkehrrecht Gebrauch zu machen.

Lassen Sie an dieser Stelle einmal die Sachlichkeit walten und uns die Tatsachen auf den Tisch legen. Herr Kollege Günther hat die zeitlichen Abläufe geschildert. Ich bin der Auffassung, wir sollten das in dieser Phase noch einmal hinterfragen. Wir werden uns im Rahmen der Akteneinsicht ja auch noch einmal intensiv damit beschäftigen. - Danke schön.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Ministerpräsident Torsten Albig.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, im „Lehrbuch für schmutzige Politik“ steht in Kapitel 1: Verzichte soweit es irgendwie geht auf Sachdebatten, sondern versuche, den politischen Gegner in seiner Integrität zu verletzen. Versuche es mit allen Mitteln. Versuche es, indem du irgendein Thema aufnimmst, von dem du glaubst, dass die Menschen es sowieso von der Politik erwarten. Und dann wirst du sehen, irgendetwas davon bleibt hängen. Dass hier ein Schauspiel

(Ministerpräsident Torsten Albig)

nach dem Motto „House of Cards für Arme“ aufgeführt wird, dafür fehlte mir wirklich die Phantasie. Aber ich muss gestehen, ich muss an meiner Phantasie noch ein bisschen arbeiten. Das, was wir hier erleben - erlauben Sie es mir -, ist unerträglich. Es ist unerträglich!

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie versuchen, eine Ministerin, eine Regierung, gegen deren politische Ziele und Inhalte Sie nichts vorzutragen haben, in ihrer Integrität anzugreifen, indem Sie ihr Vorwürfe machen, die nachgerade absurd sind, meine Damen und Herren. Dieses weise ich für meine Regierung auf das Schärfste, ja auf das Allerschärfste, zurück.

So geht man nicht miteinander um. Es mag sein, dass Ihnen das nicht gefällt, was wir tun. Es mag sein, dass Sie ein anderes Hochschulrecht wollen. Aber das, was Sie tun, ist das Beschädigen von Menschen, weil Sie wissen, es bedient eine Erwartungshaltung, wie wir draußen wohl gesehen werden. Und nur deswegen, nur deswegen, tun Sie das.

Kein Wort kommt dazu von Ihnen, dass das, was Sie hier kritisieren, der im Gesetz angenommene Regelfall ist. Unser Hochschulgesetz beschreibt genau das als den Regelfall.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unsinn! Haben Sie das mal gelesen?)

- Ja, ich habe das gelesen, im Gegensatz zu Ihnen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Darauf habe ich gewartet!)

§ 23 Abs. 11 sagt: Wird ein Hochschullehrer im Dienste des Landes Präsident, ist er zu beurlauben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Stimmt nicht!)

- Ein Hochschullehrer im Dienste des Landes wird Präsident, Herr Kollege, er ist dann zu beurlauben. § 23 Abs. 12 Hochschulgesetz regelt, was dann passiert, und im Minister- und im Landesbeamtengesetz haben Sie entsprechende Regeln.

(Tobias Koch [CDU]: War Sie vorher Hochschullehrerin im Dienste des Landes? - Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann haben Sie das offensichtlich nicht verstanden! - Weitere Zurufe SPD)

- Darf ich Ihnen das erklären?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wird protokolliert!)

Der Regelfall - hören Sie mir einmal zu? -, von dem der Gesetzgeber in diesem Land ausgeht, ist, dass jemand, der Präsident wird, vorher als Hochschullehrer im Dienste des Landes steht. - Verstehen Sie das Wort Regelfall? Ist das irgendwie zugänglich: Regelfall.

(Heiterkeit SPD)

Ich rede jetzt gerade nicht über Frau Wende, ich rede über den Regelfall. Der Gesetzgeber erwartet, dass der Präsident, der dann irgendwann Minister wird, auf sein Ursprungsamt, von dem er beurlaubt war, zurückkehrt. Das ist die gesetzliche Normannahme. Das, was Sie in diesem Fall, über den wir gleich noch zu reden haben, für so ungeheuerlich halten, dass jemand wieder in ein Grundamt zurückkehrt, das ist der Regelfall in Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Als Präsidentin kein Problem!)

- Nein, nicht als Präsidentin, sondern in das Amt, von dem er als Hochschullehrer beurlaubt war. Der normale Präsident war vorher im Dienste des Landes. Ist das zugänglich?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das trifft hier doch gar nicht zu!)

- Mein Gott, verstehen Sie, was Regelfall bedeutet? Sie versuchen zu diskreditieren, was der Gesetzgeber bei jedem normalen Fall hier erwartet hat.

(Tobias Koch [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

- Natürlich stimmt das!

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Nein, überhaupt nicht!)

Als ich die Frau Präsidentin gefragt habe, ob sie bereit sei, in meiner Regierung zu arbeiten, da war das Erste, was Sie mir im Mai 2012 gesagt hat: „Sehr gerne, dafür muss ich aber prüfen, ob ich ein Rückkehrrecht habe.“

(Heike Franzen [CDU]: Ach nee!)

- Ja, natürlich. Das ist das Selbstverständlichste der Welt. Das sehen übrigens unser Landesbeamtengesetz, unser Minister- und unser Hochschulgesetz genauso vor, Frau Kollegin.

(Zuruf Torge Schmidt [PIRATEN])

Ich habe sie gebeten, das zu prüfen. Sie hat es geprüft und mir die Antwort gegeben: Ich stehe bereit, Ministerin zu werden. Dies hat mich sehr gefreut. Sie ist Ministerin geworden

(Ministerpräsident Torsten Albig)

(Tobias Koch [CDU]: Dann wussten Sie nicht erst seit dem 17. April davon! - Weitere Zurufe)

- würden Sie mir einmal zuhören? - in meinem festen Bewusstsein, dass sie selbstverständlich ein Rückkehrrecht hat.

(Zurufe Serpil Midyatli [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Also, meine Damen und Herren! Erst einmal, Frau Abgeordnete Midyatli: Ganz ruhig, wir machen das hier schon alleine!

(Zurufe SPD)

- Herr Abgeordneter Dr. Stegner, ich würde Sie bitten, sich zurückzuhalten und das Präsidium seine Arbeit machen zu lassen. Wir machen das alleine, wir brauchen dafür nicht Ihre Anregungen.

Meine Großzügigkeit am heutigen Tag ist groß. Ich bitte jetzt aber darum, den Ministerpräsidenten aussprechen zu lassen. Gemäß § 32 Abs. 7 unserer Geschäftsordnung haben Sie als Abgeordnete anschließend die Möglichkeit, dazu etwas in Dreiminutenbeiträgen zu sagen. Ich bitte darum, diese Gesprächsatmosphäre zu beenden.

Sie haben das Wort, Herr Ministerpräsident.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Frau Wende ist Ministerin bei mir geworden in dem Bewusstsein, dass sie selbstverständlich ein Rückkehrrecht habe. Man tut so etwas nicht, einfach irgendwo hinzugehen, ohne zu wissen, was nachher passiert.

In der Debatte tauchte irgendwann auf - es stand am 9. Mai 2014 in der Zeitung -, dass Frau Wende ein Rückkehrrecht habe. Die Erwartung ist, dass das dem gesetzlichen Regelfall entspricht: Hochschul-lehrer, Präsident und wieder zurück entspricht exakt dem, was bei jedem normalen Fall passieren würde. Es gibt keinen Anlass, das zu bezweifeln.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Doch!)

Die Staatskanzlei und das MBW haben sich das noch einmal angeschaut. Am 17. April 2014 wurde mir mitgeteilt, dass die hier gewählte Konstruktion erkennbar nicht dem Regelfall entspricht, weil es nach Auffassung des MBW und meiner Staatskanzlei am Rechtszustand im Dienste des Landes fehlt.

Frau Wende war sogar - das war nicht ihre Aufgabe - so klug und vorsichtig, sich, bevor sie mir 2012 gesagt hat, sie stehe zur Verfügung, **rechtlichen Rat** einzuholen. Sie hat einen der renommiertesten Hochschulwissenschaftler Deutschlands gefragt, ob die Aussage ihres Hochschulpräsidiums - an der sie nicht mitgewirkt hat - zutreffend sei. Herr Professor Löwer aus Bonn hat ihr bestätigt, dem sei so. Mehr kann jemand, der selber nicht Jurist ist, nicht tun. Mehr kann er nicht tun, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Rechtsauffassung des MBW und die Rechtsauffassung nach einer kursorischen Prüfung der Personalabteilung meiner Staatskanzlei decken sich nicht mit der von Professor Löwer.

Ich habe am 17. April 2014 im Anschluss an ein Gespräch mit der Frau Ministerin darüber gesprochen. Sie haben gefragt, warum ich mit ihr spreche. Ich kann Ihnen das sagen. Ich bin fast ein bisschen traurig, dass sich meine Prophezeiung erfüllt. Ich habe gesagt: Liebe Wara, dieses werden Menschen, die glauben, mit Schmutz zu werfen sei das eigentliche Ziel von Politik, nutzen. Sie werden es tun. Du bist geschützter, wenn du von dir aus eine solche von uns für rechtlich nicht zutreffend gehaltene - ich kann das am Ende nicht beurteilen, vielleicht wird das irgendwann einmal ein Verwaltungsgericht prüfen - Vereinbarung nicht in Anspruch nimmst. Du bist geschützter, denn es wird welche geben, die gar nicht klein genug sein können, als dass sie versuchen, aus ihrer Kleinheit mit Schmutz zu werfen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb rate ich dir, dich entsprechend zu verhalten.

Sie hat diesen Rat angenommen und mir schriftlich zugesichert, dass sie auf die Zusage der Hochschulen nicht zurückgreifen werde.

Ich halte das in hohem Maße für honorig. Ob man das wirklich tun musste, ob man aus dieser Zusage der Hochschule nicht einen rechtlichen Anspruch herleiten kann, sei dahingestellt. Ich vermag das nicht zu prüfen.

Ich sage Ihnen zu: Wir werden selber Verwaltungs- und Verfassungsrechtler prüfen lassen, ob dieser Umstand, der nicht dem Regelstand entspricht, eine unbewusste Regelungslücke in unserem Gesetz ist, die so nicht gewollt war,

(Ministerpräsident Torsten Albig)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

und ob es nicht sogar einen gesetzlichen Rückkehranspruch für eine Präsidentin gibt, für die nicht beantwortbar ist, warum sie vom Land damals keine Grundprofessur bekommen hat, was das Normale gewesen wäre. Wie kann es sein, dass sie aus Groningen kommt und nicht zumindest eine rechtliche Sekunde lang eine Grundprofessur geschaffen wird, bevor sie Präsidentin wird? Das ist nicht geschehen. Wir werden zu prüfen haben - ich werde das tun -, ob das Folgen hat, die wir heilen können oder möglicherweise sogar heilen müssen.

Dies ist der gesamte in Rede stehende Vorgang. Nichts an diesem Vorgang ist in irgendeiner Weise zu kritisieren. Nichts an diesem Vorgang ist in irgendeiner Weise zu skandalisieren. Diese Professorin ist aufgrund ihrer Fähigkeit, Hochschulpolitik besser zu machen als in der Vergangenheit, Ministerin geworden. Weil sie Präsidentin in Flensburg war, habe ich sie zur Ministerin gemacht.

Nun kommen Sie mir doch bitte nicht damit, dass jemand, der einmal irgendwo Präsident war, nicht daran arbeiten kann, mit den Hochschulen in diesem Land, zu denen Flensburg auch gehört, zu arbeiten. Was ist das für eine absurde Herangehensweise an Politik? Wer von uns wollte dann noch irgendetwas machen? Würde ich dann noch irgendetwas machen, was Kiel betrifft? Würde Herr Meyer noch irgendetwas machen, was das Hamburger Umland betrifft? Was für ein absurder Ansatz an Politik ist das, wenn Sie uns das vorwerfen!

Ich will gerade eine solch kluge Lobbyistin für Hochschulpolitik. Ich habe sie mir genau deswegen ausgesucht - in dem festen Bewusstsein, dass sie ein Rückkehrrecht hat, was leider nach der Rechtsauffassung der Landesregierung nicht zutrifft. Leider hatte sie das feste Bewusstsein, dass sie das natürlich habe, wie es jeder andere Präsident, den ich berufen hätte, automatisch gehabt hätte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein!)

Die Präsidenten, die wir heute haben, sind vorher alle Professoren des Landes gewesen. Sie wären alle beurlaubt worden. Sie wären alle mit Rücktritt vom Amt wieder in ihre Grundstelle zurückgegangen. An dieser Stelle wären sie beamtenrechtlich nach § 3 Abs. 2 Landesministergesetz wieder Beamte, also Professoren, geworden - alle, ob der Lübecker, der neue Flensburger oder der Kieler; alle wären sie wieder zurückgegangen, alle hätten nach dem Gesetz eine Rückfahrkarte gehabt. Nur in die-

sem einen Fall gibt es im Gesetz tatsächlich eine Regelungslücke. So sieht es jedenfalls aus.

Ob dies wirklich geeignet ist, auf Frau Wende so zu reagieren, wie Sie das tun, müssen Sie beantworten. Noch einmal: Wir stellen uns jeder inhaltlichen Debatte. Sie mögen das anders sehen. Das ist absolut legitim. Wir werden sehen, wer am Ende in diesem Haus die Mehrheit hat.

Das, was Sie tun, beschädigt Menschen. Sie sollten es nicht tun. Irgendwann wendet sich das auch gegen Sie. Man ist immer nur einen kurzen Zeitpunkt da, wo man ist. Irgendwann sind Sie woanders. Dann werden Sie den Preis dafür zahlen, dass Sie Politik so darstellen, wie Sie sie darstellen. Sie stellen uns alle damit dar, weil Sie das Bild, das Menschen von uns allen haben, nutzen. Sie alle werden den Preis dafür zahlen. - Vielen herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Nach § 32 Abs. 7 unserer Geschäftsordnung hat nun der Abgeordnete Wolfgang Kubicki zu einem Dreiminutenbeitrag das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, ich finde es unglaublich honorig, wie Sie sich vor Ihre Ministerin stellen. Ihr Appell an den menschlichen Umgang miteinander hätte mehr Gewicht, wenn Sie ihn nicht nur in die eine Richtung äußern würden, sondern auch in die eigenen Reihen hinein. Ich wiederhole mich: Sie haben einen Fraktionsvorsitzenden, der keine Gelegenheit auslässt, in jedem zweiten seiner Sätze Kolleginnen und Kollegen dieses Parlamentes zu beleidigen und zu diskreditieren. Wenn Sie einen Appell an uns richten, dann bitte auch an die eigenen Reihen.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Ich finde es erwähnenswert und möchte ausdrücklich dokumentieren, dass Sie hier erklären, dass Ihre Landesregierung eine andere Rechtsauffassung hat als das, was die regierungstragenden Fraktionen bisher geäußert haben, nämlich die Rechtsauffassung, das die Vereinbarung mit der Universität Flensburg nicht dem geltenden Recht entspricht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Dazu hat sich kein Mensch geäußert!)

(Wolfgang Kubicki)

Ich akzeptiere auch, dass Sie glauben, hier bestehe eine Regelungslücke. - Wie bitte?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Dazu hat sich kein Mensch geäußert! Das ist Unsinn!)

- Sie haben alle erklärt, dass das das Normalste der Welt und in Ordnung sei. Herr Kollege Dr. Stegner, lassen Sie mich doch bitte zu Ende reden.

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich glaube, das wir keine Regelungslücke haben, sondern schlicht und ergreifend das Problem, dass das Land Schleswig-Holstein, das nicht davon ausgeht, dass Präsidenten gleich Minister werden, ein **Rückkehrrecht** auf eine Professur, die vorher bestanden haben muss, nur im eigenen Hoheitsbereich garantieren kann. Wenn also beispielsweise ein Professor aus Hamburg oder aus Niedersachsen oder aus Nordrhein-Westfalen hier Präsident würde, ohne zuvor eine Professur in Schleswig-Holstein zu haben, könnten wir deren oder dessen Rückkehrrecht auch nicht garantieren, weil das in den Hoheitsbereich anderer Länder eingriffe.

Die spannende Frage ist: Können wir in dieser Frage möglicherweise im Rahmen einer Bund-Länder-Vereinbarung dazu übergehen, dass Präsidenten, wenn sie aus dem Präsidialamt ausscheiden, auf ihren alten Lehrstuhl zurückkehren können, wenn sie einen hatten? Wenn wir das gemeinsam regeln können, bin ich bei Ihnen.

Wir können aber nicht so tun, als sei dies ein Ausnahmefall, der ausdrücklich nur auf Frau Wende zutrifft. Er trifft auch auf alle anderen zu, die vorher nicht Professorin oder Professor in Schleswig-Holstein waren.

Herr Ministerpräsident, im Übrigen müssen wir die Regelung verändern, dass man mindestens eine Amtszeit hinter sich gebracht haben muss, um von diesem Rückkehrrecht Gebrauch machen zu können. Bisher brauchen Sie eine volle Amtszeit, um dieses Rückkehrrecht zu generieren. Ansonsten haben Sie - ich sage es einmal so - mit Kartoffeln gehandelt. Das kann nicht im Sinne der Erfindung sein.

Ich sage es noch einmal: So zu tun, als sei dies eine **Regelungslücke**, die nur auf Frau Wende zutrefte, ist falsch. Sie trifft auch auf alle anderen zu, die zu-

vor keine Professur in Schleswig-Holstein hatten. Deren Rückkehrrecht können wir auch nicht garantieren. Ich denke, das hätten Sie - oder Ihre Staatskanzlei - bereits bei der Berufung beziehungsweise der Benennung der Ministerin erkennen können. In der Zwischenzeit hätten Sie Regelungen schaffen können, um diesem Missstand abzuwehren. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Johannes Callsen das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen ausdrücklich für die Ausführungen. Ich glaube, es wäre zumindest hilfreich gewesen, wenn wir bereits in den letzten Tagen über diese Einschätzung Bescheid gewusst hätten. Wir werden dies bewerten. Ich weise den Vorwurf, wir würden hier eine schmutzige Debatte führen, aber ausdrücklich zurück.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Genau das tun Sie!)

- Herr Kollege Dr. Stegner, das „Lehrbuch für schmutzige Debatten“ lesen in diesem Hause andere, nicht wir. - Wir haben gehört, dass der Vorgang offenbar rechtswidrig war und dass man den **konkreten Einzelfall** betrachten muss. Es geht an keiner Stelle darum, Rückkehrrechte generell infrage zu stellen. Hier ist der konkrete Einzelfall zu betrachten. Die Menschen in diesem Land haben ein tiefes Gespür dafür, was sie unter Anstand verstehen. Sie haben ein Gespür dafür, wann jemand befangen ist und wie er damit umzugehen hat. Herr Ministerpräsident und Frau Ministerin, das kritisieren wir im Wesentlichen. Dieser Stil ist in diesem Haus nicht haltbar.

Ich bedanke mich für die Erläuterungen. Sie haben der Ministerin Ratschläge gegeben. Sie haben schon mehrfach Erfahrungen mit persönlichen Ratschlägen im Land Schleswig-Holstein gemacht.

Ein letztes Wort zur Kollegin von Kalben: Frau von Kalben, ich finde das bemerkenswert: Sie haben gesagt, Sie könnten oder wollten all dies eigentlich politisch nicht bewerten. In Ihrem Redebeitrag sind Sie auf das konkrete Problem auch überhaupt nicht eingegangen. Sie haben allerdings immer wieder darauf hingewiesen, dass diese Ministerin die Bildungspolitik nach den Vorgaben der Koalition gestalte, über deren Abläufe und Unterschiede der Kollege Daniel Günther berichtet hat. Sie haben

(Präsident Klaus Schlie)

aber auch gesagt, dass diese Ministerin vom Ministerpräsidenten persönlich ausgesucht worden sei. Ich werte dies als eine vornehme Distanzierung, die deutlicher nicht hätte sein können. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Danke, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Albig, Sie haben vor ein paar Monaten in einer SMS geschrieben: Es ist nicht der Fehler, über den man stürzt, man stürzt darüber, wie man mit diesem Fehler umgeht. Das Gleiche gilt auch für diese Landesregierung.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Stegner, ich erkläre Ihnen, warum das so ist. Herr Albig hat sich gerade hier hingestellt und gesagt, er wusste von Anfang an von diesem Rückkehrrecht und von dieser Absprache mit der Regierung. In der Presse hat er aber gesagt, er habe davon erst aus der Presse erfahren.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Warum kommen immer wieder diese Widersprüche auf? Das Gleiche gilt für diesen Gesetzentwurf. Die Regierung rudert immer wieder zurück, kann ihre eigenen Zahlen nicht verifizieren und so weiter. Als PIRAT habe ich Erwartungen, und ich frage: Warum stellt man sich nicht hin und erklärt klar, wie die Sache ist? Herr Albig, Sie haben das eben getan. Das ist in Ordnung. Warum stehen Sie aber nicht von Anfang an zu dem, was gemacht wurde? Dann stünde man auch nicht in der Kritik.

Gleiches gilt für den Gesetzentwurf. Wenn man sagt: „Okay, der Gesetzentwurf war ein Fehlschuss, wir machen einen neuen“, dann ist das in Ordnung und ehrlich. Dabei unterstützen wir Sie auch. Diese Salomitaktik und das Schieben sind aber nicht der politische Stil, den ich von dieser Landesregierung erwarte. Ich erwarte eine klare Ansage dahingehend: „Das war falsch“, oder auch: „Das ist so, dazu stehe ich“. Dann hat man eine klare Meinung dargestellt, und daran gibt es auch weniger zu kritisieren.

Ich möchte über den Gesetzentwurf reden. Aussagen wie diese, Sie hätten dies aus der Presse erfahren und hätten das nicht von Anfang an gewusst, machen es schwierig, über diesen Gesetzentwurf und über seine Inhalte zu reden.

(Beifall PIRATEN und Daniel Günther [CDU])

Es bleibt dabei: Das Zitat aus Ihrer SMS gilt auch für Ihre Landesregierung. Das sind die Erwartungen, die ich hier an Sie habe.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Eka von Kalben, das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte gern zu zwei Punkten Stellung nehmen: erstens zu einem vielzitierten Zitat aus dem NDR. Sie alle kennen es. Ich habe in einem längeren Interview einige Statements abgegeben. Den ersten Teil der Statements haben Sie heute in meiner Rede gehört. Das zweite Statement bestand aus dem Satz, der zitiert wurde.

Zweitens. Sie haben gesagt, meine Äußerungen seien ein deutliches Zeichen der Distanz. Ich kann nur sagen: Wie Sie sich vielleicht erinnern, hat Herr Albig Frau Wende schon während des Wahlkampfes in sein Schattenkabinett berufen. Damals gehörte ich noch nicht dem Landtag an. Ich glaube, auch der damalige Fraktionsvorsitzende hatte nicht die Möglichkeit oder die Macht, jemandem, mit dem wir, wenn auch mit dem Ziel, hinterher gemeinsam zu regieren, im Wahlkampf standen, in der Frage, wer in sein Schattenkabinett zu berufen sei, hineinzureden. Wir waren damals im Wahlkampf. Obwohl wir sonst sehr selbstbewusst auftreten, hatten wir selbst kein Schattenkabinett aufgestellt. Daher ist meine gewählte Wortwahl völlig normal. Ich glaube, ich habe diesen Satz in meiner heutigen Rede viermal benutzt: Wara Wende ist unsere Ministerin. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Lars Harms hat das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte - so schnell es mir möglich ist - auf drei Dinge eingehen, die mir wichtig sind. Der Kollege Breyer machte eben wieder deutlich, dass es sein Verständnis sei, dass grundsätzlich alle Politiker - in welcher Frage auch immer - schuldig seien. Sie seien grundsätzlich erst einmal schlechte Menschen, Vorteilsnehmer und bestechlich. Daher will ich hier noch einmal ganz deutlich sagen: Jeder, der hier tätig ist, macht dies auch aus politischer Überzeugung heraus. Diese ist es, die uns treibt. Es sind nicht irgendwelche Bereicherungsphantasien oder Ähnliches. Daher glaube ich nicht, dass es richtig ist, dass man vom Grundsatz her sagt: Politiker müssten in Sack und Asche gehen und dürften am liebsten hinterher gar nichts tun oder nie in irgendeiner Art und Weise Rückkehrrechte haben. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass Menschen, die sich hier engagieren, eine entsprechende Absicherung haben.

Ein zweiter Punkt: Der Kollege Callsen sprach gerade davon, dass es sehr verwunderlich sei, dass der Ministerpräsident seine eigene Mannschaft zusammenstelle und vorher mit Frau Wende darüber rede, dass sie Ministerin werden solle. Ich kenne das nicht anders. Ich bin ein alter Fußballer: Dass der Trainer die Mannschaft zusammenstellt, ist absolut üblich. Es hätte mich gewundert, wenn Herr Albig seinerzeit als Ministerpräsidentenkandidat gesagt hätte: Mal gucken, wer da vom Himmel fällt. Vielleicht ist das bei Herrn Carstensen so gewesen. Dass Herr Albig das nicht so gehandhabt hat, ist - so glaube ich - völlig normal und zeigt, wie professionell er arbeitet.

Der dritte Punkt ist eigentlich entscheidend: Es ist hier noch einmal deutlich geworden, dass es Regelfälle gibt. Ich selbst bin auf das eingegangen, was uns als Abgeordnete betrifft, aber auch auf das, was Minister betrifft. Herr Albig ist eben noch einmal darauf eingegangen, wie sich die Lage im Hochschulbereich gestaltet. Ich glaube, man muss so ehrlich sein, zu erkennen, dass wir hier möglicherweise eine Regelungslücke haben. Ich glaube, wenn der Ministerpräsident ankündigt, dies zu überprüfen, dann wird es in der Koalition sicherlich so sein, dass wir dies mit Wohlwollen entsprechend begleiten werden.

Mir fallen auf Anhieb noch wesentlich mehr Regelungslücken ein. Man muss dann ganz ruhig darüber diskutieren. Weil vorhin von Herrn Callsen und auch von Herrn Kubicki zumindest in Bezug auf diese Sachfrage durchaus versöhnliche Töne zu

hören waren, bitte ich alle darum, dass wir uns ganz in Ruhe, nachdem die Regierung ihre Erkenntnisse gesammelt hat, zusammensetzen und schauen, ob wir eine Regelungslücke, so sie denn besteht, aus der Welt schaffen können.

(Beifall SSW und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Unsere Geschäftsordnung sieht leider keine Möglichkeit für weitere Dreiminutenbeiträge vor. Ich bitte Sie, das nachzulesen.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 19 und 31 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Kein nutzerfinanzierter Sonderfonds „Reparatur Deutschland“!**

Antrag der Fraktionen von FDP und CDU
Drucksache 18/1832 (neu)

Verkehrsinfrastruktur solide finanzieren

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1898

b) Sonderfonds „Reparatur Deutschland“ ablehnen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1863

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Bevor wir in die Debatte eintreten, stelle ich fest, dass sich der Antrag der CDU-Fraktion in der Drucksache 18/1863 durch die Mittragstellung zum Antrag in der Drucksache 18/1832 (neu) erledigt hat.

Vorschlag zur Worterteilung: zuerst die FDP-Fraktion zum älteren Antrag zu a), dann die CDU-Fraktion zu dem Antrag zu b) und dann die Fraktionen nach Fraktionsstärke sowie danach die Landesregierung.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für den Ausbau und den Erhalt der **Verkehrsinfrastruktur** in Schleswig-Holstein wird seit Jahrzehnten zu wenig Geld ausgegeben, was man mittlerweile vielerorts spürt. Die Töpfe für Ausbau und Erhalt sind chronisch unterfinanziert. Im Zweifel sind andere Probleme bisher immer wichtiger gewesen.

Dieses Verhalten rächt sich mittlerweile. Die im schwarz-roten Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarten 5 Milliarden € für den Verkehrsetat - verteilt über vier Jahre - sind natürlich zu begrüßen, aber letztlich nur ein Tropfen auf den berühmten heißen Stein. Für andere Dinge ist erneut deutlich mehr Geld übrig. Die sprudelnden Steuereinnahmen werden leider bisher nicht dazu genutzt, um die Infrastrukturprobleme unseres Landes vernünftig anzupacken.

Die SPD hatte sich im Bundestagswahlkampf - aus meiner Sicht völlig zu Recht - vehement gegen die von der CSU geforderte **Pkw-Maut** für Ausländer, die es richten sollte, ausgesprochen, um dann nach der Wahl mitzumachen. Der Ministerpräsident hat den verkehrspolitischen Teil des Koalitionsvertrags mitverhandelt. Wenige Monate später verteidigt er diese umstrittene Forderung des Koalitionsvertrags nicht mehr. Er geht nun weit darüber hinaus und fordert eine Pkw-Maut für alle Autofahrer in Höhe von 100 € im Jahr. Man könnte auch sagen, das ist eine Art „Kopfpauschale“ für jeden, der ein Auto besitzt.

Meine Damen und Herren, wir halten diesen Ansatz für völlig falsch. Der Vorschlag ist nicht nur ungerrecht, sondern auch unsinnig.

(Beifall Anita Klahn [FDP])

Der Staat hat in Zeiten immer neuer Rekordsteuereinnahmen nicht etwa zu geringe Einnahmen, sondern vor allem ein **Ausgabeproblem**, wenn er sich den Erhalt, Aus- und Neubau von Straßen angeblich nicht mehr leisten kann. Die rund 60 Milliarden € - je nachdem, wie man es definiert -, die die Autofahrer heute schon Jahr für Jahr an den Fiskus abdrücken, sind mehr als ausreichend, um die Verkehrswege bundesweit erhalten und ausbauen zu können. Das Geld wird aber bisher leider überwiegend für andere Dinge ausgegeben. Es ist also eine Frage der Schwerpunktsetzung.

Meine Damen und Herren, nun liegt der **Vorschlag** des **Ministerpräsidenten** auf dem Tisch. Wenn ich es richtig verstanden habe, dann hält er daran fest. In der politischen Diskussion haben wir aber jetzt

das Problem, dass wir nicht wissen, worüber wir genau diskutieren sollen. Nicht einmal der eigene Verkehrsminister, der offenbar wie alle anderen hier im Raum von diesem Vorstoß überrascht wurde, noch die Koalitionsfraktionen befürworten den Vorschlag. Der Vorschlag war schlichtweg unausgegoren. Wenn es das Ziel war, bekannter zu werden und ein Thema zu besetzen, dann war der Vorstoß erfolgreich. Wenn es ein sinnvoller Beitrag zu einer für unser Land existenziellen Frage sein sollte, dann ging es nach hinten los.

(Beifall FDP)

Herr Ministerpräsident, bei dem Vergleich mit der Deutschen Einheit schwang ja Pathos mit. Wenn man es allerdings mit den 2 Billionen € vergleicht, die bisher für die Deutsche Einheit ausgegeben wurden, dann ist dieses Problem zwar groß, liegt aber natürlich in einer ganz anderen Größenordnung. Verglichen damit geht es nur um eine Größenordnung von etwa 5 %. Aber Schwamm darüber.

Herr Ministerpräsident, Sie haben ein wichtiges Thema besetzt. Aber Sie selber sind das denkbar schlechteste Vorbild, wenn es um die Verkehrsinfrastruktur geht. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, was Ihre Landesregierung in den vergangenen zwei Jahren bei den Landeshaushalten vorgeschlagen hat. Zwar gibt es mittlerweile ein **Sondervermögen** für die **Landesstraßen**, das aus Mitteln finanziert wurde, die vorher nicht gesehen wurden. Voriges Jahr wurde ja deutlich mehr Geld ausgegeben, aber auch wieder für andere Dinge. Angesichts des öffentlichen Drucks haben Sie nachgesteuert und ein Sondervermögen geschaffen. Wir haben übrigens noch deutlich großzügigere Vorschläge gemacht. Jetzt gibt es einen kleinen Topf. Er wird aber bei Weitem nicht ausreichen, Frau von Kalben. Wenn man sich die Investitionsquote im Landeshaushalt anschaut, dann stellt man fest: Das ist mittlerweile ein historischer Tiefstand. Im Vergleich mit allen anderen Bundesländern sind wir das Schlusslicht, Frau von Kalben. Das muss man sehen. Deswegen muss man auch selber umsteuern, bevor man Forderungen an alle stellt.

Meine Damen und Herren, ich möchte nun dazu kommen, was wir an weiteren Vorschlägen auf dem Tisch haben. **Verkehrsminister Meyer** hat ja ebenfalls **Vorschläge** gemacht, die aus unserer Sicht zumindest teilweise in die richtige Richtung gehen. Er hat völlig recht, wenn er feststellt, dass wir weniger ein Aufkommens- als vielmehr ein Verteilungsproblem haben. Das Geld muss also aus dem Haushalt kommen. Eine Umwidmung des Soli sehen wir je-

(Christopher Vogt)

doch kritisch. Der Soli ist eine Sonderabgabe und muss 30 Jahre nach der Wiedervereinigung endlich einmal auslaufen, wie es auch versprochen wurde. Auch die Ausweitung der Lkw-Maut auf Landes- und Kommunalstraßen lehnen wir an der Stelle ab. Ich muss mich schon sehr wundern, dass die Koalitionsfraktionen in ihrem Änderungsantrag die fantasielose Ausweitung der Lkw-Maut allen Ernstes als innovatives Finanzierungsinstrument betrachten.

Meine Damen und Herren, noch bemerkenswerter ist jedoch der letzte Punkt in Ihrem Antrag, in dem Sie einerseits Steuersenkungen ausschließen, aber andererseits die Landesregierung bitten wollen, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass konjunkturelle Mehreinnahmen des Bundes nur für den bestehenden Bedarf bei Investitionen in Bildung und Infrastruktur beziehungsweise Schuldentilgung verwendet werden.

Frau Kollegin von Kalben, ich frage mich: Wenn Sie dies von anderen fordern, was ich ja zumindest zum Teil unterstützen kann, warum wählen Sie selber dann einen anderen Weg? Finanzministerin Heinold hat gestern erklärt, dass die **Steuermehr-einnahmen** des Landes eins zu eins in den Schuldenabbau gehen sollen, weil alles andere eine Aufweichung der Schuldenbremse wäre. Frau Ministerin Heinold, der nächsten Generation eine völlig marode Infrastruktur zu hinterlassen, hat mit Generationengerechtigkeit ebenfalls wenig zu tun. Angesichts Ihrer Investitionsquote ist auch das, was Sie dort machen, nicht generationengerecht.

Meine Damen und Herren, wenn Sie Forderungen an andere stellen, dann müssen Sie sich auch selber daran halten. Wir fordern Sie auf, die Steuermehr-einnahmen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, Frau Finanzministerin, in die Infrastruktur und die Bildung zu investieren. Darüber können wir gern sprechen. Tun Sie das also, Frau von Kalben.

Man kann auch über die **rechtliche Situation** bei **Sondervermögen** sprechen. Auch darüber haben wir bereits gesprochen. Das ist ja rechtlich schwierig. Frau von Kalben, ich glaube, wir sollten an dieser Stelle etwas sensibel sein und die Möglichkeiten, die wir haben, auch nutzen, um die Infrastruktur zu stärken. - Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Oppositionsführer Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war schon ein besonderes Osterei, das der Ministerpräsident den Autofahrern zu Ostern ins Nest gelegt hat. Mit einem **Schlagloch-Soli** will er alle Autofahrer zusätzlich zur Kasse bitten. Der eine oder andere hat sich gefragt, woher dieses Ansinnen eigentlich kommt. Ich finde es immer noch fraglich. Ich finde es auch fraglich, wie ernst er es mit dieser Sonderabgabe meint. Wenn das ein ernsthafter Versuch war, eine Lösung für den Sanierungsstau auf den Straßen zu finden, dann ist der Albig mit diesem Vorstoß gnadenlos gegen die Wand gefahren. Wenn es aber ein Versuch war - diese Variante ist möglicherweise wahrscheinlicher -, den Bekanntheitsgrad in Deutschland zu steigern, dann ist das dem Ministerpräsidenten eindeutig gelungen. Wir alle haben es verfolgt: Es hat fast kein Medium in Deutschland gegeben, das nicht über diese Schlaglochabgabe berichtet hat und in dem nicht darüber diskutiert wurde. Aber nicht nur in Zeitungsartikeln, auch von Experten wurde dieser Vorschlag abgelehnt. Auch die Fachverbände haben die Zwangsabgabe abgelehnt.

Damit nicht genug, auch die eigenen Reihen haben Widerstand geleistet. In der Spitze der SPD hieß es „grober Unfug“ und sogar der Bundeswirtschaftsminister und SPD-Parteichef hat sich schnell von seinem Parteikollegen distanziert. Seit gestern wissen wir: Selbst im Landtag hat Herr Albig für seinen Vorschlag keine Mehrheit. Der Antrag der Koalitionsfraktionen, der gestern eingereicht wurde, ist wirklich nur eine unfreundliche Absage an diese Idee. Es ist ein persönliches Trauerspiel: Sie, Herr Albig, stellen sich auf der großen bundesweiten Bühne dar, und nicht einmal Ihre eigenen Fraktionen hier im Hause unterstützen Ihren Vorschlag.

All diese Kritik kommt aber nicht von ungefähr. Schließlich werden die **Autofahrer in Deutschland** schon genug zur Kasse gebeten. Wir alle kennen die Zahlen: Fast 50 Milliarden € pro Jahr, das ist die Summe, die allein die Autofahrer über Kfz-Steuer, an Mineralölsteuer und anderes an den Staat abführen. Das alles ohne die Lkw-Maut. Jetzt wollen Sie noch einmal 100 € jährlich von jedem Autofahrer abbassieren. Das ist ziemlich dreist.

Es ist vor allen Dingen vor dem Hintergrund Ihrer eigenen Verkehrspolitik hier im Lande dreist: Gemeinsam mit Ihren Koalitionspartnern Grüne und SSW haben Sie die laufenden Ausgaben im Haushalt in den letzten Jahren immer um etwa 4 % gesteigert und dennoch und trotz hoher Einnahmen aus den Gesamtsteuern haben Sie hier im Landtag

(Johannes Callsen)

geschlossen unsere Anträge, die wir immer wieder zu den Haushaltsberatungen für mehr Investitionen in den Straßenunterhalt vorgelegt haben, eiskalt abgelehnt. Sie kriegen es im Land nicht hin und zeigen wieder auf andere. Über das Schlaglochkataster Ihres Wirtschaftsministers ist diese Landesregierung doch in der Tat noch nicht hinausgekommen.

(Beifall CDU)

Diese Prioritätensetzung beweist doch, dass es Ihnen möglicherweise gar nicht um bessere Straßen geht, sondern in erster Linie um persönliche Aufmerksamkeit.

Seit Sie Ministerpräsident dieses Landes sind, erreicht die **Investitionsquote** in Schleswig-Holstein immer neue Tiefstwerte. Sie haben für Investitionen immer nur dann etwas übrig, wenn andere sie bezahlen. In diesem Fall sollen es eben die Autofahrer werden.

Man fragt sich: Warum haben Sie diese Forderung nicht bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin mit eingebracht? Sie saßen mit am Tisch, und jetzt wollen Sie davon nichts mehr wissen. Ich sage Ihnen: Mit Ihren ständige Quengeleien - bei der EEG-Reform hatten wir es ähnlich - gegen Verträge, die Sie selbst mit ausgehandelt haben, disqualifizieren Sie sich als ernst zu nehmenden Verhandlungspartner, und Sie schaden damit auch Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU)

Es ist wenig hilfreich, dass jetzt Ihr Verkehrsminister am vergangenen Wochenende den nächsten sonderbaren Vorschlag aus dem Hut gezaubert hat. Wenn schon Ihr eigener Koalitionspartner dazu auf Distanz geht und das Ganze als „Getöse“ bezeichnet, dann sollte Ihnen das wirklich zu denken geben.

Nutzen Sie die Chance, die guten Steuereinnahmen für Investitionen in die Infrastruktur zu verwenden. Wir werden bei den Haushaltsberatungen auch entsprechende Akzente setzen. Es gibt Zinersparnisse und Ähnliches. Nutzen Sie die Chance! Handeln Sie in Schleswig-Holstein für eine bessere Infrastruktur, und lassen Sie abstruse Vorschläge zum Abkassieren der Autofahrer. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Während einer Nahostreise erreichte mich die Debatte über die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur, die von Schleswig-Holstein aus angestoßen wurde. Und wieder einmal hat sich gezeigt, dass schleswig-holsteinische Themen oftmals eben auch globale Themen sind. Die „heute-show“ kann man auch in Jerusalem sehen.

Trotzdem sage ich: Unser Ministerpräsident Torsten Albig hat eine sehr richtige Analyse vorgenommen. Wir haben über Jahre hinweg zu wenig für den Erhalt unserer Verkehrsinfrastruktur getan. Das gilt übrigens für wechselnde Parteienkonstellationen in Regierung und Opposition. Gerade aber, wenn wir im Land, in unseren Wahlkreisen unterwegs sind, wird deutlich: Die Menschen sind genervt von den Belastungen und oft auch nicht mehr bereit, diesen Zustand einfach so hinzunehmen.

Auch deshalb stellen wir in dieser Koalition übrigens den **Erhalt vor den Neubau**, was ja Teil unserer Vereinbarung ist. Unsere Politik soll Menschen Mobilität ermöglichen. Das ist natürlich deutlich mehr als Straßenverkehr, gilt aber auch da, wie selbst Delegierte von Parteitagen merken, wenn diese in entlegenen Regionen des Landes stattfinden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ministerpräsident Albig hat also eine wichtige Debatte angeschoben und uns schonungslos vor Augen geführt, wie groß die Defizite sind. Wer solche Debatten anstößt und dabei solche Vorschläge macht, ist auf ein entsprechendes Echo gefasst. Das kam ja auch. Das ist ja auch nicht das Problem. Aber selbst wenn wir den Vorschlag nicht teilen, muss ich sagen, ist Nichtstun keine Option. Da macht es sich die Opposition in Teilen auch ein bisschen einfach.

(Johannes Callsen [CDU]: Nein, nein!)

Ich sage Ihnen: Zur Auflösung des Defizits verspricht der Koalitionsvertrag der Großen Koalition im **Bund** eine erste Hilfe: **5 Milliarden €** zusätzlich für die Verkehrsinfrastruktur. Ich sage Ihnen aber auch: Erstens ist das zu wenig, und zweitens müssen diese auch zusätzlich kommen. Vorplanung, Vorgriffe - all das, finde ich, ist nicht zu akzeptieren. 5 Milliarden € sind 5 Milliarden € und nicht 5 Milliarden € minus 5,5 Milliarden €, wie ich das in letzter Zeit höre. Da muss man sich dafür einsetzen, dass sich das ändert.

Ich glaube, wir brauchen **innovative Möglichkeiten** zur **Finanzierung** wie zum Beispiel die Ausweitung der Lkw-Maut. Denn es ist eigentlich nicht

(Dr. Ralf Stegner)

einzusehen, dass diese nur auf bestimmten Straßen entrichtet werden soll und auf anderen nicht.

Was nun die **Pkw-Maut** angeht, muss ich sagen, sind wir kein Fan davon. Ich bin sehr gespannt, wie es Herrn Dobrindt gelingt, die drei Vorgaben - EU-rechtskompatibel, mehr Geld in die Kasse und keine Belastung für deutsche Autofahrer - umzusetzen. Das ist wie Weihnachten und Ostern zusammen. Aber Herr Dobrindt ist ein tüchtiger, ehrgeiziger Mann und will Herrn Seehofer folgen. Mal sehen, was er abliefern kann. Das schauen wir uns in aller Ruhe an.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Ich will Ihnen aber auch sagen: Wir haben eine ganz andere Situation, nämlich dass wir Teilstücke einer Lösung sind, aber eben keine umfassende. Das gilt für die Verkehrsinfrastruktur wie auch für andere Bereiche. Der Koalitionsvertrag im Bund nennt verschiedene Aufgaben, bei denen dringender Bedarf besteht: 5 Milliarden € zur Entlastung der Kommunen, 6 Milliarden € zusätzlich zur Bildung, 5 Milliarden € für Infrastruktur, 3 Milliarden € für außeruniversitäre Forschung, 4 Milliarden € für Pflege, 2 Milliarden € für Entwicklungszusammenarbeit. Das sind alles Punkte, über die es sich zu reden lohnt und bei denen der Bedarf real höher ist als die zugesagten zusätzlichen Finanzmittel. Daraus ergibt sich eine Antwort auf die Debatte, die um die sogenannte kalte Progression gerade in Berlin geführt wird.

Der Blick auf die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse und die Erkenntnisse über den dringenden Bedarf im Bereich von Bildung und Infrastruktur schließen aus meiner Sicht **Steuersenkungen** aus - die Milliarden kosten, aber kaum persönliche Entlastungen bringen. Das sollten wir nicht tun. Der Blick auf den Bedarf in unserer Gesellschaft mahnt hingegen, die konjunkturellen Mehreinnahmen des Bundes eben für die Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Schuldentilgung zu nutzen. Das ist das, was wir vorschlagen, das steht auch in unserem Antrag.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb werben wir für diesen Antrag. Wissen Sie, wir sind eine Koalition, in der wir nicht einfach sagen: Wir haben auf alles schon die richtige Antwort. Wir setzen vieles um - das unterscheidet uns von Ihnen -, was wir miteinander vereinbart haben. Trotzdem muss man auch in anderen Fragen Diskussionen anstoßen und muss fragen, ob wir das denn hinkriegen können.

Die **Situation der Straßen** ist in Deutschland ja immer noch besser als in manchem anderen Land der Welt. Ich war in Palästina unterwegs und kann Ihnen sagen: Das war da schon anders. Trotzdem wollen wir nicht, dass wir in eine Situation geraten, wo wir das, was wir an Infrastruktur und an Vermögen haben, so ruinieren, dass Mobilität gar nicht vernünftig stattfinden kann. Deswegen ist es schon wert, darüber zu diskutieren, wie das gehen kann. Das sollten wir auch parteiübergreifend, finde ich, durchaus tun und sollten uns dafür einsetzen, dass der Norden den Teil, den wir dringend brauchen, auch bekommt. Da sind die Voraussetzungen übrigens gar nicht so schlecht, denn wir haben fünf SPD-geführte Länder im Norden. Das ist eine gute Voraussetzung, um zu Vereinbarungen zu kommen - gemeinsam mit den Grünen und hier in Schleswig-Holstein auch mit dem SSW.

Ich glaube, dass es wenig Sinn macht, sich jetzt wechselseitig zu beschuldigen, wer wann was unterlassen hat. An der Stelle waren es ja auch wirklich buchstäblich alle außer den PIRATEN.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Einmal muss man sie ausnehmen. Aber ansonsten, glaube ich, ist es wirklich sinnvoll, darüber zu reden und definitiv zusätzliche Steuereinnahmen für Investitionen zu verwenden und nicht für etwas anderes. Das muss unsere Position sein. Das steht in unserem Antrag. Stimmen Sie zu. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Ich halte es für absolut richtig und vernünftig, wenn Politikerinnen und Politiker Vorschläge auch einmal öffentlich kundtun, wenn diese vielleicht nicht Koalitionsmeinung oder Regierungsmeinung sind. Das finde ich legitim. Ich finde es auch gut, wenn man gerade als Ministerpräsident einmal den Finger in eine Wunde legt und einen Vorschlag zur Diskussion stellt.

Dasselbe gilt für unseren werten Herrn Verkehrsminister, der gern Vorschläge macht. Genauso kann ich mich davon distanzieren und sagen: Das ist nicht unsere Position.

(Eka von Kalben)

(Zuruf CDU: Er fühlt sich sowieso nicht zuständig! - Christopher Vogt [FDP]: Machen Sie eigentlich keine internen Sitzungen?)

- Wir machen keine internen Sitzungen darüber, welche Gedanken wir äußern. Wenn ich zum Beispiel auf dem Parteitag einen Vorschlag mache, dann stimme ich den in der Regel vorher nicht mit Herrn Meyer und nicht mit Herrn Albig ab.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vielleicht würden Sie sich das wünschen, aber manchmal können Sie vielleicht auch ganz froh darüber sein.

Zweitens, ein inhaltlicher Punkt: Herr Vogt, zur **Lkw-Maut**. Das ist ein Punkt, über den wir in der Koalition einer Meinung sind.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist ja einmal etwas Schönes!)

- Immerhin. Es gibt übrigens ein dickes Buch über einvernehmliche Punkte. Über diesen Punkt besteht Einigkeit. Ich möchte auch noch einmal sagen, dass ich das für sinnvoll halte.

Lkw belasten die Straßen um ein Vielfaches im Vergleich zu Pkw. Wir Grünen sind davon überzeugt, dass man bei der Abnutzung der Infrastruktur auch auf **Verursacher** schauen muss. Wenn man auf Verursacher schaut, dann muss man Lkw stärker belasten als Pkw, weil Lkw zu 98 % für die Straßenschäden verantwortlich sind und Pkw nur zu 2 %. Wenn man außerdem wahrnimmt, was zurzeit in vielen Gemeinden bei uns der Fall ist, dass nämlich durch die Autobahn-Maut viele Lkw auf Landes- und Gemeindestraßen ausweichen und dadurch extreme Verursacher für Lärmprobleme sind, dann ist auch das ein wichtiger Weg, um das zu verhindern.

Insofern stehen wir für eine Ausweitung der Lkw-Maut und hoffen, dass wir da auch den Bund auf unsere Seite bekommen, weil wir das nicht hier im Land allein beschließen können.

Der dritte Punkt - das ist für uns Grüne einer der wichtigsten Punkte, Herr Stegner hat ihn genannt - ist **Erhalt vor Neubau**. Für uns ist klar: Wir brauchen mehr Geld für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur, aber wir haben auch innerhalb der Verkehrsinvestitionen ein Verteilungsproblem. Wir glauben, man kann nicht immer weiter neue Großprojekte planen. Es ist sicherlich attraktiv, Autobahnen, Tunnel, Flughäfen zu bauen, und wenn die Herren dann die roten Bänder durchschneiden dür-

fen, freuen sie sich. Das ist sehr viel attraktiver, als verrottete Schleusen aus Kaiserzeiten zu sanieren. Wir halten es für unverantwortlich, immer neue Spatenstiche für Großprojekte zu planen - mit einer zerfallenden Brücke im Rücken.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Meine Damen und Herren, wir stehen für eine vernünftige, bedarfsorientierte Priorisierung. Zu einer nachhaltigen Politik für kommende Generationen gehört, dass man sich bei jedem Neubau auch Gedanken macht, wie man die finanziellen Mittel für den Erhalt zusammenbekommt.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Nur weil das Thema Infrastruktur jetzt gerade in aller Munde ist - Ralf Stegner hat es schon genannt -, dürfen wir nicht verkennen, dass wir viele andere **Politikfelder** haben, in die wir **investieren** müssen. Wir reden immer wieder davon, dass wir unbedingt mehr Geld brauchen für Infrastruktur, aber wir haben auch die Bereiche Gesundheit und Pflege, wir haben die Eingliederungshilfe, wir haben die Bildung, wir haben den Klimaschutz. Das alles sind Felder, in die wir in Zukunft genauso dringend investieren müssen. Eine Straße, die toll saniert, aber in 100 Jahren nicht mehr befahrbar ist, weil unser Land an manchen Stellen überflutet ist, nützt uns dann auch nichts mehr.

Ein letzter Punkt zum Thema **Abgabe**. Natürlich ist es sehr viel einfacher, und man kriegt die Bürger leichter dazu, zweckgebunden etwas für eine Straße zu bezahlen, wenn sie sie selber befahren. Wenn wir in unserem System in erster Linie auf Abgaben setzen wollen, frage ich mich, wer zukünftig zum Beispiel Flüchtlingspolitik bezahlen wird. Die Verursacher der Flüchtlingsströme werden sich daran leider nicht beteiligen. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der PIRATEN hat der Fraktionsvorsitzende Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen nicht erneut darüber reden, dass der **Zustand der Straßen in Schleswig-Holstein** jenseits von gut und böse ist.

Herr Kollege Albig, im Gegensatz zu Herrn Döbrindt wollen Sie das Geld nicht nur von Auslän-

(Torge Schmidt)

dern einkassieren, sondern Sie wollen alle Bürgerinnen und Bürger mit einer weiteren Abgabe belasten.

Bereits 13 Jahre nach der Einführung des Motorfahrzeugs wurde 1899 die erste **Steuer** auf diese erhoben. Damals war es noch eine reine Luxussteuer. Heute ist Autofahren ein alltägliches Übel und für viele Menschen unverzichtbar. Die von Ihnen geforderten 100 € pro Jahr sind für viele Haushalte ein schmerzhafter Griff ins Portemonnaie. Können Sie sich vorstellen, was eine solche Abgabe insbesondere für einkommensschwache Familien und Auszubildende finanziell bedeutet?

(Beifall PIRATEN)

Herr Albig, ich weiß nicht, wann sie das letzte Mal selbst für den **Unterhalt eines Pkw** aufkommen mussten. Ich möchte Ihnen mithilfe der Zahlen des ADAC gern etwas auf die Sprünge helfen.

(Zurufe)

Ein 13 Jahre alter Opel Corsa kostet an Fixkosten etwas über 1000 € im Jahr. Im ungünstigsten Fall muss man noch mit knapp 850 € Werkstattkosten rechnen. Da das Auto auch noch benutzt wird, darf man die Spritkosten - derzeit ungefähr 1,55 € für 1 l Super - nicht ignorieren. Davon nimmt sich der Staat rund 90 ct an Abgaben.

In einem Flächenland wie Schleswig-Holstein ist ein großer Teil der Bevölkerung täglich aufs Auto angewiesen - nicht nur, um zur Arbeitsstelle zu fahren, sondern insbesondere im ländlichen Raum für tägliche Besorgungen oder Amtsgänge.

Es ist ein Einfaches zu sagen, dann solle der Bürger eben auf **ÖPNV** ausweichen. Dieser befindet sich in einem ähnlich desolaten Zustand: häufige Verspätungen, ungünstige Streckenführungen - falls überhaupt vorhanden - und in vielen Bereichen eine zu geringe Taktung. Der ÖPNV ist außerhalb großer Städte wie Kiel, Flensburg und Lübeck keine adäquate Alternative zum Auto; selbst in großen Städten sind die öffentlichen Verkehrsmittel bestenfalls suboptimal.

Wie wir gestern aus der Presse erfahren konnten, trägt unsere Regierungskoalition Ihre Idee eines Schlagloch-Soli nicht mit. Andere realistische Wege sollen beschritten werden, über die wir sicherlich zu gegebener Zeit in diesem Haus reden werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eines möchte ich Ihnen noch mit auf den Weg geben: Gesunde Haushalte würden einen solchen Sanierungsstau

nicht aufkommen lassen. Ich als PIRAT kann Ihnen das sagen, weil wir bisher an keiner Regierung beteiligt waren. Die Trümmer der schleswig-holsteinischen Straßen, vor denen wir nun stehen, wurden durch eine **Haushaltspolitik** mit den falschen Prioritäten nicht nur dieser Regierung, sondern mindestens der letzten fünf Regierungen verursacht.

(Beifall PIRATEN)

Die vernachlässigte Instandhaltung in den letzten Dekaden fällt uns nun auf die Füße, und die Bürgerinnen und Bürger sollen für Ihre verkehrspolitischen Fehler nach wie vor die Zeche zahlen.

Wir unterstützen den Antrag der FDP und lehnen einen nutzerfinanzierten Sonderfonds ab. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, FDP und Tobias Koch [CDU])

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion um die Sanierung der maroden **Verkehrsinfrastruktur** ist nicht neu. Sie kommt immer wieder, weil wir es nicht schaffen, sie in den Griff zu bekommen. Uns fehlt einfach das Geld. Das Geld fehlt in den Kommunen, in den Kreisen, im Land und beim Bund, um die Straßen zu sanieren und instand zu halten. Die Kosten allein für die Instandhaltung der deutschen Straßen verschlingt Milliarden, und wir schieben einen enormen Investitionsstau vor uns her.

Dieser **Investitionsstau** ist ja nicht von selbst gekommen. Ich weiß noch aus meiner Zeit als Kreistagsabgeordneter: Wir wussten genau, wie viel Geld wir jährlich in den Haushalt hätten einstellen müssen, um die Straßen instand zu halten. Das war relativ leicht auszurechnen: Verschleiß der Decke alle acht Jahre, soundso viele Kilometer. Wir haben im Haushalt aber jahrelang immer nur die Hälfte eingestellt. Wir wussten, dass wir damit eine Welle vor uns herschoben, die immer größer wurde. Es kann also niemanden überraschen.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Wir haben zwar jährliche Einnahmen von über 50 Milliarden € aus **Kraftfahrzeugsteuer und Mineralölsteuer**, aber dieses Geld wird auch für andere Zwecke als Verkehrsinfrastruktur benötigt. Eine

(Flemming Meyer)

Umschichtung dieser Steuereinnahmen nur in die Verkehrsinfrastruktur bringt uns nicht weiter, weil das Geld dann an anderer Stelle fehlt.

Die Rahmenbedingungen des **Bundesverkehrswegeplans** sehen vor, dass künftig auf eine bedarfsgerechte Schwerpunktsetzung fokussiert wird. Der Erhalt der Bestandsnetze wird künftig stärker in den Vordergrund gerückt. Auch der Bund hat das Problem erkannt. Doch es reicht immer noch nicht.

Im Koalitionsvertrag in Berlin ist festgelegt, dass die Bundesmittel für Verkehrsinfrastruktur in den nächsten vier Jahren substanziell erhöht werden. Für die gesamte Legislaturperiode bedeutet dies 5 Milliarden €. Die Bodewig-Kommission hat aber einen jährlichen Sanierungsstau von 7,2 Milliarden € für die kommenden 15 Jahre prognostiziert, insgesamt also 108 Milliarden €. Das bedeutet, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten 5 Milliarden € bereits innerhalb eines Jahres aufgezehrt sind. Damit hätten wir dann immer noch ein Defizit von rund 103 Milliarden €.

Wir kennen die Zahlen, und wir wissen, dass dringend etwas getan werden muss. Es gibt hierzu mehrere Vorschläge, wie dieses Problem angegangen werden soll. So hat sich die CSU im Wahlkampf für die Einführung einer **Pkw-Maut** für Ausländer ausgesprochen, die - wie wir wissen - mit europäischem Recht nicht vereinbar ist. Zudem gibt es Berechnungen, nach denen nicht einmal die Systemkosten durch die Mauteinnahmen gedeckt würden. Schließlich müssten ausländische Verkehrsteilnehmer die Systemkosten komplett allein tragen, weil der deutsche Autofahrer ja nicht zusätzlich belastet werden soll.

Dann gibt es den Vorschlag von den Verkehrsministern der Länder, ein **Sondervermögen** einzurichten, um den Sanierungsstau abzubauen. Gespeist werden soll das Sondervermögen beispielsweise aus der Kraftfahrzeugsteuer und der Mineralölsteuer sowie aus der Ausdehnung der Lkw-Maut, jedoch ohne Pkw-Maut.

Doch wie bereits gesagt: Die Mittel aus der Kfz-Steuer und der Mineralölsteuer werden bereits ausgegeben. Wollte man hieraus ein Sondervermögen speisen, würde das Geld an anderer Stelle fehlen.

Man kann es also drehen und wenden, wie man will, es fehlt schlichtweg an Geld. Angesicht der enormen Herausforderungen, vor denen wir stehen, dürfen wir uns hier keine Denkverbote zur Lösung der Probleme auferlegen. Sich pauschal gegen einen Sonderfonds auszusprechen, ohne zu sagen, wie es anders gehen soll, ist wenig konstruktiv. Da-

her leisten die Anträge der Opposition auch keinen Beitrag zur Lösung des Problems. Ich muss sagen, dass die CDU es sich einfach macht, wenn sie die Landesregierung auffordert, sich auf Bundesebene für eine moderne, sichere und leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur einzusetzen, ohne neue Abgaben zu schaffen. Dieses Schwarze-Peter-Spiel können wir natürlich fortsetzen, aber es bringt uns nicht weiter. Wer immer nur sagt, wie es nicht bezahlt werden soll, macht es sich ganz einfach zu einfach. Daher müssen Lösungsvorschläge auf den Tisch, die über das Bestehende hinausgehen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bevor wir in der Debatte fortfahren, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Wolfgang-Borchert-Gymnasium aus Halstenbek sowie Schülerinnen und Schüler der Dänischen Schule aus Süderbrarup begrüßen. - Seid uns allen ganz herzlich willkommen im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Nun hat zu einem Dreiminutenbeitrag Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich den Verlauf der Debatte in der Tat sehr einseitig finde. Lieber Herr Ministerpräsident, ich finde es richtig, dass Sie eine Initiative ergriffen haben. Ich finde, es sollte keine Denkverbote geben. Insofern stimme ich zwar Ihnen in Ihrer Analyse zu, aber Ihren Folgerungen nicht.

Erst hatte ich praktisch gedacht: 100 €, 40 Millionen Pkws - 4 Milliarden €. Der Ansatz Ihres Vorschlages war: Wir machen einmal mit 4 Milliarden € die Straßen schier und schön. Dann habe ich es mir ausgerechnet und mich gefragt, was mich das pro Tag kostet: 27 ct. Wenn ich an der Raststätte auf die Toilette gehe, zahle ich 70 ct. Das ist doch ganz sympathisch.

(Johannes Callsen [CDU]: Du kriegst doch 50 ct wieder! - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

(Dr. Andreas Tietze)

- Das ist ein guter Tipp, vielen Dank, Herr Kollege. Dann habe ich mir Gedanken zum Thema Gerechtigkeit gemacht: Da fährt der Rentner dreimal zu seiner Tochter nach Süddeutschland, dann gibt es den Pharmavertreter, der täglich fährt. Ist das eigentlich gerecht? Dann haben wir den Porschefahrer, der sagt: Gib immer schön Gas, es macht Spaß. Auf der anderen Seite haben wir den Smartfahrer oder die Smartfahrerin. Ist es eigentlich gerecht, dass beide für die Nutzung dieser Straßen den gleichen Betrag zahlen? - Es bleibt übrig: Wir befinden uns in einer Gesamtdiskussion über die **Gerechtigkeit von Finanzierungsarchitektur in der Infrastruktur**.

Ich möchte einen zweiten Fokus auf das Thema Schiene richten. Herr Ministerpräsident, wie Sie wissen, haben wir auf der Schiene massive Probleme. Da bestehen mindestens 30 Milliarden € Investitionsstau. Schleswig-Holstein kann ein Lied davon singen: marode Brücken, uralte Stellwerke, Signale aus Kaisers Zeiten - das ist nicht gerade eine Schieneninfrastruktur eines modernen Industrielandes.

Die **Schiene** finanziert sich - anders als die Straße - im Grunde genommen aus den gefahrenen Kilometern, aus den **Trassenentgelten**. Übrigens ist Investition und Betrieb ein intelligentes System. Ich fände es richtig, wenn es ein solches System auch in der Gesamtbetrachtung gäbe.

Wir gehen auf die Europawahl zu. Warum führen wir diese Debatte eigentlich nicht unter dem Gesichtspunkt einer vernünftigen europäischen Finanzierung von Infrastruktur? Ich verstehe nicht, warum es in Europa möglich ist, dass **Flugbenzin** mit 30 Milliarden € subventioniert wird. Es gibt keine Steuer auf Kerosin. Eine Steuer würde bedeuten, dass wir statt für 20 € vielleicht für 30 € fliegen. Es gibt eine Mehrwertsteuerbefreiung für Auslandsflüge. 30 Milliarden € geben wir als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in das System Verkehr hinein, ohne dass es eine wirklich verkehrlich sinnvolle, klimafreundliche Wirkung erzeugt.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Bei der Schiene haben wir - das hatte ich schon gesagt - eine Vollkostenfinanzierung, die aber im Grunde genommen auch nicht konkurrenzfähig ist, weil die Straße als Dumpingprodukt verhindert, dass beispielsweise Güterverkehr auf die Schiene kommt. Ich darf daran erinnern, dass in der Bodewig-Kommission gesagt wurde, dass die Güterverkehre bis 2025 um 65 % und der Personenverkehr um 26 % steigen werden. Es ist doch eigent-

lich sinnvoll, wenn wir da Steuermaßnahmen ergreifen. Ich glaube, das wollen wir auch politisch gemeinsam und sind nicht weit auseinander.

Ich komme zum Schluss: Ich hätte mir gewünscht, dass wir heute eine Diskussion führen, welche **Finanzierungsarchitektur** wir in der Zukunft brauchen. Ich hätte mir gewünscht, dass wir bei allen Vorschlägen ein bisschen über den Tellerrand schauen und das auch unter dem Gesichtspunkt einer zukunftsfähigen europäischen Verkehrsinfrastrukturfinanzierung sähen. Aber wir haben ja noch Zeit, vielleicht kommt es noch in der einen oder anderen Debatte hier im Hause zur Sprache. -

(Volker Dornquast [CDU]: Kannst du ja beantragen!)

Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Kai Vogel [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Ministerpräsidenten Torsten Albig das Wort.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gestehe: Ich habe tatsächlich vorher nicht um Erlaubnis gefragt, weder in meiner Partei, noch in meiner Fraktion, noch meinen Verkehrsminister.

(Volker Dornquast [CDU]: Auch Herrn Stegner nicht?)

Ich gestehe: Es ist wohl nicht ein ganz so populärer Vorschlag. Ich gestehe: Es ist auch nicht der originellste Vorschlag, einfach 100 € mehr zu fordern. Aber ehrlich gesagt: Nichts von dem, was jetzt passiert, überrascht mich sehr. Das genau ist der Grund dafür, dass die Straßen so aussehen, wie sie aussehen: weil das unser politisches Verhalten in den letzten Jahrzehnten war - über alle politischen Gruppierungen hinweg. Wir fragen immer zu viel, wir trauen uns immer nicht, wir haben immer Angst davor, dass Dinge unpopulär sind.

Aber wir sehen alle - unbestritten jedenfalls bei dem, was die 16 Verkehrsminister und mit gutachterlicher Unterstützung aufgeschrieben haben -: Wir brauchten deutlich über 100 Milliarden € bis 2030 - in 7-Milliarden-€-Scheiben -, um das, was wir heute an **Defizit** feststellen - wie haben Sie so schön gesagt? - schier zu machen, um das wieder ins Lot

(Ministerpräsident Torsten Albig)

zu bringen, damit es einer Volkswirtschaft unserer Größe entspricht.

Das wissen wir, das tragen wir vor uns her. Wir gehen dann - ich selbst auch - in Koalitionsverhandlungen und kommen dann mit großartigen Erfolgen von 5 Milliarden € für vier Jahre heraus. Das ist erkennbar - das merke auch ich - weniger als 7 Milliarden € in jedem Jahr. Wir erklären dann, immerhin hätten wir das schon erreicht. Wir erleben, wenn man der Bundesregierung richtig zuhört, dass sich die 5 Milliarden € jetzt irgendwie in Luft auflösen und gerade zu einem Mindestbetrag geworden sind. Man müsste etwas drauflegen, um überhaupt eine Null hinzubekommen. Das **Problem** wird nicht kleiner, es wird einfach nicht kleiner. Es wird nicht kleiner, wenn wir die drei kleinen Affen spielen - Augen zu, Mund zu, Ohren zu. Es ist ein verdammt blödes Problem. Wir merken, dass es nicht einmal mehr nur linear, sondern tatsächlich sprunghaft ansteigt.

Die jungen Menschen, die oben auf der Tribüne sitzen, werden, wenn wir das zehn, 15 oder 20 Jahre weiter so machen, darüber nachdenken, ob sie Range Rover brauchen, um noch über die **Straßen** fahren zu können.

(Christopher Vogt [FDP]: Hubschrauber!)

Diese Volkswirtschaft wird nicht reüssieren, wenn wir so weitermachen. Sie sagen nicht ganz zu Unrecht: Kann denn da nicht noch mehr mit eigenen Mitteln erreicht werden, bevor man anderen in die Tasche greift? - Da erkläre ich: Wir sind in der Lage, jedes Jahr **30 Millionen €** - das ist eine große Kraftanstrengung in diesem Haushalt - für die **Landesstraßen** zu reservieren. Wir wissen, dass wir 90 Millionen € brauchen.

Da gibt es die Idee, was man jetzt mit den **Zinssparnissen** macht. Ich glaube, Sie haben das gesagt: Es sind 700.000 oder 750.000 € im Jahr, über die man streiten kann.

(Tobias Koch [CDU]: Wie rechnen Sie denn?
- Dr. Ralf Stegner [SPD]: Schaffen Sie das, Herr Koch? - Weitere Zurufe)

- Wenn man von einem Zinssatz von 2 % bei 35 Millionen € ausgeht, kommen wir ungefähr in diese Größenordnung. Wenn wir das einmal als Zahl nehmen, kommen wir jedenfalls auf diesen Wert, Herr Kollege. Damit sind wir aber noch weit von den 90 Millionen € entfernt, die wir brauchen. Ich glaube, ehrlich gesagt, dass die Öffentlichkeit einen Anspruch darauf hat, dass wir die Debatte nicht da beenden oder dass wir sagen: So weit geht

das jetzt, und beim Rest trauen wir uns nicht an Zusagen in der Sozialpolitik heran, weil wir mit guten oder nicht so guten Gründen politisch Dinge wollen - bei Renten oder anderen Themen, über die wir gerade reden. Diese kann man angreifen, aber viele sagen, das brauchen wir.

Wir trauen uns nicht an den Bestand in anderen Bereichen heran, wir trauen uns nicht an populäre Dinge wie **Steuersenkungen** heran. Das erleben wir gerade wieder: Die Welt geht unter, wenn die kalte Progression nicht bekämpft wird. - Das sind einstellige Eurobeträge je Steuerpflichtigem, jedenfalls bei Normalverdienern, aber immerhin ein Gegenwert von 3 Milliarden €. Das wäre schon fast, aber nicht ganz die Hälfte von diesen 7 Milliarden € - 3,5 Milliarden € wären die Hälfte -, aber damit wären wir schon ein großen Schritt weiter. Der erste Reflex Berliner, aber nicht nur Berliner, sondern auch deutscher Politik, ist: Um Gottes Willen, die kalte Progression ist der Untergang Deutschlands als Volkswirtschaft, da machen wir einmal das Projekt **kalte Progression**. Und schon wieder haben wir das Geld nicht.

Ich wäre ja schon ganz froh, wenn man sagte: Gut, Albig, der Vorschlag war so unoriginell, deshalb verzichten wir lieber einmal auf diese Steuersenkung und sammeln die 7 Milliarden € ein. Ich kassiere sofort meinen **Schlagloch-Soli** - wie Sie es nennen - ein und tue ihn wieder ins Eierloch zurück. Es passiert aber nicht, stattdessen kommt noch eine Idee und noch eine Idee.

Ich glaube - das ist von Ihnen messerscharf erkannt worden, Herr Vogt -, der **Sinn der Debatte** war, aufmerksam zu machen, dass wir sie ehrlicher führen müssen. Zugegebenermaßen kann es andere Antworten geben als diese. Ich ertrage es auch, dass es andere Antworten gibt. Was wir - glaube ich - aber nicht ertragen können, ist, dass wir in unsere - und damit meine ich alle - feigen **Verhaltensweisen** der letzten Jahrzehnte zurückfallen und sagen, alles, was der ADAC, der jetzt nicht mehr so wichtig ist, alles, was der Autofahrer nicht goutiert, alles, was irgendwie dazu führt, dass du in deinen Popularitätswerten für zwei Wochen mal nach unten gehst, lassen wir gleich sein. Ich prophezeie Ihnen: Damit werden wir das Problem nicht lösen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie in Bezug auf die gesamte Volkswirtschaft 100 Milliarden € anfassen, werden wir das merken. Die Bürgerinnen und Bürger werden das merken. Politik muss erklären, dass es bemerkbar

(Ministerpräsident Torsten Albig)

ist. Das ist kein Vorwurf an irgendeine Farbe, kein Vorwurf an irgendeine Gruppierung, an die PIRATEN schon mal gar nicht, das habe ich jetzt gelernt. Sie waren nie für etwas verantwortlich und werden es auch nie sein.

(Beifall SPD - Zuruf: Das stimmt nicht!)

Die, die Verantwortung getragen haben, haben Fehler gemacht. Ja, das ist so. Diese Antwort müssen wir geben. Ich hoffe sehr, dass es dazu dient, dass wir weiter darüber debattieren werden.

Herr Callsen, man kann darüber streiten, ob es Schleswig-Holstein hilft, dass wir in der „heute-Show“ auftauchen und man sich über mich lustig macht. Ich vertrete die These, dass es erfolgreicher ist, bemerkt zu werden, als gar nicht aufzufallen.

(Heiterkeit)

- Ja, es ist ja nicht alles verkehrt.

(Zurufe Dr. Kai Dolgner [SPD], Dr. Ralf Stegner [SPD], Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christopher Vogt [FDP])

Zugegebenermaßen ist das Originellste an dieser Idee nicht die Frage: Wie viel nimmst du den Leuten jetzt zusätzlich weg, die 30 ct? Das, was neu und wichtig ist und was wir hier auch im Kleinen versuchen, ist: Wenn wir es tun, muss es in ein **Sondervermögen**, einen Extratopf oder wie immer wir das haushaltsrechtlich organisieren, fließen. Sie können das super transparent machen, transparenter als Ihren Haushalt, wenn Sie es wirklich begleiten und den Leuten gegenüber Rechenschaft ablegen, was Sie mit dem Geld machen. Machen wir es nicht und geben es wieder in den globalen Haushalt, garantiere ich Ihnen, dass das passiert, was in den letzten 15 Jahren auch passiert ist: Es wird nicht dafür genutzt werden.

Globalhaushalte sind die Erfindung einer Zeit, in der es uns gut ging. Wir brauchen jetzt **Projekthaushalte**. Dieser Überzeugung bin ich in der Tat zutiefst. Wir beginnen im Kleinen damit. Es sind ja schwere Debatten. Ich weiß, dass es für ein Parlament ein Angang ist. Wir müssen uns dann darüber unterhalten: Wie hältst du das Königsrecht aufrecht und minimierst es nicht und schiebst es der Exekutive zu? Das ist nicht gewollt. Wie stellen wir aber sicher, dass das Geld dauerhaft bei den Projekten ankommt? Das ist das Ziel. Darum ging die Debatte. Sie wurde erfolgreich losgetreten. Wir sollten sie fortsetzen. Dass jemand wie Straubhaar das unterstützt, freut mich. Wenn er sagt, es gibt noch weitere Ideen, dass man Fonds zeichnen kann, ist es

nicht blöd. Es gibt nicht nur Ablehnung für eine solche Debatte und Idee. Was ich ablehne, ist Feigheit und dass wir uns zurückziehen.

Herr Schmidt, eines sollten wir bitte sein lassen. Glauben Sie, nur weil ich Ministerpräsident bin, ist mein Leben noch nicht so, dass irgendjemand mir zu Hause auf dem Klo den Hintern abwischt. Es ist auch noch nicht so, dass ich mein Brot von irgendeiner Gehilfin in den Mund geschoben bekomme. Ich bezahle wie Sie mein Auto, das ich privat fahre. Ich weiß auch, was das kostet. Ich kaufe das auch tatsächlich selber. Ich gehe zum Bäcker und in den Baumarkt. Wenn Sie glauben, dass es uns hilft, jede Rede damit zu beginnen, was für ein „komisches Volk“ die sind, die solche Funktionen innehaben, werden Sie irgendwann genau dieses komische Volk haben. Mit solchen Vorwürfen produzieren Sie dieses Bild. Es hilft uns in keiner Debatte. Lassen Sie uns doch über die Inhalte streiten, aber lassen Sie diese Halbsätze, als wären wir irgend so ein Haufen korrupter Politiker in einer anderen Welt. Das sind wir nicht. Ich lege großen Wert darauf, das hier miteinander auch nicht zu diskutieren. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Der Ministerpräsident hat die vereinbarte Redezeit um 4 Minuten überzogen. Nach unserer Geschäftsordnung steht diese nun auch allen Fraktionen zu. Zunächst hatte sich der Kollege Tobias Koch gemeldet. Ich gehe davon aus, dass Sie aus Ihrem Dreiminuten- einen Vierminutenbeitrag machen möchten.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Vier Minuten Grundrechenarten!)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über bundespolitische Forderungen zu diskutieren, ist spannend. Noch spannender ist es zu diskutieren, was wir hieraus konkret in Schleswig-Holstein machen.

Herr Ministerpräsident Albig, Sie sagten gerade, 30 Millionen € im Haushalt seien ein Kraftakt gewesen. Das ist aber ein Kraftakt, den nicht Sie begangen haben, denn die 30 Millionen € waren doch schon vor Ihrer Regierungszeit dort vorhanden. Zu

(Tobias Koch)

CDU-Regierungszeiten waren es auch schon einmal mehr. Es waren auch schon einmal 40 Millionen €. Worin bestand dann also Ihrer **Kraftakt**? Dass Sie von 40 Millionen € auf 30 Millionen € heruntergegangen sind, dass Sie nichts obendrauf gepackt haben? War das Ihr Kraftakt? Mein Anspruch an die Landesregierung wäre etwas größer.

Sie haben hier aber zu Recht festgestellt, wir bräuchten 90 Millionen €, und zwar Jahr für Jahr. 90 Millionen € jedes Jahr, nicht um unsere Verkehrsinfrastruktur weiter auszubauen, sondern um den derzeitigen **Stand der Verkehrsinfrastruktur** aufrechtzuerhalten. Bei Anwendung der Grundrechenarten stellen wir gemeinsam fest: Da fehlen irgendwie 60 Millionen €, und zwar jedes Jahr.

Was macht nun diese Regierung, um jedes Jahr diese Lücke von 60 Millionen € zu schließen? - Nichts. Ein einmaliges Sondervermögen wurde initiiert. Gut, das haben wir auch gefordert und dem zugestimmt, aber das war einmalig. Was machen Sie nun regelmäßig? Sie haben auf unsere gestrige Pressemitteilung abgestellt, die **ersparten Zinsausgaben** dafür einzusetzen. Sie haben richtig gerechnet. Bei 35 Millionen € sind 2 % Zinsen 750.000 €. Von diesen würde ich noch nicht einmal behaupten, dass wir sie dieses Jahr einsparen, sondern erst im nächsten Jahr; denn die Schulden hätten wir ja auch erst Ende des Jahres gemacht. Letztes Jahr aber, dank guter Konjunktur, dank Zensus, haben wir nicht 450 Millionen € Schulden gemacht, wie in Ihrem Haushalt veranschlagt, sondern einen Überschuss in Höhe von 115 Millionen € gehabt. Das heißt, eigentlich vorgesehene Kredite wurden nicht aufgenommen. Es konnte sogar getilgt werden. Auf eine Summe von 550 Millionen € mit 2 % Zinsen gerechnet macht es dann schon 11 Millionen € ersparte Zinsausgaben. Das reicht auch noch nicht.

Wir können aber im laufenden Haushalt feststellen: Die Ministerin hat vorsichtig konservativ kalkuliert, die Zinsen mögen wieder steigen. Das tun sie aber nicht. Erfreulicherweise für Schleswig-Holstein bleiben sie auf dem niedrigen Niveau. Wir sparen also auch in diesem laufenden Haushalt Zinsausgaben gegenüber der Veranschlagung im Haushalt. Das ergibt einen **weiteren Spielraum**. Wir könnten also handeln. Wir haben in diesem Jahr den Spielraum, die 60-Millionen-€-Lücke, die Sie aufgezeigt haben, zu schließen. Was tut Ihre Regierung? - Nichts. Sie will von allen Autofahrern einen Soli in Höhe von 100 € abkassieren, sagt der Ministerpräsident. Da, wo Sie handeln können, tun Sie nichts und stellen bundespolitische Forderungen. Das hilft

Schleswig-Holstein nicht weiter. Das ist heute deutlich geworden. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich Herrn Abgeordneten Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Albig, ich habe Sie nicht als korrupten Politiker oder dergleichen dargestellt. In die Rolle müssen Sie sich jetzt auch gar nicht stellen.

(Beifall PIRATEN)

Das, was ich versucht habe, Ihnen darzustellen, ist, dass die **Lebensrealität** von Menschen wie Auszubildenden oder Familien anders aussieht und sie Probleme damit haben.

(Zuruf Ministerpräsident Torsten Albig)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Ministerpräsident - -

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ich habe gesagt, ich weiß nicht, ob Sie das tun, aber das Problem bei der Sache ist doch - -

(Ministerpräsident Torsten Albig: Wie kommen Sie darauf?)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Entschuldigung, es gibt - -

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Das war eine offene Frage, Herr Albig. Das Problem bei der Sache ist doch aber, dass dieser Vorschlag in der Lebensrealität eines Auszubildenden, der für sein Auto noch 100 € pro Jahr irgendwo zusammenkratzen muss, als realitätsfremd ankommt. Das habe ich versucht, Ihnen mit meiner Rede darzustellen.

(Beifall PIRATEN)

Das ist doch das Problem an der Sache. Ich gebe Ihnen ja recht, zum Beispiel mit der Grundanalyse des Problems, die Sie gestellt haben. Herr Stegner hat da durchaus recht. Die Lösung ist aber nicht der Idealfall. Etwas Moderneres wäre besser. Tolle Vorschläge wären zum Beispiel Kickstarter-Projek-

(Torge Schmidt)

te gewesen. Es gibt ja tausend Sachen, wie Crowdfunding und so weiter. Eine Lösung wäre gewesen, das in den Haushalt einzustellen. Diese 100 € pro Auto jedoch bringen die Leute nicht weiter und führen gerade in sozial schwachen Familien Menschen zu ernsthaften Problemen. Das ist aber doch eigentlich das, wofür die SPD steht, nämlich diese Leute zu stärken.

Ich habe den Vorschlag nicht verstanden, ich glaube, der Vorschlag ist bei diesen Leuten auch nicht wirklich gut angekommen. - Ich danke Ihnen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Nun sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr und schließe deshalb die Beratung.

Meine Damen und Herren, wie Sie bemerkt haben, habe ich gerade die Sitzungsleitung von Herrn Schlie übernommen.

(Tobias Koch [CDU]: Jetzt, wo Sie das sagen! - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Jetzt fällt uns das auch auf! - Heiterkeit und weitere Zurufe)

- Ich gebe mir alle Mühe. Herr Koch, wahrscheinlich haben Sie im Gegensatz zu mir die Debatte sehr aufmerksam verfolgt und können mir jetzt sagen, ob jemand Ihrer Kolleginnen und Kollegen Ausschussüberweisung beantragt hat.

(Zurufe: Nein!)

- Gut, vielen Dank für diese Unterstützung. Dann wird in der Sache abgestimmt.

Ich schlage Ihnen allen vor, abweichend von der Geschäftsordnung gemäß § 75 der Geschäftsordnung den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den Antrag der Fraktionen von FDP und CDU, Drucksache 18/1832 (neu), abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von FDP, CDU und PIRATEN. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. - Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und

der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1898, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Abgeordneten der Piratenfraktion und der Fraktionen von CDU und FDP. - Enthaltungen sehe ich nicht. Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe die Tagesordnungspunkte 49 und 53 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Weiterbau der A 20 westlich der A 7

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1726

A 20 sorgfältig planen

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1793

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 18/1848

b) Realisierung der westlichen Elbquerung der A 20 durch eine staatliche Infrastrukturprojektgesellschaft

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/1809

Bevor wir in die Debatte einsteigen, erteile ich dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Christopher Vogt, das Wort. - Bitte schön.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Wir können es ganz einfach halten: Ich verweise auf die Drucksache.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das ist schön, ich danke Ihnen. - Wir eröffnen nun die Aussprache. Ich erteile dem Kollegen Christopher Vogt von der FDP-Fraktion noch einmal das Wort, diesmal als Vertreter der Antragstellerin des ersten dieser Debatte zugrundeliegenden Antrags.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich danke der Landesregierung für den schriftlich vorgelegten Bericht, in der sie die bereits vor einiger Zeit von Verkehrsminister Meyer geäußerte Idee präzisiert, wie man die **westliche Elbquerung der A 20** mithilfe einer **staatlichen Infrastrukturgesellschaft** realisieren könnte. Über die chronische Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur haben wir eben bereits umfassend geredet. Die Realisierung der westlichen Elbquerung, allein schon mit dem Blick auf den knappen Verkehrsetat des Bundes, ist ohne Frage kein leichtes Unterfangen.

Ich finde es grundsätzlich erst einmal begrüßenswert, wenn dahin gehend konstruktive Überlegungen von der Landesregierung angestellt werden, die sich leider immer noch nicht geschlossen zu dieser Autobahn bekennt.

Herr Minister, Sie haben Ihren zwischenzeitlichen Vorschlag, für die Realisierung der westlichen Elbquerung eine Landesgesellschaft zu gründen, mittlerweile aus gutem Grund verworfen. Bei einer Bundesautobahn müsste es natürlich um eine Gesellschaft des Bundes gehen, die dann dafür am Ende auch haftet.

Meine Fraktion ist grundsätzlich der Auffassung, dass der **Ausbau und der Erhalt des Bundesfernstraßennetzes** eine **staatliche Kernaufgabe** ist. Die Infrastruktur muss also in der Regel aus dem allgemeinen Haushalt finanziert werden. Mobilität muss für alle Bürger bezahlbar bleiben. Darüber haben wir eben auch gesprochen. Aber die chronische Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur muss durch eine andere Schwerpunktsetzung in den öffentlichen Haushalten beendet werden.

Man darf aber auch - das betone ich auch mit Blick auf die Debatte eben, wo es ja um eine Kopfpause ging - in **Einzelfällen** über **alternative Finanzierungsmodelle** nachdenken, beispielsweise um die westliche Elbquerung finanzieren zu können - getreu dem Motto: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Ich teile die Auffassung der Landesregierung, dass die österreichische ASFINAG als Modell für Einzelprojekte, wie es hier der Fall ist, nicht geeignet erscheint. Das dänische Modell, wie es bereits bei der festen Fehmarnbelt-Querung mit Femern A/S Anwendung findet, ist deutlich interessanter. Wenn wir uns dieses Projekt anschauen, erfolgt die Tilgung der abgesicherten Kredite auch hier aus den Mauteinnahmen an der jeweiligen Stelle, also durch die Nutzung einer

bestimmten Infrastruktur - hier des Tunnels unter der Elbe - und nicht aus dem öffentlichen Haushalt.

Eine solche Finanzierung ist aus meiner Sicht jedoch immer nur die zweitbeste Lösung. Aber es ist im Zweifel - ich glaube, da besteht Einigkeit - besser als eine ÖPP-Lösung, die in der Umsetzung deutlich schwieriger ist. Man müsste einen Investor finden, Renditen und so weiter. **ÖPP** ist im Straßenbereich - finde ich - keine gute Lösung. Eine staatliche Infrastrukturgesellschaft ist somit deutlich interessanter.

Meine Damen und Herren, der vorgelegte Bericht zeigt Möglichkeiten auf, er bleibt am Ende aber doch sehr vage. Die entscheidende Frage, die uns heute die Landesregierung sicherlich beantworten wird, lautet: Will diese Landesregierung eigentlich dieses Modell, will sie es schnell angehen und umsetzen? - Dann muss sie entsprechende Gespräche jetzt mit der Bundesregierung beziehungsweise mit den Bundestagsfraktionen führen, die dort offenbar sehr kritisch sind, Herr Minister. Oder sie muss dieses Modell mithilfe einer Bundesratsinitiative auf den Weg bringen. Ich denke, dieses Modell wäre auch für viele andere Bundesländer interessant.

Meine Damen und Herren, es muss aber erst einmal bis zur Elbe gebaut werden. Da gab es zuletzt herbe Rückschläge. Das „Fledermausurteil“ von Bad Segeberg war für die Grünen nur ein Pyrrhussieg, weil sie dadurch jetzt erklären müssen, mit welchen Argumenten sie den **Weiterbau westlich der A 20** jetzt noch verweigern wollen, wenn es dort früher Baurecht gibt. Die Verzögerung bei dem Bauabschnitt Weede-Wittenborn, die durch ärgerliche Planungsfehler entstanden sind, und der faulen Kompromiss im Koalitionsvertrag, der gerade im verkehrspolitischen Bereich eh nur noch partiell Gültigkeit besitzt, dürfen nicht die Ausrede für jahrelanges Nichtstun dieser Regierung sein.

Wir schlagen deshalb vor, zunächst weiter westlich weiterzubauen. Darüber werden wir heute abstimmen. Herr Dr. Tietze, an der Stelle müssen Sie dann Farbe bekennen, so wie Sie es auch schon im Ausschuss getan haben.

Meine Damen und Herren, nun gab es in den letzten Tagen bemerkenswerte Entwicklungen mit Blick auf genau diese Frage. Wir hatten eine Ausschusssitzung. In der hat uns Herr Dr. Nägele erklärt, na ja, die Methode, die in dem Gerichtsverfahren in Leipzig kritisiert worden sei und die zu dem Aufschub in Bad Segeberg geführt habe, führe dazu, dass wir nicht bis Ende 2014 - wie bisher behauptet - die **weiteren Bauabschnitte** zum **Bau-**

(Christopher Vogt)

recht bringen könnten. Frühestens Ende 2016 - so hat uns der Staatssekretär erklärt - werde es da Bau-recht geben. Das passt auch wunderbar mit dem Termin der Landtagswahl zusammen. Insofern wundere ich mich schon, dass der Wirtschaftsminister und sein Staatssekretär dort einen anderen Kurs eingeschlagen haben. Ich finde die Begründung ziemlich vorgeschoben. Das sollte uns der Minister heute noch einmal deutlicher erklären.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

Insofern hat diese Landesregierung den Grünen geholfen, bei dieser schwierigen Frage den Kopf aus der Schlinge zu ziehen, warum sie nicht westlich weiterbauen wollen, wenn dort früher gebaut werden kann.

Meine Damen und Herren, es gab ja den Landesparteitag in Brunsbüttel - wir alle durften es lesen -, auf dem die Grünen die sensationelle Erkenntnis gewonnen haben - das ist ja schon einmal etwas -, dass man in einem Flächenland vielleicht auch einmal ein Auto braucht, wenn man nicht den ganzen Tag Zeit hat, um mittelweite Strecken zu überwinden. Ich finde es teilweise wirklich absurd, wenn die Grünen jetzt über **alternative Trassen** oder Fährverbindungen diskutieren. Es ist Ihre Landesregierung, liebe Grüne, die für viel Geld weitere Planungen vorantreibt, die Vorschläge zur Finanzierung der westlichen Elbquerung macht. Das ist von vorn bis hinten unehrlich.

Ich erwarte vom Minister eine Erklärung dazu, warum in dieser Legislaturperiode kein einziger Meter der A 20 gebaut werden darf. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Dann ist als nächstes die Landesregierung aufgerufen. Es spricht Verkehrsminister Meyer.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Keine Frage, das aktuelle Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur A 20 im Bereich Segeberg wirft die **Zeitpläne zu den einzelnen Abschnitten der A 20** zurück. Wir respektieren diese Entscheidung, die am 11. März 2014 vorgelegte schriftliche Urteilsbegründung zu den Linienführungen sowie zum Schutz von Fledermaus und Haselmaus. Die **Überarbeitungen der Planungen** laufen seither auf

Hochtouren. Die Fledermausvorkommen im Bereich Bad Segeberg werden umfassend erfasst. Prüfungen zur Linienführung laufen ebenso. Wir wollen die erforderlichen Planfeststellungsbeschlüsse so schnell wie möglich erlangen, aber es gilt: Sorgfalt geht hier vor Schnelligkeit. Ich sage ganz eindeutig: Die Versäumnisse, die hier in der Vergangenheit erfolgt sind, sollen sich nicht wiederholen. Deshalb müssen wir diese Dinge gründlich angehen.

Gleichzeitig haben wir Prüfungen veranlasst, um festzustellen, welche **Auswirkungen** dieses **Urteil** auf die anderen sich in der Planfeststellung befindlichen Streckenabschnitte der A 20 hat.

Im Ergebnis - das kennen Sie - ist damit zu rechnen, dass wir in fast allen Streckenabschnitten Nachbearbeitungsbedarf haben. Was heißt das konkret? Für die Abschnitte östlich der A 7 vor allen Dingen im Bereich Bad Segeberg haben wir immer wieder gesagt, dass das Urteil zwei Jahre Verzug bedeutet. Die Zeitpläne für die weiteren Abschnitte der A 20 - wir haben auch immer gesagt: Wir werden sie westlich der A 7 weiterplanen - bedeuten bis Ende dieses Jahres nach Möglichkeit, den Planfeststellungsbeschluss für die Elbquerung herbeizuführen, bis Ende 2015 den Bereich der B 431 bei Glückstadt bis zur A 23 und dann den Abschnitt zwischen der A 23 und der A 7 im Jahr 2016.

Herr Vogt, Sie wissen auch, **Planfeststellungsbeschluss** heißt nicht gleich **Baurecht** und bedeutet auch nicht gleichzeitig, dass die Finanzen zur Verfügung stehen. Dann kann nämlich immer noch geklagt werden, und wir müssen sichergehen, dass das alles so erfolgen kann. Wenn wir über das Jahr 2017 für den Bau westlich der A 7 reden, sage ich ganz eindeutig: Das entspricht der Realität und nicht irgendwelchen Vereinbarungen in der Koalition. So sind die Verhältnisse. Sie sind vor allen Dingen darauf zurückzuführen, dass in dem Verfahren bei Bad Segeberg etwas schiefgegangen ist.

Da die **Planung 2014** für die **Elbquerung** möglich ist, ist die Frage: Was machen wir dort? Nach wie vor ist die Finanzierung offen. Deswegen haben wir die Idee vorgestellt, eine staatliche Infrastrukturgesellschaft für die westliche Elbquerung nach dänischem Vorbild mit einem Staatsgarantie-Finanzierungsmodell, wie es schon am Großen Belt und am Öresund, aber auch bei der Fehmarnbelt-Querung erprobt ist, zu machen. Das trägt der Tatsache Rechnung, die wir beachten müssen, nämlich dass die Bundesmittel für Neubauvorhaben - wir haben über die Finanzierung geredet - nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Noch laufen die Untersu-

(Minister Reinhard Meyer)

chungen des Bundes. Wir fragen immer nach: Wie ist das mit dem sogenannten ÖPP-Projekt, mit dem F-Modell mit maximal 50-prozentiger Anschubfinanzierung, die der Bund vornehmen will? Da gibt es noch kein wirtschaftlich zu realisierendes Ergebnis. Man bemüht sich. Deswegen sage ich auch: Wir brauchen Mut und Kreativität, um alternative Modellen vorzuschlagen. Deswegen das Staatsgarantiemodell, das Vorteile hat. Darauf möchte ich kurz eingehen.

Wir haben dank der Staatsgarantie längere Zinslaufzeiten. Das Thema Eigenkapitalrendite ist schon genannt worden. Private rechnen mit 8 %. Der Staat muss mit wesentlich weniger rechnen, nämlich auf dem Zinsniveau, das derzeit bei unter 2 % liegt. Wir haben keine zeitliche Begrenzung der Projektlaufzeit, da die Mauteinnahmen die Rückzahlungsdauer beeinflussen. Damit führt ein solches Modell zur besseren Wirtschaftlichkeit bei geringerer Bemaßung.

Es gibt viele Vorteile, aber auch Hürden. Das will ich an dieser Stelle deutlich sagen. Das eine sind gesetzliche Grundlagen auf Bundesebene, die geändert werden müssen, das andere ist das Thema, das auf Bundeseite zu erörtern ist, nämlich dass durch die entsprechenden Garantien und Garantieforderungen, die dem Bund zugerechnet werden, die Schuldenquote des Bundeshaushalts belastet wird und damit das Maastricht-Kriterium. Ich habe persönlich mit dem Bundesverkehrsminister über dieses Projekt gesprochen. Er ist sehr offen. Der Parlamentarische Staatssekretär Ferlemann sagt, dass der Bund einen konkreten Vorschlag haben will. Den wird der Bund von uns vorgelegt bekommen. Dann werden wir die Diskussion weiterführen.

Eine Anmerkung sei noch erlaubt. Von einer Landesgesellschaft war nie die Rede, jedenfalls nicht von mir. Das ist in einzelnen Zeitungen so gedeutet worden. Ich habe immer gesagt: Das ist eine **Aufgabe des Bundes**, weil es um ein Bundesprojekt geht.

Meine Damen und Herren, wir werden die A 20 mit den Planungen bis hin zu den notwendigen Spatenstichen weiter vorantreiben. Ich sage ganz deutlich: Ich bin und bleibe ein bekennender Fan der A 20. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Als Präsidentin danke ich Ihnen, Herr Minister. - Ich rufe nun in der weiteren Debatte den Kollegen Hans-Jörn Arp von der CDU-Fraktion auf.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, Sie sagen jedes Mal, dass Sie ein Fan der A 20 seien. Das ist zwar toll, aber die Taten fehlen. Ich bin ein Fan Schleswig-Holsteins und mache mir große Sorgen über unsere Infrastruktur und unsere Arbeitsplätze.

(Beifall CDU)

Das ist der Unterschied.

Nehmen wir einmal die Situation derjenigen, die jeden Tag nach Hamburg zur Arbeit müssen. Sie stehen ab Quickborn, sie stehen ab Halstenbek im Stau.

(Zuruf SPD: Ab Halstenbek?)

- Autobahnabschnitt Halstenbek. Frau Kollegin, wenn sie das nicht kennen, macht das aber nichts. Lassen Sie es bitte. Lassen Sie mich zu Ende reden; das Thema ist zu ernst, weil es um die Arbeitsplätze und die Zukunft unseres Landes geht. Da sind solche dummerhaften Zwischenrufe unangebracht.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, Sie haben es, glaube ich, selber gemerkt - -

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ich entschuldige mich und nehme das mit großem Bedauern zurück.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke schön.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Meine Damen und Herren, lassen sie uns ernsthaft über die Situation diskutieren. Wie ist die **Arbeitslosigkeit** an der **Westküste**? Die Langzeitarbeitslosigkeit steigt. Die **Immobilienpreise** fallen. Das ist die Situation. Gehen Sie einmal mit Wirtschaftsvertretern an die Westküste - nicht gerade nach Sylt, sondern in die Kreise Dithmarschen und Steinburg

(Hans-Jörn Arp)

sowie den südlichen Teil Nordfrieslands. Dann wissen sie, wie die Situation ist.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Herr Meyer, psychologisch nutzt denen das überhaupt nichts, wenn Sie sich immer wieder hinstellen und sagen, Sie seien ein Fan der A 20. Sie müssen Taten folgen lassen. Ich sage Ihnen, dass wir selbstbewusst auch Eigenverantwortung für die Situation übernehmen müssen. Seit 20 Jahren diskutieren wir in Schleswig-Holstein über den **Ausbau der A 20**. Seit 20 Jahren sind wir nicht vorangekommen. Das ist die Situation, in der wir sind. Wir können auch gar nicht drum herumdiskutieren. Die Menschen brauchen Fakten.

Allein die Ankündigung - das wird Ihnen gefallen -, dass die Bahn wieder nach Schönberg fährt, hat dazu geführt, das man dort ein Baugebiet mit Bauplätzen verkaufen kann. Das ist Psychologie. Ob die Bahn am Ende kommt, kann man gar nicht versprechen. Wenn Sie den Menschen einen verlässlichen Zeitplan geben, wann und in welchem Umfang die A 20 gebaut wird, kommen auch die Investoren hinterher. Der Unterschied zur jetzigen Diskussion ist, dass Sie sich hinstellen und sagen: Vor 2017 wird nichts gebaut.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Das heißt nichts anderes, als Investoren zu verschrecken. Unternehmer, die heute in Schleswig-Holstein tätig sind, gehen nach Niedersachsen. Das ist die Situation. Sie halten sich immer wieder daran fest, dass Sie sagen, Sie könnten nicht, weil nichts planfestgestellt sei. Ich frage Sie: Was ist das für eine **Behörde**, die vor über 10 Jahren die Linienbestimmungen abgeschlossen und bis heute kein Stück **Baureife** geschaffen hat? Dafür tragen Sie mit Verantwortung.

(Zurufe SPD)

- Ich habe deutlich „mit Verantwortung“ gesagt. Herr Meyer, Sie müssen doch ganz deutlich sagen, Sie wollten wissen, was los sei. Offensichtlich beschäftigen Sie nicht genügend Mitarbeiter. Sie haben offensichtlich auch nicht genügend Menschen, die Sie mit externen Verträgen versorgen.

(Olaf Schulze [SPD]: Das hätte de Jager machen können!)

- Ich habe doch „mit Verantwortung“ gesagt. Das Thema ist zu ernst, als das man Klamauk macht. Das ist die Situation, vor der wir stehen. Ich sage Ihnen, Sie werden sich an den Arbeitslosenzahlen und an den Immobilienpreisen messen lassen müs-

sen. Sie wissen genauso gut wie ich, dass die ersten Unternehmer aus Schleswig-Holstein weggehen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Da hilft es überhaupt nichts, wenn Sie immer von der **Projektgesellschaft** reden. Es wäre schön, wenn sie käme. Sie wissen aber doch genauso gut wie ich - Sie führen in Berlin doch mehr Gespräche als ich -, dass sie in Berlin nicht gewollt wird. Reden Sie doch lieber mit von **ÖPP-Projekten**. Reden Sie mit den Unternehmen, die das als ÖPP-Projekte machen wollen. Die haben sich bei Ihnen schon angemeldet. Die sind doch da. Wenn Sie keine andere Alternative haben, müssen Sie sie aus meiner Sicht nehmen. Es hilft Ihnen doch gar nichts, irgendwelchen Träumen nachzuhängen, die Sie am Ende nicht realisieren können. Das macht Sie irgendwann zum Ankündigungsminister, und kein Mensch wird Ihnen mehr glauben.

Im Interesse der Wirtschaft - darum geht es uns allen hier -, der Arbeitsplätze, der Pendler, insbesondere der mittelständigen Wirtschaft brauchen wir verlässliche Zahlen. Es müssen Zahlen sein, die endlich sagen, wann gebaut wird, wann die Planfeststellung fertig ist. Sie haben vor nicht einmal einem halben Jahr hier gesagt, 2014 seien alle Abschnitte baureif. Sehen wir einmal! 2014 ist nur noch ein halbes Jahr lang. Heute sagen Sie, in einigen Fällen müssten Sie nachbessern. Sagen Sie den Menschen auch: Dort, wo wir Baureife haben, werden wir mit dem Bau der A 20 beginnen. Das ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht anders gemacht worden. Dort, wo es Baureife gab und das Geld vom Bund vorhanden war, wurde abschnittsweise gebaut, und zwar nicht nacheinander von Ost nach West. Gebaut wurde immer dort, wo es Baureife gab. So war es richtig. So muss es auch in Schleswig-Holstein sein.

Die Menschen verstehen es nicht, dass man nur aus ideologischen Gründen sagt: Westlich der A 7 wird nicht gebaut. Erzählen Sie das den Menschen, die jeden Tag nach Hamburg fahren, die jeden Tag im Stau stehen, die ihre Arbeitsplätze verlieren und aus Schleswig-Holstein weggehen. Das ist nicht Ihre Aufgabe als Wirtschaftsminister. Ihre Aufgabe ist es, hier für Arbeitsplätze und für Sicherheit zu sorgen. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU vereinzelt FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Arp, hier im Landtag über Wirtschaftsförderung zu sprechen und dann als gutes Beispiel dafür die Reaktivierung der Strecke Kiel-Schönberg anzusprechen, ist - so finde ich - von Ihrer Warte aus ein Treppenwitz.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben in der vergangenen Sitzung das Projekt abgelehnt und sagen jetzt, dies sei ein gutes Beispiel dafür, wie Wirtschaft reaktiviert und mobilisiert werden könne. Das finde ich lachhaft.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum eigentlichen Thema: Wie schön, dass wir hier im Plenum wieder über die A 20 sprechen. Wie Sie wissen, hat sich die SPD immer für den **Weiterbau der A 20** ausgesprochen. Wir halten sie für das wichtigste Straßenverkehrsprojekt in Schleswig-Holstein. Es ist auch kein Geheimnis, dass die A 20 in den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW ein großes Thema mit kontroversen Auffassungen war. Die Formulierung in unserem Koalitionsvertrag trägt der Komplexität dieser Diskussion Rechnung. Sie formuliert auch ein Ziel, das nicht nur für den Bau der A 20 gelten sollte: Verkehrsprojekte sollten nur mit verkehrstechnisch sinnvollem Anschluss gebaut werden.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Eine konsequente Befolgung dieser Aussage, die wie eine Selbstverständlichkeit klingt, hätte Deutschland vor diversen Bauruinen bewahren können.

Die **Planungen** für alle **Teilstücke der A 20** in Schleswig-Holstein gehen weiter, auch das haben wir gemeinsam mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem SSW vereinbart. Wir meinen allerdings, dass ein verkehrstechnisch sinnvoller Anschluss nicht unbedingt linear verlaufen muss, sondern durchaus auch verkehrstechnisch sinnvolle Teilstücke umfassen darf. So kann der verkehrlichen Erschließung ebenso Rechnung getragen werden wie den Belangen von Natur- und Umweltschutz sowie den berechtigten Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern. Beides sind für uns wichtige Güter.

Umso mehr freuen wir uns über die Bewegung der Grünen nach der Debatte auf ihrem Landesparteitag. Wenn es gelingt, wieder Bewegung in die Dis-

kussion über den Weiterbau der A 20 zu bringen, ist, davon bin ich überzeugt, für uns alle etwas gewonnen. Allerdings sehen wir eine **Verlegung des Trassenverlaufs** kritisch, weil dies erneute Verzögerungen nach sich ziehen würde. Insgesamt sind die Ergebnisse des Landesparteitages der Grünen in Sachen Verkehrsinfrastruktur aus meiner Sicht ein positives Signal für die Fortsetzung der Koalition über diese Legislaturperiode hinaus.

Eines der Teilstücke, um die es geht, ist die **westliche Elbquerung**. Sie muss, da sind sich alle einig, finanzierbar sein. Die reine private Umsetzung ließe sich über Nutzungsgebühren nicht finanzieren. Daher wären in jedem Fall staatliche Mittel nötig. Es gibt aber auch Alternativen. Die Landesregierung informiert uns mit ihrem Bericht über die Möglichkeiten ihrer **Realisierung** durch eine staatliche Infrastrukturgesellschaft. Diese könnte möglicherweise zu günstigeren Konditionen bauen.

Minister Meyer legte in seinem Bericht dar, dass eine Lösung, vergleichbar mit der der dänischen Projektgesellschaft Femern A/S, die für das Königreich Dänemark die feste Fehmarnbelt-Querung errichtet, auch in Deutschland möglich wäre. Das rein private F-Modell wäre finanziell tragfähig, das ist bereits bekannt. Wenn mit einer staatlichen Projektgesellschaft Kosten gesenkt und die Akzeptanz verbessert werden könnten, wäre das etwas, was man näher untersuchen sollte. Daher habe ich große Sympathien für den Vorschlag von Minister Meyer, auf Bundesebene für weitere Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen zu werben.

Wir stehen nämlich zur A 20. Dazu gehört für uns, die Ost-West-Achse verkehrstechnisch sinnvoll, unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und unter Berücksichtigung von Natur- und Umweltschutzbelangen zu realisieren. Wenn wir im politischen Bereich nun Bewegung haben und wenn es finanziell attraktive Möglichkeiten gibt, mit denen wir die Elbquerung weiterplanen und verbessern können, dann kommt neue Bewegung in die Sache.

Im Detail sollten wir den Bericht im Wirtschaftsausschuss erörtern. Bei uns ist die A 20 in jedem Fall in guten Händen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Vogt, Sie können planen, bis Sie wund sind. Ohne eine **geklärte Finanzierung** der westlichen Elbquerung bei Glückstadt hat die A 20 keinen Sinn und auch keine Zukunft. Das zeigt der Bericht des Ministers.

(Volker Dornquast [CDU]: Aber ohne Planung gibt es keine Finanzierung! - Christopher Vogt [FDP]: Warum plant Ihr dann?)

- Dieser Argumentation können sich weder die Wirtschaft noch Sie von CDU und FDP, noch Kollegen aus unserer Koalition, noch wir verschließen. Wir brauchen die Elbquerung. Sonst macht diese Autobahn keinen Sinn. Im Gegenteil, das wäre eine Verschwendung von volkswirtschaftlichen Finanzressourcen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bitte, sehr gern.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Tietze. - Ich frage Sie, warum Sie es unterstützen, dass die Landesregierung, an der Sie beteiligt sind, für viele Millionen Euro zum jetzigen Zeitpunkt die weiteren Bauabschnitte in Richtung Elbe plant. Das ist ein Widerspruch. Warum machen Sie das, wenn Sie sagen, dies mache keinen Sinn?

- Das ist zunächst einmal kein Widerspruch. Sie haben zur Kenntnis zu nehmen, dass die Planungen, die wir jetzt vornehmen, der Logik des Bundesverkehrswegeplans folgen. Bei einigen Partnern in der Koalition gibt es die feste Überzeugung, dass eine Finanzierung kommen wird. Wir werden das abwarten. Wir als Grüne haben eine große Skepsis bei der Frage, ob die Finanzierung steht. Das ist etwas, was wir hier politisch übrigens nicht erst seit gestern vortragen. Ich sage Ihnen auch, dass ÖPP-Finanzierungen ein Rohrkrepierer sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Das Motto lautet hier: Her mit den Gewinnen, und das Risiko trägt der Steuerzahler. Bei dem ÖPP-

Modell des französischen Vinci-Konzerns wurde eine Anschubfinanzierung von 500 Millionen € gefordert. Ich darf daran erinnern: Ferner sollte es einen Verzicht auf die Lkw-Maut bis 100 km östlich und westlich der Querung auf 30 Jahre hin geben. Das ist ein gutes Geschäft für die Vinci-Vertreter. Glauben Sie, dass man dies in Berlin finanzieren wird? Glauben Sie, dass man in Berlin einer solchen Maßgabe zustimmen wird? - Sie hätten dies in Ihrer Regierungszeit längst tun können. Sie haben das nicht getan.

(Christopher Vogt [FDP]: Man muss die Baureife haben, Herr Kollege!)

Zunächst einmal geht es um die Frage: Gibt es **alternative Finanzierungsmöglichkeiten**? Der Vorschlag einer staatlichen Infrastrukturgesellschaft wird auch in meiner Partei diskutiert. Die Kollegin Wilms, sie ist Bundestagsabgeordnete, bringt diesen ein. Wir werden ergebnisoffen darüber diskutieren. Das haben wir unter anderem auf dem Parteitag am Wochenende beschlossen.

Also: Es ist richtig, dass wir nicht nur über die Instrumente reden. Wir müssen Klarheit über die Ziele haben. Ich bin der Auffassung, die meine Fraktion teilt, dass der Erhalt der geschaffenen Werte im Vordergrund stehen muss, bevor wir den Bürgern für weitere Maßnahmen Geld aus der Tasche ziehen. Wir brauchen also eine ehrliche Diskussion nicht nur über die nötigen Einnahmen, sondern vor allen Dingen über das System der Ausgaben. Das heißt insbesondere bei den Straßen, dass wir diesen Bereich als Anlagevermögen sehen, dessen Abschreibung wir in Deutschland endlich bilanzieren müssen, wie das übrigens im Bereich der Schiene schon seit vielen Jahren üblich ist. Erkennen wir doch endlich an, dass die **Verkehrsinfrastruktur** das **Anlagevermögen** des Unternehmens Bundesrepublik Deutschland ist.

Gäbe es eine kaufmännische Vermögensbilanz, so wäre im Übrigen für jeden sofort ersichtlich, ob die Politik dieser Pflicht nachkommt. Eine derartige Transparenz beim Bau und beim Erhalt von Verkehrsinfrastruktur würde zum Beispiel auch deutlich machen, ob wir genug für den Erhalt getan oder mit dem Geld etwas völlig anderes gemacht haben. Das heißt, die Bürgerinnen und Bürger könnten transparent nachvollziehen, wie verantwortungsvoll das Geld ausgegeben worden ist. Nur so kann die Bereitschaft reifen, Vorschlägen zu folgen, mehr zu finanzieren. Der Bürger ist bereit, etwas auf den Tisch zu legen, wenn er weiß, wofür, nicht jedoch als Hypothek auf die Zukunft.

(Dr. Andreas Tietze)

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alles gehört auf den Tisch des Hauses. Ich habe es vorhin schon in meinem Dreiminutenbeitrag gesagt: Wir wollen nicht nur über die Straßen reden, sondern auch über die Schienen und über die Wasserwege. Wir haben im Übrigen beim NOK gemerkt, was passiert. Es ist doch absurd, dass die Kollegen in Berlin die Misere am Nord-Ostsee-Kanal so lange haben laufen lassen. Wie viel Mühe brauchte es, die Kollegen zu überzeugen, damit wir endlich eine ordentliche Finanzierung des Nord-Ostsee-Kanals hinbekommen! Nein, die **Finanzarchitektur** der **Infrastruktur** als Ganzes stimmt in Deutschland nicht, sie stimmt auch in Europa nicht. Das ist die zentrale These. Wer daran etwas ändern will, der muss sich erst über die Ziele unterhalten, bevor er die Instrumente verändern will.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen auch ganz klar und deutlich: Schluss mit den Fehlentwicklungen durch das Verfolgen von Einzelinteressen, wie es in der Vergangenheit geschehen ist. Herr Meyer, es kann sein, dass eine staatliche Infrastrukturgesellschaft uns in die Lage versetzt, in Zukunft nachhaltiger zu wirtschaften.

Sie fordern ja die Deutschland AG für die Straße. Aber wir sagen natürlich auch: Die rechtliche Problematik ist schwierig. Das wird nur gehen, wenn nicht nur das Investment möglich ist. Derzeit ist es bei der Mauteinnahme europaweit ja nicht möglich, den Betrieb mit zu finanzieren, sondern nur das Investment. Das ist ein Konstruktionsfehler der Finanzierungsstruktur. Das müssen wir ändern. Wir können das aber nur auf der europäischen Ebene ändern.

Die Frage, ob die derzeitige **Niedrigzinsphase** ewig anhalten wird, ist auch ein **Risikofaktor**, über den wir reden müssen. Sie wissen auch, das Thema Schattenhaushalte ist bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht gerade sehr beliebt.

Ich stelle also fest: Wir müssen noch viel mehr Analyse betreiben, als es bisher möglich ist.

Ich will Ihnen gern noch einmal die Ergebnisse unseres Parteitages erklären. Wir sind tatsächlich raus aus der Verhinderungsecke.

(Christopher Vogt [FDP]: Nein!)

Wir sagen aber auch, dass die A 20 in der Planung durch die Vorgängerregierung maximal versemmtelt wurde - nicht durch Grüne, um das noch einmal ganz deutlich zu machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf CDU: Das war lustig!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Sie müssen mit Ihrer Erklärung bitte zum Schluss kommen.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sie haben kein Konzept für die Zukunft. Hören Sie auf, Gelder für Luftschlösser herbeizuträumen, sondern lassen Sie uns endlich eine Bilanz ziehen, wie es sich für ehrbare Kaufleute geziemt. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Piratenfraktion hat der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Kollege Dr. Tietze, leider sind wir in der Vergangenheit mit unseren **Straßen** nicht so umgegangen, wie ehrbare Kaufleute es tun sollten. So ist es dazu gekommen, dass wir einen hohen **Sanierungsstau** haben auflaufen lassen. Ein Viertel unserer Landesstraßen ist sanierungsbedürftig und müsste schon längst in der Sanierung sein.

(Zurufe Christopher Vogt [FDP]: Schön wäre es!)

Tatsächlich verschlechtert sich der Zustand aber weiter. Vor diesem Hintergrund ist natürlich kein Geld mehr für teure Wunschprojekte der Politik zum **Neubau von Straßen** vorhanden, die ja im Übrigen noch höhere Unterhaltungskosten nach sich zögen, als wir jetzt schon nicht aufbringen.

Der Bundesverkehrswegeplan ist gemessen an Ihren Anmeldungen, Herr Wirtschaftsminister, schon heute um mehr als das Doppelte überzeichnet, wenn man der „sh:z“ glauben darf. Deswegen haben Sie nun die Idee: Bezahlen soll den Straßenneubau künftig der Autofahrer mit einer **Pkw-Maut**. Wie in Frankreich sollen Häuschen an die Autobahn gestellt werden, an denen abkassiert werden darf, obwohl die bisherigen **Erfahrungen in Deutschland** mit diesem Modell katastrophal sind. Im Falle des Warnowtunnels hat sich nicht

(Dr. Patrick Breyer)

einmal die Hälfte des prognostizierten Verkehrs eingestellt. Um den Betreiber vor der Insolvenz zu retten, musste ihm zugestanden werden, 20 Jahre länger Maut zu kassieren. Auch bei dem Lübecker Herrtunnel ist nicht einmal die Hälfte des ursprünglich prognostizierten Verkehrsaufkommens eingetreten. Hier hat man die Maut inzwischen mehr als verdoppeln müssen, um das aufzufangen. Dennoch wollen Sie, Herr Wirtschaftsminister, eine Pkw-Maut selbst dort einführen, wo sich nicht einmal mehr ein privater Investor findet wie im Falle des westlichen Elbtunnels.

Das dänische Modell, das Sie propagieren, steht in Dänemark schon längst im Kreuzfeuer der Kritik. Kein anderer als der ehemalige Leiter der Verkehrs- und Straßenabteilung der dänischen Straßenbaubehörde, Herr Andersen, kritisiert in der Zeitung das **Modell der Projektgesellschaft**, das Sie hier propagieren. Er sagt, Projektgesellschaften führten dazu, dass Verbindlichkeiten und Risiken nicht mehr im Staatshaushalt abgebildet würden und nicht mehr Gegenstand des normalen demokratischen Verfahrens seien. Wenn uns der Ministerpräsident sagt, wir hätten in der Vergangenheit dabei versagt, genügend Mittel zum Unterhalt unserer Straßen bereitzustellen, dann kann die Lösung doch nicht die Bildung von Sonderhaushalten sein. Man kann doch nicht sagen, wir werden auch in Zukunft versagen.

Hier im Landtag, im Parlament, muss doch gestritten werden, ob Mittel für eine Autobahn oder für Bildung oder für den Breitbandausbau oder den Schuldenabbau eingesetzt werden. Wir müssen uns selber doch zutrauen, genügend Mittel für den Erhalt unserer Straßen aufzubringen. Alles andere wäre ein Armutszeugnis.

Herr Andersen kritisiert an dem Modell der **Projektgesellschaft**, Herr Minister, Entscheidungen der privatwirtschaftlichen Projektgesellschaft würden in kleinen Kreisen **außerhalb der öffentlichen Einsicht und Kontrolle** gefällt, was wiederum Bedarfskontrolle, Effizienzprüfung und Priorisierung aushebeln würde, all das, was für staatliche Projekte gilt, und zwar alles mit der Begründung, dieses Projekt koste den Staat ja nichts, weil es seine Kosten selber hereinspielen solle. Durch diese Konstruktion haben Sie keinen Anreiz, Kosten einzusparen. Das führt überhaupt erst zu solch irren Projekten wie der Fehmarnbelt-Querung mit einem so niedrigen Verkehrsaufkommen, dass es anderswo kaum den Bau einer Landesstraße rechtfertigen würde.

Ich zitiere abschließend Herrn Andersen: Die Zusammenführung von Kreditaufnahmen, Benutzungsentgelten und das Verstecken von Risiken in einer GmbH habe keinen anderen Nutzen als den, die Finanzsituation Dänemarks herauszuputzen und es übereifrigen Politikern möglich zu machen, enorme kreditfinanzierte Summen für bedeutende Baumaßnahmen ohne Auseinandersetzung über den Staatshaushalt zu beschaffen.

(Beifall PIRATEN)

Genau das ist die richtige Kritik an Ihrem Modell. Mit uns PIRATEN wird es deswegen eine solche Pkw-Maut durch die Hintertür nicht geben. Wir lehnen Projektgesellschaften ab und fordern die Koalition auf, den Wirtschaftsminister an dieser Stelle zurückzupfeifen. Das Finanzierungsmodell Pkw-Maut ist unsozial, weil es alle gleich hoch belastet, während Steuerfinanzierung einkommens- und verbrauchsabhängig ist und damit viel gerechter. Das Finanzierungsmodell Pkw-Maut ist undemokratisch, weil es über Projektgesellschaften realisiert wird und diese Projekte öffentlicher Kontrolle entzieht. Es ist unwirtschaftlich, weil Bedarfskontrolle, Effizienzprüfung und Priorisierung ausgehebelt werden. Es ist auch unehrlich, wenn Sie einerseits lautstark gegen Pkw-Maut auftreten oder - wie CDU und FDP hier - gegen neue Abgaben, gleichzeitig aber neue Mautstraßen fordern, die ja neue Abgaben mit sich bringen würden. Da muss der Bürger sich ja für dumm verkauft vorkommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **westliche Elbquerung** muss staatlich und solide finanziert werden. Dazu muss sie auch in einer demokratischen Haushaltsdebatte bestehen können und darf nicht schön gerechnet werden.

Ein letzter Satz zur Forderung der FDP nach einem Weiterbau der **A 20 westlich der A 7**: Wir brauchen keine bessere Anbindung von Rapsfeldern durch den Bau von Versatzstücken in die Landschaft.

(Lachen Uli König [PIRATEN])

Der Bau von Teilstücken ohne eigenständigen verkehrlichen Nutzen wäre sogar rechtswidrig. Deswegen sollten Sie Ihren Antrag zurückziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN - Zuruf Christopher Vogt [FDP]: Das ist doch albern!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die **A 20 mit der westlichen Elbquerung** ist eines der größten Verkehrsprojekte des norddeutschen Raumes. Für Schleswig-Holstein und Hamburg soll sie für Entlastung auf der A 7 und des Elbtunnels sorgen. Darüber hinaus ist die A 20 mit der westlichen Elbquerung gerade aus wirtschaftspolitischer Sicht für die Westküste von großer Bedeutung. Daher haben wir als SSW uns immer für den Bau der A 20 und der westlichen Elbquerung ausgesprochen.

Dies gilt im Übrigen auch für den Verkehr aus Dänemark, der über die B 5 nach Süden abfließen kann. Dies wird insbesondere dann notwendig, wenn die Rader Hochbrücke wirklich kollabieren sollte.

Aus diesem Grunde wird natürlich von dänischer Seite mit großer Besorgnis verfolgt, was auf deutscher Seite in Sachen Rader Hochbrücke und A 20 mit dazugehöriger Elbquerung geschieht. Ich kann Ihnen versichern, dort ist man sehr beunruhigt. Denn für die produzierende Wirtschaft Dänemarks, die sich größtenteils westlich des Großen Belts befindet, ist die Jütland-Route die Hauptverkehrsachse gen Süden. Sollte es also zu einem Ausfall der Rader Hochbrücke kommen, braucht es eine **Alternative**. Hier kommen die A 20 und insbesondere die westliche Elbquerung ins Spiel. Dies wird im Übrigen auch vonseiten der hiesigen Wirtschaft genauso gesehen.

Es ist daher mehr als bedauerlich, dass das gesamte Projekt ins Stocken geraten ist, weil politische Versäumnisse zu Planungsfehlern geführt haben. Dies haben wir jetzt auszubaden. Jetzt gilt es, daraus zu lernen. Alle anderen Abschnitte müssen jetzt unter die Lupe genommen werden. Zu erwarten ist, dass auch dort nachgebessert werden muss.

Daher ist es notwendig, dass die **Planungsverfahren für die verbleibenden Abschnitte** bis zur Elbe gründlich abgeschlossen werden. Dabei hat Sorgfalt absoluten Vorrang vor übereilter Planung. Wann letztendlich der Startschuss für den Baubeginn westlich der A 7 gegeben werden kann, ist fraglich. Dies ist eben ein Ergebnis früherer Entscheidungen.

Der Bericht der Landesregierung zur Modernisierung der westlichen Elbquerung macht derzeit auch nur wenig Mut, da für die Finanzierungsgrundlagen noch Hausaufgaben zu machen sind. Ein konkretes, umsetzbares **Finanzierungsmodell** existiert nicht. Zum Teil fehlen die rechtlichen Grundlagen. Letztlich fehlt es am Geld. Der Bund setzt auf ein ÖPP-

Projekt, das sogenannte F-Modell, mit einer Anschubfinanzierung von 50 %. Doch dies wird vonseiten des Bundes leider nur halbherzig verfolgt, da man sich in Berlin bisher nicht um einen privaten Projektträger gekümmert hat.

Dass sich auch kein Privater in dieser Sache an die Bundesregierung gewandt hat, mag in erster Linie daran liegen, dass die Verantwortlichen rechnen können.

Nach Einschätzung der Landesregierung sind die prognostizierten Zahlen recht optimistisch. Es ist davon auszugehen, dass die 50-prozentige **Anschubfinanzierung** vom Bund von der Wirtschaft als zu gering eingeschätzt wird. Nach Einschätzung der Landesregierung sollten daher auch andere Modelle in Betracht gezogen werden. Hier prüft die Landesregierung derzeit das Modell, das auch in Dänemark für den Bau der Øresundsbro, Storebæltsbroen oder Fermerntunnel gewählt wurde.

Es mag ja sein, dass jetzt ein Herr Andersen in Dänemark dies sehr kritisch sieht. Ich möchte aber daran erinnern, dass wir damals, als wir die Debatte um **Storebæltsbroen** und auch die Debatte um Øresundsbro geführt haben, auch immer genau diese kritischen Stimmen irgendwo gehört haben. Wenn man aber die Bevölkerung fragt, nachdem die Brücke da war, dann kann ich nur eins sagen: Das ist ein Erfolgsmodell gewesen, und ich glaube nicht, dass man jemand in Dänemark findet, der heute auf Storebæltsbroen verzichten würde.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher glaube ich, es ist wirklich zu begrüßen, dass die Landesregierung hier nicht nur auf das vom Bund favorisierte Modell setzt, sondern auch andere Lösungen sucht.

Welches Modell letztendlich das Rennen macht, ist noch nicht klar. Die Entscheidung hierfür liegt einzig und allein beim Bund. Wir werden das **Projekt der westlichen Elbquerung** vorantreiben und unterstützend begleiten. Aber finanzieren werden wir es nicht. Das ist und bleibt Aufgabe des Bundes. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Jetzt hat sich der Kollege Christopher Vogt zu einem „Einminutenbeitrag“ gemeldet. Ich möchte

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

ihm jetzt Gelegenheit geben, dieses ambitionierte Projekt umzusetzen.

Christopher Vogt [FDP]:

Laut Geschäftsordnung ist es ein Dreiminutenbeitrag. Aber ich habe der Präsidentin die Versprechung gemacht, nur einen Einminutenbeitrag zu halten, worauf sie mich jetzt festnagelt. Das ist auch in Ordnung.

Meine Damen und Herren! Es geht um die Frage: Wie kommen wir bei der **A 20** in der Legislaturperiode voran? Ich finde, die SPD fährt an dieser Stelle einen Schlingerkurs. Auf der einen Seite warnt sie vor Bauruinen, wenn man einen einzelnen Bauabschnitt realisieren will; auf der anderen Seite fordert sie Bewegung. Es klang eben schon an: Es geht in dieser Diskussion doch eigentlich um nichts anderes als um Machterhalt. Es geht um die Vorbereitung der nächsten Legislaturperiode für die Koalition.

Sie wollen die Leute selbstverständlich deshalb hinter die Fichte führen, weil Sie jetzt trotz jahrzehntelanger Planung noch einmal ausführlich über alternative Trassen reden, weil Sie darüber reden, Fähren an der Elbe einzusetzen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie all das bestreiten, dann müssen Sie erklären, warum Sie einzelne Bauabschnitte nicht realisieren wollen. Der Minister hat übrigens nicht gesagt, es müssten alle Bauabschnitte noch einmal überdacht werden, sondern fast alle. Herr Minister, Sie sollten uns dann auch fairerweise erklären, welche **Bauabschnitte** denn schnell zu **Baurecht** kommen können, und Sie müssen uns erklären, ob es denn nicht auch gängige Praxis ist, diese Bauabschnitte umzusetzen. Das wird ja in anderen Bundesländern auch gemacht. Sie haben es in Mecklenburg-Vorpommern auch gemacht. Da müssen Sie uns erklären: Um welche Bauabschnitte geht es, und warum können die nicht einzeln realisiert werden? Warum verweigern Sie sich? Das möchte ich bitte noch einmal geklärt bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP] und Hans-Jörn Arp [CDU])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. Das war nahezu eine Punktlandung. - Jetzt hat noch einmal Minister Meyer das Wort. Bitte schön.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Drei Punkte.

Erstens. Herr Arp, Sie fordern immer Taten. Ich würde ja gern etwas tun, aber da gab es zum Beispiel eine Entscheidung meines Vorgängers und seiner Staatssekretärin im August 2011 zur Linienführung, die jetzt vor Gericht krachend gescheitert ist. Deswegen kann ich nichts tun. Also sollten wir auch bei den Wahrheiten bleiben und uns nicht politisch gegenseitig vorwerfen, es würde nichts getan.

Herr Vogt, ganz kurz zur Beantwortung Ihrer Frage - ich habe das vorhin schon in meinem Redebeitrag gesagt -: Der einzige Abschnitt, der jetzt nicht direkt vom Urteil massiv betroffen ist, ist die **Elbquerung** selbst. Alle anderen Abschnitte sind von den Vorgaben, die das Urteil enthält, betroffen mit unterschiedlichen Zeithorizonten, die ich genannt habe.

Zweiter Punkt. Herr Arp, Sie fordern immer: Jetzt erklären Sie einmal, wann wir unter der Elbe durchfahren. - Da gibt es jede Menge Vorgänger, auch SPD-Vorgänger, die immer irgendetwas erklärt haben. Das fängt im Jahre 2008 an; Herr Austermann hat gesagt: 2015. Das ist ja genau die Krux. Das fördert die Politikverdrossenheit, immer etwas anzukündigen, was man anschließend nicht halten kann. Deswegen werden wir auch eine seriöse Planung bei den Zeithorizonten machen.

Und der dritte Punkt: Eine Bitte zu dem, was ich ja auch bei der A 7 immer höre. Wenn gesagt wird: „Die Unternehmer verlassen den Standort Schleswig-Holstein“, dann sage ich immer: „Bitte nennen Sie mir doch einmal Ross und Reiter; ich würde gern mit diesen Unternehmen sprechen.“

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es gibt Unternehmensverbände, die mir schreiben. Denen habe ich genau mit der gleichen Aufforderung zurückgeschrieben. Da kommt dann keine Antwort.

Also wir sollten, auch wenn es eine ernsthafte **Managementherausforderung** an der A 7 geben wird - das habe ich immer gesagt -, damit aufhören, den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein, der gut ist, schlechtzureden. Wir sollten mit den Unternehmen darüber reden, was wir für sie verbessern können. - Vielen Dank.

(Minister Reinhard Meyer)

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke schön, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, und deshalb schließe ich die Beratung.

Ich habe nicht gehört, dass irgendjemand Ausschussüberweisung beantragt hat. Deswegen kommen wir zur Abstimmung.

(Christopher Vogt [FDP]: Das kommt ja aus dem Ausschuss!)

- Ja.

Abstimmung zu a): Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1726, und Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1793. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag der Fraktion der FDP abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Piratenfraktion, von SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer möchte dem Antrag seine Zustimmung geben? - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der CDU- und der FDP-Fraktion. Wer enthält sich? - Das ist niemand. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt weiter, den Antrag Drucksache 18/1793 anzunehmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der Piratenfraktion, von SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer lehnt dies ab? - Das sind die Abgeordneten der FDP- und der CDU-Fraktion. Enthaltungen sehe ich nicht. Dann ist dies so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung zu b): Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/1809. Hierzu ist kein Antrag gestellt worden. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt. - Herr Vogt, Sie widersprechen? - Bitte.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Ich bin davon ausgegangen, weil das, glaube ich, übliche Praxis ist, dass schriftliche Berichte der Landesregierung nach der Beratung im Plenum immer noch im Ausschuss, also hier im Wirtschaftsausschuss, weiter beraten werden. Deswegen würde ich darum bitten, dass wir darüber abstimmen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das können wir selbstverständlich gern tun. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer den Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/1809, dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt kurz fragen: Mir ist zum nächsten Tagesordnungspunkt - Gesetzentwurf Sondervermögen zur Umsetzung der Breitbandstrategie und Antrag „Dächer frei für drahtlosen Internetzugang“ der PIRATEN - mitgeteilt worden, dass sämtliche Fraktionen bis auf die Piratenfraktion signalisiert haben, dass sie ihre Reden zu Protokoll geben möchten. Die Frage, die ich jetzt gern kurz stellen möchte, ist: Wir würden mit dem Bericht der Landesregierung anfangen und dann den Redebeitrag der PIRATEN anhören. Soll ich diesen Tagesordnungspunkt angesichts der Veranstaltung in der Mittagspause aufrufen oder nicht? Ich bitte Sie, mir ein Signal zu geben. Wir können diesen Punkt gern beraten.

Dann rufe ich jetzt die Tagesordnungspunkte 10 und 14 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Umsetzung der Breitbandstrategie des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1861

b) Schleswig-Holsteins Dächer frei für drahtlosen Internetzugang (WLAN)

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1747

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Beratung und erteile zunächst für die Landesregierung dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe jetzt eine Frage an das Präsidium. Wenn es möglich ist, dass ich meine Rede auch zu Protokoll gebe, dann würde ich das hiermit tun.

(Minister Reinhard Meyer)

(Vereinzelter Beifall)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich sehe nicht, was dem entgegenstehen würde.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Okay.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gut. Dann geben Sie den Bericht und Ihre Rede zu Protokoll. Vielen Dank.

Dann frage ich jetzt die Piratenfraktion, ob Sie Ihren Redebeitrag halten möchten oder ob Sie diesen auch zu Protokoll geben, wie alle anderen Fraktionen dies getan haben.

(Zurufe PIRATEN)

- Das ist völlig in Ordnung. Dann hat Herr Abgeordneter Uli König von der Fraktion der PIRATEN das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde es ein bisschen schade, dass Sie jetzt keine Debatte mehr führen wollen, sondern Ihre Reden nur zu Protokoll geben. Ich nehme das zur Kenntnis. Ich halte den Breitbandausbau in Schleswig-Holstein für ein wichtiges Thema.

(Zurufe SPD: Wir auch!)

- Ich habe gerade nicht den Eindruck.

(Zurufe: Das beraten wir im Ausschuss!)

- Wenn auch Ihnen das Thema wichtig wäre, würden Sie hier jetzt mit uns reden.

„Ich weiß, dass ich nichts weiß.“

(Beifall und Zurufe SPD: Bravo!)

Aber das ist ja kein Problem, ich kann es ja googeln, wenn ich denn ein Netz habe. Das ist in unserem Hohen Haus teilweise der Fall.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Kai Dolgner weiß das so! - Heiterkeit und Unruhe)

- Oder ich kann Kai Dolgner fragen, aber der ist nicht immer verfügbar.

Wir leben in einer **Informationsgesellschaft**. Der Großteil unseres Wissens ist heute aus dem Internet abrufbar, ob als Text, Bild, Video, Datenbank oder in Software-Form. Schaut man sich unsere Infra-

struktur an, sieht man im ersten Moment eigentlich gar kein Problem: Wir haben auf der einen Seite DSL-Anschlüsse, und wir haben vier Mobilfunk-Provider, die uns mit mobilem Internet versorgen. Aber die Realität sieht ein bisschen anders aus. Das **mobile Internet** ist in weiten Teilen von Schleswig-Holstein entweder nicht gut ausgebaut oder hoffnungslos überlastet.

Ziel unserer Initiative ist es, der Freifunk-Community Zugang zu den Dächern von landeseigenen Immobilien dort zu verschaffen, wo es möglich ist,

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

damit sie von dort aus ehrenamtlich viele Bürger in unserem Land mit **drahtlosen Internetzugängen** versorgen können.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Unruhe)

Freifunk ermöglicht es zum Beispiel Touristen in Schleswig-Holstein, sprachgestützte Stadtführungen kostenfrei abzurufen und dadurch die Kostenbarriere, die die Mobilfunkanbieter insbesondere für ausländische Touristen aufbauen, zu umgehen.

Mit unserem Antrag „Dächer frei für drahtlosen Internetzugang“ wird das Land zum Vorbild für Städte und Gemeinden, sich dieser Initiative anzuschließen.

(Beifall PIRATEN - Anhaltende Unruhe)

Stockelsdorf und Lübeck sind da als Vorbild vorangegangen.

Das größte Hemmnis für einen freien, drahtlosen Internetzugang können wir im Landtag jedoch nicht beseitigen; das ist die **Störerhaftung**. Hier müssen unschuldige Bürger befürchten, dafür verklagt zu werden, dass sie anderen ihren Internetanschluss und damit den Zugang zu den Informationen dieser Welt zur Verfügung stellen. Mit dem gleichen Argument könnte man anfangen, die Telekom dafür zu verklagen, dass sie Telefonzellen zur Verfügung stellt, mit Hilfe derer Leute möglicherweise illegale Anrufe tätigen können.

(Beifall PIRATEN)

Gehen Sie einmal durch die Stadt, und suchen Sie nach WLANs! Sie werden überall WLANs finden, wo Menschen entweder leben oder arbeiten. Viele dieser **WLANs** könnten heute schon offen sein, wenn wir die leidige Störerhaftung nicht hätten. Dann würden wir dem Ziel unseres Ministerpräsidenten näherkommen, der nach seinem Baltikum-Trip im Landtag verkündete: Wir wollen nicht nur

(Uli König)

im Café an der Holtenauer Straße, sondern auch im Bahnhof von Bönnigstedt oder in Gammellund WLAN haben und damit arbeiten können.

(Beifall PIRATEN)

Ich komme jetzt zum **kabelgebundenen Internet**. Niemand in diesem Haus wird die **Notwendigkeit eines umfassenden Breitbandausbaus** bestreiten wollen, vor allem wir PIRATEN nicht. Eine flächendeckende, umfassende Breitbandinfrastruktur stellt einen wesentlichen Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit und die Standortattraktivität des Landes dar.

(Beifall PIRATEN)

Breitbandinvestitionen haben nicht nur direkte positive Effekte auf die Volkswirtschaft, sondern entfalten auch indirekt positive Wirkung durch die Förderung von Innovationen, neuen Produkten und Dienstleistungen.

Zeitgemäße **Breitbandinfrastrukturen** können standortbedingte Nachteile ausgleichen, flankieren die Attraktivität zur Ansiedlung neuer Betriebe und zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Ob Sie ein Haus oder eine Gewerbefläche anbieten - ohne Breitband siedelt sich dort niemand freiwillig an. Für die heute unverzichtbare Breitbandinfrastruktur muss die Landesregierung konsequent einen Teil der Haushaltsmittel reservieren. Der Breitbandausbau ist ein großes Projekt, das man nicht von heute auf morgen realisieren kann. Wenn die Mittel heute nicht abgerufen werden, ist es eine gute Idee, diese nicht einfach in die Schuldentilgung zu stecken, liebe Koalition, aber nicht mit Sondervermögen.

(Beifall PIRATEN)

Sondervermögen umgehen die **Schuldenbremse**. Sie nehmen jetzt Kredite für Gelder auf, die wir noch nicht brauchen. Dafür zahlen wir doppelt: Einmal durch die Zinsen, um die Kredite aufzunehmen, und dann noch durch die **Verwaltungskosten für das Sondervermögen** bei der Investitionsbank, die dann für den Breitbandausbau nicht zur Verfügung stehen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Um dem Land das Geld zu sparen und die Schuldenbremse nicht auszuhöhlen, schlage ich daher vor: Nehmen Sie den nicht abgerufenen Betrag vom Breitbandausbau, und stellen Sie ihn ordentlich in den kommenden Landeshaushalt 2015 ein, zusätzlich zu den Mitteln, die Sie ohnehin schon veranschlagen wollen. Das wäre der saubere Weg.

(Beifall PIRATEN)

Sonst müssen Sie sich weiter von mir vorwerfen lassen, dass Sie Kernaufgaben des Landes unter Ihrer Regierung nur noch mit Sondervermögen und überraschenden Mehreinnahmen finanzieren. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und eine schöne Mittagspause.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vor der Mittagspause haben wir noch eine Abstimmung. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/1861 und den Antrag Drucksache 18/1747 federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich wünsche Ihnen allen nun eine schöne Mittagspause. Die Sitzung ist bis 15 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:16 bis 15:04 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Wie wir heute Mittag erfahren haben, ist am Samstag unser ehemaliger Kollege, der langjährige Landtagsabgeordnete Gert Börnsen, verstorben.

Gert Börnsen, der 71 Jahre alt wurde, gehörte dem Schleswig-Holsteinischen Landtag sechs Wahlperioden - von 1975 bis 1996 - als Mitglied der SPD-Fraktion an. Deren Vorsitz hatte er in der 12. und 13. Wahlperiode inne.

1943 in Wilster im Kreis Steinburg geboren studierte Gert Börnsen nach seinem Abitur in Bremen von 1964 bis 1969 - und damit in bewegten Zeiten - Politische Wissenschaften, Geschichte und Publizistik an der Freien Universität Berlin.

Zeitgleich begann er auch, sich politisch in der SPD zu engagieren. 1964 wurde er deren Mitglied, 1968/69 Bundesvorsitzender des Sozialdemokratischen Hochschulbundes und 1972/73 stellvertretender Vorsitzender der Jungsozialisten in der SPD.

Nach dem Studienabschluss als Diplom-Politologe kehrte Gert Börnsen nach Schleswig-Holstein zurück und arbeitete bis 1973 als wissenschaftlicher Referent in der Landtagsfraktion. 1975 zog er das erste Mal - zunächst über die Landesliste - als Ab-

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

geordneter in den Schleswig-Holsteinischen Landtag ein, und im gleichen Jahr wurde er auch Mitglied des SPD-Landesvorstandes.

Im Landtag brachte sich Gert Börnsen im Sozialausschuss und ganz besonders in der Innen- und Rechtspolitik ein. Er gehörte in der 11. Wahlperiode dem Untersuchungsausschuss Barschel/Pfeiffer an. In der 12. Wahlperiode war er Vorsitzender des Sonderausschusses „Verfassungs- und Parlamentsreform“ und in der 12. und 13. Wahlperiode Vorsitzender des Parlamentarischen Einigungsausschusses.

Ebenfalls erwähnen möchte ich, dass sich Gert Börnsen von 1990 an bis zum Ende der 12. Wahlperiode auch im länderübergreifenden Gremium für Fragen der Deutschen Einheit engagierte. Es ist daher nicht übertrieben, ihn an dieser Stelle nicht nur für seine Verdienste um unser Land Schleswig-Holstein zu würdigen, sondern auch für seine Leistungen beim Aufbau demokratischer Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern.

Gert Börnsen hatte zwar nie ein Regierungsamt inne, und doch hat er unser Land Schleswig-Holstein über viele Jahre so maßgeblich geprägt, dass er in einigen Medien zum mächtigsten Mann Schleswig-Holsteins ausgerufen wurde.

Er war ein Vollblutpolitiker und beherzter Demokrat, der sich mit klaren Worten in die politische Auseinandersetzung einbrachte, ein gestandener Parlamentarier, der der Landespolitik ein scharf geschnittenes Profil verleihen konnte. Wenn Gert Börnsen das Wort ergriff, konnte man sicher sein, dass er Gefühle auslöste und die Dinge auf den Punkt brachte.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Parlament und dem Wechsel in die Wirtschaft blieb Gert Börnsen auch weiterhin der Landespolitik verbunden. Als geschäftsführendes Vorstandsmitglied prägte er auch die Arbeit der Parlamentarischen Gesellschaft Schleswig-Holstein. Damit hat er einen wichtigen Beitrag zur Vertrauensbildung über die Fraktionsgrenzen hinweg geleistet.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag gedenkt seines früheren Abgeordneten Gert Börnsen in Dankbarkeit. Unsere Anteilnahme gilt seinen Angehörigen. Ich bitte Sie nun, einen Moment im Gedenken an unseren verstorbenen Kollegen innezuhalten.

Sie haben sich zu Ehren Gert Börnsens von Ihren Plätzen erhoben; ich danke Ihnen.

Ich eröffne sie Sitzung. Bitte begrüßen Sie zunächst mit mir Angehörige der Seniorenunion Leck und

Karrharde. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1870

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1899

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Sandra Redmann.

Sandra Redmann [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Konferenz, wie es sie bis dahin noch nicht gegeben hatte: Rio 1992. Ehrgeizige Ziele wurden unter anderem mit der Agenda 21 und dem Biodiversitätsabkommen beschlossen. Man war sich einig, dass der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Einhalt geboten werden müsse, und dies in absehbarer Zeit. Es herrschte Aufbruchstimmung.

Seitdem gab es viele Konferenzen, Treffen, Gipfel, wie man es auch nennen mag. Die Ergebnisse sind alle bisher eher ernüchternd. Statt Verbindlichkeiten gab es Geschachere um Prozente und Jahreszahlen, obwohl wir doch alle wissen, dass dringend etwas getan werden muss. Die Zeit läuft uns davon. Die Aufgaben, die Herausforderungen werden nicht weniger, sondern mit dem **Klimawandel** und der zunehmenden wirtschaftlichen Nutzung von Flächen mehr und immer drängender. Das wissen wir alle hier.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Flemming Meyer [SSW])

Mein lieber Kollege Kai Dolgner sagt immer: Wenn man weiß, dass es ein Problem gibt, dann hilft es nicht, die Augen davor zu verschließen und darauf zu hoffen, dass es weg ist, wenn man die Augen wieder aufmacht. - Recht hat er, und das wundert wahrscheinlich keinen hier im Hause.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wir hatten in Schleswig-Holstein lange Zeit ein vorbildliches **Landesnaturschutzgesetz**. Es hatte

(Sandra Redmann)

Beispielcharakter für viele andere Länder. Einer, der dazu im Wesentlichen beigetragen hat, ist heute Gast im Landtag. Dies war Professor Berndt Heydemann.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bedeutende Punkte waren unter anderem die Festschreibung des Biotopverbundsystems, des flächenhaften Naturschutzes und der Vorrangflächen für den Naturschutz - Punkte, die Sie auch in unserem Antrag finden.

Dieses Gesetz ist aber in den letzten Jahren Stück für Stück verwässert worden und verdient seinen Namen kaum noch. Dies wollen und müssen wir ändern, wenn wir als Land den zunehmenden Anforderungen an den Naturschutz gerecht werden wollen. Die Regierungskoalition hat dies bereits zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt, und Umweltminister Habeck hat das vor ein paar Wochen öffentlich bekräftigt. Mit unserem Antrag benennen wir die aus unserer Sicht notwendigen Eckpunkte, die einer Novellierung zugrunde liegen sollen, nicht mehr und nicht weniger.

Im Gesetzgebungsverfahren werden diese und weitere Punkte ausführlich öffentlich diskutiert, sowohl im Ausschuss als auch in der Anhörung. Der Schutz der Natur um ihrer selbst willen muss oberstes Prinzip sein. Daher ist eine von uns gewünschte Zielbestimmung zu Beginn des Gesetzes konsequent und richtig.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Der Erhalt der **Biodiversität** muss sich im Gesetz wie ein roter Faden wiederfinden, es muss ein Schwerpunkt der Naturschutzpolitik sein.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, bevor Sie aufschreien, ja, auch ein Vorkaufsrecht soll wieder eingeführt werden, und zwar - ich bitte zuzuhören - für naturschutzfachlich besonders wertvolle Flächen. Dies ist unter anderem zur Schaffung von Biotopverbundsystemen unerlässlich, deutschlandweit auch eher unumstritten. Arten- und strukturreiches Dauergrünland bedarf eines besonderen Schutzes.

Mit der von uns auf den Weg gebrachten **Biotopkartierung** haben wir einen großen Schritt getan. Mit der Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes, eines der wichtigsten Umweltgesetze, machen wir uns auf den Weg, wieder ein modernes und vorbildliches Gesetz zu schaffen

(Zurufe CDU: Oh!)

und damit als Land Schleswig-Holstein unseren Beitrag zum Erhalt unserer Lebensgrundlage zu leisten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Kurz vor Sitzungsbeginn hat uns ein Änderungsantrag der PIRATEN erreicht. Wir haben das prüfen lassen und hatten sehr viel Sympathie für diesen Antrag. Es ist aber so, dass er im Bundesnaturschutzgesetz abweichungsfest geregelt ist. Das heißt, wir können ihn bei uns im Landesnaturschutzgesetz nicht regeln. Wir können aber gern im Rahmen des Verfahrens überlegen, wie wir diesen Punkt an anderer Stelle einbauen können.

Ich bitte Sie alle ganz herzlich um Zustimmung. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Heiner Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kollegin Redmann, ich bin schon etwas erstaunt. Sie sind jetzt seit zwei Jahren in der Regierungsverantwortung. Die Frage geht nicht nur an Sie, die SPD, sondern auch an Ihre Koalitionspartner: Warum jetzt dieser Antrag? Aus meiner Erfahrung der letzten Legislaturperiode weiß ich, dass das Parlament, also die Legislative, auch durchaus gefordert ist, einen Gesetzentwurf zu entwickeln.

(Zuruf: Oh, Heiner Rickers!)

Es freut mich, dass Sie sich zu Wort melden, und es wäre schön, wenn Sie für die erste Lesung und die Ausschussberatung vielleicht schon einmal ein erstes Gerüst vorlegen würden und nicht nur mit einem Antrag versuchen, dem grünen Minister Feuer unter dem Hintern zu machen, damit er, wenn Sie langsam Panik bekommen, sich auf den Weg macht, ein solches Gesetz zu novellieren.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Nur Unterstützung und Ansporn, sonst nichts! - Zuruf)

- Ich hätte kein Problem damit, wenn es novelliert würde und wir dementsprechend mitreden könnten.

Ich frage mich, warum Sie zwei Jahre nach der Regierungsübernahme den Minister fordern. Ihre Auf-

(Heiner Rickers)

gabe wäre doch, selbst tätig zu werden, hier einen Entwurf vorzulegen und zur Diskussion zu stellen.

In Bezug auf diese Frage kann man nur spekulieren. Wir haben es auch so gemacht. Zu unserer Regierungszeit 2010 haben wir das Bundesnaturschutzgesetz zur Hand genommen und versucht, alles, was nicht fest, also abweichungsmöglich ist, Paragraf für Paragraf durchzuarbeiten und politisch so zu argumentieren und zu verabschieden, dass es hier eine Mehrheit findet.

Ich möchte gern zu meinen Spekulationen zurückkommen, warum nach zwei Jahren gehandelt wird. Ich frage mich, ob der Umweltminister nicht erfolgreich genug gewesen ist.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Schauen Sie sich den verabschiedeten Entwurf zum Schutz des Grünlandes, also das Grünlanderhaltungsgesetz, an. Da ist genau das schiefgelaufen, was Sie heute inhaltlich in Ihrem Antrag wieder fordern: reich strukturiertes, artenreiches **Dauergrünland** unter Schutz zu stellen.

Biotopschutz - die Diskussion haben wir gehabt, das wäre, eine Unmöglichkeit für alle Bereiche, die in irgendeiner Form in den Marschen über Jahrhunderte und Generationen, Herr Voß, ihr Grünland so gepflegt haben, wie es heute ist, nämlich artenreich und reich strukturiert. Sie wollen es unter Schutz stellen, das würde gar nicht gehen.

Eine weitere Spekulation, die sich bewahrheiten könnte, wäre, Sie sind mit dem, was im Moment vorliegt, relativ zufrieden. Sie haben zwei Jahre Zeit gehabt. Warum sind Sie nicht in irgendeiner Form tätig geworden? Es gibt ja ein Bundesnaturschutzgesetz. Frau Redmann, da spreche ich Sie direkt an. Das Bundesnaturschutzgesetz wird ja wahrscheinlich während der Legislaturperiode der Großen Koalition auf Bundesebene novelliert werden. Obwohl Ihre eigene Partei in Berlin wahrscheinlich die jetzt gesetzten Rahmengesetzgebungen überarbeiten wird, kommen Sie hier mit einem Antrag. Dementsprechend sollten Sie das abwarten.

Es kann natürlich auch sein, dass das jetzige **Landesnaturschutzgesetz** dem grünen Umweltminister im Moment dermaßen gut gefällt, dass er bisher, in den letzten zwei Jahren, keine Änderungsnotwendigkeit gesehen hat.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Doch das wäre Spekulation. Das ist immer noch meine stille Hoffnung.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Mein Auftrag: Sie müssen politisch aktiv werden. Jetzt komme ich zum Inhalt. Ihr Antrag - und deswegen lehnen wir ihn natürlich ab - fordert nach wie vor mehr Staat, keine Eigenverantwortung. Er schießt wie immer gegen die Leute, die Eigentum haben und die Flächen in irgendeiner Form nutzen und schützen, also **Land- und Forstwirtschaft**.

Sie fordern mindestens 15 % ökologische Vorrangflächen im Land. Im Moment liegen wir bei 12,3 %. Wir streiten uns um den Berechnungsfaktor. Wir sagen, es sind wahrscheinlich mehr. Insofern begrüßen wir, wenn es wissenschaftlich gemacht wird, auch ein Biotopkataster.

Sie - und jetzt kommen wir zum Knackpunkt - wollen natürlich auch wieder ein **Vorkaufsrecht**, wohl wissend, dass es innerhalb der Großen Koalition hier im Land 2005 aufgehoben wurde. Das war berechtigt und mit Zustimmung der SPD, weil es im Ergebnis nichts gebracht hat.

(Beifall CDU und FDP - Oliver Kumbartzky [FDP]: Hört, hört!)

Vorkaufsrecht bedeutet, dass Sie nur dann kaufen können, wenn auch jemand verkaufen möchte. Es ist keine Enteignung. Es würde nur noch fehlen, dass Sie auch im Sinne Ihres Naturschutzes enteignen wollten.

(Zuruf SPD)

Dann kommen Sie - und ich habe es schon erwähnt - zum Grünlandbiotop. Das haben wir rauf und runter diskutiert. Sie haben es zum Glück innerhalb der gesetzten Fristen verschlafen, das Gesetz so zu novellieren, dass die Marschen komplett unter Schutz gestellt werden. Jetzt versuchen Sie das Gleiche durch die Hintertür mit einem neuen Landesnaturschutzgesetz. Sie wissen, wie abhängig die Marschbauern von ihrem Dauergrünland sind, und Sie wissen, dass sie es eigenverantwortlich im Eigentum gepflegt haben. Auch das würde nicht gehen.

In Bezug auf die GVO - darüber haben wir oft genug gesprochen - sind wir uns einig. Alles, was im Moment rechtlich machbar ist, weil der Bürger es nicht will, haben wir bisher unterstützt. Das werden wir auch zukünftig tun.

Ich kann nur noch einmal an Sie appellieren: Werden Sie selbst tätig! Lassen Sie uns mitberaten. Wir würden auch für eine Ausschussüberweisung stimmen. Wir würden uns aber, wenn der Antrag so bliebe, dagegen entscheiden. Stimmen Sie nicht immer nur gegen die Land- und Forstwirtschaft! Sie wissen genau, dass die viel Gutes zum Wohle der Natur getan haben. - Herzlichen Dank.

(Heiner Rickers)

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Frau Abgeordnete Marlies Fritzen das Wort.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Rickers, nur um hier der Legendenbildung keinen Vorschub zu leisten, möchte ich einmal darauf hinweisen, dass die letzte Landesnaturschutzgesetznovelle der schwarz-gelben Koalition vom Umweltministerium vorbereitet und dann in zwei Monaten hier im Parlament durchgezogen wurde. Ich finde es daher etwas merkwürdig, wenn Sie sich mit dieser Aussage so hier hinstellen.

(Zurufe CDU)

- Ja, Sie haben den Gesetzentwurf eingebracht, aber er ist im MELUR damals geschrieben worden. Das wissen alle, die damals dabei gewesen sind. Ich wäre deshalb ein bisschen vorsichtiger mit dieser merkwürdigen Auffassung.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Herr Garg weiß es vielleicht nicht, vielleicht hat er diese Kabinettsitzung verschlafen. Ich wäre etwas vorsichtiger mit diesem allgemeinen Zampano, den Sie hier vorhin gemacht haben.

(Zurufe CDU und FDP)

Wir bringen heute einen Entschließungsantrag ein, weil wir sagen, es ist nicht möglich, ein umfangreiches Gesetz einzubringen. Aber wir hören mit der politischen Arbeit als Parlament keineswegs auf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Meine Damen und Herren, „wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“, dieses Gründungsmotto der Grünen gilt noch immer und macht für mich deutlich, dass wir in Verantwortung vor der nachfolgenden Generation mit unseren Ressourcen vorsichtig umgehen müssen. Das schließt den Umgang mit Natur, den Schutz von Arten und Lebensräumen und die Erhaltung der biologischen Vielfalt mit ein. Der Schutz von Tier- und Pflanzenarten, der Schutz der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft ist kein Luxus, den man sich nach Guts-herrenart leistet oder vernachlässigen kann, wenn er wirtschaftlichen Interessen zuwiderläuft. Nein, mei-

ne Damen und Herren, **Naturschutz** ist auch für uns Menschen existenziell.

Oder um es mit Richard von Weizsäcker zu sagen - Sie kennen sicher alle diesen wunderbaren Satz -:

„Nur wenn wir die Natur um ihrer selbst willen schützen, wird sie uns Menschen erlauben zu überleben.“

Meine Damen und Herren, das aktuelle Landesnaturschutzgesetz verdient seinen Namen nicht. Es ist - das habe ich schon damals in der Debatte gesagt - ein „Naturschutzverhinderungsgesetz“, das zuvorderst den besonderen Wert des privaten Eigentums betont und die Schutzstandards drastisch abgesenkt hat. Deshalb wollen wir mit der Novelle des Naturschutzgesetzes der Natur wieder mehr Rechte geben.

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Es gibt in diesem Land viel freiwilliges Engagement in Vereinen und Verbänden oder von Einzelnen im Naturschutz, das aus Liebe zur Natur kommt. Und dieses Engagement kann nicht verordnet werden. Dieses Engagement ist wertvoll und kann nicht hoch genug geschätzt werden.

Genauso wertvoll ist es - jetzt hören Sie zu, Herr Kollege Rickers -, dass viele Flächennutzer in Verantwortung für Natur und Landschaft freiwillig etwas für den Schutz bedrohter Arten unternehmen, sei es, dass sie Blühstreifen anlegen, sei es, dass sie beim Mähzeitpunkt der Wiesen Rücksicht auf brütende Wiesenvögel nehmen oder bei der Getreideaussaat Lücken lassen, damit Feldlerchen Platz finden. Gut und richtig ist auch, dass diese Maßnahmen teilweise finanziell entgolten werden.

Am bewährten Instrument des freiwilligen **Vertragsnaturschutzes** wollen wir deshalb auch festhalten und dieses im Rahmen der Möglichkeiten weiter stärken. Aber ausschließlich auf Freiwilligkeit zu setzen, führt uns nicht ans Ziel. Dann gibt es den Schutz nur da, wo er gerade passt und niemandem wehtut, oder nur dort, wo jemand dafür bezahlt, aber nicht da, wo er zwingend erforderlich ist.

Dies zeigt sehr drastisch die Entwicklung hier im Land. Das wurde auch noch einmal durch den „Bericht zur Lage der Natur“ bestätigt, den das Bundesumweltministerium kürzlich vorgestellt hat. Hier zeigt sich klar: Trotz vieler Erfolge beim **Schutz** von manchen **Arten** ist und bleibt die Gesamtbilanz negativ. Der Verlust an biologischer Vielfalt ist nahezu ungebremst. Auch in Schleswig-

(Marlies Fritzen)

Holstein sind viele FFH-Lebensräume in einem schlechten Zustand, besonders groß ist der Handlungsbedarf in landwirtschaftlich genutzten Lebensräumen.

Dort, wo Uferschnepfe, Kiebitz und Feldlerche als Allerweltsarten unserer Kindheit in Erinnerung sind, titeln die „Husumer Nachrichten“ am 31. März 2014: „Wiesenvögel weiter im Sinkflug“. Auf Eiderstedt wurden im Jahr 2001 noch 348 Uferschnepfen gezählt, im letzten Jahr waren es nur noch 180. Das ist ein Rückgang um fast 50 %. Beim Kiebitz beträgt der Rückgang fast 40 %, beim Austernfischer 29 %. Die bedrohliche Situation der Trauerseeschwalbe muss ich hier nicht betonen.

Der Rückgang ist dramatisch. Obwohl dies seit Jahren bekannt ist und wir mit dem Rückgang des Grünlandes auch den Grund dafür kennen, fehlt es an konsequentem Handeln. Herr Rickers, hier ist überhaupt nie davon die Rede gewesen, dass wir die ganze Marsch unter Schutz stellen wollen. Sie waren im Ausschuss dabei. Es ging darum, dieses besonders wertvolle **Grünland**, von dem wir nicht genau wussten, wie viel es war - deshalb haben wir es zurückgestellt, weil wir es vernünftig machen wollen -, jetzt zu kartieren. Wir reden von etwa 3.000 bis 5.000 ha Grünland im Land, bei einer Gesamtfläche von ungefähr 300.000 ha Grünland. Von mehr reden wir nicht. Das soll dann auch den besonderen Schutz verdienen, den es braucht.

Wenn unsere Kinder die Vögel, die ich gerade genannt habe, noch erleben wollen, müssen wir jetzt umsteuern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Wir brauchen ein **Naturschutzgesetz**, das seinen Namen verdient, und wir brauchen ein Naturschutzgesetz, das mit einem nachhaltigen Schutz Ernst macht. Die Naturgüter und die **biologische Vielfalt** sind ein unschätzbar wertvolles Kapital, das wir nicht aus kurzfristigen oder privatwirtschaftlichen Interessen heraus verbrauchen dürfen. Meine Damen und Herren, das ist nämlich ein Luxus, den wir uns nicht leisten können. - Ich danke Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde den Vorgang schon bemerkenswert, den Antrag, mit dem die Regierung aufgefordert wird. Ich hatte einen ähnlichen Einstieg wie der Kollege Rickers gewählt. Ich lasse ihn zunächst einmal weg. Wir können uns schlicht darauf einigen, dass Sie der Regierung offensichtlich so sehr misstrauen, dass Sie der Regierung Leitplanken mitgeben müssen.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, das Ende vom Lied kennen wir bereits. Ich weiß genau, wie es laufen wird. Der Umweltminister wird sich nachher vor die Verbände, vor die Öffentlichkeit stellen und erklären, dass er von den Fraktionen gezwungen worden sei, so eine scharfe Novelle vorzulegen. Das kennen wir bereits vom Knickerlass aus dem Jahr 2012. Da war es genauso:

(Beifall FDP - Widerspruch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe damit nichts zu tun, die Fraktionen wollten das!

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn das Richtige dabei herauskommt, ist doch alles gut! - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich verstehe Ihr Parlamentsverständnis nicht! - Weitere Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich verstehe Ihres auch nicht, Frau von Kalben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort. Bitte setzen Sie Ihre Rede fort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ich möchte jetzt gern auf den wunderschönen Antrag eingehen. Zunächst einmal möchte ich festhalten, dass ich es für absolut populistisch halte, für Schleswig-Holstein ein Bild zu malen, wie Sie es im ersten Absatz gemalt haben.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Sie sprechen von „Artensterben“ und dem „Verlust von Lebensräumen und Ökosystemen“ durch „die Umweltverschmutzung und die Zersiedelung der Landschaft“. Allein dieser Duktus in dem Antrag klingt so, als wenn Sie dabei nicht an Schleswig-Holstein, sondern an irgendeinen schlechten Kinofilm gedacht haben. Ganz ehrlich.

(Oliver Kumbartzky)

(Vereinzelter Beifall FDP - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie stellen unser Land - Frau Fritzen, auch in Ihrer Rede eben - völlig verfremdet, völlig überzogen dar. Sie tun in Ihrem Antrag wirklich so, als würde die Bevölkerung auf dem Land rücksichtslos und gewissenlos mit der Natur umgehen. Und Sie tun so, als hätten wir kein **Naturschutzgesetz**; Sie tun so, als gebe es keine Naturschutzgebiete, als gebe es keine Nullnutzungszonen. Sie handeln und reden wirklich so, als wüssten Sie alles besser, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Frau Fritzen, Sie nehme ich von dem letzten Satz aus, denn Sie wissen wirklich alles besser.

Meine Damen und Herren, Ihre Anforderungen an das neue Gesetz verfolgen doch nur ein Ziel: Sie wollen mit der Ordnungskeule den Menschen Naturschutz diktieren.

(Peter Sönnichsen [CDU]: So ist das!)

Die Menschen sollen nicht von sich aus ein Interesse an **Artenschutz** oder der **Biodiversität** entwickeln, nein, sie sollen es vorgeschrieben bekommen. Von den Grünen hatte ich auch nichts anderes erwartet - das ist klar -, aber gerade bei SPD und SSW überrascht es mich doch sehr, dass Sie nach dem Filtererlass, nach dem Knickerlass und nach dem Dauergrünlanderhaltungsgesetz nun auch beim Landesnaturschutzgesetz bedingungslos auf die Linie der Grünen einschwenken.

(Lachen Sandra Redmann [SPD])

- Frau Redmann, ja, das ist wirklich erschütternd, und das ist ein umweltpolitischer Offenbarungseid, den Sie hier mit diesem Antrag leisten.

(Beifall FDP - Lachen SPD)

- Es freut mich, dass Ihnen das gefällt.

Meine Damen und Herren, auf 15 % der Fläche in Schleswig-Holstein soll in Zukunft der Natur Vorrang eingeräumt werden. Man stellt sich die Frage, wie so eine Zahl erreicht werden soll, wenn der Minister noch vor wenigen Wochen hier im Plenum sagt, dass es immer schwieriger werde, Flächen beispielsweise für die Neuwaldbildung zu generieren. An diese Debatte werden Sie sich sicherlich erinnern.

Aber die Antwort auf die Frage liefert die Koalition im nächsten Punkt des Antrags: Das **Vorkaufsrecht** soll wieder eingeführt werden.

(Sandra Redmann [SPD]: Das ist im Bundesnaturschutzgesetz auch so!)

Der ohnehin schon immense Flächendruck wird damit noch einmal deutlich verstärkt. Und Sie nehmen der **Landwirtschaft** mit dem Vorkaufsrecht Produktionsflächen und damit auch Eigentum und Freiheit.

Damit aber nicht genug: Während Sie die Landwirtschaft bei der Verabschiedung des Dauergrünlanderhaltungsgesetzes in dem Glauben gelassen haben, sie hätte einen Erfolg errungen, weil die Aufnahme des Grünlands in die Biotopverordnung verhindert werden konnte, wird dieser kleine Erfolg direkt wieder abgeräumt. Allein der Wertverlust der Fläche, wenn sie in den Biotopschutz aufgenommen wird, dürfte wirklich beachtlich sein.

Als wenn diese eben skizzierten Hiobsbotschaften für die Landwirtschaft nicht schon schlimm genug wären, droht die Koalition ihr auch noch indirekt.

(Vereinzelter Beifall FDP)

- Die Kollegen haben schon geklatscht, weil sie wissen, was jetzt kommt.

Sie tun das, weil Sie, wie Sie in Ihrem Antrag klarstellen, sagen, dass freiwillige Leistungen nicht immer rechtliche Vorgaben ersetzen können. Liest man in diesem Zusammenhang die Forderungen des BUND in der Berichterstattung von Montag, weiß man, in welche Richtung das gehen könnte. Dem BUND gingen die Eckpunkte noch nicht weit genug. Man fordert die Abschaffung des erfolgreichen **Vertragsnaturschutzes**. Das wäre für unser Land wirklich fatal.

(Zuruf SPD: Das hat keiner gesagt!)

- Wir werden sehen, welche großartigen Ideen im weiteren Gesetzgebungsverfahren gerade von Ihnen, Frau Fritzen, kommen werden.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke Präsident)

Wir werden den Antrag und die darin enthaltenen völlig überzogenen Forderungen ablehnen. Das überrascht Sie sicherlich. Wir halten das derzeitige Landesnaturschutzgesetz für zielführend und richtig.

Abschließend möchte ich noch folgenden Satz sagen: Der Schutz unserer Umwelt, die Verminderung des Landschaftsverbrauchs und die Verminderung von Schadstoffeinträgen in die Luft, den Boden und das Wasser sind zweifelsohne Vorsorgemaßnahmen, um uns und unseren Kindern eine le-

(**Oliver Kumbartzky**)

benswerte Umwelt zu erhalten. Aber - auch das ist wichtig - **Umweltschutz** geht nur mit den **Menschen**, nicht gegen sie.

(Beifall FDP und CDU)

Wichtig ist auch, die privaten Eigentümer mit ins Boot zu holen. Sie sind es doch, die nachher vor Ort den Schutz aktiv umsetzen. Diesen Menschen durch Anträge wie dem vorliegenden pauschal Unwissenheit und Unfähigkeit vorzuwerfen, wird weder Ihrer angeblichen Dialogkultur gerecht noch dem Naturschutz.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie zum Schluss.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Vielleicht sollten wir den Antrag in den Ausschuss überweisen, um ihn zu ändern. Wir lehnen ihn in der jetzigen Form ab. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gleich einleitend, um es klarzustellen: Für uns PIRATEN ist die Frage des Naturschutzes kein Beispiel für einen rhetorischen Schlagabtausch. Es geht um die Natur, die wir erhalten und fördern wollen und müssen. Ich habe eigentlich gehofft, dass zumindest ein Artikel, aus dem ich zitieren möchte, eine gewisse Debatte vorgibt. Es sind folgende Fragen gestellt worden: Warum schützen wir die Natur? Warum gibt es Gesetze dafür? Warum müssen wir sie ab und zu anpassen? Worin besteht der Wert der Natur? Ich denke, dass Teile in der Rede des Ministers auftauchen. Das stammt nämlich aus einem Gastbeitrag im „sh:z“ am Sonntag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge verbrauchen der Straßen- und der Siedlungsbau in Deutschland rund 100 Fußballfelder pro Tag. Das heißt, auf Schleswig-Holstein umgelegt werden täglich vier Bolzplätze beseitigt. Dass man eine solche Politik nicht auf Ewigkeiten weitermachen kann, ist eigentlich vollkommen klar, denn irgendwann gibt es keine mehr.

Deutlich wird daran, dass die Frage der Raumnutzung immer wichtiger wird. Deshalb finde ich es wichtig, dass der vorliegende Antrag die **Flächennutzung** zu einem zentralen Thema des Naturschutzes macht. Auch der Konflikt zwischen **Landwirtschaft** und **Naturschutz**, über den wir hier immer wieder diskutieren, dreht sich ganz häufig um die Frage, wie viel Raum wir welcher Nutzung überhaupt zuweisen wollen.

Auch die Klage der Landwirte, dass die Bodenpreise ständig steigen, ist Ausdruck des Wettstreits um die Ressource Land beziehungsweise um die Ressource Lebensraum. Ich kann die Klage gut verstehen. Was ich allerdings nicht gut finde, ist, daraus den Schluss zu ziehen, der Naturschutz sei nichts weiter als ein Flächenkonkurrent. Ebenso wenig gefällt mir der immer wieder vorgetragene Vorwurf, die Umweltpolitiker wollten die Landwirte enteignen. Das scheint so eine ureigene Spannungsdebatte zu sein, die mit der Realität überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Landwirte sind gemeinsam mit den Forstwirten diejenigen Unternehmer, die mit und auf dem Land arbeiten. Sie haben großen Einfluss, aber auch Interesse, auf das Gesicht unserer Landschaft und unsere Umwelt Einfluss zu nehmen und sie zu gestalten. Genau deshalb haben sie eine besondere Verantwortung, wenn es um den Erhalt der **Artenvielfalt** geht. Ebenso richtig ist aber auch, dass wir, wenn wir uns als Gesellschaft entschließen, die Artenvielfalt zu erhalten - ich habe keinen gehört, der dagegen ist -, den Landwirten die Aufgaben nicht einfach per Dekret oder Diktat überstülpen können und uns selber quasi einen schlanken Fuß machen, sondern wir das im Dialog gemeinsam für unser Land tun müssen.

(Beifall PIRATEN)

Ich möchte noch auf unseren Änderungsantrag eingehen. Er hat einen besonderen aktuellen Anlass. Es geht um die vor wenigen Tagen veröffentlichte Rote Liste der **Meeresorganismen**, herausgegeben vom Bundesamt für Naturschutz.

(Zuruf)

- Ich weiß. - Sie kann uns aber nicht egal sein, auch wenn wir selber es hier nicht regeln können. Ich will die Ergebnisse hier kurz zusammenfassen. Nur 31 % der 1.700 unterschiedlichen Arten in Ost- und Nordsee sind nachweislich ungefährdet - nur 31 % sind ungefährdet! Das heißt, dass wir den Rest drin-

(Angelika Beer)

gend schützen müssen. Wenn wir es als Land nicht machen können, müssen wir entsprechend auf Bundesebene agieren.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SPD)

Dem Präsidenten des BfN zufolge ist die Hauptursache für den Rückgang die nach wie vor viel zu intensive Fischerei mit Grundschleppnetzen - wir kennen das Thema; es ist noch nicht endgültig geregelt -, die selbst in den Meeresschutzgebieten weitgehend unreguliert stattfindet und die am Meeresgrund vorkommenden Organismen wie Schwämme und Muscheln beeinträchtigt.

Wir verstehen dies als ganzheitliche Herausforderung und wünschen uns, dass wir im Ausschuss in der Sache darüber diskutieren können. Auch die Vielfalt der Meere ist eines unserer zentralen Anliegen.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass wir das nicht ausreichend geprüft haben. Anfängerfehler! Das tut mir leid. Ich würde mich aber freuen, wenn die Fragen berücksichtigt würden. Das Meer gehört wie die Natur zu Schleswig-Holstein dazu. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die Kritik an dem parlamentarischen Verfahren zur letzten Änderung und letztendlich auch am Ergebnis des Landesnaturschutzgesetzes in der letzten Legislaturperiode war niederschmetternd, sodass man unter dem Strich feststellen musste, dass das Naturschutzgesetz seinen Namen kaum verdiente. Diesen Fehler werden wir beheben. Wir wollen wieder ein **Naturschutzgesetz** bekommen, das seinen Namen verdient.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Landesnaturschutzgesetz werden wir wieder eigene Ziele formulieren, die der **Nachhaltigkeit** und der **biologischen Vielfalt** gerecht werden. Wir wollen die Existenzgrundlage für unser Leben stärker sichern und weiterentwickeln. Ein modernes Naturschutzgesetz muss die Vielfaltigkeit in all seinen Facetten sichern und die Lebensräume schützen. Hierzu zählt auch der **Küstenschutz**, der die Vor-

aussetzung schafft, dass sich Natur binnendeichs überhaupt entwickeln kann.

(Beifall SSW)

Natürlich sind die Küstenschutzbauwerke - sprich Deiche und Warften - über Jahrhunderte zu prägenden historischen Landschaftsbestandteilen geworden, was sie zu einem Element der vielfältigen Kulturlandschaft macht.

(Beifall SSW)

Die im Antrag aufgeführten Punkte sind die Pflöcke für ein modernes Naturschutzgesetz für das Land. Wir geben eine Antwort auf die Vermaischung der Flächen oder den Flächenverbrauch, indem wir festlegen und sicherstellen, dass der Natur künftig auf 15 % der Landesfläche Vorrang einzuräumen ist. Damit sich dieses Ziel in die Tat umsetzen lässt, soll wieder ein **Vorkaufsrecht** für naturschutzfachlich besonders wertvolle Flächen eingeführt werden. So wird ein Schuh draus.

Weiter ist für uns wichtig, dass Naturschutz nicht am grünen Tisch entschieden wird. Das Instrument des **Vertragsnaturschutzes** bleibt weiter bestehen.

(Beifall SSW)

Damit erhalten wir die Möglichkeit - insbesondere für Landwirte -, im Rahmen von freiwilligen Vereinbarungen bestimmte Lebensräume und Naturgüter besser zu schützen. Der SSW hat dieses Instrument des Naturschutzes immer begrüßt. Denn es gibt den Landwirten die Möglichkeit an die Hand, bestimmte Lebensräume auf ihrem Land zu erhalten oder zu schaffen und Einkommen zu sichern. Angesichts der vielen unterschiedlichen Anforderungen an den **Naturschutz** auf der einen Seite und der **Landwirtschaft** auf der anderen Seite wollen wir diesen partnerschaftlichen Weg weitergehen.

Das arten- und strukturreiche **Dauergrünland** soll künftig einen besonderen Stellenwert im Landesnaturschutzgesetz bekommen. Das soll heißen: Besondere Dauergrünlandflächen, die sich bereits heute aufgrund einer extensiven Bewirtschaftung durch die Fülle der unterschiedlichsten Gräser und Kräuter auszeichnen, werden künftig einen besonderen Schutzstatus erhalten. Damit leisten wir einen weiteren Beitrag zum Schutz besonders wertvollen Dauergrünlands.

Wir wissen bereits heute um den kritischen Zustand vieler unserer **Gewässer**. Es ist klar, dass Handlungsbedarf besteht. Das Landesnaturschutzgesetz soll daher künftig auch einen Beitrag leisten, um die schleswig-holsteinischen Seen, Bäche, Flüsse

(Flemming Meyer)

und das Grundwasser effektiver zu schützen. Die Gewässerbewirtschaftung bleibt aber Teil der Arbeit der Wasser- und Bodenverbände. Wir werden diese nicht aus ihren naturschutzfachlichen Verpflichtungen entlassen. Dort haben wir die Expertise. Dies sind die fachlich geeigneten Institutionen, um die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie zu erfüllen. Somit bleibt auch eine professionelle Wasserwirtschaft, die sowohl die Entwässerung sicherstellt als auch Hochwasserschutz berücksichtigt, weiter gewährleistet.

Das sind die Eckpunkte, um die es uns bei der Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes geht. Der Weg ist damit vorgegeben, um Schleswig-Holstein wieder ein Naturschutzgesetz zu geben, das seinen Namen verdient.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen zu den Dreiminutenbeiträgen. Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Sandra Redmann das Wort.

Sandra Redmann [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Keiner kann mir unterstellen, dass ich es nicht im Guten versucht hätte. Mein Redebeitrag war sehr sachlich gehalten. Ich habe ihn ruhig ausgeführt, und ich habe gesagt, dass wir ein anständiges parlamentarisches Verfahren durchführen werden. Das heißt, wir werden dieses Thema in den Ausschuss bringen. Es wird eine Anhörung geben, und natürlich wird darüber im Parlament, aber auch mit den Verbänden diskutiert, und zwar mit allen Verbänden. Nun muss ich mir ausgerechnet von Ihnen, die damals diese komische Möchte-gerne-Novellierung eines Landesnaturschutzgesetzes im Schweinsgalopp durchgepeitscht haben, nicht sagen lassen, was parlamentarischer Anstand ist. Das ist doch wohl ein Witz!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn man dies kritisiert, dann ist das in Ordnung. Ich kann einstecken, und ich kann austeilen. All das ist okay. Man sollte aber immer bei der Wahrheit bleiben. Frau Fritzen hat es angesprochen, dass das **Landesnaturschutzgesetz** von Ihnen gemacht wurde. Wir können die Akteure, die damals im Amt waren, fragen, ob es so war. Sie haben sich das schreiben lassen. Das finde ich viel schlimmer, als

wenn wir als Parlament uns einmischen und dem Minister etwas mit auf den Weg geben wollen. Das ist unser Recht als Parlament, das lasse ich mir von Ihnen auch nicht nehmen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Heiner, warte, bis ich mit dir einen Kaffee trinken gehe. Ich sage dir, das wird noch schlimmer.

(Heiterkeit)

Das ärgert mich: Das Einzige, was Sie mit diesen Redebeiträgen wollen, ist, Angst zu schüren. Ich meine auch Sie, Herr Kumbartzky. Sie wollen Unruhe in das Land bringen, die gar nicht nötig ist.

(Zurufe)

- Warten Sie ab. Frau Eickhoff-Weber und ich waren neulich unterwegs und haben über den Filtererlass diskutiert. Mein Gott, Sie sind viel aufgeregter als alle anderen. Wir setzen uns mit den Leuten an den Runden Tisch und sprechen darüber. Warten Sie ab, was dabei am Ende herauskommen wird!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe FDP)

- Ja, das steht mir auch zu.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich habe es am Anfang schon ausgeführt, und ich habe versucht, ganz sachlich und ruhig hier vorzutragen. Sie aber erzählen mir jetzt am Schluss, dass ich etwas tun könnte, was gegen den Schutz der Forstwirtschaft spricht. Da fühle ich mich persönlich angegriffen. Ich finde, das ist eine Unverschämtheit. Ich glaube, das kann mir hier im Haus wahrlich keiner unterstellen.

(Beifall SPD und SSW)

Ich würde gern wissen, woher Sie dies nehmen. Ich kann aus dem von uns formulierten Antrag die ganzen Sachen, die Sie hier erzählt haben, nicht herauslesen. Machen Sie es nächstes Mal so: Ohren auf, Augen auf, lesen, zuhören; das kann nicht schaden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Marlies Fritzen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu drei Punkten etwas sagen. Frau Beer hat eben darauf hingewiesen, dass die Systematik der Gesetzgebungsfragen offensichtlich nicht mit ihrem Antrag zusammenpasst. Ebenso wie Frau Redmann und alle anderen glaube ich, dass über diesen Punkt diskutiert werden muss. Daher frage ich, ob Sie diesen Antrag nicht zurückziehen wollen, damit wir nicht dagegen stimmen müssen. Wir sagen aber, dass wir darüber im Ausschuss diskutieren. Wenn Sie einen entsprechenden Berichts Antrag stellen würden, dann fände ich dies eine kluge Idee.

Weiterhin möchte ich die Anregung von Frau Redmann aufnehmen und Sie um Ihr geschätztes Ohr bitten. Insbesondere bitte ich um das von Herrn Kumbartzky. Ich habe vorhin gesagt: Genauso wertvoll wie das freiwillige Engagement ist es, dass viele Flächennutzer in Verantwortung für **Natur** und **Landwirtschaft** freiwillig etwas für den **Artenschutz** bedrohter Arten unternehmen, indem sie Grünstreifen anlegen, Mähzeitpunkte so legen, dass Wiesenvögel brüten können oder für Feldlerchen Lücken gelassen werden. Dann habe ich gesagt - hören Sie gut zu -: Gut und richtig ist auch, dass einige dieser Maßnahmen finanziell entgolten werden. Am bewährten Instrument des freiwilligen **Vertragsnaturschutzes** wollen wir festhalten und diesen auch im Rahmen der Möglichkeiten - damit ist natürlich der Haushalt angesprochen - weiter stärken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Oliver Kumbartzky [FDP]: Ich habe den BUND zitiert und nicht Sie!)

Es gibt eine weitere Möglichkeit, sich dies vor Augen zu führen. Wenn es notwendig ist, können Sie das Protokoll lesen. Ich möchte nun zu einem dritten Punkt kommen: Sie sagen immer, ich wüsste alles besser. Ich bin durchaus nicht der Meinung, dass ich alles besser weiß.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Herr Garg, möglicherweise haben Sie den Eindruck, dass das so ist. Aus Ihrer Perspektive heraus mag das so sein. Das kann ich mir vorstellen. - Welches Land haben wir beschrieben? Sie haben gesagt, wir hätten unser Land schlechtgeschrieben. Herr Kollege Kumbartzky, ich empfehle Ihnen zur Lektüre den Bericht zur Lage der Natur, die Rote-Listen-Entwicklung in Schleswig-Holstein, die Jagd- und Artenschutzberichte der letzten Jahre, den Bericht zur Lage der FFH-Gebiete in Schleswig-Holstein und auch zur Umsetzung der Wasser-

rahmenrichtlinie. Wenn Sie all dies gelesen haben, dann werden Sie wissen, dass an dieser Stelle absoluter und dringender Handlungsbedarf besteht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle davon zu sprechen, dass wir nur die Menschen bashen würden, die draußen leben, ist nicht richtig. Herr Kollege Kumbartzky, getreter Quark wird breit, aber nicht stark. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament liegen nicht vor. Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Piratenfraktion ihren Antrag zurückgezogen hat. Für die Landesregierung hat jetzt der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident! Gestatten Sie mir einleitend einige allgemeine Bemerkungen, bevor ich auf die neuralgischen Punkte zu sprechen komme. Erstens. Herr Kumbartzky, Sie haben recht. Dort, wo Flächen heute erlebbar sind, können wir froh sein, dass wir die Flächen haben. Nach meinem Eindruck sind diese Flächen immer entstanden, indem sich Menschen oder Verbände für diese Naturgebiete eingesetzt und starkgemacht haben. Häufig geschah dies durch privates Engagement, wenn man zum Beispiel an alte Bäume und alte Alleen denkt. Es geschah jedoch auch häufig, indem diese Menschen dafür gesorgt haben, dass Flächen gesichert wurden.

Wir hätten keinen **Nationalpark**, wir hätten keine **Naturschutzgebiete**, wir hätten keine Geltinger Birk und keinen Schaalsee, wenn sich nicht Verbände, Umweltschützer und häufig auch Umweltschützer aus Ihren Parteien, die vor Ort ganz anders reden als Sie hier im Plenum, dafür starkgemacht hätten, dass diese Flächen gesichert werden. Daher ist es ein Verdienst des Naturschutzes, dass wir in Schleswig-Holstein Natur haben. Wenn Sie darauf verweisen, dass wir froh darüber sein können, wie gut alles ist, dann ist dies ein Dankeschön an die **Verbände**, die Sie sonst immer beschimpfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

(Minister Dr. Robert Habeck)

Zweitens. Warum machen wir ein **Naturschutzgesetz**? Es gibt sicherlich verschiedene Herangehensweisen an den Wert des Naturschutzes. Eine besonders interessante ist in der Präambel des bayerischen Naturschutzgesetzes verankert. Dort ist ein Recht der Menschen auf Genuss der Natur festgeschrieben. Das heißt, es gibt einen Rechtsanspruch von Menschen, einigermaßen intakte und einigermaßen wertvolle Natur in ihrem Leben erleben zu dürfen. Das ist ein wichtiger und guter Anspruch. Das ist eine Leitlinie dafür, wie wir diese Debatte führen sollten. Wir sollten die Natur auch für uns und für unsere Gesellschaft schützen und erhalten, damit wir sie erleben können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Drittens. Dieser Punkt ist vielleicht bemerkenswert, weil er alte Feindschaften überwindet. Ich bin dankbar, dass der Kollege Reinhard Meyer das erkannt hat und so umsetzt. Als Beispiel ist der **Tourismus** zu nennen, wo sich ein Gegeneinander, wie man es früher häufig hatte - ich denke dabei an die Westküste und an die Nationalparks -, komplett aufgelöst hat. Leitende Strategie der Landesregierung, sowohl für mich, als auch für Kollegen Meyer, ist es inzwischen, dass wir Natur, Naturerlebnis, Naturtourismus und Wertschöpfung zusammendenken. Das geht bis in die Trilaterale Wattenmeerkonferenz hinein und ist nicht allein auf die Westküste beschränkt, sondern bezieht die Orte an der Ostküste mit ein. Da kann ich nur sagen: Danke, so ist es gut, so muss man diese Debatte führen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Also lassen Sie an dieser Stelle den Popanz und die Debatten aus der Vergangenheit sein.

Ich meine, es ist dringend erforderlich, diese Debatte um das Landesnaturschutzgesetz zu führen. Sie trifft auf eine veränderte Situation. Interessanterweise sagen alle Umfragen darüber, welche Themen den Menschen für Lebenszufriedenheit wichtig sind, dass der Wert von Natur im Bewusstsein der Menschen angekommen und im Steigen begriffen ist. Nur noch die Themen soziale Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen - wer wollte das den Menschen verdenken? - rangieren in der Wertschätzung der politischen Themen vor dem Erlebnis von **Natur und Umwelt**.

Deswegen meine ich, dass Sie falsch beraten sind, wenn Sie versuchen, die Debatte um das Landesnaturschutzgesetz als Ordnungsrechts-, Verbots- und Bevormundungsdebatte zu führen. Menschen wol-

len Natur erleben. Wir stellen sicher, dass dies in Schleswig-Holstein weiterhin möglich ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir haben - das ist die Begründung für zwei der Punkte, die in der Debatte auch heute angesprochen wurden - einen **Flächenverbrauch** in Schleswig-Holstein - Frau Beer hat es für Deutschland gesagt - von 3,5 ha pro Tag. 3,5 ha pro Tag gehen der Landwirtschaft oder der Natur verloren, im Wesentlichen durch Siedlungsbau. Europarechtlich ist geregelt, dass Eingriffe in die Natur kompensiert werden müssen. Das ist zu Recht so geregelt; denn ein Land, das so intensiv genutzt wird, wie es in Schleswig-Holstein der Fall ist - Stichworte sind intensive Landwirtschaft, intensive Energiewende, intensiver Straßenbau, der soll jedenfalls kommen, intensiver Netzausbau -, wird durch all das beansprucht. Aber wenn wir einmal einen Augenblick lang nicht als Energiepolitiker, als Wirtschaftspolitiker oder als Straßenbaupolitiker reden, dann müssen wir zugeben, dass ein Land, das nur aus A 20, Beltquerung, Stromtrassen, Windkraftträdern, Maisfeldern, Gewerbegebieten und Aldi vor der Haustür besteht, nicht das Land ist, in dem wir leben wollen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Ja!)

Wenn wir von Schleswig-Holstein reden, dem Land zwischen den Meeren, dann denken wir auch an die Natur. Die logische Konsequenz ist also, dass die Kompensation durchgehalten werden muss. Das bedeutet, dass die 12,5 % automatisch auf 15 % anwachsen werden.

Das Gesetz vollzieht das nach. Das ist das Bekenntnis dazu, dass wir die Kompensation durchhalten wollen und müssen, damit das Land nicht zu einem einzigen Gewerbegebiet wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW)

Wie macht man das sinnvoll? - Indem man wieder ein **Vorkaufsrecht** einführt. Denn das Geld muss eh eingesetzt werden. Was könnte sinnvoller sein, als das Geld dort einzusetzen, wo Gebiete schon als wertvoll für die Natur erkannt und eingeführt wurden, um die Lücken zwischen diesen Gebieten zu schließen und tatsächlich flächigen **Naturschutz** möglich zu machen?

Weil das nicht einfach ist, ist es klug, sich die Verträge in diesen Gebieten vorlegen zu lassen und dann zu entscheiden, ob die Verträge über den Na-

(Minister Dr. Robert Habeck)

turschutz geschlossen werden oder in den privaten Verkauf gehen.

Ich möchte noch zu Protokoll geben, weil uns das sicherlich in den nächsten Jahren, wenn wir das Gesetz diskutieren, noch einmal anders einholen wird: Herr Rickers hat in seinem Beitrag gesagt, das Argument gegen das Vorkaufsrecht sei: Es bringt nichts. - Darüber kann man streiten. Aber es ist natürlich ein ganz anderes Argument als zu sagen, das ist Enteignung oder eine sonstige böse Sache. Er hat nicht gesagt, dass es falsch ist, sondern dass es nichts bringt. Das kann man sich dann in Ruhe anschauen. Ich nehme es dankbar zur Kenntnis. Sie haben dankenswerterweise auch dargestellt, warum es nichts bringt: Es ist eben keine Enteignung. Wenn ein Landwirt seine Fläche an einen anderen Landwirt verkaufen will, geht der Umweg über das Vorkaufsrecht. Wenn die Fläche sinnvoll genutzt werden kann, um Gebietsarrondierungen für die Natur vorzunehmen, wird trotzdem verkauft, aber nicht an den anderen Landwirt, sondern an Stiftungen oder andere Träger.

Das Landesnaturschutzgesetz reiht sich in eine Reihe anderer Maßnahmen und Bemühungen der Landesregierung ein, um die Wälder, die Seen, die Arten, die Gewässer, die Grundwässer zu schützen, und zwar nicht immer nur mit Ordnungsrecht. Wenn ich an den Bereich der zweiten Säule und an den großen Bereich des Vertragsnaturschutzes denke, dann geht es häufig auch um Zahlungen.

Aber Politiker machen nun einmal Gesetze. Das Landesnaturschutzgesetz wird den Rahmen beschreiben, in dem wir die Natur für die Menschen im Land in Zukunft sichern. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute 40 Sekunden überzogen. Wenn Bedarf besteht, dann kann davon Gebrauch gemacht werden. - Das sehe ich aber nicht.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Beratung. Beantragt wurde, den Antrag in der Drucksache 18/1870 dem Umwelt- und Agrar Ausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will - -

(Zuruf SPD: Nein!)

- Die CDU-Fraktion hat das beantragt. Ein Antrag muss hier beraten beziehungsweise über ihn muss hier abgestimmt werden, auch wenn man dagegen

ist. Das können wir bei der Abstimmung jetzt regeln. Zunächst ist der Antrag gestellt worden. Ich stelle ihn jetzt zur Abstimmung.

Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CDU, der FDP und der PIRATEN. Wer ist gegen den Antrag? - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung in der Sache. Der Änderungsantrag der Piratenfraktion ist, wie gesagt, zurückgezogen. Es geht jetzt also nur um den Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW in der Drucksache 18/1870. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der Piratenfraktion. Wer ist gegen diesen Antrag? - Das sind die Fraktionen der FDP und der CDU. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 26:

Privatsphäre von Autofahrern schützen, Zwangsausstattung von Fahrzeugen mit elektronischem Ortungssystem eCall stoppen

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1857

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das sehe ich nicht.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die Piratenfraktion Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wollen Sie Ihr Auto entscheiden lassen, ob Sie Hilfe brauchen? Ein Vorschlag der EU-Kommission und des EU-Parlaments sieht vor, dass ab nächstem Jahr in jedes neu verkaufte Kraftfahrzeug eine Box eingebaut werden soll, die im Falle eines schweren Unfalls automatisch eine Meldung der Position des Fahrzeugs und der Fahrzeugidentität an die Leitstelle sendet. Sicherlich ist der Vorschlag gut gemeint für die Fälle, in denen man selber einen Notruf wegen eines Unfalls nicht absetzen kann. Diese Fälle, dass auch kein anderer einen Notfall meldet, kann es geben.

(Dr. Patrick Breyer)

Aber es gibt auch Fälle, in denen eine solche Zwangsmeldung die Rettung von Menschen behindern oder gefährden kann, nämlich zum Beispiel, wenn ein Fahrzeugführer nicht von der Polizei aufgegriffen werden will, zum Beispiel weil er von Abschiebung bedroht oder weil er alkoholisiert gefahren ist. In diesen Fällen kann es sein, dass betroffene **Autofahrer** die Unfallstelle verlassen, anstatt Erste Hilfe zu leisten. Dadurch können Menschen also auch eher gefährdet werden.

Ein weiterer Fall ist sicherlich dort gegeben, wo sehr viele solcher Notrufe die Leitstellen geradezu überfluten, zum Beispiel wegen einfacher Sachschäden. Wenn Sie allein mit Ihrem eigenen Fahrzeug etwa aus Unachtsamkeit gegen die Garage fahren, kann es sein, dass ein solcher Notruf abgesetzt wird. Das wiederum bindet sehr viele Kapazitäten in den Leitstellen und könnte die Bearbeitung der wirklichen Notfälle behindern.

Schließlich kann es sein, dass Fahrzeugführer wegen dieses **automatischen Notrufs** nicht mehr telefonisch bei der Rettungsleitstelle anrufen. Eine telefonische Meldung kann aber sehr viel genauere Informationen über den einzelnen Unfall vermitteln und den Rettungskräften helfen, Hilfe vor Ort zu organisieren.

Deswegen glauben wir, dass unter dem Strich nicht feststeht, ob im Endeffekt mehr Menschen durch einen solchen Zwangsnotruf geholfen als geschadet wird.

Umgekehrt hat das Verfahren verschiedene **Nachteile**. Die erste Frage ist zum Beispiel: Kostet es eigentlich Geld, wenn es zu einem Fehlalarm kommt? Im Falle von Alarmanlagen fordert die Polizei in einigen Bundesländern schon Geld, wenn ein Fehlalarm losgegangen ist. Das könnte auch auf Autofahrer zukommen.

Zum Zweiten wird schon diskutiert, ob solche Systeme nicht auch zur Erhebung einer Pkw-Maut eingesetzt werden können, was wir alle ja nicht wollen. Aber das könnte der Türöffner dafür sein.

Zum Dritten ist das schon der erste Fall, dass Maschinen entwickelt werden, die ein bestimmtes Verhalten automatisch erkennen und melden sollen. Das ist auch aus dem Bereich der Videoüberwachung bekannt, wo es zunehmend zu einer Verhaltenserkennung kommt, wobei auffälliges Verhalten - das kann schon längeres Stehen an einem Ort sein, weil man eine Zigarette raucht - automatisch gemeldet wird. Eine solche automatische Meldung führt zu einer uniformen, angepassten Gesellschaft, um nicht aufzufallen. Diese wollen wir nicht.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Wir fordern deswegen ein Recht auf automobiler Selbstbestimmung. In Umfragen stört 76 % der Bürgerinnen und Bürger, dass Daten aus ihrem Fahrzeug ohne ihre Kontrolle weitergegeben werden können. Die Pläne zur **Zwangseinführung des eCall-Verfahrens** haben dementsprechend dieses Jahr auch einen Big-Brother-Award bekommen, einen Negativpreis für Überwachungsverfahren. Natürlich wollen wir, dass der Staat für uns da ist, wenn wir ihn brauchen. Wir wollen aber auch, dass er uns in Ruhe lässt, wenn wir ihn nicht brauchen. Und wir wollen selbst darüber entscheiden, ob dieses oder jenes der Fall ist, und diese Entscheidung nicht einem staatlich verordneten Apparat überlassen.

(Beifall PIRATEN)

Wir brauchen keinen Nanny-Staat, der besser weiß, was für uns gut ist, als wir selbst. Wenn Hilfe unerwünscht ist und aufgedrängt wird, wird sie eben zur Bevormundung und Entmündigung der Bürger, und das wollen wir nicht.

Deswegen fordern wir PIRATEN mit unserem Antrag eine Wahlmöglichkeit. Das heißt, jeder Autofahrer soll selbst entscheiden können, ob er dieses Gerät, diese Meldung anstellt oder abstellt. Eine Umfrage hat schon ergeben, dass doch immerhin eine starke Minderheit von jedem vierten Autofahrer ein solches Gerät nicht einstellen würde.

Deswegen bitte ich Sie, auch wenn Sie selbst dieses Verfahren für sinnvoll halten, dass Sie doch akzeptieren und nachvollziehen können, dass es viele Menschen gibt, die aus guten Gründen so etwas nicht anstellen wollen.

(Beifall PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

und die deswegen das Recht haben sollten, sich dagegen zu entscheiden.

Leider haben wir keine Zeit, um diesen Antrag im Ausschuss näher zu beraten, weil jetzt die Entscheidung der Bundesregierung im Ministerrat ansteht, ob sie diesem Entwurf von EU-Parlament und EU-Kommission zustimmt. Deswegen bitte ich Sie, gemeinsam mit uns heute hier an die Bundesregierung zu appellieren, **Zwangsnotrufe** zu verhindern, damit wir die Kontrolle über unser Fahrzeug behalten und selbst darüber entscheiden können, ob **Unfälle** automatisch gemeldet werden sollen oder nicht. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Axel Bernstein das Wort. Bitte schön.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema **Verkehrssicherheit** ist mit vielen Facetten ein Riesenthema. Nach wie vor steigender Individualverkehr, steigender Güterverkehr, demografischer Wandel - das sind nur einige wenige Stichworte, die als Herausforderung in diesem Bereich auf der Tagesordnung stehen.

Die Regierungsparteien in Berlin haben im Koalitionsvertrag eine ganze Reihe von Maßnahmen miteinander verabredet, um sich für noch mehr Verkehrssicherheit starkzumachen. Dazu gehört die Verbesserung der pädagogischen Ausbildung von Fahrlehrern, die Verbesserung der Ausbildung von Fahranfängern, die Optimierung des begleiteten Fahrens, Fahrsicherheitstrainings für Fahranfänger, Modernisierung der medizinisch-psychologischen Untersuchung, die Erhöhung der Anzahl freiwilliger Gesundheitschecks und eben auch der verstärkte Einsatz modernster Telematik.

Selten sind sich auch die Experten bei einem solchen Thema so einig gewesen. Die **europaweite Einführung von eCall**, also die verbindliche Einführung eines automatischen 112er-Notrufs, gilt als wichtiger Schritt für schnellere Alarmierung und Hilfe der Rettungskräfte. Schätzungen zufolge kann durch eCall die Zahl der Verkehrstoten in Europa um etwa 2.500 pro Jahr gesenkt werden.

Vor diesem Hintergrund begründen die PIRATEN die Ablehnung des verpflichtenden eCalls damit, dass die **Meldung eines Unfalls** für Betroffene schwerwiegende Nachteile nach sich ziehen könnte wie Führerscheinentzug oder gar Festnahme, oder es könne zu Fahrerflucht oder unterlassener Hilfeleistung kommen. Ist das Ihr Ernst? Ihr Argument gegen eCall ist, dass flüchtige Straftäter oder Trunkenheitsfahrer heute im Falle eines Unfalls Erste Hilfe leisten und die 112 wählen und künftig aufgrund der automatischen Meldung lieber wegfahren? Sie fordern, man müsse eCall ausschalten können.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Da geht es Ihnen doch offenbar nicht um das Thema Verkehrssicherheit, denn wenn eCall, so wie Sie argumentiert haben, der Verkehrssicherheit geradezu zuwiderliefe, dann dürfte es nicht eingeführt

werden. Worum es Ihnen doch offensichtlich geht, ist, dass Sie einen weiteren Schachzug wittern für die Totalüberwachung der Menschen in Europa.

Es ist für mich schon wirklich erstaunlich, dass die Partei, die einmal angetreten ist als die Vertreter für Modernität und Chancen der Digitalisierung, hier im Landtag zu einer Fraktion der Oberbedenkenträger geworden ist, die jeder Entwicklung zunächst einmal skeptisch gegenübersteht.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Es wird nicht mehr lange dauern und die PIRATEN fordern die Abschaltung des Internets. Auch da soll es ja Risiken geben.

Die Menschen, die Sie zu vertreten meinen, gehen mit solchen Angeboten sehr viel pragmatischer um. Sie freuen sich, wenn sie im Verkehrsfunk neben der Lage des Staus auch mitgeteilt bekommen, wie groß die Verzögerung der Fahrt sein wird. Ohne aktivierte Ordnungsdienste Tausender Autofahrer würde es einen solchen Dienst nicht geben.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten König?

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Aber sehr gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön, Herr König.

Uli König [PIRATEN]: Herr Bernstein, ich würde Sie gern darauf hinweisen, dass wir nicht die Abschaltung des Internets fordern, sondern nur, dass Sie selbst die Kontrolle über die Abschaltung Ihres eigenen Internets haben.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das heißt, wenn Sie keine Lust auf Internet haben, dann können Sie den Stecker aus der Wand ziehen, und das Internet ist aus. Das ist genau analog zu diesem eCall zu sehen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Ein anderer Kollege hier im Haus hat einmal gesagt: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich. Das trifft auch in diesem Falle zu. Denn gerade eine solche Befürchtung ist beim Thema eCall wenig statt-

(Dr. Axel Bernstein)

haft. Es handelt sich ja um eine „schlafende SIM-Karte“. Das heißt, außerhalb eines konkreten Notfalls erfolgt keine Übertragung von Daten, und wenn in einem konkreten Notfall die Ortung erfolgt, gelten immer noch die Vorgaben der EU-Richtlinie 2002/58/EG. Insofern stimmt der Vergleich mit dem Internet nicht, sondern sinnvoller wäre ein Vergleich beispielsweise mit der Gurtspflicht oder dem Airbag, und da kann ich auch nicht selber entscheiden, ob ich es möchte oder nicht.

(Uli König [PIRATEN]: Doch! Den Gurt weglassen!)

- Ja, Sie können den Gurt weglassen. Das ist schon richtig.

Dennoch gibt es aber bei den jetzt anstehenden Beratungen im Ministerrat noch einige Themen, die zu klären sind. Beispielsweise besteht ja die Möglichkeit, über die Hardware von eCall auch die Zusatzdienste privater Anbieter zu nutzen. Hier muss für den Nutzer klar sein, welche Daten wann an wen übertragen werden. **Notrufsysteme** privater Anbieter leisten bereits heute einen zusätzlichen Beitrag zur Verkehrssicherheit. Auch in Zukunft muss die **Wahlfreiheit** der Verbraucher bei Telematik-Zusatzdiensten gewährleistet sein. Ebenso ist ein diskriminierungsfreier Zugang für alle Marktteilnehmer zu den bordeigenen Systemen sicherzustellen.

In der Summe also ist der Antrag der PIRATEN für uns nicht zustimmungsfähig. Wir halten ihn für rückwärtsgerichtet. Er dient den Menschen nicht und widerspricht allen Expertisen, die ich bislang, übrigens auch aus den zuständigen Ministerien, wahrgenommen habe.

Wir entscheiden uns für ein Mehr an Verkehrssicherheit und lehnen Ihren Antrag deshalb ab.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Kai Dolgner.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ich poste das gleich auf Facebook! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Quicklebendig!)

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zweifellos ist eCall in speziellen Situationen geeignet, Rettungszeiten zu verkürzen und Menschenle-

ben zu retten. Ähnliche Systeme verschiedener Hersteller gibt es schon seit geraumer Zeit.

Ich teile auch nicht die Bedenken des Kollegen Breyer, dass eCall an sich Rettungen verhindern oder erschweren könnte. Das ist wahrscheinlich eine Einschätzungsfrage.

Man kann trotzdem aus relativ, simplen Gründen gegen eCall sein im Unterschied zum Thema Gurtspflicht. Der Gurt verletzt nämlich kein Grundrecht von mir. Das ist der Unterschied.

(Beifall PIRATEN, Dr. Heiner Garg [FDP] und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit dem Volkszählungsurteil sollte es sich langsam herumgesprochen haben, dass das Recht auf **informationelle Selbstbestimmung** als abgeleitetes **Grundrecht** aus Artikel 2 des Grundgesetzes nicht einfach aus irgendwelchen Gründen eingeschränkt werden darf. Es kann gerechtfertigt sein, für ein flächendeckendes, einheitliches und effektives System zwangsweise den Einbau vorzusehen. Schließlich soll auch der Empfang staatlicherseits organisiert sein, und die Kosten sollen sich in Grenzen halten, auch wenn man den freien Wettbewerb damit einschränkt. Diese Diskussion wird bei der Umsetzung aber noch schwer genug werden.

In dem Moment, wo ich persönliche Daten übertrage, ist ein Grundrecht betroffen. Übrigens: Grundrechte sind Abwehrrechte gegenüber dem Staat. Man kann das nicht häufig genug sagen. Für ihre Einschränkung bedarf es guter Gründe. Ich muss nicht mit Nützlichkeitsargumenten begründen, weshalb ich mein Grundrecht wahrnehmen möchte, meine Daten nicht zu übertragen. Das ist ein Irrtum, Herr Dr. Bernstein.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SPD)

Ich muss nicht plausibel machen, warum ich etwas für effektiv oder nicht effektiv halte. Das ist in diesem Zusammenhang bei der Grundrechtseinschränkung völlig egal. Zur Strafverfolgung oder Gefahrenabwehr können Grundrechte grundsätzlich eingeschränkt werden, auch wenn da die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben muss, wie die Urteile zur Vorratsdatenspeicherung zeigen. Aber genauso wenig - vielleicht hört auch die CDU-Fraktion an dieser Stelle zu, es könnte einen Erkenntnisgewinn geben - wie es ein Supergrundrecht auf Sicherheit des Staates gegenüber seinen Bürgern gibt, gibt es ein Recht des Staates, den Bürger zur Wahrnehmung des eigenen Grundrechts auf körperliche Unversehrtheit gegen seinen Willen zu zwingen.

(Dr. Kai Dolgner)

(Beifall PIRATEN - Unruhe)

- Nein, gibt es nicht. Es geht jetzt nicht darum, wenn er nicht mehr entscheidungsfähig ist, Herr Kollege Rother, sein Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung einzuschränken. Deshalb ist zum Beispiel auch Suizid nicht strafbar.

Ich persönlich halte eCall für sinnvoll und würde es in meiner persönlichen Abwägung zwischen meinem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und meinem persönlichen Überlebenswillen sicher benutzen. Ich werde aber dafür kämpfen, dass andere eine andere Entscheidung treffen können.

(Beifall PIRATEN)

Ich kann Grundrechte auch verteidigen, wenn ich in meiner persönlichen Abwägung dazu komme: Ich gebe Teile meines Grundrechts ab, weil ich einen anderen Vorteil haben möchte. Das ist aber bitte schön meine Entscheidung. Das ist übrigens keine Entscheidung von Dr. Dolgner, sondern die Ausübung von Grundrechten ist ein verfassungsrechtlicher Grundsatz, der nicht einfach vom Tisch zu wischen ist.

Was ich nicht verstehen kann, ohne mich in Verschwörungstheorien zu versteigen: Was vergibt man sich, wenn das System ausschaltbar ist?

(Beifall PIRATEN)

Warum werden die wiederholten Aufforderungen - ich habe gerade etwas von Expertisen gehört - sowohl der Verkehrsrechtsexperten auf dem Deutschen Verkehrsgerichtstag als auch der eigenen Artikel-29-Gruppe der EU einfach ignoriert? Wäre das System denn funktionsunfähig, wenn ein wahrscheinlich kleiner Bruchteil das System nicht benutzt? Dann kann es auch nicht nur für Neuzulassungen gelten. Denn da es nur für Neuzulassungen gilt, werden wir relativ lange warten müssen bei den durchschnittlichen Stehzeiten der Autos heutzutage - wahrscheinlich ungefähr 20 Jahre -, bis überhaupt 50 % dieses System haben. Es kann doch keine Systemgefährdung daraus konstruiert werden, dass ein Bruchteil das gern abschalten möchte!

Nein, wer auf der Zwangsbenutzung besteht, der bewirkt genau das Gegenteil, der gefährdet die **Akzeptanz von eCall**,

(Beifall PIRATEN)

da er den Geruch der staatlichen Zwangsbelgung oder sogar den Verdacht staatlicher Massenüberwachung nicht los wird. Das böse Wort von der Autowanze, das einem Systemvorschlag, dass

man abschalten kann, nicht gerecht würde, macht schon jetzt die Runde. Neben dem anderen Akzeptanzproblem, dass man dann übrigens mehr Geld für sein Auto bezahlen soll, was ja auch nicht immer akzeptiert wird, wie wir es heute Morgen gerade erfahren haben.

Nun werden sich einige fragen: Was regt sich Herr Dolgner eigentlich so auf? Er würde das System selber nutzen, so viele Daten werden ja nicht übertragen - jedenfalls nach offiziellem Stand. Ich werde Ihnen sagen, warum: Ich wehre mich dagegen, dass mit dem Argument der eigenen Gesunderhaltung Grundrechtseingriffe begründet werden. Diese Logik muss im Keim erstickt werden.

(Beifall PIRATEN)

Was ist denn eigentlich, wenn ein implementierbarer Chip entwickelt wird, der die vitalen Lebensfunktionen überprüft? Gibt es dann eine Zwangsimplication? - Ach, ich vergaß: Den Chip gibt es übrigens schon.

Es ist eine ganz persönliche Entscheidung, auf kürzere Rettungsfristen zu verzichten. Es ist eine persönliche Entscheidung, nicht abzunehmen und damit seine Lebenserwartung zu verkürzen. Das Europäische Parlament sollte das respektieren. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Nun hat für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

(Widerspruch)

- Oh, wie konnte das passieren? Natürlich ist der Kollege Andreas Tietze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erst einmal dran.

(Zurufe)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Die kleinen Leute werden leicht übersehen.

(Zurufe)

Sehr geehrtes Präsidium, ich werde meinen Vortrag nicht mit so viel Verve wie der Kollege Dolgner halten, sondern erst einmal nüchtern feststellen, dass ab 2015 laut Empfehlung der Kommission ein **automatisches Notrufsystem** in Neuwagen eingeführt werden soll, das bei einem Unfall erste Daten

(Dr. Andreas Tietze)

zu Fahrzeug und Ort an die Notrufzentrale senden soll. - So weit die Sachlage.

Das klingt zunächst positiv. Die Begründung der EU ist, dass jährlich 2.500 Menschenleben durch rechtzeitiges Eingreifen der Rettungskräfte gerettet werden und die Zahl der Verletzten und Toten im Straßenverkehr verringert wird. Fahrzeuge können bordseitig Notrufe absetzen und sich dadurch die Zeitspanne zwischen Alarmierung und Eintreffen der Rettungskräfte verkürzen. Das ist sehr wichtig, gerade wenn wir an Ohnmacht oder Unfälle denken, wo Menschen das selbst nicht mehr tun können. Technik - so interpretiere ich das - ersetzt die Unzulänglichkeiten des Menschen. Das kann im Straßenverkehr durchaus Menschenleben retten. Die Datenübertragung erfolgt über einen normalen Notruf; mit dem Mobiltelefon geht das auch, aber im eCall-System soll es zuverlässiger laufen.

Man kann sich mit dem Thema unter dem Aspekt **Verkehrssicherheit** durchaus auseinandersetzen, doch wir müssen uns die Frage stellen: Ist alles richtig, was nützt es oder besteht nicht die Gefahr eines Missbrauchs? Das haben die PIRATEN mit ihrem Antrag zu Recht aufgegriffen. Sie legen den Finger genau dort in die Wunde. Ich gehe davon aus, dass Sie als Piratenfraktion nicht innovationsfeindlich sind und solche Systeme nicht grundsätzlich ablehnen. Sie weisen zu Recht auf das Thema **Datenschutz** hin und fragen - wenn ich es richtig verstanden habe, das ist der Kern -: Warum soll man das System nicht selber ein- und ausschalten können?

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Um nichts anderes geht es. Dahinter steckt das Selbstbestimmungsrecht. Jeder sollte das Recht haben, das System anzustellen. Ich vergleiche das mit dem Sicherheitsgurt. Auch den kann ich mir selbst umlegen, und er wird mir nicht automatisch umgelegt. Das ist ein System zur Verkehrssicherheit, bei dem wir uns entscheiden können, ob wir das System nutzen oder nicht.

Wir sind wie Sie dagegen, dass GPS-Daten erstellt werden, Bewegungsprofile erstellt werden, um ökonomischen Nutzen daraus zu generieren, ohne dass der Verbraucher dies überprüfen kann. Das darf nicht Sinn und Zweck eines solchen Systems sein, das lehnen wir ab.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb haben wir Grüne uns im Europäischen Parlament für qualitative und rechtliche Anforderun-

gen an ein solches System ausgesprochen. Erstens. Die deutschen und europäischen Datenschutzgesetze sind auf jeden Fall vollständig einzuhalten.

Zweitens. Die Fahrzeugdaten dürfen nur im Notfall und dann auch nur an eine Notrufzentrale gesendet werden.

Drittens. Daten dürfen nur Rettungszwecken dienen und nicht an Dritte weitergegeben werden.

Viertens. Autofahrer müssen vor Abfahrt ausdrücklich zustimmen, dass im Falle eines Falles Daten übertragen werden. Dazu kann man beim Erwerb des Geräts oder Fahrzeug gleich eine Datenschutzerklärung verwenden.

Fünftens. Das ist der Kasus knaxus. Man muss die Möglichkeit haben, das System eigenständig abzuschalten. Das muss die Entscheidung des jeweiligen Nutzers bleiben. Das ist wichtig.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Sechstens fügen wir hinzu: Fehllarme dürfen nicht zulasten der Verbraucher gehen. Denn Technik ist anfällig. Es muss geregelt sein, dass nicht der Verbraucher derjenige ist, der letztendlich die Zeche eines fehlgeleiteten Systems zahlt. Auch das ist für uns ein wichtiger qualitativer Punkt.

Selbstbestimmung ist ein hoher Wert. Das wurde schon gesagt. Deshalb gehen wir davon aus, dass **eCall** ein Assistenzsystem sein kann, das helfen kann, das aber nicht zum Big Brother des Autofahrens werden darf.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir sind der Auffassung, dass alles, was unserer Vision-zero-Strategie nützt - null Tote im Straßenverkehr, dafür stehen wir politisch -, gut ist. Der Gesetzentwurf der EU ist aber nicht ausgegoren.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Er ist im Sinne einer Zwangsbeglückung falsch ausgerichtet und deshalb abzulehnen. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke schön. - Nun ist aber der Kollege Oliver Kumbartzky an der Reihe. Ich erteile ihm das Wort. Bitte schön!

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da die EU in jüngster Vergangenheit selbst vor Haushaltsgeräten keinen Halt machte, verwundert es nicht, dass nun auch der Deutschen liebste Kind, das Auto, Gegenstand einer Vorgabe aus Brüssel wird.

Ende Februar hat das Europaparlament über das **Ortungssystem eCall** abgestimmt. Darüber haben wir schon gesprochen. Bekanntermaßen konnten sich die Kritiker mit ihren Argumenten bedauerlicherweise nicht durchsetzen. Die Mehrheit hat sich für den gläsernen **Autofahrer** entschieden, denn ab Herbst 2015 müssen alle neuen Fahrzeugtypen mit dieser kleinen Box samt ihrer Funktionen ausgestattet sein.

Die Betonung liegt an dieser Stelle eindeutig auf „müssen“, denn der einzelne Autofahrer darf nicht darüber befinden, ob er eCall überhaupt nutzen will. All diejenigen, die sich mit eCall sicherer fühlen, sollen das System bitte schön gern nutzen. Doch was ist mit den restlichen Autofahrern, die das System nicht in ihrem Auto haben wollen? Die sind dazu gezwungen, es einzusetzen.

Die Lösung wäre ganz einfach gewesen. Mehrere Fraktionen haben sich auf europäischer Ebene für einen Kompromiss eingesetzt. Man hätte eCall manuell, nach eigenem Belieben einfach ausschalten können. Dazu ist es leider nicht gekommen. Das Abstimmungsergebnis ist bekannt, und **Datenschutzfragen** sind in der ganzen Diskussion offen geblieben.

(Unruhe)

Mein geschätzter Fraktionsvorsitzender bringt zum Thema Privatsphäre und Datenschutz oft und gern folgenden Satz vor, den ich gern einmal zitieren möchte: „Ich möchte nicht, dass in meinem Schlafzimmer geschnüffelt wird, weder vom Staat noch von Unternehmen.“ Ich möchte neben dem Schlafzimmer gern auch das Auto in dieses Zitat einfügen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ist das auch Schlafzimmer? - Weitere Zurufe)

- In das Zitat einfügen, Herr Dr. Stegner. So groß ist das Schlafzimmer wahrscheinlich nicht. Das wissen wir nicht.

(Christopher Vogt [FDP]: Er muss nicht in der Garage schlafen! - Weitere Zurufe)

Die Tendenz ist schon bedenklich - elektronische Features im Auto hin oder her. Viele Hersteller haben die Zeichen und Möglichkeiten erkannt, und so verfügen eben einige Modelle heute schon über derartige Ortungs- und Onboard-Speichersysteme, die neben dem Standort auch das Fahrverhalten aufzeichnen könnten. Dass das Auto neben dem Smartphone und dem heimischen Computer zunehmend als Datenspeichermedium fungiert - und das ganz ohne EU-Vorgabe -, ist meines Erachtens wirklich beängstigend.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP], Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das gilt erst recht, wenn der Nutzer keine Kenntnis und keine Entscheidungsgewalt über Umfang, Art und Dauer der **Datenspeicherung** hat.

(Beifall FDP, PIRATEN, Dr. Kai Dolgner [SPD] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, es handelt sich bei dem **automatischen Notruf** um einen unangemessenen Eingriff in die persönliche Freiheit eines jeden Autofahrers. Ich hätte mich darüber gefreut, wenn das Europaparlament hier im Sinne des Verbrauchers und des Datenschutzes entschieden hätte, aber ich glaube, im Landtag sind wir fraktionsübergreifend gut davor, gerade was das Thema **Datenschutz** und Verbraucherschutz angeht. Wir werden dem Antrag der PIRATEN zustimmen. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall FDP, PIRATEN und Beifall Tobias von Pein [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kumbartzky. Jetzt erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms für den SSW das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 2.500 Verkehrstote weniger soll das neue eCall-System bringen, wenn es denn flächendeckend in die Autos eingebaut worden ist. Jeder Neuwagen soll nach dem Willen des EU-Parlaments ab 2015 seine Standortdaten via SIM-Karte im Falle eines Unfalls senden können. Dafür soll höchstwahrscheinlich dann in Deutschland das bestehende 112-Notrufnetz genutzt werden.

eCall hat allerdings auch Nachteile, weil es Daten erzeugt, die abgefangen und gespeichert werden

(Lars Harms)

können. So wie die Mautdaten der Lkw inzwischen auch von der Polizei genutzt werden, obwohl das so eigentlich nie vorgesehen war, könnte das auch bei den eCall-Daten sein. Das ist keine gute Vorstellung und hat überhaupt nichts mit Hysterie zu tun. Wenn Daten erzeugt werden, dann werden sie auch weiterverarbeitet, von Dritten genutzt und gespeichert. Das zeigen uns alle Erfahrungen in vielen Bereichen.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW], Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Darum hat das EU-Parlament den Kommissionsentwurf entscheidend nachgebessert. Eine dauerhafte elektronische Verfolgung des Fahrers ist danach ausdrücklich ausgeschlossen. Die Kommission hatte lediglich eine Formulierung gewählt, wonach die Nachverfolgung im Normalbetrieb auszuschließen sei, doch die hat das Parlament einkassiert. Das ist vielleicht durchaus auch ein Argument, an der Europawahl teilzunehmen.

In Brüssel hat man also durchaus die europaweiten **Bedenken gegen eCall** registriert und entsprechend reagiert, auch wenn uns das Ergebnis bisher noch nicht vollständig zufriedenstellt. Die Änderungen im Gesetzestext sind bürgerfreundlicher als der Kommissionsentwurf. Man versucht, ein Höchstmaß an **Datenschutz** zu gewährleisten. Das ist wiederum nötig, um die obligatorische Ausstattung mit eCall überhaupt rechtfertigen zu können. Den europäischen Autofahrerinnen und Autofahrern wird nämlich die Möglichkeit genommen, ihren Aufenthaltsort zu verbergen. Das ist künftig nur möglich, wenn man mit einem Taxi fährt oder weiter mit seiner alten Gurke unterwegs ist. Einen Neuwagen ohne eCall wird es ab 2015, wenn es nach dieser Vorlage des Europaparlaments geht, in Europa nicht mehr geben.

Das System büßt auch seine Vorteile ein, wenn es nicht flächendeckend zum Einsatz kommt. Es geht um die Autos, die beispielsweise ungebremst in einen Stau hineinfahren. Denn durch den raschen Notruf kann auch früher die Warnung vor dem Unfall an andere Autofahrer herausgegeben werden. Das unterschätzt man immer. Das geht nicht nur um die Rettung derjenigen, die an einem Unfall beteiligt waren, sondern es geht auch darum, dass diejenigen, die möglicherweise noch dort hineinfahren, davor geschützt werden. Das heißt, es sollen auch Unfälle verhindert werden.

Die Sicherheit, die von dem neuen System ausgeht, bewertete das Parlament höher als Datenschutzge-

sichtspunkte. Da haben die EU-Parlamentarier eben die Rechnung ohne die Nutzer gemacht. Von ihnen haben nämlich manche durchaus große Bedenken, wenn es um ein solches System geht, das zwar gut gemeint, aber vielleicht bisher noch nicht gut gemacht ist.

Im Internet werden inzwischen schon Möglichkeiten diskutiert, wie man das System im Auto einfach zerstören kann. Die Wogen schlagen also hoch. Ich bin davon überzeugt, dass man die Bedenken ernst nehmen sollte. Es geht nicht darum, dass ein **Autofahrer** nichts zu verbergen habe. Jedermann kann ruhig wissen können, wo ich hinfahre, und er muss es sogar wissen, wenn ich aufgrund eines Unfalls nicht mehr in der Lage bin, meinen Standort der Rettungsleitstelle mitzuteilen. Aber ich möchte schon selbst die Wahl haben, ob ich diese Informationen weitergeben möchte oder eben nicht. Der Staat sollte niemals leichtfertig seine Bürgerinnen und Bürger verpflichten. Wenn er es dennoch tut, ergibt sich für den Staat eine besondere Sorgfaltpflicht.

Das Spannungsfeld zwischen **Datenschutz** und **Fahrsicherheit**, zwischen Bevormundung und Schutz bei Unfällen ist nicht neu. Als am 1. Januar 1976 in Deutschland die Gurtpflicht eingeführt wurde, kam es ebenfalls zu einer breiten Debatte. Viele Autofahrer fühlten sich bevormundet und an ihr Auto gefesselt. Sie sahen nicht ein, dass der Staat ihnen vorschrieb, wie sie ihr Leben schützen sollten. Inzwischen ist der Griff zum Sicherheitsgurt eine Routine geworden und wird kaum noch von jemandem hinterfragt.

Allerdings muss man auch sagen, dass sich seit der Einführung gerade auch in dieser Sache technisch einiges getan hat. Unter den modernen Drei-Punkt-Gurten kann man nicht durchrutschen, und die Gurtstraffer haben das Risiko von Verletzungen erheblich verringert. Hier hat es also im Laufe der Zeit einen technischen Fortschritt gegeben, der auch für mehr Akzeptanz gesorgt hat. Und so eine Entwicklung wünschen wir uns natürlich auch bei eCall-Systemen. Im Vergleich zu den Drei-Punkt-Gurten bedeutet das aber auch, wenn man so will, dass man diese Systeme eben jetzt schon perfekt organisiert haben muss. Das heißt, wir brauchen jetzt schon die Datensicherheit nach dem neuesten technischen Standard. Diesmal muss es eben vor Einführung sichergestellt sein, dass diese Datensicherheit entsprechend gewährleistet ist.

(Beifall SPD und PIRATEN)

(Lars Harms)

Wenn dies dann der Fall ist - das soll mein letzter Satz sein - und die Nutzer dann auch selbst per Knopfdruck entscheiden können, ob sie das System nutzen wollen, dann erst kann man nach unserer Auffassung ernsthaft über die Einführung reden. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke, Herr Kollege. Bevor wir in der Debatte fortfahren, möchte ich Sie bitten, mit mir gemeinsam auf der Tribüne Landfrauen aus Schleswig und Umgebung sowie Mitglieder der Jusos des Kreises Plön zu begrüßen. - Herzlich willkommen im Landeshaus in Kiel!

(Beifall)

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Kai Dolgner von der SPD-Fraktion.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gemeldet, weil ich auf einen weiteren Aspekt eingehen wollte, mit dem ich eigentlich in der Debatte gar nicht gerechnet hatte, nämlich den Vorwurf, dass man, wenn man die Souveränität über seine eigenen Daten haben möchte, technologiefeindlich sei. Das ist einigermaßen abstrus. Meist haben die Leute die geringste Datensouveränität, die keine Ahnung von Technologie haben

(Beifall PIRATEN)

und gar nicht wissen, welche Daten sie an Dritte übermitteln. Damit meine ich an der Stelle nicht nur den Staat.

Das hat damit überhaupt nichts zu tun. Auch wenn ich jetzt wieder die Gurtvergleiche aus den Reihen der Koalition gehört habe: Liebe Kolleginnen und Kollegen, eCall hat mit Gurt-Systemen überhaupt nichts zu tun. Der Staat kann Menschen verpflichten, einen Gurt zu benutzen, und es auch sanktionieren, wenn er es nicht tut. Damit habe ich überhaupt gar kein Problem, weil das Nutzen eines Gurtes nicht in ein **Grundrecht** eingreift. Es greift übrigens auch nicht ins Grundrecht ein, ein Tempolimit einzuführen oder ähnliche Regelungen zu treffen. Das würde übrigens auch Menschenleben retten. Darüber könnten wir auch spannende Debatten führen.

Es geht stattdessen darum, dass man gezwungen sein soll, sein eigenes Leben zu retten oder eventu-

ell besser retten lassen zu können, und dafür nicht die Abwägung treffen können soll, sein Grundrecht selbst einzuschränken oder nicht. Das kommt anderen Grundrechtsabwägungen tatsächlich gleich. Deshalb meine ich das mit dem Sporttreiben et cetera ganz ernst. Wir begeben uns auf ein sehr schmales Brett, wenn sich der Staat herausnimmt zu sagen: Ich schränke dein Grundrecht ein, um ein anderes Grundrecht von dir zu schützen, was du selbst nicht schützen möchtest, nämlich eine verbesserte Gesunderhaltung. Dann kommen wir ganz schnell zu Gesetzen, die zum Beispiel den Konsum von gewissen Substanzen oder von Alkohol verbieten.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Uli König [PIRATEN] - Zurufe)

- Frau Franzen, der Konsum von Drogen ist gar nicht verboten, aus eben diesem Grund, nur der Besitz. Das sollte man vielleicht wissen. Aus eben diesem Grund ist das so. Sie haben sogar das Recht, sich selbst zu zerstören. Das dürfen Sie. Sie müssen es nicht machen, es ist nicht schlau. Ich finde es übrigens auch nicht schlau, wenn es ein System wie eCall geben würde, bei dem ich - wie ich vorhin gesagt habe - die Bedenken nicht teile. Ich habe nach dem letzten Entwurf nicht den Eindruck, dass es eine Riesendatenkrake ist. Aber ich werde dafür kämpfen, dass Leute, die diese Bedenken haben, das System nicht nutzen müssen. Darum geht es.

(Beifall SPD, CDU, FDP, PIRATEN, SSW und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe in der ganzen Debatte immer noch kein Argument gehört, warum man das System nicht abschalten können dürfen soll.

(Beifall CDU, FDP, PIRATEN, Regina Poersch [SPD] und Lars Winter [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, möglicherweise hat der Kollege Axel Bernstein ein solches Argument. Er bittet darum, eine Zwischenbemerkung machen zu dürfen.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Diese lassen Sie zu. - Herr Bernstein, bitte schön.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Dr. Axel Bernstein [CDU]: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich glaube, Ihr Standpunkt ist klar geworden. Ich denke mir nur: Wenn wir nur Unfälle hätten, in denen sich Menschen selbst in Gefahr bringen, könnte man Ihrer Argumentation folgen.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

- Ja. Das ist okay. Dann kommentiere ich das jetzt mal. Das ist richtig. Wenn wir aber nur Unfälle hätten, bei denen sich Menschen selbst in Gefahr bringen würden, hätten wir keinerlei Probleme. Das hat damit aber nicht das Geringste damit zu tun, ob ich nach einem Unfall - denn eCall verhindert nämlich keinen Unfall, das ist der erste Denkfehler - eine verkürzte Rettungsfrist habe. Es geht um meine eigene Gesundheit.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Wenn ich abwäge und es riskiere, dass der Rettungswagen fünf, zehn oder 15 Minuten später kommt und ich deshalb gesundheitlich schlimmere Folgen bis zu meinem Lebensende habe, ist das meine eigene Entscheidung.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Welches eCall-System sollte den Unfall verhindern, bei dem Dritte zu Schaden kommen? Ein System, das die Geschwindigkeit auf 100 km/h verringert, würde dies zum Beispiel tun. Dafür bin ich aber nicht.

(Heiterkeit und Zurufe)

- Ja, wenn es um Effektivität geht, zum Beispiel individuelles Autofahren ganz zu verbieten, würde das auch verhindern. **eCall** aber macht nur eine einzige Sache: Es benachrichtigt die Rettungsdienste, wenn Sie es nicht mehr können oder wenn Sie dazu nicht ganz in der Lage sind. Dadurch wird die **Rettungsfrist** verkürzt und Ihre Rettungswahrscheinlichkeit erhöht. Mehr macht eCall nicht. Wenn jemand zum Beispiel nicht aufs Rauchen verzichten möchte und dadurch in Kauf nimmt, sieben Jahre kürzer zu leben, ist das eine freie Entscheidung eines freien Bürgers, solange er andere nicht beeinträchtigt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Bernstein?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ja.

Dr. Axel Bernstein [CDU]: Lieber Kollege Dolgner, ich sage es noch einmal ganz explizit: Ich bin der Auffassung, dass derjenige, der betrunken von der Kneipe nach Hause fährt, sein eCall nicht abstellen darf, weil die Gefahr besteht, dass er einen Fußgänger über den Haufen fährt.

- Herr Dr. Bernstein, im Gegensatz zu Ihnen bin ich der Überzeugung, dass ein Betrunkener gar nicht Auto fahren darf.

(Beifall und Heiterkeit)

Für Ihr System habe ich eine ganz einfache Lösung: Wenn der Betrunkene Auto fährt und das eCall hat, wird er vielleicht besser gerettet, schädigt aber trotzdem andere. Das eCall verhindert das **Autofahren im betrunkenen Zustand** nicht. Ich erwarte aber von der CDU den Vorschlag, zukünftig einen Alkoholtester in jedes Auto einzubauen, sodass er gar nicht erst Auto fahren kann. Das würde Leben retten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kubicki, bitte.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich kann Ihren Ausführungen mit großer Freude und innerer Genugtuung folgen. Würden Sie mir aber zugestehen, dass es auch bei dieser Form der Warnung einer bestimmten Aufprallgeschwindigkeit bedarf, sodass der Notruf beim Aufprall eines Fußgängers gar nicht ausgelöst würde?

(Beifall PIRATEN)

Wenn zwei aufeinanderprallen, könnte den Bedenken des Kollegen Bernstein dadurch Rechnung getragen werden, dass der Unfallgegner das eCall nicht ausgeschaltet hat und deshalb dann schnellstmöglich Hilfe herbei-

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

gerufen werden kann. Aus eigener Erfahrung kann ich Ihnen auch versichern, dass Sie selbst dann eine Benachrichtigung erhalten würden, wenn Sie noch in der Lage wären, selbst zu telefonieren.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ich bin übrigens der Auffassung, dass wir eine lückenlose Videoüberwachung des Straßenverkehrs mit hoher Auflösung machen sollten und dass wir dann natürlich noch mehr Menschen retten könnten. Wenn wir schon nach einem passenden System suchen, ist die Frage, ob wir den Preis dafür bezahlen könnten.

(Beifall PIRATEN und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zum Thema **Aufprallschutz** kann ich aber sagen, dass es ganz effektive Systeme gibt - allerdings nicht das, welches vorhin zitiert worden ist. Da habe ich auch ein bisschen trocken geschluckt. Es gibt aber Kollisionswarnsysteme. Die müssen gar keine Daten an Dritte übertragen - oh, ich habe gerade jemanden überfahren -, sondern die verhindern das Überfahren. Das ist für die Betroffenen auch das Beste.

(Beifall)

eCall ist eine klassische End-of-Pipe-Strategie. Ich bin sehr für die Assistenzsysteme. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Wir werden dem Antrag der PIRATEN zustimmen, auch wenn wir nicht jede Analyse und jeden Grund, der zu diesem Antrag geführt hat, teilen. Der Antrag ist ja inhaltlich bemerkenswert kurz. Deshalb können wir dem auch so zustimmen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herrn Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das ist ja eine sehr angeregte Debatte. Das ist auch gut so. Ich möchte das Bild noch ein bisschen bunter machen. Das **eCall-System** ist hinreichend erläutert worden. Mit dem Antrag möchte die Fraktion der PIRATEN erreichen, dass der entsprechende **Ver-**

ordnungsvorschlag der Europäischen Kommission durch die Bundesregierung im Ministerrat abgelehnt wird, solange eben nicht sichergestellt wird, dass Fahrzeugführer das System jederzeit und ohne Nachteile ausschalten können. Ich sage ausdrücklich, ich unterstütze den Ansatz, dass jeder Mensch selbst über den Austausch von Daten und Informationen auch aus seinem Fahrzeug heraus selbst bestimmen dürfen muss.

(Beifall PIRATEN)

- Warten sie ab. Es geht um das **Recht auf informationelle Selbstbestimmung**. Es stellt sich die Frage, ob dieses abgeleitete Grundrecht seine **Grenzen** hat, wenn andere hohe Schutzgüter betroffen sind. Dazu gehört natürlich der Schutz von Gesundheit und Leben von Menschen. Deswegen ist die Diskussion ja auch so spannend.

Schauen wir uns also den Verordnungsentwurf der EU-Kommission genauer an. Nur bei einem schweren **Unfall** - über den Aufprall ist gerade gesprochen worden - soll eine **automatische Benachrichtigung** durch das eCall-System über die europaweit einheitliche Notfallnummer 112 an die Rettungsleitstelle gesendet werden. Dieses System - das ist EU-weit vorzuhalten - hilft daher nicht nur, wenn man in Deutschland unterwegs ist, sondern im gesamten Raum der EU.

Die **Daten** werden ausschließlich an die **Rettungsleitstellen** gesendet, was bei Aufnahme eines Unfalls heute schon geschieht, und sind für andere Behörden, Versicherungen und Fahrzeughersteller nicht verfügbar. Darüber hinaus hat der Fahrer oder einer der Mitfahrer auch die Möglichkeit, das System manuell auszulösen.

Was bedeutet das für Schleswig-Holstein? - Wir haben eine Durchführungsverordnung zum Rettungsgesetz Schleswig-Holstein. Darin steht - darüber ist gerade philosophiert worden - in der Regel eine Zwölfminutenfrist, bis der Notarzt zu einem **Rettungseinsatz vor Ort** ist. Dabei kann ein eCall-System natürlich helfen. Das ist ganz klar, darauf hat Herr Dolgner ja schon hingewiesen. Die spannende Frage ist aber, wenn ein Auto im ländlichen Raum durch einen Aufprall im Graben landet, der Fahrer bewusstlos ist: Wollen Sie keine Hilfe? Wollen Sie das selbst bestimmen? Nach den Beiträgen, die ich gehört habe, würde es dann bedeuten: Herr Dr. Dolgner wird möglicherweise gerettet, weil er gesagt hat, wenn er frei entscheiden könne, werde er das immer anschalten, Herr Dr. Breyer aber nicht. Das ist einmal sehr persönlich auf den Punkt gebracht.

(Minister Reinhard Meyer)

(Wolfgang Baasch [SPD]: Wir würden das so akzeptieren! - Heiterkeit)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Gern.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Minister, ich bin Vegetarier und Nichtraucher.

(Christopher Vogt [FDP]: Buh! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie sind Vegetarier, bei der Figur?)

- Ja.

(Heiterkeit)

- Herr Kollege Kubicki, ich stelle fest, dass Sie Vegetarismus mit Genussfeindlichkeit verwechseln. Das ist nicht dasselbe. - Das heißt also, im Gegensatz zu rauchenden Kollegen wie zum Beispiel Frau Midyatli habe ich rein statistisch eine zwölf Jahre längere Lebenserwartung. Wenn der Staat nicht Fleischessen und Rauchen verbietet, nehmen wir rein statistisch gesehen in Kauf, dass Dr. Dolgner vielleicht länger leben wird als die Kollegin Frau Midyatli. Finden Sie das verkehrt?

(Hauke Göttisch [CDU]: Bloß nicht! - Weitere Zurufe - Heiterkeit)

- Das war das mit den Visionen und dem Arzt.

(Heiterkeit)

Zunächst einmal muss ich bekennen: Ich bin auch Nichtraucher, aber ich bin kein Vegetarier.

(Beifall Hauke Göttisch [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich setze mich also auch einem gewissen Risiko aus. Das ist ja aber gerade die spannende Diskussion. Ich will noch ein anderes Beispiel nehmen, nämlich **Navigationssysteme**, Herr Dolgner. Ich hätte mich gefreut, wenn wir ernsthaft über das Thema **Datenschutz** geredet hätten, Schauen Sie sich an, was bei heutigen Navigationssystemen an Daten transportiert wird, die garantiert von uns allen abgelehnt werden. Beispielsweise ruft plötzlich der Fahrzeughersteller bei Ihnen an und sagt, Ihr Service sei wieder fällig, und sie könnten das anhand

des Navigationsgeräts und der Daten, die sie erhoben hätten, nachvollziehen. Das ist wirklich ein Bereich, bei dem ich ernsthaft sagen muss: Das geht eindeutig zu weit.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Dr. Dolgner?

(Zuruf: Herr Abgeordneter?)

- Entschuldigung, Herr Minister!

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Gern.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Kollege - nein, Herr Minister -,

(Heiterkeit)

gestehen Sie mir zu, der Unterschied zu Ihrem Beispiel des Navigationssystems ist, dass es offensichtlich nicht vorgesehen ist, ab 2015 nur noch Autos mit fest eingebauten Navigationssystemen zuzulassen,

(Beifall PIRATEN)

man sie nicht abschalten kann und weiterhin davon auszugehen ist, dass es Autos mit nicht fest eingebauten Navigationssystemen gibt, wenn auch nicht in jeder Preisklasse, und man dieses, wenn man eines hat, selbst abschalten kann? Ihr Beispiel würde bedeuten, dass man sein Smartphone dauernd anhaben muss, damit man im Zweifelsfall geortet werden kann, wenn man in Not ist. Darum geht es.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Das zeigt ja aber - und das wäre mein Petition zum Schluss gewesen, aber das nehme ich jetzt vorweg -, dass man in der Tat umfangreich über diesen Sachverhalt diskutieren sollte, was wir heute natürlich nur im Lauf der Debatte machen.

Herr Breyer hat schon darauf hingewiesen, dass er Zeitdruck sieht. Deshalb besteht nicht die Möglichkeit, das in die Ausschüsse zu überweisen, um diese Angelegenheit ernsthaft zu diskutieren. Denn man muss in der Tat die Vor- und die Nachteile von eCall sehen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Ja.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Danke, Herr Minister. - Ich weiß nicht, ob Sie letztes Mal bei der Debatte um die Transparenz von Radarkontrollen anwesend waren, weil wir auch da schon das individuelle Fahrverhalten der unterschiedlichen Abgeordneten besprochen hatten.

(Heiterkeit)

Wenn Sie den Fall bilden, Herr Kollege Dr. Dolgner und ich fahren auf dem Land in einen Graben, könnten Sie vielleicht auch noch die Variante in Betracht ziehen, dass wir nicht in einen Graben fahren und deshalb auch nicht gerettet werden müssen?

- Ich wünsche Ihnen das sehr.

Meine Damen und Herren, noch einmal ganz kurz zu dem Thema: Die Länder haben dazu Stellung genommen. Es gibt eine **Stellungnahme des Bundesrates** vom 20. September 2013, in der wir als Länder - auch mit den Stimmen Schleswig-Holsteins - darauf hingewiesen haben, dass bei einem solchen System Technologieneutralität gewährleistet werden muss, dass klar geregelt werden muss, wer welche Daten erhält und nutzen darf, und in der wir auch die Einrichtung einer Datenbank abgelehnt haben. Auf das EU-Parlament und weitergehende Vorschläge ist auch schon hingewiesen worden.

Ich möchte nur Folgendes sagen: Ich sehe persönlich, sofern die Maßgaben des Bundesrates und auch des EU-Parlamentes mit weiteren **Vorschlägen pro Datenschutz** berücksichtigt werden, eine Einführung des eCall-Systems - auch so, wie es vorliegt: per Zwang ab 2015 Einbau in Neufahrzeuge - positiv.

(Beifall Dr. Axel Bernstein [CDU])

Mir geht es natürlich als Verkehrsminister darum, dass wir jede Möglichkeit, die Zahl der Verkehrstoten zu verringern und eine Reduzierung bei der Schwere der Verletzungen zu erreichen, nutzen sollten. Ich sage aber genauso deutlich - ich habe das vorhin gesagt -: Das Thema bedarf einer sorgfältigen Abwägung. Deshalb hätte ich mir ge-

wünscht, dass man das in den Ausschüssen diskutieren kann.

Herr Breyer, ich gebe zu, es gibt in der Begründung Ihres Antrags einen Punkt, den ich absolut ablehne. Das sage ich hier sehr deutlich. Die Argumentation, Leute, die betrunken Auto führen, dadurch zu schützen, lehne ich ab. Das haben Sie vorhin in Ihrer Rede noch einmal wiederholt. Ein Leitmotiv „Drink and Drive“ - bei aller Ernsthaftigkeit der Diskussion - dadurch sozusagen zu propagieren, sollten wir wirklich lassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Breyer, bitte schön.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Minister, ich möchte das klarstellen, weil das falsch verstanden worden ist. Es geht nicht darum, **Betrunkene** zu schützen, sondern es geht darum, dass der **Unfallgegner**, der am Unfallort auf die Ersthilfe des Fahrers angewiesen ist, diese Erste Hilfe auch bekommt und der Fahrer nicht durch ein Zwangsnotruf quasi veranlasst wird, die Unfallstelle zu verlassen, weil er selbst Nachteile befürchtet. Es geht also um den Schutz des Unfallgegners und nicht um den Schutz des betrunkenen Fahrers.

(Zurufe SPD)

- Das ist aber jetzt wirklich sehr konstruiert. Das gilt für alle Fälle, die wir hier und heute gebildet haben. Aber auch das hat noch einmal gezeigt, dass es angebracht wäre, dieses Thema noch mehr zu diskutieren. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es ist beantragt worden, eine Abstimmung in der Sache durchzuführen. Wenn ich das richtig verfolgt habe, hat dem niemand widersprochen.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Deshalb frage ich Sie jetzt, wer dem Antrag Drucksache 18/1857 zustimmen will. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion, der Piratenfraktion, von SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Wer ist gegen diesen Antrag? - Das sind die Abgeordneten der CDU. Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU angenommen.

(Beifall PIRATEN)

Meine Damen und Herren, ich rufe die Tagesordnungspunkte 32 und 39 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Den schleswig-holsteinischen Mittelstand fit machen für den europäischen und den weltweiten Wettbewerb**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1865

b) Europäische Initiative zum sozialen Unternehmertum in Schleswig-Holstein umsetzen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1872

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Hartmut Hamerich von der CDU-Fraktion das Wort.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Am 1. Mai 2014 hat sich die Erweiterung der **Europäischen Union** um zehn **zentraleuropäische Staaten** sowie Malta und Zypern zum zehnten Mal geährt. All diese Staaten haben sich im vergangenen Jahrzehnt wirtschaftlich fortentwickelt und - wie ich finde - vorbildlich in die Europäische Union integriert. Diese Länder haben in den vergangenen zehn Jahren von der EU-Mitgliedschaft stark profitiert, aber sie mussten durch die Übernahme von europäischem Recht oft auch unbequeme Anpassungsprozesse vollziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, trotz der **Schulden- und Wirtschaftskrise**, die vor vier Jahren etliche europäische Staaten erschüttert hatte, hat es zum Beispiel Polen, ein stark mittelstandgeprägtes Land, seit 2005 geschafft, sein Bruttoinlandsprodukt von 34 % auf 67 % im Vergleich zu Deutschland zu steigern. Auch der schleswig-hol-

steinische Mittelstand hat sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise einmal mehr als Stabilitätsanker für die heimische Wirtschaft erwiesen. Mit seiner verantwortungsvollen Beschäftigungspolitik hat er darüber hinaus erheblich zur schnellen Überwindung der Krise in Deutschland beigetragen. Das zeigt: Europa ist nicht nur das Europa der Staubsauger- und Kaffeemaschinenregulierer, nein.

Noch vor wenigen Jahren haben wir uns geärgert, wenn man nach dem Urlaub in Italien oder Spanien seine Handyrechnung bekommen hat. **Europa** hat die **Roaming-Gebühren** begrenzt. Ein wichtiger Vorteil ist insbesondere der zollfreie Zugang zu einem großen, kaufkraftstarken Markt: Am gesamten EU-Außenhandel hat der Intra-EU-Handel einen Anteil von über 60 %. Die **Zollfreiheit** ist Teil der Warenverkehrsfreiheit und der Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist unbestritten: Europa ist eine gute Sache. Während die Freiheit des Warenverkehrs für wenig Diskussionsstoff sorgt, wurde die **Arbeitnehmerfreizügigkeit** bereits im Vorfeld der Erweiterung von den EU-Staaten kontrovers diskutiert. Zu groß ist bis heute die Furcht vor einer Flut von Arbeitsmigranten aus dem Osten Europas.

Nur: Auf der anderen Seite stellen wir eine immer stärkere globale Vernetzung der Wirtschaft und des demographischen Wandels fest, der die kleinen und mittleren Unternehmen vor große Herausforderungen stellt. Deshalb brauchen wir zur Deckung des **Fachkräftebedarfs** eine **neue Willkommenskultur**, um Fachkräfte überhaupt anwerben zu können. Dazu gehört auch, dass wir mehr Investitionen in Bildung, insbesondere in die Fremdsprachenkompetenz, sowie eine bessere Vernetzung Schleswig-Holsteins in Europa und die Einführung oder Vervollkommnung des erfolgreichen dualen Systems der Ausbildung in Betrieb und Berufsschule brauchen. Alle jungen Menschen in Europa brauchen eine Chance auf einen Ausbildungsplatz und damit eine Zukunftsperspektive. Nur so kann unser Mittelstand seiner Rolle als Motor für Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung auch weiterhin gerecht werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen dafür Sorge tragen, dass die notwendigen **Rahmenbedingungen** für ein **mittelstandsfreundliches Klima** geschaffen werden.

Die CDU will, dass sich die Europäische Union auf das Wesentliche konzentriert und die Menschen

(Hartmut Hamerich)

nicht mit Belanglosigkeiten wie der Staubsauger- und der Kaffeemaschinenregulierung behelligt.

(Beifall CDU und FDP)

Wer das will, muss auch im Kleinen, nämlich in Schleswig-Holstein, dafür Sorge tragen, dass die Wettbewerbsfähigkeit des schleswig-holsteinischen Mittelstands auf einer soliden Basis stehen bleibt. Denn ohne Unternehmerinnen und Unternehmer, die bereit sind, zu investieren und Risiken einzugehen, kann es auf Dauer keine Beschäftigung und keinen Wohlstand geben.

Hier sieht die CDU die vordringlichste Aufgabe der Landesregierung: **Schleswig-Holstein** muss stärker an **europäischen Programmen** partizipieren. Wir müssen die bestehenden Programme endlich vollständig ausnutzen. Wir brauchen eine wirksame Wirtschaftsförderung durch schwerpunktmäßige Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen wie zum Beispiel - als Rückgriff auf heute morgen - den Ausbau des Breitbandnetzes. Wir brauchen eine Harmonisierung der Förderpolitiken des Landes, des Bundes und der EU. Wir sehen doch an der Gemeinschaftsausgabe der regionalen Wirtschaftsentwicklung oder auch an der Energiewende, dass nationale oder regionale Insellösungen in einem Subventionswettbewerb zum Schaden aller enden. Mehr gemeinsames Handeln im Großen wie im Kleinen macht Europa erfolgreich und stärkt die Wirtschaft.

Dann haben die Rückbauer Europas, die verbitterten und verbohrten Professoren der AfD, für die das Aussteigen und Selbermachen das Allheilmittel zu sein scheint, keine Chance.

Ich sage hier noch einmal ganz deutlich: Nationale und regionale Alleingänge sind für das 21. Jahrhundert in Europa keine Lösung. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die SPD erteile ich der Abgeordneten Regina Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre eines ans Tageslicht gebracht hat, dann dies: Unersättliche Gier von Unternehmen und Märkten belastet unsere Gesellschaft und nicht zuletzt unsere öffentlichen Haushalte. Da wurden sich die Taschen vollgestopft, und wenn nichts mehr ging,

durfte der Staat einspringen und retten, was zu retten war. Das waren in der Regel die Arbeitsplätze von Menschen.

Aber es geht auch anders. Es gibt sie, die **Unternehmen**, denen soziale Ziele wichtiger sind als Gewinnmaximierung um jeden Preis. Es gibt sie, die Unternehmen, die eher die gesellschaftlichen Auswirkungen ihrer Arbeit und den sozialen Zusammenhang im Blick haben als die Erwirtschaftung von Gewinn für Eigentümer und Anteilseigner. Es gibt sie, die Unternehmen, die lokal verankert sind, die verantwortlich und innovativ geführt werden, insbesondere auch durch Einbindung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Es gibt sie, die Unternehmen, die die ökologischen Folgen ihrer Arbeit im Blick haben.

Nachhaltiges Wachstum also, was auch **nachhaltige Arbeitsplätze** bedeutet. Das Geheimnis des Erfolges dieser Unternehmen ist zugleich ihr Wettbewerbsvorteil, nämlich nachhaltige Investitionsmöglichkeiten, weil Unternehmensgewinne wieder in das Unternehmen investiert werden.

Wir haben viele historische Beweise für die Widerstandsfähigkeit beispielsweise des genossenschaftlichen Geschäftsmodells in Zeiten der Krise. Immer wieder haben sich **Genossenschaften** als die effektivste Alternative zum Schutz von Einkommen und Beschäftigung erwiesen und damit als Antwort auf wirtschaftliche Schwierigkeiten. Diese Betriebe zu unterstützen, muss die zentrale Lehre aus der Finanz- und Wirtschaftskrise sein.

(Beifall SPD und Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auf der Ebene der Europäischen Union tut sich auf diesem Feld einiges, und mit unserem Antrag wollen wir erreichen, dass Schleswig-Holstein davon profitiert. Dazu gehört natürlich zunächst ein verbesserter rechtlicher Rahmen von Sozialunternehmen. Die EU hat ein ganzes Maßnahmenpaket vorgelegt, aus dem mir ein leichter Zugang zu öffentlichen Aufträgen, aber auch ein leichter Zugang zu Finanzierung als die wichtigsten Maßnahmen erscheinen.

Die Vorschläge bei der Finanzierung reichen von den EU-Strukturfonds bis zu privaten Investitionen in Fonds, die wieder in soziale Unternehmen investieren. All das kommt unseren Betrieben in unserem Land zugute. „**Soziales Unternehmertum**“ ist dabei übrigens der europäische Terminus. Es geht um die Art des Wirtschaftens, nicht um das Produkt, das genauso ein Fahrrad wie genossenschaftli-

(Regina Poersch)

cher Gemüseanbau oder Essen auf Rädern sein kann.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme damit zum **CDU-Antrag** zum **Mittelstand**, der mich erstaunt hat. Unsere Wirtschaft in Schleswig-Holstein muss nicht „fit gemacht werden“. Sie ist fit.

(Lachen Christopher Vogt [FDP])

Wissen Sie eigentlich, wie viele europäische und Weltmarktführer wir in Schleswig-Holstein haben? Neben den bekannten Namen, die einem so einfallen, will ich hier wenigstens Feuerwerk von WECO in Kiel, Fischverarbeitungsmaschinen von Baader in Lübeck, die Silbermanufaktur Robbe & Berking in Flensburg, die Weltmarktführer für silbernes Tafelbesteck sind, nennen. Diesen Unternehmen müssen wir nun wahrlich kein Fitnessprogramm verordnen. Sie sind fit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Es würde schon reichen, wenn Sie sie in Ruhe lassen würden!)

Was sie aber brauchen, sind Rahmenbedingungen, unter denen sie weiterhin spitze in ihrem Bereich sein können.

Wir sind uns natürlich einig darüber, dass die **Strukturen** stimmen müssen. Wenn ich mich daran erinnere, wie Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, die Schuldenbremse zum Kaputtsparen missbraucht haben, muss ich Ihnen sagen: Wir sind diejenigen, die immer gesagt haben, **Konsolidieren und Investieren** passen gut zusammen.

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Sie investieren doch gar nicht! - Zuruf Johannes Callsen [CDU])

Wir haben Sondervermögen eingerichtet. Wir setzen unsere Schwerpunkte.

(Christopher Vogt [FDP]: Niedrige Investitionsquote!)

Ich erinnere an dieser Stelle daran, dass zur Wettbewerbsfähigkeit auch gut ausgebildete junge Fachkräfte gehören. Nicht die Wirtschaft in Schleswig-Holstein muss fit gemacht werden für die Märkte, sondern offenbar muss die CDU-Landtagsfraktion für die Wirtschaftspolitik fit gemacht werden.

(Beifall SPD und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist wahr!)

Ich teile aus der Begründung des CDU-Antrags zum Mittelstand, dass sich der schleswig-holsteinische Mittelstand in der Finanz- und Wirtschaftskrise einmal mehr als Stabilitätsanker erwiesen hat. Verantwortungsvolles Wirtschaften tut unserem Land gut. Das wollen wir mit unserem Antrag auch unterstützen.

Ich schlage vor, dass wir beide Anträge in den Wirtschaftsausschuss und in den Europaausschuss überweisen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Europaausschuss reicht!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wirtschaft und Europa, Wirtschaft und Schleswig-Holstein! Die Wirtschaft in Europa und in Schleswig-Holstein wird grüner. Kein Geheimnis - mit **grünen Ideen** kann man längst **schwarze Zahlen** schreiben. Die Profiteure dieser grünen Innovationspolitik sind unsere kleinen und mittelständigen Unternehmen. Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt zu Zeiten der Energiewende dieses Potenzial in Schleswig-Holstein heben? Das ist es, was sich diese Koalition auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Wir wollen die **Wirtschaftspolitik** tatsächlich als **Gestaltungspolitik** begreifen. Ich darf die vielen Windkraftanlagenhersteller in Schleswig-Holstein nennen, die Solarstromfirmen. Nicht E.ON, nicht Vattenfall haben für die Innovationen und die Wertschätzungsketten gesorgt. Das Geld bleibt durch eine nachhaltige, regenerative Wertschöpfungskette in Schleswig-Holstein in der Region. Das ist gut so, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deshalb ist unsere Wirtschaftspolitik orientiert an ökonomisch sinnvollen Maßnahmen, an einer ökologischen Modernisierung und an einer sozial gerechten und nachhaltigen Politik. Ja, es ist ein kleines Wirtschaftswunder, ein kleiner Green New Deal für dieses Land. Es wird uns eine ganze Reihe von Jobs und Arbeitsplätzen auch für die Zukunft sichern.

(Dr. Andreas Tietze)

Es geht um qualitatives und intelligentes Wachstum. Das hohe Potenzial dieser neuen Technologien müssen wir in Schleswig-Holstein noch stärker heben. Ich war mit Herrn Albigh und Herrn Vogt in China. Wir haben gesehen, wie dringend dort Umwelttechnologien gebraucht werden, welcher große Bedarf nach regenerativen Energien dort herrscht und wie wichtig die Themen Ressourceneffizienz, maritime Wirtschaft und Speichertechnologien sind. In der Tat geht es darum, in der Zukunft mit weniger Einsatz mehr wirtschaftliche Erfolge, mit weniger Rohstoffen, mit weniger Ressourcen mehr Effizienz zu erreichen. Wer - wie gesagt -, wenn nicht wir, können diese Technologien hier in Schleswig-Holstein nach vorn bringen?

Es geht um **Forschung und um Bildung**. Bildung ist tatsächlich für diese Wirtschaftspolitik der Treibstoff im Maschinenraum der Zukunft. Es geht um Konzepte, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht um Nachhaltigkeit und um gut Leben und gut Wirtschaften und das zusammenzubringen. Dafür steht unsere Koalition.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe Kollegen, das geht nicht gegen die Natur. Das geht nur **mit der Natur**. Auch von der Natur lernen heißt, beispielsweise neue Technologien aufnehmen, Innovationen wie zum Beispiel Bionic oder andere Dinge. Wir haben eine Gesellschaft, für die nutzen viel wichtiger als besitzen ist. In der Zukunft wird sich auch eine Automobilindustrie damit auseinandersetzen haben, dass sie in 20 Jahren vielleicht keine Autos mehr verkauft, sondern Mobilität.

(Lachen Dr. Heiner Garg [FDP])

- Warum denn eigentlich nicht? Das wird ein Wirtschaftsfaktor sein, den die Verbraucherinnen und Verbraucher in dieser Wirtschaft verlangen werden. Es gibt bereits 15 Millionen Deutsche, die ihre **Verbrauchsentscheidung** daran orientieren, die sogenannten **LOHAS**, Lifestyle of Health and Sustainability. Diese Zahl wächst jedes Jahr an. Das ist nicht nur eine interessante Wählergruppe, sondern auch Verbrauchergruppe. Sie schaut sich Produkte genau an: Woher stammen sie? Sind sie sozial gerecht hergestellt? Sind sie ökologisch sinnvoll? Sind sie für den Klimawandel zu gebrauchen? Deshalb ist das eben keine Wirtschaftspolitik mit der Gießkanne, die wir wollen. Die EU-Programme, die wir aufstellen, richten sich mit der strategischen Zielperspektive an das nachhaltige Wirtschaften, an eine ökologische Modernisierung. Für uns ist das

wirtschaftspolitisch gut, was Ressourcen einspart, was Effizienz steigert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir konnten das auf unserem Parteitag in Brunsbüttel erleben. Es ist längst nicht mehr so, das Grüne Angst haben, mit der Industrie zu sprechen.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie haben vor Ihnen Angst!)

Wir haben uns zu dem Thema bekannt. Wir wollen eine gute und vernünftige Industriepolitik für Schleswig-Holstein. Eine **nachhaltige Industriepolitik** muss aber auch eine **Transformation** liefern. Sie kann nicht mehr mit den alten Konzepten der Vergangenheit am Markt bestehen. Wenn wir das umbauen, machen wir hier in Schleswig-Holstein eine Wirtschaftspolitik und sind wirklich vorn.

Lassen Sie mich noch einen letzten Satz zum **sozialen Unternehmertum** aus dem EU-Antrag sagen. Das ist ein wichtiger Punkt: Der BIP-Anteil der Sozial- und Gesundheitswirtschaft beträgt 10 %. Es gibt jährlich zweistellige Wachstumsraten. Dort arbeiten 11 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das sind 4,5 % der Erwerbsbevölkerung. Wir sind für solidarische Ökonomien.

Auch die Themen soziale ländliche Räume, soziale Städte und Mobilität in den Städten sowie Inklusion und Solidarität sind Stichworte. Wir glauben, dass man mit **regionalen Wirtschaftskreisläufen** auch ein System gegen die Weltwirtschaft schafft. Das heißt, man kann mit regionalen Ökonomien auch krisenfest werden. Sie können in einer Krise nämlich so tatsächlich selbstbewusst bestehen und auch in einer Krisensituation weiter wirtschaften. Das ist bei der Labilität unserer Wirtschaft sehr wichtig und ein Alleinstellungsmerkmal. Auch das werden wir mit Nachdruck verfolgen und in Schleswig-Holstein mit Nachhaltigkeit umsetzen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss: Eine erfolgreiche Wirtschaftsstrategie für Schleswig-Holstein ist eine Balance zwischen Ökonomie und Ökologie. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt das Wort.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Jetzt kommt der zweite Chinese!)

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach diesem grünen Werbeblock möchte ich mich zunächst mit dem CDU-Antrag auseinandersetzen. Dieser Antrag enthält viele eher allgemeine Forderungen mit Blick auf die **Europawahl**, aber es sind auch viele wichtige Forderungen enthalten, die wir ebenfalls unterschreiben können. Beispiele dafür sind eine verstärkte Wirtschaftsförderung durch eine **bessere Daten- und Verkehrsinfrastruktur** und eine Harmonisierung der Förderpolitiken, um Subventionswettläufe zu verhindern. Man höre und staune: Wahrscheinlich meinen wir an dieser Stelle etwas anderes als die CDU-Fraktion. Ferner sind zu nennen der Abbau von Bürokratie, die Stärkung der Verbundforschung, mehr Investitionen in Bildung und die Deckung des Fachkräftebedarfs.

So weit, so gut. Das können wir unterschreiben.

(Draußen ertönt ein Schiffshorn)

- Mit Blick auf die Europawahl und die Fähren, die hupend durch die Gegend fahren, sollten wir feststellen, dass Europa seine sozialen Errungenschaften, also das vergleichsweise hohe **Niveau der sozialen Absicherung**, auf Dauer nur dann erhalten können wird, wenn es sich immer wieder aufs Neue um den Erhalt beziehungsweise die Herstellung der **Wettbewerbsfähigkeit** bemüht und wenn es auch in Zukunft innovative Produkte in die ganze Welt exportieren kann.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Ohne eine starke Wirtschaft ist der Sozialstaat, wie wir ihn bisher kennen und erhalten wollen, nicht finanzierbar. Das sollten wir uns immer wieder vor Augen führen. Unser segensreicher Wohlstand ist gerade in Schleswig-Holstein im Wesentlichen auf den Mittelstand, also auf die vielen **kleinen und mittleren Betriebe**, die meistens inhabergeführt sind, zurückzuführen, aber auch auf den industriellen Kern und das produzierende Gewerbe. Hier entstehen die entscheidenden Ideen für neue Produkte und konkurrenzfähige Dienstleistungen. Hier wird die maßgebliche Wertschöpfung erzielt, die unsere gesamte Volkswirtschaft trägt und die Kaufkraft steigert.

Auch im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur, über die wir heute schon gesprochen haben, und mit Blick auf die bezahlbaren Energiepreise, die wir brauchen, und auch mit Blick auf ein gewisses Maß an Flexibilität am Arbeitsmarkt sage ich: Wer Wohlstand für alle möchte und propagiert, der muss die richtigen **Rahmenbedingungen für die Wirtschaft** schaffen. Frau Kollegin Poersch, ich bin etwas anderer Auffassung. Es ist eben nicht alles gut. Schleswig-Holstein hat bei der wirtschaftlichen Entwicklung im Vergleich der westdeutschen Bundesländer und im Vergleich zu anderen vergleichbaren europäischen Regionen einen großen Nachholbedarf. Deshalb muss die Landesregierung den Mittelstand mit den richtigen Rahmenbedingungen stärken, wo sie es nur kann. Das hat nichts damit zu tun, dass ich die Unternehmen schlechtrede. Ganz im Gegenteil, wir haben viele starke kleine und mittlere Unternehmen in Schleswig-Holstein. Wir müssen aber die richtigen Rahmenbedingungen setzen.

(Beifall FDP)

Das Land Schleswig-Holstein braucht endlich eine aktive Industriepolitik. Das gehört zur Wahrheit dazu. Da schlummert die Landesregierung weiter vor sich hin. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Mir bereitet es große Sorge, wenn ich mir beispielsweise die industrielle Entwicklung in unserer Landeshauptstadt anschau. Die Landesregierung muss dort, wo es industrielle Kerne gibt, gemeinsam mit den Kommunen an Konzepten dafür arbeiten, wie dieser negative Trend gestoppt und am besten wieder umgekehrt werden kann. Brunsbüttel wurde schon genannt. Mit Blick auf die Koalitionsfraktionen möchte ich sagen: Es wäre schon ein guter Anfang, wenn die rot-grün-blaue Landesregierung von weiteren gesetzgeberischen Gängelungen der Unternehmen absehen würde.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wenn ich mir die derzeitige Wohnungsbaupolitik, die Umweltpolitik, den Denkmalschutz und das Vergaberecht anschau, dann habe ich jedoch nur wenig Hoffnung. Die Landesregierung macht den Unternehmen lieber Vorschriften, statt den Mittelstand und die industriellen Kerne in unserem Land zu unterstützen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Dr. Stegner?

Christopher Vogt [FDP]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege Vogt, ich freue mich sehr über Ihren letzten Satz. Sie haben von den Gesetzen gesprochen, die eine Gängelung für die Wirtschaft seien. Ich erinnere mich an die im Zusammenhang mit dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz abgegebenen Prognosen. Mit großer Freude habe ich in diesen Tagen zur Kenntnis genommen, dass Sie von Ihren Ankündigungen Abstand genommen haben, diese Regelungen vor Gericht zu beklagen. Insofern ist die Einsicht auch auf Ihrer Seite da, dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Dr. Stegner, wie in den letzten Tagen den Zeitungen zu entnehmen war, hatten Sie in den letzten Tagen nicht viel Grund zur Freude. Daher freue ich mich, dass ich Ihnen eine Freude machen konnte.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

In der Tat ist dies juristisch sehr kompliziert. Wir hatten gesagt, wir prüfen das. Diese Prüfung hat ergeben, dass dies sehr langwierig und kompliziert ist. Das heißt allerdings nicht, dass es - wie der Kollege Harms es an dieser Stelle etwas selbstgefällig festgestellt hat - ein gutes Gesetz ist. Die Rückmeldungen, die wir bisher vom Handwerk und von den Kommunen haben, sind desaströs. Man muss aber feststellen: Dort hat man bisher relativ wenig Erfahrungswerte sammeln können. Herr Kollege Harms, wenn man beispielsweise mit Vertretern des Handwerks spricht, dann wird gesagt, die Auftragsbücher seien derzeit so voll, dass man kein Interesse an öffentlichen Aufträgen habe. Dies wird sich vielleicht in den nächsten Jahren ändern. Dann werden wir die Auswirkungen merken.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

An dieser Stelle möchte ich sagen: Es ärgert mich auch mit Blick auf den Europawahlkampf sehr, wenn Populisten in Europa behaupten, die **deutsche Exportstärke** sei das Problem der europäischen Volkswirtschaften. Das geht von ganz weit rechts bis ganz weit nach links. In der Mitte findet man diese Aussagen zum Glück nicht so sehr. Dies wird immer wieder behauptet. Man muss sich einmal mit den Fakten beschäftigen: Wenn die Exporte in Deutschland gestärkt werden und zunehmen, dann profitieren auch die anderen europäischen Länder davon. Schließlich ist es so, dass viele Teile in an-

deren europäischen Ländern hergestellt werden. Die Welt ist eben nicht mehr so, wie es sich die AfD und andere - wie vielleicht die Linkspartei - vorstellen. Europa ist stark vernetzt. Die Wirtschaft ist europäisch ausgelegt. Wenn die deutsche Volkswirtschaft durch vermehrte Exporte profitiert, dann profitieren auch alle anderen. Insofern ist es Unsinn, was dort behauptet wird. Es gibt entsprechende Studien, die man sich anschauen kann.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte mich noch kurz mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen auseinandersetzen. Es mag an mir liegen, aber trotz mehrmaligen Lesens habe ich nicht so richtig verstanden, was Sie eigentlich von uns oder von der Landesregierung wollen. Vielleicht können wir darüber noch einmal im Ausschuss beraten. Ich glaube, es ist ausreichend, wenn beides im Europaausschuss beraten wird. Ich weiß nicht, ob Sie die Unternehmen der Wohlfahrtsverbände weiter bezuschussen wollen oder was genau Sie jetzt von uns wollen. Wir haben den Antrag nicht so richtig verstanden. Wir sind aber abgeschlossen, mit Ihnen im Europaausschuss darüber zu diskutieren.

Abschließend möchte ich sagen: Ich glaube, die große Mehrzahl der kleinen und mittleren Betriebe in Schleswig-Holstein geht verantwortungsbewusst mit ihren Mitarbeitern um, investiert schlau und arbeitet umweltbewusst. Das sind soziale Unternehmen. Die ständigen Ratschläge von Politikern und ihre Einteilungen in gute und schlechte Unternehmen halte ich langsam für ein bisschen irre. Ich glaube, davon sollten wir wegkommen. Alle Unternehmen in Schleswig-Holstein sind gute Unternehmen.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Anders als der Kollege Vogt beginne ich mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen die Europäische Initiative zum sozialen Unternehmertum betreffend. Ich möchte bekräftigen, dass die **Sozialwirtschaft** viele Bereiche in unserer Gesellschaft umfasst. Sie ist beispielsweise aktiv in

(Dr. Patrick Breyer)

den Bereichen Pflege, Jugendhilfe oder Arbeitsmarktintegration aktiv. Im weiteren Sinne könnte man zum Bereich Sozialwirtschaft auch Einrichtungen wie freie Kindergärten oder auch Organisationen zählen, die im Bereich Fairtrade, also nachhaltigem Konsum, tätig sind.

Die Besonderheit sozialer Unternehmen ist, dass sie nicht das Ziel der Gewinnerzielung verfolgen, sondern gemeinnützig tätig sind. Die EU-Kommission will nun insbesondere den Zugang dieser Unternehmen zu Kapital stärken, was natürlich zu begrüßen ist.

Man muss allerdings sehen, dass die EU-Kommission aus Kompetenzgründen nur den Bereich der sozialen Unternehmer, also soziales Unternehmertum, behandelt. Dieser Bereich umfasst nicht die gesamte Sozialwirtschaft. Zum Beispiel bleiben hierbei **Selbsthilfeorganisationen** außen vor. Man sollte dazu sagen, dass soziale Unternehmen oder der Bereich der Sozialwirtschaft nicht gänzlich unumstritten sind, wie dies vielleicht aus dem Antrag herausgelesen werden könnte. Es wird zum Beispiel davor gewarnt, dass soziale Unternehmen als Eisbrecher zur **Privatisierung sozialer Dienstleistungen** genutzt werden könnten, was natürlich unerwünscht wäre.

Überhaupt ist nicht alles gut im Bereich der Sozialwirtschaft. Wir erinnern uns an die medial sehr intensiv geführten Diskussionen zum Thema Arbeitsbedingungen. Gerade die zum Teil im Bereich der kirchlichen Unternehmen herrschenden Arbeitsbedingungen werden sehr scharf kritisiert. Tarifverträge können dort teilweise nicht durchgesetzt werden.

Kritiker bemängeln - so ist in der Presse zu lesen -, dass sich soziale Einrichtungen vielfach in kapitalistische Musterbetriebe verwandelt hätten, die sich kaum noch von echten Shareholder-Value-Größen an der Börse unterscheiden ließen. Das heißt, sie sind nicht mehr Kleinunternehmen, sondern teilweise wirklich Konzerne geworden. In demselben Artikel ist sogar die Rede von einer Behindertenindustrie, die von Exklusion lebe und sie zementiere. Für die Träger lohne sich der dauerhafte Verbleib behinderter Menschen in Einrichtungen und Maßnahmen. Ich finde, auch solche Kritik muss man an dieser Stelle ernst nehmen.

(Beifall PIRATEN und Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Interessant ist auch der Blick über die deutschen Grenzen hinweg nach Europa, gerade im Rahmen eines europäischen Programms. In vielen europäischen Ländern gehört nämlich schon definitionsge-

mäß zum Begriff der sozialen Unternehmen, dass diese Organisationen partizipativ und demokratisch von einem Gremium gesteuert werden, in dem die verschiedenen Anspruchsgruppen repräsentiert sind. Dieses Element, dass zu einem sozialen Unternehmen auch eine **demokratische Governance** gehört, ist bisher in Deutschland noch nicht angekommen. Hier können wir, meine ich, sehr viel von unseren europäischen Nachbarstaaten lernen.

Gleiches gilt für den Bereich der **Wirkungsmessung**. In anderen Ländern werden teilweise schon sehr eingehende Verfahren eingesetzt, um das, was ein soziales Unternehmen bewirkt, auch quantitativ darstellen zu können. Auch eine Schärfung dieser Instrumente kann den Zugang zum Kapitalmarkt stärken.

Insgesamt geht der Antrag der Koalitionsfraktionen in die richtige Richtung. Mir wäre noch wichtig, dass, soweit Sie eine Unterstützung aus EU-Mitteln fordern, dies nicht in Richtung **einzelbetrieblicher Förderung** geht, sondern dass es darum geht, zum Beispiel im Bereich von Aus- und Fortbildung soziale Unternehmen insgesamt zu unterstützen und allen den Zugang dazu zu ermöglichen.

Meine Beurteilung des Antrags der CDU-Fraktion, mit dem laut Titel der schleswig-holsteinische Mittelstand fitgemacht werden soll, ist genau entgegengesetzt zu Ihrer, Herr Kollege Vogt. Ich kann dazu eigentlich nur sagen, dass ich darin nur Allgemeinplätze finden kann. Dort lesen wir Allgemeinplätze wie „mehr Investition in Bildung“. Da ist die Rede von einer Vervollkommnung des dualen Ausbildungssystems, was auch immer das ist. Ich denke, mit einer Förderung unternehmerischer **Innovationsfähigkeit** wollen Sie gerade die einzelbetriebliche Förderung fortsetzen, obwohl bekannt ist, dass das mit enormen Mitnahmeeffekten verbunden ist. Das läuft auch Ihrem eigenen Ziel in dem Antrag zuwider, nämlich dem Subventionswettbewerb entgegenzuwirken. Gerade durch einzelbetriebliche Förderung kommt es doch dazu, dass die Bundesländer untereinander darum konkurrieren, wer die höchsten Subventionen zahlt, um Unternehmen zu sich zu holen. Diese **einzelbetriebliche Förderung** läuft auch Ihrem eigenen Ziel entgegen, endlich den Investitionsstau bei der Infrastruktur abzubauen.

Im Übrigen erscheint es mir doch sehr fragwürdig, wenn Sie eine neue Willkommenskultur fordern, aber gleichzeitig auf Bundesebene zum Beispiel durch eine Pkw-Maut für Ausländer alles dafür tun, damit sich Menschen aus anderen Ländern bei uns nicht willkommen fühlen.

(Dr. Patrick Breyer)

Infolgedessen kann dieser Antrag nicht auf unsere Zustimmung treffen. Ich denke auch nicht, dass er dem Mittelstand an dieser Stelle weiterhilft. Ich freue mich aber darüber, beide Anträge in den entsprechenden Ausschüssen näher zu beraten. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und Lars Harms [SSW])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es passiert selten, dass bereits der Antragstitel verkorkst ist. Im vorliegenden Fall empfinde ich es aber so: Der Mittelstand soll fitgemacht werden, steht da. Dabei beweisen bereits jetzt Schleswig-Holsteins Betriebe, dass sie mit ihren Dienstleistungen und Produkten auf dem europäischen Markt ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Sogar kleine Handwerksbetriebe aus dem nördlichen Schleswig-Holstein agieren selbstständig auf beiden Seiten der Grenze. Diese Betriebe sind fit.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

An der Überschrift zeigt sich das grundsätzliche Missverständnis, das man häufig bei Wirtschaftsförderern antrifft. Sie glauben, dass die Politik nur tätig wird, wenn man ordentlich auf die Pauke haut. Das macht man am besten mit Schwarzmalerei. Damit erweist man aber den Betrieben im Land einen Bärendienst. Sicherlich gibt es Probleme. Das stellt niemand in Abrede. Aber es gibt eben auch große Unterstützung und gute Lösungen.

Gerade im Mittelstand Schleswig-Holsteins gibt es sehr **innovative Betriebe**, die eine interessante Nische entdeckt und besetzt haben. Sie profitieren von dem Einfallsreichtum ihrer Beschäftigten. Doch um am Ball bleiben zu können, muss man in engem Kontakt zu den Kunden stehen. Keine Behörde oder Kammer kann das dem Chef abnehmen. Deshalb geht es um deren Unterstützung, und dafür sind flexible Angebote zur Verbesserung der Kontaktpflege gefragt. Das passiert zum Beispiel im Rahmen der EEGP-Richtlinie des Wirtschaftsministeriums durch die **Einführung elektronischer Geschäftsprozesse**. Damit kann die Anbindung an Lieferanten und Geschäftskunden mit entsprechender Qualifizierung der Beschäftigten verbessert werden. Das wird mit bis zu 200.000 € gefördert.

Wenn man also genau hinschaut, sieht man, dass das Wirtschaftsministerium passgenau das anbietet, was die Unternehmen benötigen.

Im Bereich **Fremdsprachenkompetenz** hakt es. Viele Einzelhändler und Handwerker im Norden suchen zum Beispiel händeringend Beschäftigte mit guten Dänischkenntnissen. Nun ist es nicht so, dass Hans nimmermehr lernt, was er als Hänchen versäumt hat. Auch Erwachsene können noch Sprachen lernen. Deshalb geht es darum, entsprechende Weiterbildungsangebote zu machen.

Leider ist dieser Wunsch oft vergeblich. So bietet die Arbeitsagentur trotz des großen Bedarfs keine **berufsspezifischen Sprachkurse** an, mit deren Hilfe sich Arbeitslose qualifizieren oder vorhandene Sprachkenntnisse auffrischen könnten. Der Bund muss hier nachlegen. Daneben ist das Angebot an den Berufsschulen für Dänisch zu gering. Dieses Problem müssen die Schulträger lösen.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf unseren Antrag zum sozialen Unternehmertum. Diese Unternehmen bieten nämlich Schulungs- und Bildungsmaßnahmen, darunter auch Sprachkurse, an. Diese Angebote gilt es zu erhalten, was zunehmend schwieriger wird, weil soziale Unternehmen auf der EU-Ebene einen schweren Stand haben. Sie dokumentieren einen deutschen Sonderweg: Während die Wohlfahrtsverbände in Deutschland einen enormen wirtschaftlichen Beitrag leisten, ist diese Betriebsform im Ausland oftmals völlig unbekannt. Bevor die **Sozialunternehmen** unter die Räder von EU-Regelungen kommen, müssen wir umgehend tätig werden.

Zurück zum CDU-Antrag. Duale Ausbildung - hier beziehe ich mich noch einmal auf das, was ich am Anfang sagte. Im Bemühen, die **duale Ausbildung** zu loben, wird im Gegenzug die überbetriebliche Ausbildung heruntergeredet. Im Antrag liest es sich so, als ob junge Menschen ohne duale Ausbildung keine Zukunftsperspektive hätten. Es ist sehr bedauerlich, dass wir nicht über Qualität der Ausbildung reden, sondern über Strukturen. Wir sollten das schleunigst ändern, bevor wir anderen Ländern mit erhobenem Zeigefinger kommen und europaweit Ausbildungsgänge dualisieren wollen.

Zusammenfassend zeigt sich, dass der Antrag wichtige Punkte thematisiert, die allerdings in Förderprogrammen und der Politik des Wirtschaftsministers aufgenommen und umgesetzt werden. Das gilt für die anderen angeführten Probleme wie die wachsende bürokratische Belastung, offene Nach-

(Flemming Meyer)

folgefragen im Handwerk, Fachkräftemangel, Förderduschungel und Kreditengpässe.

Zum Schluss noch eine redaktionelle Bemerkung: In der Begründung hat die CDU-Fraktion die europäische Einheit mit dem Euro verbunden. Das ist falsch und degradiert die EU zu einem Wirtschaftsklub. Die EU ist ein Verband von 28 demokratischen Ländern mit 500 Millionen wahlberechtigten Europäerinnen und Europäern. Auch die EU-Mitglieder, die nicht den Euro eingeführt haben, sind in diesen Verband gleichberechtigt eingebunden.

(Beifall SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wohl niemand wird behaupten, dass die zehn EU-Mitglieder ohne Euro - unter ihnen auch unser Nachbar Dänemark - ein EU-Mitglied zweiter Klasse wären, oder?

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Zunächst hat für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Regina Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wurde vom Kollegen Vogt, der der Debatte aktuell leider nicht mehr folgt, gefragt, ob wir mit unserem Antrag die Wohlfahrtsverbände stärker bezuschussen wollen. Das ist gar nicht Ziel der Europäischen Initiative für das soziale Unternehmertum. Für mich zeigt es eigentlich, warum es so wichtig ist, sich in den Ausschüssen einmal genau mit dieser Europäischen Initiative auseinanderzusetzen und dann natürlich auch die Verbindung, den Zusammenhang mit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft herzustellen, insbesondere mit dem Mittelstand. Da kommt dann der CDU-Antrag ins Spiel. Das macht alles durchaus Sinn.

Deshalb macht es auch Sinn - auch wenn der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses gerade nicht da ist -, es dann noch einmal im Wirtschaftsausschuss zu besprechen. Er hatte eben gebeten, das nur im Europaausschuss zu machen.

Ich finde, es steht uns gut zu Gesicht, über solidarische Ökonomien in den Ausschüssen noch einmal intensiv zu sprechen und die Dinge nicht einfach passieren zu lassen.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Sinne habe ich mich auch in meiner Rede geäußert. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass es hier um die Art des Wirtschaftens geht. Es geht überhaupt nicht um das Produkt. In den österreichischen Alpen gibt es Beispiele für Stahlproduktion im Sinne solidarischen Wirtschaftens. Es gibt Beispiele aus der Region Freiburg, was genossenschaftliche Lebensmittelversorgung angeht, und andere Dinge mehr. Darüber sollten wir reden, und zwar sowohl im Wirtschaftsausschuss als auch im Europaausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen aus dem Parlament nicht vor. Dann hat jetzt für die Landesregierung der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herr Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat, die vorliegenden Anträge bedürfen der weiteren Erörterung in den Ausschüssen. Es ist, glaube ich, auch gut so, dass wir das an dieser Stelle vertiefen.

Ich habe auch zu danken, Herr Hamerich, für Ihren engagierten Beitrag „Pro Europa“.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn ich glaube, häufig wird vergessen, wenn wir über verschiedene Themen reden, übrigens auch über den Aufbau Ost in Deutschland, dass ohne die Hilfe der Europäischen Union alle diese Prozesse überhaupt nicht zu bewältigen gewesen wären.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jeder - auch jede Partei vor den Europawahlen -, der das infrage stellt, negiert all diese Themen, die auch für Deutschland insgesamt ganz wichtig sind.

Meine Damen und Herren, in den letzten knapp zwei Jahren habe ich viele Unternehmen im Land besucht. Ich stelle immer wieder fest: Es gibt sehr erfolgreiche und stolze mittelständische Unternehmen in Schleswig-Holstein, viele exportorientiert, Herr Tietze, aber vor allen Dingen auch regional

(Minister Reinhard Meyer)

verankert. Das heißt, fitmachen ist eigentlich der falsche Begriff. Wir haben fitten Mittelstand in Schleswig-Holstein. Wir müssen ihn nur fithalten und weiterentwickeln. Das muss unser Fitnessprogramm für den Mittelstand sein.

(Vereinzelter Beifall SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich dürfen wir dabei auch die **Industriepolitik** nicht vergessen. Aber ich sage auch hier mit einer gewissen Sorge: Das größte Problem in der Industriepolitik ist, dass wir viele Entscheidungszentralen gar nicht hier in Schleswig-Holstein haben, sondern dass häufig - siehe Caterpillar - Entscheidungen weit weg von uns getroffen werden, die wir nur schwer beeinflussen können. Aber das nur am Rande.

Meine Damen und Herren, ich möchte drei Themen aus dem Antrag der CDU herausgreifen, die ganz wichtig sind.

Zum Thema Infrastruktur nur ganz kurz: Wir sind uns darüber einig, was die Standortqualität und damit auch die Rahmenbedingungen für den Mittelstand in Schleswig-Holstein angeht, dass wir die **Infrastruktur** verbessern müssen. Das gilt nicht nur für die Straßen. Das gilt für die Schienen- und Wasserwege. Das gilt für die Häfen. Das gilt auch für die touristische Basisinfrastruktur, und es gilt natürlich vor allen Dingen für das Thema **Breitband**. Wir hatten das Thema heute Vormittag.

Wichtig ist natürlich, dass man **Fördermittel** bündelt - Fördermittel aus der EU, aus dem Bund, aus dem Land, von den Kommunen. Es muss auch möglich sein - das steht ja auch in Ihrem Antrag -, **private Kofinanzierungsmittel** zu leisten.

Damit bin ich beim zweiten Thema, der **Wirtschaftsförderung**. Hier kommt es in der Tat darauf an, die Mittel gezielt einzusetzen, nicht mit der Gießkanne zu fördern, sondern sich zu konzentrieren. Das heißt ganz klar, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Wir wollen vor allen Dingen kleine und mittlere Unternehmen unterstützen. Wir wollen vor allen Dingen Innovation, Forschung und Entwicklung und Verbundprojekte, und wir wollen eine **CO₂-arme Wirtschaft**. Das klingt immer ein bisschen hölzern: CO₂-arme Wirtschaft. Dahinter steht energetische Modernisierung, ein Riesenthema, nicht nur bei Gebäuden, sondern auch in Produktionsprozessen, und dahinter steht das Thema „Green Economy“.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Beispiel zeigt, dass da viele Akteure in Schleswig-Holstein zusammengehen können. Bei dem aktuellen Projekt „Schaufenster intelligente Energie Wind“, das wir - Robert Habeck und ich - gemeinsam mit den Hamburger Kollegen auf den Weg bringen, geht es um die Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft in neuen Bereichen, die uns voranbringen. Da sitzen auch die kleinen Unternehmen wie AG Netz zum Beispiel zusammen mit Vattenfall an einem Tisch und ziehen an einem Strang. Das sind die Zukunftsprojekte, die wir uns vorstellen und die wir auch fördern wollen.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dritter Punkt: Das Thema **Fachkräfte** ist hier auch erwähnt worden. Ich möchte hier nur einen Punkt herausgreifen, weil er wichtig ist. Wenn wir in Europa immer wieder, wozu uns die EU auffordert, für die duale Ausbildung als Beispiel werben, dann gehört für mich immer auch der **Meisterbrief** dazu. Dieser braucht auch seine **Anerkennung durch die EU**. Denn das bedeutet: Wir können jungen Menschen erklären, es gibt Karrieren in diesem Bereich einschließlich der Unternehmensnachfolge, die natürlich auf den Meisterbriefen und deren Anerkennung fußen.

(Vereinzelter Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, ein Fitnessprogramm der Landesregierung für den Mittelstand steht. Wir haben ein gutes Beratungsangebot. Das Thema **Unternehmensfinanzierung** gehört dazu mit der Investitionsbank, mit der WTSH, mit der Bürgschaftsbank, mit der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft. Wir sollten auch die besondere Rolle sozialer Unternehmen in den Ausschüssen miteinander diskutieren, denn gerade das Ziel, Mehrwert für die Gesellschaft zu erzielen, ist ein ganz wichtiges. Das können wir über soziale Unternehmen erreichen. Kein Sonderprogramm, aber die Möglichkeit diskutieren, wie wir sie in die Förderung mit einbeziehen. Denn wir reden immer noch über die soziale Marktwirtschaft, für die wir gemeinsam streiten. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden, und zwar, die Drucksachen 18/1865 und 18/1872 feder-

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

führend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Europaausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann sind diese Anträge einstimmig so überwiesen worden.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesjagdgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/752

Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses
Drucksache 18/1033 (neu)

Ich erteile dem Berichterstatter des Umwelt- und Agrarausschusses, Herrn Abgeordneten Hauke Götttsch, das Wort.

Hauke Götttsch [CDU]:

Herr Präsident! Ich verweise auf die Vorlage.

(Vereinzelter Beifall CDU und SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Danke, Herr Abgeordneter, für den sehr ausschweifenden Bericht.

Jetzt kommen wir zur Beratung in der Sache. Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Marlies Fritzen das Wort.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem **Verbot bleihaltiger Büchsenmunition** bei der Jagd ab der nächsten Jagdsaison, ab dem 1. April 2015, bildet Schleswig-Holstein quasi die Speerspitze. Wir setzen die Erkenntnisse zahlreicher dazu gemachter Untersuchungen um.

Dies ist umweltpolitisch längst geboten, artenschutzrechtlich notwendig und berücksichtigt die Sicherheit der Jagd ausübenden. **Tierschutzgründe** stehen einer bleifreien Jagd nicht entgegen. Dies wird uns sowohl von den Jägerinnen und Jägern als auch von Tierschutzorganisationen bestätigt. Es ist nicht zuletzt auch erforderlich, damit Wild als Lebensmittel bedenkenlos verzehrt werden kann.

Diese zweite Lesung heute ist für mich deshalb ein Tag der Freude darüber, dass es gelungen ist, eine gesellschaftliche Mehrheit endlich auch in eine politische Mehrheit umzusetzen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach dem Lübecker Stadtwald und den Kreisforsten Lauenburg, die dies in ihren eigenen Jagden schon lange praktizieren, wird ab der nächsten Saison im ganzen Land bleifrei gejagt werden. Viele Jägerinnen und Jäger, mit denen ich auf dem Weg zu dieser Entscheidung gesprochen habe, setzen das heute schon freiwillig um und berichten von guten Ergebnissen.

Insofern vertritt der Landesjagdverband mit seiner, wie ich finde, wirklich vorgestrigen Haltung in dieser Frage nicht die Interessen der Gesamtheit seiner Mitglieder.

(Zuruf Angelika Beer [PIRATEN])

Die vom Landesjagdverband massiv und wiederholt vorgetragene **Ablehnung von bleifreier Munition** kann ich beim besten Willen nicht nachvollziehen. Seit den 1990er-Jahren gibt es eine breite Diskussion über Alternativen zu bleihaltigen Geschossen. Zahlreiche Untersuchungen sowohl zur Tötungswirkung, Frau Kollegin Beer, als auch zur Sicherheit der Jagd ausübenden haben schließlich gezeigt, dass beides weniger vom Material als von der Konstruktion der Geschosse abhängt und auch natürlich von der Treffsicherheit der Jägerinnen und Jäger.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Und der Aufprallgeschwindigkeit!)

Hinzu kommt eine Studie des Sachverständigenrats für Risikobewertung vom Dezember 2010, die vor häufigem Verzehr von Wildfleisch wegen der Akkumulation von Blei in unseren Körpern warnt. All diese Ergebnisse rechtfertigen, ja sie gebieten aus meiner Sicht sogar das Verbot bleihaltiger Munition. Dennoch wird dagegen scharf geschossen. Nach jeder abgeschlossenen Untersuchung, die zu dem Ergebnis kommt, bleifreie Jagd ist möglich, wurden weitere Untersuchungen gefordert. Warum diese Verzögerungstaktik?

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Aussage des Vorsitzenden des Agrar- und Umweltausschusses nach der Beratung unseres Gesetzentwurfs. Herr Götttsch sagte, man könne perspektivisch sehr wohl auf bleifreie Munition verzichten, aber man solle damit doch bitte schön warten, bis die Munitionsindustrie so weit sei.

(Marlies Fritzen)

Alle **Tierschutz- und Sicherheitsbedenken** also nur vorgeschoben? Genau da scheint meiner Meinung nach der Hase im Pfeffer zu liegen. Marktführer sind die amerikanischen Firmen Barnes und Hornady mit einer Auswahl von über 50 Geschossarten, die es heute schon auf dem Markt zu kaufen gibt. Die **deutsche Munitionsindustrie** hat diese Entwicklung im Wesentlichen verschlafen, obwohl die Debatte - ich sagte es bereits - seit über zwei Jahrzehnten geführt wird.

Ein letzter wichtiger Aspekt für dieses Hohe Haus soll nicht unerwähnt bleiben. Der Ministerpräsident a. D. hat keine Lust mehr am Jagen, hat er uns mitgeteilt, wenn er nur mehr bleifrei schießen darf. - Lieber Herr Carstensen, die Imkerei, die Ihnen auch viel Spaß macht, ist viel gesünder und in jedem Fall auch ein schönes Hobby. Da Sie sich ja jetzt mit Online-Petitionen so gut auskennen, könnten Sie die gewonnene Zeit doch dazu nutzen, eine Petition zum Verzicht auf Gentechnik zu starten. Meine Unterstützung hätten Sie, und Ihren Bienen hätte es sehr. - Ich danke Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wo wir gerade dabei sind: Bitte begrüßen Sie mit mir den Ministerpräsidenten a. D. Peter Harry Carstensen. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Begrüßen Sie weiter mit mir Gäste des Abgeordneten Arp von der Itzehoer Versicherung und Bürgerinnen und Bürger aus Wanderup, die Gäste der Abgeordneten Nicolaisen sind. - Seien auch Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Begrüßen Sie schließlich mit mir den Wirtschaftsminister a. D. Bernd Rohwer im Schleswig-Holsteinischen Landtag. - Seien auch Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Rednerliste fort. Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Hauke Göttisch.

(Zurufe)

Hauke Göttisch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Diskussion** über **bleifreie Munition** und Bleimunition führen wir schon lange. Wenn - das ist die entscheidende Einschränkung - bleifreie Munition genauso sicher und schnell töten würde wie Bleimunition, hätten wir diese Diskussion nicht.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Entscheidend ist für uns der **Aspekt des Tierschutzes**, er ist auch in der Jagd oberstes Gebot.

In der Anhörung, in Gutachten, in Artikeln, in Gesprächen ging es immer wieder um das Pro und Kontra von bleifreier Munition. Wir alle haben Gespräche geführt. Ich möchte das kurz darstellen, weil auch Frau Fritzen darauf eingegangen ist.

Beim Seeadler haben wir eine Population, auf die wir Schleswig-Holsteiner stolz sein können; das ist auch die Initiative der Jägerschaft gewesen. Wenn die an dem Aufbruch von dem erlegten Wild zugrunde gehen sollten, kann man es ganz einfach machen und den Aufbruch zu Hause ordnungsgemäß entsorgen, und das machen auch die meisten Revierinhaber. Allerdings werden die meisten **Seeadler** in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern durch Windkraftträder getötet. Muss man daraus auch irgendwelche Schlüsse ziehen?

(Lars Harms [SSW]: Ja, bleifrei! - Unruhe)

Sie haben mit dem **Verbraucherschutz** argumentiert und die Aufnahme von Wildfleisch mit bleihaltiger Munition angesprochen. Wer ist denn betroffen? Wie viel muss man essen, damit man dadurch zu Schaden kommt? Die einzige Risikogruppe, die es gibt, sind Schwangere und Kleinkinder. Wissen Sie, wann Sie das letzte Mal

(Zuruf: Schwanger waren? - Heiterkeit)

Wild gegessen haben? Sie müssten es fast täglich machen.

Bei der Verwendung von bleifreier Munition und Bleimunition gibt es einen **Unterschied** zwischen **Wald- und Feldrevieren**. Frau Fritzen, Sie haben es angesprochen. Der Unterschied hat mit der Schießentfernung, mit Schießdistanzen zu tun. Auf kurze Distanzen - das haben Sie im Waldrevier -, etwa 50 bis 70 m, gibt es eine andere Wirkung als wenn Sie in Feldrevieren, bis zu 150 m, schießen.

(Beifall CDU)

Das hat etwas mit der **Aufprallgeschwindigkeit** im Wildkörper zu tun.

(Hauke Götttsch)

Ein ganz wichtiger Punkt: Bleifreie Munition hat ein anderes **Abprallverhalten**. Die Sicherheit für die Menschen ist nicht mehr so gegeben wie bei der Bleimunition. Deswegen darf man in Bremen an den Autobahnen nur noch mit Bleimunition schießen.

Der Hauptpunkt ist aber der Tierschutz. **Bleifreie Munition** hat eine **verzögerte Tötungswirkung**. Das ist erwiesen. Deshalb hat unser ehemaliger Ministerpräsident Peter Harry Carstensen eine entsprechende Online-Petition verfasst.

(Beifall CDU, FDP und Angelika Beer [PI-RATEN])

Hier geht es um zertifizierte Munition, die dem Tierschutz gerecht wird. Wir Jäger versperren uns nicht der bleifreien Munition. Uns ist egal, welches Material, welcher Stoff für die Geschosse genommen wird.

(Serpil Midyatli [SPD]: Hauptsache tot!)

Hauptsache, die Tötungswirkung ist nach § 4 Tierschutzgesetz gegeben. Sie ist bei der bleifreien Munition nicht vergleichbar gegeben. Es ist erwiesen, dass Wild bei gleicher Trefferlage mit bleifreier Munition länger lebt als mit Bleimunition. Das hat etwas mit Aufprallenergie und Aufpflanzung des Geschosses zu tun.

(Heiner Rickers [CDU]: So ist das!)

Wir Jäger wollen aus Tierschutzgründen die tödungswirksamsten Geschosse einsetzen. Nachsuchen kommt bei Bleimunition und bei bleifreier Munition vor; bei Bleimunition ist das Wild nach einer gewissen Strecke definitiv tot. Das hat man bei bleifreier Munition nicht, weil das wie ein Geschoss nur gerade durchgeht.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Das kann vorkommen, wir sind auch fehlbar, wir treffen nicht zu 100 %.

(Martin Habersaat [SPD]: Das ist auch im Landtag so!)

Deshalb frage ich Sie: Warum die Eile, warum die kurze Übergangszeit?

(Olaf Schulze [SPD]: Wir reden schon so lange darüber!)

Es werden gute, vergleichbare **bleifreie Geschosse** auf den **Markt** kommen. Sie sind aber noch nicht da. Frau Fritzen hat das gesagt. Auch durch Ihr Gesetz wird es nicht schneller gehen. Sie zwingen viele Jäger, in Zukunft mit bleifreier Munition zu ja-

gen, was aus heutiger Sicht die Ausübung von Drückjagden für den Menschen gefährlicher macht durch das Abprallverhalten und wodurch sehr viel Wild mehr leiden muss.

Herr Abgeordneter Meyer, warum wird in den skandinavischen Ländern wieder auf Bleimunition umgestellt? Sicherheit, Tierschutz?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende!

Hauke Götttsch [CDU]:

Frau Redmann, Ihre Begründung im Agrar- und Umweltausschuss, dass es unterschiedliche Argumente Pro und Kontra gibt, stimmt, aber gerade im Tierschutz müssen wir alle Risiken ausschalten und 100 % sicher sein. Deswegen ist es unverantwortlich, dieses Gesetz zu verabschieden.

(Beifall CDU und FDP)

Ich appelliere an Sie: Überdenken Sie dieses Gesetz, und entscheiden Sie sich für den Tierschutz! Für uns Jäger ist der Tierschutz oberstes Gebot. Waidmannsheil!

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Sandra Redmann das Wort.

(Unruhe)

Sandra Redmann [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt muss man sich wirklich bemühen, ruhig zu bleiben.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das kannst du ja! - Unruhe)

- Doch, das muss man; auf ein solches Niveau möchte ich mich nicht begeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit 2006 - Sie haben es eben angesprochen - beschäftigen wir uns mit dem Thema **Verbot bleihaltiger Munition**. In mehreren Ausschusssitzungen, Anhörungen und Veranstaltungen haben wir die Vor- und Nachteile rauf und runter diskutiert. Etliche wissenschaftliche Abhandlungen haben wir diskutiert. Auch im Verwaltungsrat Schleswig-Holsteinische Landesforsten wurde dieses Thema ausführlich diskutiert mit dem

(Sandra Redmann)

Ergebnis, dass die Jagd mit bleihaltiger Munition in den Landesforsten verboten ist, im Übrigen relativ problemlos.

(Beifall Olaf Schulze [SPD])

Seit längerer Zeit ist bekannt, dass die Regierungsfractionen nach gründlicher Abwägung - ich verbitte mir hier die Unterstellung, dass wir einfach in den blauen Dunst hinein entscheiden würden, wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht, wir haben sehr wohl abgewogen - zu dem Ergebnis gekommen sind, dass wir das Verbot bleihaltiger Munition favorisieren. Insofern kann doch der Gesetzentwurf heute niemanden wirklich ernsthaft überraschen. Das ist doch Unsinn und gelogen.

Ich betone, dass wir uns mit der Entscheidung gerade deswegen Zeit gelassen haben. Wir haben alle vorgetragenen Punkte im Ausschuss mehrfach - wir haben zweimal eine Anhörung durchgeführt - berücksichtigt. Was hier heute nicht erwähnt wurde, ist, dass aus Sicht des **Verbraucherschutzes** - fragen wir doch einmal in dem Bereich - natürlich das Argument schwer wiegt, dass insbesondere kleine Kinder und Schwangere beim Verzehr von Wildfleisch durch Bleirückstände gefährdet sein können. Das können wir doch nicht einfach so vom Tisch wischen. Auch für die **Umwelt** birgt die Verwendung von Blei Gefahren. Zudem gibt es nachweislich - nachweislich! - bei Greifvögeln vermehrt Bleivergiftungen durch Verzehr von Wildfleisch mit Bleirückständen. Das kann man hier nicht wegdiskutieren.

Zur **Tötungswirkung** - das möchte ich jetzt auch ansprechen - verschiedener Geschossarten gab es eine ganz besonders intensive Auseinandersetzung in der Anhörung. Die große Mehrheit der Anzuhörenden - ich betone es noch einmal, und das sind nicht alle Deppen, die da gegessen haben, es sind Leute, die ebenso jagen, das sind Naturschutzverbände, das ist die Arbeitsgemeinschaft Naturnahe Jagd, der wir wohl nicht absprechen wollen, dass sie in dem Bereich auch Erfahrung hat - hat bestätigt, dass es in Einzelfällen dazu kommen kann, dass ein getroffenes Tier länger flüchtet und damit natürlich auch leidet. Das hat auch niemand abgestritten. Ausdrücklich wurde dies allerdings nicht als Regelfall bezeichnet, sondern als Ausnahme.

Nun wird aber insbesondere - das ist eben schon angesprochen worden - vom ehemaligen Ministerpräsidenten Carstensen der **Tierschutz** als Argument gegen das Verbot von bleihaltiger Munition aufgeführt. Im Übrigen war das 2006 überhaupt kein Thema. Da hat man über alles andere geredet, aber

nicht über das Thema Tierschutz. Als man dann allerdings gemerkt hat, dass die anderen Argumente nicht greifen, hat man über die Jahre in der Diskussion - ich verfolge die Diskussion von Anfang an mit - angefangen, sich das Thema Tierschutz zu nehmen, weil es natürlich ein Argument ist, das in der Öffentlichkeit ganz besonders wirksam ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ihr wart doch in einer Großen Koalition, oder nicht?)

Ich respektiere dies selbstverständlich, aber genauso selbstverständlich sollte akzeptiert werden, dass gerade uns der Tierschutz sehr wichtig ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was habt ihr denn bis 2009 gemacht?)

Ich frage Sie, ich frage Herrn Carstensen, ich frage die CDU: Wo waren Sie denn, als wir über die Landesjagdzeitenverordnung gesprochen haben, als wir über das Tierschutz-Verbandsklagerecht gesprochen haben, über das Wildtierverbot im Zirkus, über das Verbot von Pelztierhaltung in Schleswig-Holstein? - Da haben Sie sich aus der Verantwortung gestohlen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Kommen Sie mir jetzt nicht mit der Argumentation, dass es Ihnen allein um den Tierschutz gehe. Das ist doch Unsinn. Ich saß selbst bei mehreren Veranstaltungen des Landesjagdverbandes. Aber vielleicht liegt es ja daran, dass Sie sich mit diesen Themen, die ich eben angesprochen habe, nicht beschäftigt haben, weil Sie gerade auf der Jagd waren. Das kann natürlich sein.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Zum Abschluss noch einmal: Nach ausführlicher Debatte mit allen Betroffenen und nach gründlicher Abwägung - ich betone noch einmal: gründlicher Abwägung; ich lasse mir hier nichts anderes unterstellen - der Vor- und Nachteile liegt Ihnen nun unser Gesetzentwurf vor. Es ist ein guter Gesetzentwurf. Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der FDP hat jetzt Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! § 4 des Tierschutzgesetzes schreibt vor, dass die **Tötung** bei der Jagd nur vorgenommen werden darf, wenn hierbei nicht mehr als unvermeidbare **Schmerzen** entstehen. Minister Robert Habeck sagte bei der zwischenzeitlich vorgenommenen Schließung des Schlachthofes in Bad Bramstedt über das Töten von Tieren richtigerweise Folgendes: Wir dürfen sie nicht über Gebühr quälen und ihnen Leiden zufügen. Tierschutzvorschriften müssen penibel eingehalten werden.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN - Angelika Beer [PIRATEN]: Da hat er Recht!)

Ich frage mich wirklich, warum Sie heute ein Gesetz beschließen wollen, das zum einen dem Tierschutzgesetz und zum anderen Ihrem eigenen Minister widerspricht.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren von der Koalition, Sie müssen sich wirklich die Frage gefallen lassen, warum Sie **Tierquälerei** zum **Gesetz** machen wollen.

(Sandra Redmann [SPD]: Das ist doch Quatsch! - Zuruf Olaf Schulze [SPD])

Nichts anderes bedeutet Ihr Gesetz. Es ist Fakt und belegt, dass die derzeit vorhandene bleifreie Munition keine sofortige Tötungswirkung haben kann.

(Sandra Redmann [SPD]: Spaßjagd!)

Wir hatten eine sehr intensive Anhörung. In dieser sowohl schriftlich als auch mündlich durchgeführten Anhörung ist deutlich geworden, dass die **Untersuchungen zur bleifreien Munition** noch nicht abschließend zu bewerten sind und dass die Experten vor allem auch bei der Frage des **Abprallverhaltens** von bleifreier Munition noch Klärungsbedarf sehen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP], Hauke Göttisch [CDU] und Angelika Beer [PIRATEN])

Trotzdem wollen Sie das Gesetz heute durchdrücken. Dieses Gesetz ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Schnellschuss.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Aus unserer Sicht hätten weiterführende Untersuchungen klären müssen, ob durch das Abprallen von Munition andere Jäger gefährdet sind und ob

mit bleifreier Munition wirklich ein tierschutzgerechtes Töten gewährleistet ist.

Auch die schriftliche **Begründung Ihres Gesetzes** - auf der Drucksache aufgeführt - ist wirklich haarsträubend, Frau Fritzen. Da wird zum einen auf mögliche Gesundheitsgefährdungen verwiesen. Dann zitieren Sie die Tagung des Bundesinstituts für Risikobewertung, auf der das thematisiert worden ist. Sie verweisen da auf die ersten Tagungen. Was Sie nicht tun - was logisch ist, weil das Gesetz ein bisschen älter ist und Sie die Tagung aus diesem Jahr nicht mitgenommen haben -, möchte ich gern nachholen und über das Ergebnis der Tagung in diesem Jahr berichten. Das Ergebnis war, dass das BfR frühere Aussagen dahin gehend relativiert hat, dass nur Schwangere und Kinder, sofern sie denn Vielverzehrer seien, möglicherweise gefährdet seien.

Auch der Verweis in der Drucksache auf die **Greifvögel** wie den Seeadler, die nach der Aufnahme von mit bleihaltiger Munition geschossenen Aufbrüchen Vergiftungen erleiden und sterben würden, läuft ins Leere. Da kann ich Ihnen vom Landesjagertag berichteten. Da war bedauerlicherweise niemand von den regierungstragenden Fraktionen.

(Sandra Redmann [SPD]: Du weißt genau, warum wir nicht da waren!)

- Warum Sie nicht da waren, weiß ich. Aber ich möchte Ihnen gern berichten, was der ehemalige Ministerpräsident Peter Harry Carstensen dort wirklich anschaulich erklärt hat.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Er sagte: Wenn ein **Wild** geschossen ist, dann ist das ein **Nahrungsmittel**, und dann geht man auch dementsprechend damit um.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Das heißt, dass die Tiere eben nicht vor Ort aufzubrechen sind, sondern zu Hause. Das ist dann wirklich effektiver Seeadlerschutz - einfach und effektiv umzusetzen.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Fritzen?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ich gestatte jetzt keine Zwischenfrage. Ich möchte in meiner Rede fortfahren und an dieser Stelle auch betonen, dass es die **Landesjägerschaft** war, die schon vor Jahrzehnten **Seeadlerhorste** bewahrt und den Seeadlerschutz in die Wege geleitet hat. Es gab noch nie so viele Seeadler wie heute. Auch das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall FDP, CDU und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Es gibt durchaus andere Dinge, die die Seeadler viel mehr gefährden, beispielsweise Windräder.

Zudem kann man auch über die **wissenschaftlichen Erkenntnisse** streiten. Auch hier gibt es unterschiedliche Gutachten und Arbeiten. Bleivergiftungen lassen sich darüber hinaus nicht allein über Grenzwerte manifestieren. Auch hier verweise ich auf die Ausführungen in den Anhörungen.

Meine Damen und Herren, es macht im Übrigen auch einen Unterschied, ob auf relativ **kurze Strecken** geschossen wird - beispielsweise in den Landesforsten - oder eben auf **weite Entfernungen**, beispielsweise in der Marsch. Sie ignorieren - wieder einmal, muss ich leider sagen - vollkommen die Argumente der Betroffenen. Sie drücken das Gesetz einfach durch. Wieder einmal spielt Freiwilligkeit bei Ihnen keine Rolle. Wie schon bei der Jagd- und Schonzeitenverordnung soll die Jagd aus rein ideologischen Gründen erschwert werden.

(Beifall FDP und CDU - Zurufe)

- Sie sollten, bevor Sie Zwischenrufe machen, anerkennen, dass die Jägerschaft einen sehr wichtigen und wertvollen Beitrag für den Umwelt- und den Tierschutz leistet.

(Zuruf Olaf Schulze [SPD])

- Ich bin sehr gespannt, Herr Schulze, wie eigentlich die Landesregierung das ganze Gesetz und dessen Einhaltung überprüfen will und wie das vonstatten gehen soll. Ich bin sehr gespannt, was die noch ungeklärten Fragen angeht, zum Beispiel, was mit der jetzt vorhandenen Bleimunition passiert oder was mit den Schießständen ist. Auch dort gibt es wirklich noch ungeklärte Situationen.

Ihr Gesetzentwurf ist völlig übereilt, ignoriert wieder einmal wissenschaftliche und aus der Praxis stammende Erkenntnisse, der Tierschutz bleibt bei Ihnen auf der Strecke. Wir werden dem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Wir halten ein Bleiverbot jetzt für verzichtbar. Wir sehen auch nicht den gesetzgeberischen Handlungsbedarf und sprechen uns

eben für freiwillige Maßnahmen und weitere Forschung aus. Ich hoffe, Sie tun das auch.

(Beifall FDP, CDU und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sage gleich zu Anfang sehr deutlich, dass wir PIRATEN dem vorgelegten Gesetzentwurf nicht zustimmen werden, sondern ihn ablehnen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Die Kollegin Sandra Redmann hat der Opposition eben gesagt, sie könne doch nicht wirklich überrascht sein, dass dieser Gesetzentwurf jetzt vorliegt. Nein, darüber bin ich nicht überrascht, aber ich bin überrascht darüber, dass Sie an einer rein ideologischen Begründung festhalten und den **Tierschutz** ignorieren.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP - Olaf Schulze [SPD]: Ich frage mich gerade, wer hier ideologisch ist!)

Ich will jetzt unsere Position noch einmal erläutern. Es mag sich komisch anhören, wenn Umweltpolitiker in dieser Frage sagen, wir sind dafür, dass der gezielte tödliche Schuss wichtiger ist als die Frage der Verwendung von Blei. Ich bin nicht für Bleimunition. Ich bin aber dafür, dass wir sie durch einen **Munitionstyp** ersetzen, der die gleiche **Leistung** aufweist und die Eigenschaften erwiesenermaßen zu einer verantwortlichen Jagd im Sinne der Jägerschaft, der Tiere und der Verbraucher führen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Die Frage der **großen Distanz**, die Frage der **Präzision**, die Gefahr des **Rückpralls**, all das ist bereits genannt worden, und ich will es nicht noch einmal wiederholen. Manche von Ihnen wissen, dass ich aus einer Jägerfamilie komme. Ich kann dazu nur sagen: Mir haben die Tiere immer leid getan, wenn ich sie im Auto meines Vaters sah. Wenn ich mit auf dem Hochsitz war, habe ich geheult. Dann waren sie weg. Und dann ich durfte nicht mehr mit. Ich habe als kleines Kind versucht, die Tiere wiederzubeleben. Das war auch nicht besonders erfolgreich, wie Sie sich vorstellen können.

(Angelika Beer)

Inzwischen habe ich gelernt, dass die **Jägerschaft** sehr verantwortlich mit dem **Tierschutz** umgeht. Ich möchte, dass es so bleibt, und ich möchte das hier ausdrücklich anerkennen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Deswegen hätte ich auch von einer Koalition und von einem Gesetzgebungsverfahren erwartet, dass nach einer sehr differenzierten Anhörung im Ausschuss - hier wird ja immer nur rausgesucht, was einem gerade passt -, der Mut besteht, ein Gesetz vorzulegen oder zu sagen, wir sind noch nicht so weit.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Genau!)

Wir müssen noch warten, es ist noch nicht sicher. Dann muss man eben noch länger warten. Dann können wir von mir aus auch noch vier Jahre diskutieren. Wenn wir wissen, dass es ein gutes Gesetz ist, mit dem alle Interessen gewahrt werden, stimmen wir auch zu.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Ich brauche meine Rede gar nicht komplett zu halten. Die Argumente sind genannt worden. Es ist eine ideologische Debatte. Zu meiner und vielleicht auch zu aller Überraschung will ich zum Schluss noch erwähnen: Lieber Peter Harry Carstensen, ich hätte nie gedacht, dass Sie eine Online-Petition in Gang setzen

(Heiterkeit)

und ich sie auch noch unterzeichne. Ich habe es heute getan.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Ich bin die 3.545. Unterzeichnerin gewesen. Ich habe das auch gleich getwittert und kann im Zeitalter des Twitters alle Kollegen nur ermuntern, diese Petition zu unterstützen. Ich bin sicher, dass der Bundestag unter Berücksichtigung der von Ihnen vorgeschlagenen Kriterien in diesem Fall eine bessere Gesetzgebung zustande bekommt, als diese Landesregierung dazu in der Lage ist.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Als Erster hat Herr Abgeordneter Hans-Jörn Arp das Wort.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Da steht doch der SSW, wenn ich das richtig sehe!)

- Entschuldigung, das ist mir eben entgangen. Natürlich ist erst der SSW dran. Sie können sich dann

ja schon mal auf Ihre Rede vorbereiten. - Ich erteile Herrn Abgeordneten Flemming Meyer vom SSW das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß ja nicht, ob ich das hier als Wink mit dem Zaunpfahl sehen soll. Denn die Uhr zeigt sehr viel an. Ich will mich deshalb ein bisschen einschränken, weil vieles von dem, was ich sagen wollte, eine Wiederholung wäre. Es ist ganz klar, es finge bei den Greifvögeln an und führe weiter zum Essen und so weiter. Wir haben das im Ausschuss und bei der Anhörung hoch und runter dekliniert. Wir können uns jetzt gegenseitig etwas vorwerfen. Der eine sagt, ich ignoriere die Argumente, und ich könnte umgekehrt sagen, wer meint, dass Blei nicht giftig sei und in die Natur gehöre, ignoriert die anderen Argumente. Vieles hier wirkt wie eine Glaubensfrage.

Ich habe mich auch ernsthaft mit den **Gegenargumenten**, wie Abprallverhalten, Durchschussgefahr und unkontrollierbare Querschläger auseinandergesetzt. Tatsache ist aber, dass ich viele Jäger kenne, gerade auch in Dänemark. Dort schießen sie schon lange mit **bleifreier Munition** und kommen damit gut zurecht. Wenn ich denen vorwerfe, sie seien Tierquäler oder schlechte Naturschützer, sagen sie mir etwas ganz anderes.

Wir müssen hier zu einer Entscheidung kommen. Es gibt aber ein Argument, bei dem ich sehr verwundert war, und das war, viele **Jäger** hätten schon viel **Munition** gekauft und sie könnten es bei der Jagd nicht so schnell verbrauchen; wir sollten doch mindestens warten, bis sie diese Munition verbraucht hätten. Das kann doch nun wirklich kein Argument sein.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir an diesem Gesetz arbeiten, ist schon lange bekannt. Wer sich dann noch ein solches Lager an Munition anlegt, dem kann ich nur sagen: Das kann es nicht gewesen sein. Wir haben bereits heute Alternativen. Es gibt bleifreie Jagdmunition, die man auch benutzen kann. Das haben viele in der Praxis gezeigt.

Ich will ja nicht abstreiten, dass die **Munition** nicht noch besser werden könnte. Wenn die **Industrie** das aber wirklich verbessern soll, wird sie es doch erst recht tun, wenn wir dieses Gesetz beschließen und sie in Zugzwang kommen.

(Flemming Meyer)

(Beifall Lars Winter [SPD])

Es ist im jetzigen Zeitalter, in dem die Menschen zum Mond fliegen und Computer herstellen können, ein bisschen verwunderlich, mir zu erzählen, man sei nicht in der Lage, eine bleifreie Munition herzustellen, die genauso gut wie Bleimunition ist. Das kann ich einfach nicht glauben. Es gibt keinen Grund, das jetzt weiter hinauszuzögern. Deshalb sollten wir für dieses Gesetz stimmen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Abgeordneten haben sich verständigt, dass zunächst einmal Frau Abgeordnete Marlies Fritzen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erhält.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich nur noch aus einem einzigen Grund gemeldet. Seit über einem Jahr läuft hier die Mär, ich würde mich davor drücken, mit den Jägerinnen und Jägern über diese Fragen zu streiten. Ich habe dazu erstens selber einige Veranstaltungen initiiert, zweitens war ich beim ökologischen Jagdverband, der ausführlich - Herr Präsident Baasch wird es bestätigen, er war auch dort - über dieses Thema gesprochen hat. Kein anderer Kollege war da. Herr Göttisch und andere, wenn Sie weiterhin behaupten, ich glänze durch Abwesenheit, sage ich Ihnen Folgendes: Die Jahreshauptversammlung der Jägerinnen und Jäger, die sich damit beschäftigt hat, wurde von Präsidenten Klaus Schlie mit einem Grußwort eröffnet. Ich vertrat ihn deswegen am gleichen Tag mit einem Grußwort beim Landesjugendring. Es freut mich, dass ich in Ihren Augen sogar in Abwesenheit glänze. Manche tun das nicht einmal, wenn sie anwesend sind.

(Beifall und Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beiträge der regierungstragenden Frak-

tionen haben uns nicht überzeugt, dass hier der **Tierschutz** nicht doch leidet. Ich komme immer mehr zu dem Eindruck, dass es sich hier um ein ideologisches Gesetz handelt. Deshalb lehnen wir es ab.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Präsident, im Namen der CDU-Fraktion beantrage ich zusammen mit der FDP-Fraktion und den PIRATEN eine namentliche Abstimmung.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume - -

(Zuruf)

- Bitte?

(Zuruf)

- Vorher oder nachher, Sie kriegen auf jeden Fall das Wort. Denn Sie haben sich rechtzeitig gemeldet. - Frau Abgeordnete Redmann, Sie haben auf jeden Fall Vorrang gegenüber der Landesregierung und dürfen jetzt gern Ihren Dreiminutenbeitrag liefern. Ich erteile Ihnen das Wort.

Sandra Redmann [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Keine Angst, ich schöpfe die drei Minuten auch nicht aus.

Ideologische Gründe: Ich weiß nicht, Herr Arp, wie Sie darauf kommen.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Ich habe vorhin in der Debatte ausführlich etliche Punkte benannt, zu denen es unterschiedliche Auffassungen gibt. Dazu gibt es auch unterschiedliche Gutachten. Das ist nicht selten, das gibt es in vielen Bereichen. Uns dann aber vorzuwerfen, dass wir rein ideologisch argumentieren würden - ich weiß gar nicht, was daran überhaupt ideologisch sein soll -, ist lächerlich.

Uns auch zu unterstellen, dass wir irgendwelche Probleme mit dem Landesjagdverband haben, ist ebenfalls lächerlich. Ich habe vor einigen Jahren mit dem Landesjagdverband gemeinsam eine große Veranstaltung in Bad Schwartau zum Thema Jugendreport Natur durchgeführt. Die Veranstaltung war hervorragend, und ich würde dem Landesjagdverband auch immer wieder bescheinigen, welch

(Sandra Redmann)

hervorragende Jugendarbeit er macht und dass er Naturschützer ist. Das habe ich in keinster Weise in Abrede gestellt. Das hat hier niemand getan.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wenn Sie argumentieren, dann argumentieren Sie sauber und sachlich. Ich garantiere Ihnen: Ich freue mich schon auf unsere Tierschutzanträge, die Sie alle - jeder Einzelne von Ihnen, der heute namentlich abstimmt - demnächst alle unterstützen werden. Auf diese Unterstützung freue ich mich. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Oliver Kumbartzky [FDP]: Das werden wir ja sehen!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Landesregierung hat jetzt das Wort - -

(Wortmeldung Heiner Rickers [CDU])

- Sie möchten einen Dreiminutenbeitrag halten? Dann haben Sie Vorrang, Herr Abgeordneter. - Entschuldigen Sie bitte, es tut mir Leid, Herr Minister. Es ist aber wichtig, dass erst einmal das Parlament spricht. - Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Ich werde mich sputen. - Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Frau Redmann, dass wir alle Gesetzgebungsverfahren, die in Bezug auf Tierschutz angedacht waren oder auch schon im Ausschuss diskutiert wurden, abgelehnt haben - gerade auch das Verbandsklagerecht der Tierschutzverbände -, dagegen würde ich mich verwahren. Denn wir sind durchaus nicht gegen den Tierschutz, im Gegenteil, wir sind dafür.

(Zuruf SPD)

Aber wenn Sie im Ausschuss mit einem Gesetzentwurf auftreten - und den haben wir ja entzaubert -, den nicht einmal die Fachwelt, die für den Tierschutz zuständig ist, in irgendeiner Form positiv bewerten kann, dann wissen Sie doch, warum das abgelehnt wurde und erst einmal begraben ist.

(Sandra Redmann [SPD]: Unsinn!)

Das hat doch nichts mit Tierschutz zu tun, sondern da haben Sie einfach schlecht gearbeitet.

Wenn wir uns schon in der Debatte befinden, möchte ich noch darauf hinweisen: Wir haben nicht nur den Tierschutz als Argument, sondern auch das Abprallverhalten, nämlich, wie sich die Munition

verhält, wenn man in Gefahrenbereichen damit schießt. Darüber haben wir schon diskutiert. Feld oder Flur, unterschiedliche Jagdgebiete: Im Wald wird in der Regel auf kurze Distanz geschossen, im Feld auf lange Distanz.

Noch einmal zur Ausnahmegenehmigung in Bremen - da appelliere ich direkt an Sie -: Warum wird denn für den nachsuchenden Jäger genehmigt, dass er bleihaltige Munition in der Büchse verwenden darf oder soll? Das ist doch so, weil berechtigterweise an den Autobahnen die Sicherheit hergestellt werden muss. Stellen Sie sich vor, es liegt in irgendeiner Form nicht ein Stück Wild auf der Seite, sondern ein Mensch, weil die bleifreie Munition anders abprallt, nämlich wesentlich leichter, und durch das Abprallverhalten irgendjemand zu Schaden kommt.

(Sandra Redmann [SPD]: Mit einem Wildschwein verwechselt!)

Allein dieses Restrisiko würde mich doch auch moralisch dazu bewegen, darüber nachzudenken, ob man hier ohne Not so etwas verabschieden sollte. - Und nein, das hat nichts mit Verwechslung zu tun, sondern das hat einfach damit zu tun, dass ein bleifreies Geschoss beim Aufprall auf einen Stein, auf einen Baum oder vielleicht eine Leitplanke oder Straße ganz anders abprallt, und zwar wesentlich schärfer abprallt, und damit natürlich auch Menschen in Gefahr bringen kann. Das dürfen wir nicht außer Acht lassen. Wenn dieses Restrisiko besteht, dann kann man zu Recht sagen, die Alternativen sind nicht wissenschaftlich begründbar, es besteht keine Not. Deshalb werden wir unter diesem Gesichtspunkt auf jeden Fall dagegen stimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU - Olaf Schulze [SPD]: Wir machen da ja auch keine Ideologie draus - im Gegensatz zu Ihnen!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Landesregierung hat jetzt Minister Dr. Habeck das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Ja, vielen Dank, Herr Präsident! - Vielleicht kann ich noch ein paar Bemerkungen beisteuern. Wenn man sich die politische **Debatte** auf der **Bundesebene** anschaut, ist der Vorwurf, dieses Gesetz würde ideologisch zustande kommen, zumindest merkwürdig.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Marlies Fritzen hat zu Recht gesagt: Wir sind die Speerspitze der Bewegung. Das stimmt, aber die Speerspitze ist schon relativ breit. Es sind noch zwei weitere Bundesländer, die bisher die bleifreie Munition zwingend vorgeschrieben haben. Das sind das Land Saarland, von einer schwarz-roten Koalition regiert, und das Land Sachsen, von einer schwarz-gelben Koalition regiert. Nun mögen das auch alles verblendete Ideologen sein, es sind jedenfalls in Sachsen keine roten und keine grünen Ideologen, und es sind im Saarland keine grünen Ideologen.

Das passt zu der Diskussion auf der Bundesebene. Die **Agrarminister** - da sind bis auf die FDP alle Parteien vertreten - haben im Frühjahr dieses Jahres einstimmig auf ihrer Konferenz begrüßt, dass der Bund einen Bericht vorgelegt hat, und fordern ihn auf, das Jagdgesetz auf Bundesebene mit dem Ziel zu novellieren, die bleihaltige Jagd zu untersagen. Die ACK der Umweltminister, also die Amtschefs, hat diesen Beschluss noch einmal bestätigt.

Beide Konferenzen tagen und beschließen - manchmal bedauerlicherweise - immer nur einstimmig, das heißt, dieser Beschluss wird von den Ländervertretern komplett geteilt. Die einzige Frage scheint nur noch zu sein, ob die Länder unterschiedlich lange warten, bis der Bund endlich in die Puschen kommt, oder ob es einige Länder gibt, die entsprechend der Erkenntnisse, die sie selbst gewonnen haben, handeln. Das hat aber mit Ideologie nichts zu tun, sondern vielleicht mit Arbeitsbelastung in den jeweiligen Häusern oder auch mit der Bereitschaft, die Dinge dann selber in die Hand zu nehmen.

Wenn man sich die **wissenschaftliche Debatte** anschaut, und nur die kann ausschlaggebend sein, wenn man sich ein Urteil bildet - ich räume ein, dass jeder, der jagt, seine eigenen Erfahrungen und Erkenntnisse hat, das spreche ich auch keinem ab, der hier in diesem Raum ist -, glaube ich, dass das Argument des Tierschutzes ein sehr ernstzunehmendes Argument ist. Da gibt es eben solche und solche Erfahrungen, aber handlungsleitend für eine Regierung und wahrscheinlich auch für die Politik insgesamt können ja nur **objektive Kriterien** sein. Wenn ich mir, der ich kein Jäger bin, die objektiven Kriterien anschau, dann sind zwei Erkenntnisse bemerkenswert: Das erste scheint zu sein, dass für die Tötungswirkung - so sagte auch, glaube ich, Herr Götsch - vor allem die Treffpunktlage im Körper des Tieres und weniger die Munition verantwortlich ist. Ich will das einmal in die Laiensprache übersetzen: Es liegt im Wesentlichen daran,

wie gut man schießt und das Tier trifft - entsprechend ist dann die Tötungswirkung -, und es ist weniger von der Munition abhängig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Zweitens gibt es - das ist die umfangreichste **Studie**, die ich kenne - eine Studie der **Fachhochschule Eberswalde**, die sich 11.000 Abschussberichte angeschaut hat und zu der Feststellung kommt, dass es keinen signifikanten Unterschied in der Tötungswirkung zwischen bleifreier und bleihaltiger Munition gibt.

Diese Erkenntnisse sind sicherlich - für mich jedenfalls - gewichtiger als die individuellen Erfahrungsberichte. Gleichwohl habe ich die noch einmal eingeholt. In den **Landesforsten** - das ist ja quasi eine nachgeordnete Behörde, und die Förster dort sind per Dienstzeit verpflichtet, mir die Wahrheit zu sagen - habe ich gefragt: Welche Erfahrungen habt Ihr gesammelt? Sie wissen, dass wir seit zwei Jahren in den Landesforsten, also in den größten Wäldern Schleswig-Holsteins, bleifrei jagen. Die übereinstimmende Auskunft war: Es gibt keine Probleme, es gibt mit der bleifreien Munition keine abweichenden Erfahrungen.

Wenn also in den größten Waldteilen des Landes seit zwei Jahren bleifrei gejagt wird, mir meine und unsere Förster das bestätigen und die objektiven Studien sagen, entgegen individueller Erfahrungen gibt es keine Erkenntnisse, die signifikante Unterschiede belegen, dann meine ich, wird die politische Debatte, die hier parteiübergreifend dazu geführt wird, so richtig geführt. Ich begrüße deshalb den Beschluss, wenn er denn so kommt, wie ihn die regierungstragenden Fraktionen heute eingebracht haben. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Dann schließe ich zunächst einmal die Debatte. - Es ist eine namentliche Abstimmung beantragt worden.

Zunächst müssen wir beschließen, ob eine namentliche Abstimmung zu der Drucksache 18/752 durchgeführt werden soll. Dafür ist die Unterstützung von 18 Mitgliedern des Hauses erforderlich. Diese ist gegeben, da es die CDU-Fraktion beantragt hat.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Und die FDP!)

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

AUßERDEM SCHREIBEN SICH FDP UND LINKE AN DIESEM ANSINNEN AN. - Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung, und ich übergebe das Wort an die Schriftführer.

(Namentliche Abstimmung)¹

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf ist in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit 35 zu 34 Stimmen des Parlaments angenommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

MEINE DAMEN UND HERREN, DAMIT IST DER FÜR HEUTE VORGESEHENE LETZTE TAGESORDNUNGSPUNKT ABGEARBEITET. Wir sehen uns morgen um 10 Uhr wieder. Ich unterbreche die Sitzung und wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:15 Uhr

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

Anhang

Reden zu Protokoll

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Umsetzung der Breitbandstrategie des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1861

b) Schleswig-Holsteins Dächer frei für drahtlosen Internetzugang (WLAN)

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1747

Volker Dornquast [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Eine leistungsstarke Breitbandversorgung gehört zu der notwendigen Grundversorgung für jeden Haushalt und für jeden Betrieb in Schleswig-Holstein. Wirtschaftspolitik im 21. Jahrhundert ist ohne Breitbandpolitik nicht mehr denkbar. Der Zugang zum schnellen Internet ist längst nicht mehr nur Grundlage für das Wachstum in den digitalen Ökonomien, sondern auch in vielen - ja in allen anderen Branchen.

Der flächendeckende Breitbandausbau ist damit eine Schlüsselaufgabe in Schleswig-Holstein. Die Gemeinden haben dieses lange erkannt und arbeiten - oft in Kooperationen - intensiv am Ausbau. Doch oft ist das Geld das Problem. Das Sie 15 Millionen € in den allgemeinen Haushalt eingestellt haben, ist deshalb gut und ein richtiges Signal. Dass Sie es als Zinssubventionierungsprogramm und Kofinanzierung von EU-, Bundes- und Landesmitteln machen, ist auch richtig. Weniger professionell und richtig erscheint mir die Art und Weise zu sein, wie die Landesregierung ihre Pläne vor Ort kommuniziert hat. Anders kann ich mir nicht erklären, dass im Land überall zu hören ist: Schön, dass die Landesregierung das Geld bereitstellt hat; nur kommt niemand an dieses Geld. - Sie scheinen da über Monate wenig Kommunikation und Dialog betrieben zu haben.

Der erste Haushaltsentwurf stammt aus September 2013. Spätestens da muss der Regierung doch klar gewesen sein, dass die Unternehmen, aber auch viele Kommunen mit den Hufen scharren. Vielerorts drängt die Zeit gewaltig. Und Sie brauchen über acht Monate, bis Sie einen Gesetzentwurf vorlegen.

Jetzt haben wir schon Mai. Bis die Unternehmen, Kommunen und Zweckverbände an das Geld kommen, wird es bestimmt September 2014, also ein Jahr später. Diese Zeitabläufe sind unvermeidbar. Wann kommt denn die notwendige Richtlinie?

Herr Meyer, die CDU erwartet, dass es trotz der zeitlichen Probleme eine breite Beteiligung - Kommunen, Unternehmen und Parlament - bei der Erstellung gibt. Wir könnten schon heute deutlich weiter sein. Aber das gilt für viele Aufgabenfelder, die die Landesregierung bearbeitet.

Liebe Koalitionäre, sehr geehrter Herr Minister, das ist deshalb wieder ein Gesetz wie viele - erst verschlafen und dann auf den letzten Drücker -, wenn auch nicht so dilettantisch wie ihr Sparkassengesetz, aber eben wieder auf den letzten Drücker, damit Sie zumindest noch den schönen Schein für 2014 wahren können. Wenn Sie ehrlich zu sich selber sind, werden Sie feststellen, dass in diesem Jahr aus dem Sondervermögen kaum noch Gelder abfließen.

Auch hält die CDU es für überdenkenswert, ob man nicht auch Bürgschaften als viertem Element ermöglichen sollte. Warum steht diese Möglichkeit nicht im Gesetzentwurf? In Ihrer „Breitbandstrategie 2030“ wollten Sie das prüfen - Seite 28. Haben Sie geprüft und was ist denn da rausgekommen? Mit dem Verzicht auf Bürgschaften erschweren Sie die Finanzierung von Projekten durch mittelständische Unternehmen, die auf der einen Seite relativ leistungsstark für die Durchführung von Breitbandprojekten sind, die auf der anderen Seite aber zur vollständigen Umsetzung noch Fremdkapital und damit Sicherheiten benötigen.

Eigentlich ist es nur eine Frage der vertraglichen Gestaltung, das Ausfallrisiko für den Landeshaushalt zu minimieren, egal ob ich eine Zinssubventionierungspolitik mache oder eine Bürgschaft gebe. Die CDU hält die IB.SH für die richtige Plattform, weil da viel Kompetenz liegt.

Auch in Sachen Breitbandkompetenzzentrum, dass zu Regierungszeiten von CDU und FDP eingeführt worden ist, haben die Erfahrungen einzelner Gemeinden und Unternehmen schon damals gezeigt, wie notwendig die Einrichtung für das Land Schleswig-Holstein gewesen ist. Das sie auch diese Einrichtung berücksichtigen ist gut und richtig.

(Volker Dornquast)

Grundsätzlich kann und wird die CDU diesem Gesetz zustimmen.

Zum Antrag der PIRATEN darf ich feststellen, dass es Einrichtungen des Landes gibt, auf denen ich kein freies WLAN haben möchte. Dazu gehören die Gefängnisse, manche Polizeistation oder auch die Landesministerien. Auch sind viele Haftungsfragen noch nicht höchststrichterlich abgeklärt. Deshalb freue ich mich auf die Ausschussberatungen, wo Sie uns einmal genauer erläutern können, wie Sie sich das genau vorstellen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In unserem Koalitionsvertrag heißt es:

„Jeder Mensch in Schleswig-Holstein soll Zugang zu einem Breitbandanschluss erhalten.“

Und das meinen wir ernst!

Der Gesetzesentwurf der Landesregierung spricht da genau die richtige Sprache. Schleswig-Holstein darf bei der Internetversorgung den Anschluss an andere Bundesländer nicht verlieren. Und dafür müssen wir auch bereit sein, Geld in die Hand zu nehmen.

Die flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen ist die zentrale Infrastrukturaufgabe für unser Land. Und ich würde mir wünschen, dass die Lobby für Breitbandausbau in diesem Haus genauso stark wird wie für einige symbolträchtige Verkehrsprojekte.

Der Breitbandausbau bedeutet mehr als nur ein schnelleres Internet. Es geht darum, Regionen zu beleben und zukunftsfähig zu machen. Niemand kann heute von der Hand weisen, dass Hochgeschwindigkeitsnetze die Standortattraktivität steigern. Auch Unternehmen profitieren von der steigenden Wettbewerbsfähigkeit der Region durch einen Breitbandausbau. Außerdem ist der Zugang zum Internet ein Teil der Daseinsvorsorge. Für uns gilt weiterhin: Breitbandausbau bedeutet auch soziale Teilhabe im 21. Jahrhundert und der Zugang zu vielfältigen Informationen.

Dieser Zugang muss jedoch für alle Bürgerinnen und Bürger gleich sein. Die Vergabe von Fördermitteln muss, wie im Koalitionsvertrag beschlossen, an die Wahrung der Netzneutralität geknüpft sein. Wir Grüne nehmen diesen Aspekt mit in die Ausschussberatung. Er ist für uns keine Nebensache. Das ist mit dem vorliegenden Konzept mög-

lich. Es erklärt, wie das Geld verwendet werden soll. So sind Zinssubventionen für Breitbandkredite, eine Kofinanzierung der künftigen Förderprogramme und die Förderung weiterer Projekte, die der Umsetzung der Ziele der Breitbandstrategie des Landes dienen, vorgesehen. Außerdem soll 1 Million € dem Wirtschaftsministerium zur Förderung des Breitband-Kompetenzzentrums bereitgestellt werden.

Wir Grüne wollen gerne genauer diskutieren, wie sich das Breitband-Kompetenzzentrum zukünftig aufstellen soll. Mit 15 Millionen € bei einem Investitionsbedarf von über 2 Milliarden € fürs ganze Land wird schnell deutlich, dass wir hier nur über Anschlag reden können. Zudem können Mittel auch zur Kofinanzierung von anderen Förderprogrammen verwendet werden.

Mindestens genauso wichtig ist uns allerdings, dass Kommunen und andere Akteure beraten werden. Vorbildlich ist aus unserer Sicht die Breitbandinitiative aus Rheinland Pfalz.

Viele Kommunen und andere Akteure fühlen sich mit Breitbandfragen alleingelassen. Wir wünschen uns, dass alle für die Breitbandversorgung fit gemacht werden. Dies geht mit Beratung und Vernetzung. Hier dürfen wir uns nicht zurücklehnen, sondern sollten uns im Rahmen der parlamentarischen Anhörung weitere Möglichkeiten überlegen.

Es geht beim Breitbandausbau um einen vernetzten Ansatz: Koordinierungs- und Beratungsaufgaben, Kofinanzierung von Ausbau und Kreditvergabe über die Investitionsbank. Alles macht nur zusammen Sinn. Wir freuen uns auf die spannenden Debatten im Ausschuss zu diesen Fragen.

Es geht darum, Zugänge zu ermöglichen. Wir unterstützen deshalb den Antrag zur Freigabe der Dächer der landeseigenen Immobilien und von landeseigenen Betrieben grundsätzlich. Wir Grüne setzen beim Thema kostenloses WLAN gerade auf kommunaler Ebene an vielen Stellen innovative Akzente und gehen das Problem vor Ort an. Beispiele dafür werden unter anderem in Kiel und Flensburg deutlich. Die Freifunk-Community in Schleswig-Holstein wächst. Freies WLAN steigert die Innovationsfähigkeit und Attraktivität unserer Städte und Kommunen. Auch die regionale Wirtschaft profitiert stark von freiem Internet. Viele Städte bundesweit sind uns bereits einige Schritte voraus. Das Land darf bei dieser erfreulichen Entwicklung nicht außen vor bleiben und sollte Sie tatkräftig unterstützen.

(Rasmus Andresen)

Allerdings sind viele Fragen offen: Haftungsfragen oder auch, welche Kosten auf uns im Zweifel zukommen könnten. Wir wollen dies gemeinsam im Ausschuss beraten. Ich freue mich drauf.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten hier heute in erster Lesung über ein Instrument zur Umsetzung von etwas, was bereits mit dem Haushalt 2014 beschlossen wurde: 15 Millionen € mehr für „Maßnahmen zur Verbesserung der Datenübertragung“.

Zwar ist im Haushaltsgesetz noch nicht die Rede von einem Sondervermögen gewesen, doch was bleibt nach der fortgeschrittenen Zeit - wir haben jetzt Mai - noch anderes übrig, um die - ohne Frage - ansehnliche Summe noch zu verausgaben. Kurz: Für dieses Sondervermögen hat sich die Landesregierung ziemlich lange Zeit gelassen. Dafür, dass der Breitbandausbau ein Schwerpunkt auch dieser Landesregierung ist, ist das schon sehr bemerkenswert.

Immerhin führen Sie zumindest im Breitbandausbau fast die Strategie der Vorgängerregierung fort. Jedoch mit einem wesentlichen Unterschied: dem Zeitplan. Wir haben ja bereits zur Kenntnis genommen, dass dieser Landesregierung jeglicher wirtschaftspolitische Ehrgeiz fehlt, aber dass der Zeitplan für eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet um 10 Jahre nach hinten verschoben wurde von 2020 auf 2030, ist ein Armutszeugnis, über das auch dieses Sondervermögen nicht hinweg täuschen kann. Überhaupt lässt sich feststellen, dass Schleswig-Holstein auch hier langsam von den anderen Flächenländern abgehängt wird.

Noch etwas fällt an diesem eigentlich begrüßenswertem Sondervermögen für den Breitbandausbau auf. Die Mittel des Sondervermögens sollen unter anderem für die Kofinanzierung künftiger Förderprogramme verwendet werden. Beinhaltet dies auch den Kofinanzierungsanteil der neuen EU-Förderperiode? Da haben sich die grünen Minister ja hervorragend abgesprochen. Mit diesem Sondervermögen ergibt sich zumindest für das MELUR die Möglichkeit einer massiven Entlastung. Wenn dem so ist, dann ist dieses „Mehr“ für den Breitbandausbau nichts mehr als ein billiger Taschenspielertrick. Wir werden bei den anstehenden Haushaltsberatungen sehr genau drauf achten, ob der Kofinanzierungsanteil für Breitbandprojekte im Haushalt in ausreichender Höhe vorhanden sein wird.

Wenn Sie dieses Sondervermögen nutzen wollen, um sich im Haushalt in Höhe der bisher im Haushalt veranschlagten Kofinanzierungsmittel Luft zu verschaffen, wird ein flächendeckender Ausbau des schnellen Internets auch bis 2030 nicht gelingen. Dann ist Ihr Breitbandausbau eine Mogelpackung.

Wir haben aber die Hoffnung nicht aufgegeben, dass diese Landesregierung, wenn schon nicht für Straßen, dann zumindest für Datenautobahnen etwas übrig hat. Denn bei der Breitbandversorgung handelt es sich um die Basisinfrastruktur dieses Jahrhunderts. Die Verfügbarkeit von schnellem Internet ist ein wesentlicher Standortfaktor nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Attraktivität des Wohnens im ländlichen Raum.

Wir beraten hier dieses Sondervermögen gemeinsam mit dem Antrag der PIRATEN. Dieser fordert, dass das Land die Dächer seiner Immobilien kostenfrei für die Installation von freiem WLAN zur Verfügung stellt und für die Aufstellung keine Miete verlangt. Ein Anliegen, dass wir grundsätzlich begrüßen, auch wenn sich für uns noch einige technische und rechtliche Fragen ergeben, die wir gerne im Ausschuss klären würden. So bleibt der Antrag unklar, wer den Internetzugang betreiben soll. Auch die Frage der Störerhaftung muss im Ausschuss diskutiert werden.

Wenn schon die Landesregierung beim Breitbandausbau auf die Bremse tritt, dann sollte man zumindest solche Initiativen wie die eben genannte, die auf einen Ausbau des Zugangs zum Internet abzielen, unterstützen.

Flemming Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Die Breitbandversorgung von Betrieben und Privathaushalten gehört inzwischen zum Standard. Im Breitband-Kompetenzzentrum Schleswig-Holstein ist man sogar davon überzeugt, dass die Versorgung mit schnellem Internet für die Zukunft der Städte und für die unseres ländlichen Raumes alternativlos ist. Die Abwicklung vieler Vorhaben ist eben ohne Datentechnik gar nicht mehr denkbar; denken wir nur einmal an die elektronischen Abgabe der Steuererklärung. Nach den Plänen der Bundesregierung sollen noch in diesem Jahr Dreiviertel aller Haushalte in Deutschland hochleistungsfähige Anschlüsse von 50 Mbit/s haben. In Schleswig-Holstein war Ende 2013 ein Abdeckungsgrad von 54 % aller Haushalte erreicht, unter anderem durch Anstrengungen vieler Kommunen. Damit steht Schleswig-Holstein nach Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hes-

(Flemming Meyer)

sen auf dem vierten Platz der Flächenländer. Das ist eine gute Bilanz.

Das Ausbautempo wurde noch einmal gesteigert. Trotzdem ist davon auszugehen, dass es noch mehrere Jahre dauern wird, bis diese Anschlüsse flächendeckend verfügbar sind. Ich halte in diesem Zusammenhang die Prognose aus Berlin für falsch, wonach wir bereits 2018 überall Breitband anbieten können. Erfahrungsgemäß sind es gerade die kleinen, weißen Flecken, die einen großen Aufwand bedeuten. Gerade in abgelegenen, dünn besiedelten Gebieten ist der Breitbandausbau ein enormer Kraftakt und deshalb steht er ja auch noch an. In Ballungsgebieten mit einer enormen Anschlussdichte ist das finanzielle Risiko gering und der Leitungsbau billiger als auf dem Land. Ich warne darum ausdrücklich davor, die allerletzte Ausbaustufe als eine Lappalie abzutun. Auf diese Weise werden nämlich völlig falsche und unrealistische Vorstellungen genährt. Wir müssen mit offenen Karten spielen.

Da ist der Weg ins Sondervermögen ein guter Weg, weil wir die vorhandenen Mittel auf Jahre hinaus klar ausweisen. Damit ist eine große Sorge vieler Planer vom Tisch, dass nämlich der Breitbandausbau nach Kassenlage vorangetrieben werden wird. Beim Breitbandausbau geht es nämlich vor allem um Geld. Der läuft nämlich nicht nach dem Motto: Straße aufbaggern, Kabel rein und fertig. Zunächst muss bei jedem Projekt erst einmal die Finanzierung stehen. Das Breitbandkompetenzzentrum investiert genau deswegen mittlerweile viel Zeit und Energie in der Weiterbildung der Banker. Die

scheuen sich oftmals aus Unkenntnis vor den spezifischen Bedingungen der Breitbandfinanzierung, überhaupt erst in Kreditverhandlungen mit den Investoren einzusteigen. Es ist also gut, dass das Breitbandkompetenzzentrum im Zuge des Sondervermögens finanziell besser ausgestattet werden wird, um diese und andere Aufgaben zu vertiefen.

Die Zinssubventionierungen für Breitbandkredite, die im Rahmen des Sondervermögens vorgesehen sind, werden neben der Sensibilisierung und Schulung der Banker sicherlich das Ihre dazu beitragen, neue Breitbandprojekte schleunigst auf den Weg zu bringen. Außerdem gewährt das Sondervermögen die Kofinanzierung, spielt also weiteres Geld ein.

Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass die Höhe des Sondervermögens höher ausgefallen wäre. Aber ich bin auch davon überzeugt, dass wir in diesem Punkt bestimmt noch einmal nachlegen können.

Noch ein Wort zum Antrag der PIRATEN, die den Freifunkern den Zugang zu den Dächern der Landesgebäude gewähren wollen. Ein entsprechender Antrag wurde bereits im Lübecker Rathaus gestellt und einstimmig befürwortet. Ich denke nicht, dass ein Zugang zu den Dächern ein Problem für nicht-kommerzielle Initiativen ist - allerdings nur für diese. Dagegen muss der Grundsatz gelten, dass jeder, der auf dem Dach einer Behörde Geld verdient, entsprechende Mietzahlungen leisten muss.

Anlage

Namentliche Abstimmung
 57. Sitzung am 14. Mai 2014
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesjagdgesetzes
 Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten
 des SSW
 Drucksache 18/752
 (Seite **4678** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
SSW		Birte Pauls	Ja
Jette Waldinger-Thiering	Ja	Serpil Midyatli	Ja
Flemming Meyer	Ja	Simone Lange	Ja
Lars Harms	Ja	Birgit Herdejürgen	Ja
		Bernd Heinemann	Ja
PIRATEN		Martin Habersaat	Ja
Torge Schmidt	Nein	Kirsten Eickhoff-Weber	Ja
Sven Krumbeck	Nein	Peter Eichstädt	Ja
Uli König	Nein	Dr. Kai Dolgner	Ja
Wolfgang Dudda	Nein	Wolfgang Baasch	Ja
Dr. Patrick Breyer	Nein	Torsten Albig	Ja
Angelika Beer	Nein		
		CDU	
FDP		Rainer Wiegard	Nein
Christopher Vogt	Nein	Peter Sönnichsen	Nein
Oliver Kumbartzky	Nein	Klaus Schlie	Nein
Wolfgang Kubicki	Nein	Heiner Rickers	Nein
Dr. Ekkehard Klug	Nein	Katja Rathje-Hoffmann	Nein
Anita Klahn	Nein	Barbara Ostmeier	Nein
Dr. Heiner Garg	Nein	Petra Nicolaisen	Nein
		Hans Hinrich Neve	Nein
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Jens-Christian Magnussen	Nein
Bernd Voß	Ja	Peter Lehnert	Nein
Dr. Andreas Tietze	Ja	Tobias Koch	Nein
Ines Strehlau	Ja	Klaus Jensen	Nein
Burkhard Peters	Ja	Karsten Jasper	Nein
Detlef Matthiessen	Ja	Hartmut Hamerich	Nein
Eka von Kalben	Ja	Daniel Günther	Nein
Marlies Fritzen	Ja	Hauke Götttsch	Nein
Anke Erdmann	Ja	Heike Franzen	Nein
Dr. Marret Bohn	Ja	Volker Dornquast	Nein
Rasmus Andresen	Ja	Astrid Damerow	Nein
		Johannes Callsen	Nein
SPD		Dr. Axel Bernstein	Nein
Lars Winter	Ja	Hans-Jörn Arp	Nein
Jürgen Weber	Ja		
Kai Vogel	Ja		
Dr. Gitta Trauernicht	Ja		
Dr. Ralf Stegner	Ja		
Olaf Schulze	Ja		
Thomas Rother	Ja		
Sandra Redmann	Ja		
Beate Raudies	Ja		
Regina Poersch	Ja		
Tobias von Pein	Ja		
		Zusammenstellung:	
		Abgegebene Stimmen	69
		davon	
		Jastimmen	35
		Neinstimmen	34
		Enthaltungen	-